

**269. B. B. Hausen:** Die Regierung wird ersucht, zu prüfen, ob die Vergesellschaftung der Papierfabrikation nicht schon jetzt durchgeführt werden kann.

**270. Krüger:** Den Parteivorstand um zwei Sekretäre zu vermehren. Die baldige Besetzung dieser Stellen wird dem Parteivorstand und Parteiausschuß gemeinsam überlassen.

**271. B. B. Hausen:** Der Parteivorstand wird beauftragt, auf der nächsten internationalen Sozialistenkonferenz die Frage: „Wie stellt sich die Internationale zur baldigen Einführung einer Sprache als Weltsprache“ zu stellen.

**272. Krell-Lydt:** Der Parteitag sieht das in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919 aufgestellte Programm über Sozialisierung als das Mindeste dessen an, was zur Verwirklichung des Sozialismus auf dem Gebiete der Sozialisierung jetzt zu geschehen habe.

Er erwartet von den sozialistischen Vertretern der Regierung, daß sie von der Erfüllung dieses Programms ihr weiteres Verbleiben in der Regierung abhängig machen. Sie haben die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Mitglieder der Regierung vor die Wahl zu stellen, entweder die Durchführung jenes Programms hinreichend zu unterstützen oder unter eigener Verantwortung für die aus der Ablehnung dieser Unterstützung sich ergebenden Folgen die Fortführung der Regierung allein zu übernehmen.

**273. Krell-Lydt:** Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 272 folgenden Ergänzungsantrag zu Nr. 251 anzunehmen:

Der Parteitag sieht die in den Absätzen 1 bis 6 aufgestellten Forderungen als das Mindeste dessen an, was zur Verwirklichung des Sozialismus jetzt zu geschehen habe. Er erwartet von den sozialistischen Vertretern der Regierung, daß sie von der Erfüllung dieser Forderungen ihr weiteres Verbleiben in der Regierung abhängig machen. Sie haben die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Mitglieder der Regierung vor die Wahl zu stellen, entweder die Durchführung jener Forderungen hinreichend zu unterstützen oder unter eigener Verantwortung für die aus der Ablehnung dieser Unterstützung sich ergebenden Folgen die Fortführung der Regierung allein zu übernehmen.

**274. Krell-Lydt** (Zusatzantrag zum Antrag Nr. 257: in Abs. 2 hinter „darf“ einzufügen: „und daß den Beamteneinschüssen für die Regelung und Verwaltung des inneren Dienstes das Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde“).

**275. Davidsohn-Stahl:** Der Parteitag wolle beschließen:

Der Haushaltsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung hat den Beschluß gefaßt, die Spandauer Heereswerftstätten, soweit sie wieder arbeitsfähig gemacht werden können, auf Friedensarbeit umzustellen und vom Reichswehramt in Betrieb nehmen zu lassen.

Entgegen diesem Beschluß hat das Reichswehramt bisher so gut wie nichts getan, um die erforderlichen Aufträge heranzuziehen, sondern sie fast reißlos, einschließlich der Staatsaufträge, der Privatindustrie zufließen lassen.

Der Parteitag nimmt von diesen Vorgängen Kenntnis und fordert die Fraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung auf, alles daranzusetzen, daß die Verwaltung der Heereswerftstätten dem Reichswehramt entzogen und dem Reichswirtschaftsministerium übertragen wird.

**276. Offenski:** Der Parteitag verurteilt einmütig alle Gewalttaten, ob sie von reaktionärer oder radikaler Seite erfolgen, und verlangt, daß auch gegen die Attentäter und Mörder, denen unsere Genossen Muer und Neuring zum Opfer gefallen sind, rücksichtslos vorgegangen wird.

# Protokoll.

## Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr.

Die Sitzung wird um 4 Uhr 10 Minuten eröffnet vom Vorsitzenden der Weimarer Parteioorganisation

**Prag:** Geehrte Parteigenossinnen und -genossen! Vor Eintritt in dies Tagungshaus grüße Sie stumm das ergene Korymbenpaar; der eine, der Schöpfer des „Faust“, souverän mit kosmopolitischer Abgeklärtheit, der andere, der Dichter des „Kell“, scharf geschnittenen Gesichts, mit in die Zukunft gerichtetem Blick; auch nach jener Stelle gleitet der Blick, wo das eherner Standbild eines anderen Freigeistigen, des Humanisten steht, auf dessen unweit gelegener Grabstätte die Formel geprägt ist: Licht, Liebe, Leben! Und diese eigenartige Geistesmischung der Weimarer Größen, unserer Klassiker, nennt man den Weimarer Geist. Ohne Zweifel war er befruchtend für das deutsche Geistes- und Kulturleben, und weit, weit darüber hinaus. Aber als Arbeiter vermag ich nicht in das hohe Lied bürgerlicher Politiker und bürgerlicher Literaten einzustimmen, die da verneinen, daß, wenn die deutsche Nation reißlos mit diesem Weimarer Geist durchtränkt wäre, wir dann der Rettung entgegengingen. O nein; denn dieser reinen Weimarer Ideologie fehlt nach meinem Dafürhalten die klare Erkenntnis des großen Kollisionsfeldes, der zu fühlen ist in dem Hämmern, dem Dröhnen, dem Fauchen unserer modernen Betriebe, der zu spüren ist in dem Auf und Ab der Massen auf Gassen und Strahlen, um es kurzweg zu sagen: der vernehmbar ist in der modernen Wirtschaft und Politik.

So wird eine notwendige Ergänzung dieses Weimarer Geistes auszusprechen sein. Und diese Ergänzung, dieses Fundament dieser Ideologie kann nur eine andere Geistesformphäre geben: unser Karl Marx.

Wenn Sie, Parteigenossen und -genossinnen, erstmalig zur Tagung nach Weimar gekommen sind, so liegt Ihnen nach meiner Anschauung die wesentliche Aufgabe ob, diese von mir erwähnte Ergänzung zu geben; denn die Partei ist, soll es wenigstens sein, die Sachwalterin marxistischen Geistes. Sie werden einen wirklichen Markstein der Parteigeschichte hier in Weimar errichten müssen. Das ist nicht kategorisch-imperativisch gesprochen, sondern das ist nur diktiert von dem heißen Sehnen um die Interessen der Partei, um die der Arbeiterschaft. Und wenn Sie diesen Markstein errichtet haben, dann wird Weimar sich würdig in die Reihe der Thüringer Stätten eingliedern, die für die Partei von Bedeutung sind. Ich nenne Ihnen Erfurt, Eisenach und auch Gotha. Es ist unser, der Weimarer Parteigenossen und -genossinnen heißes Verlangen, daß dieses Stück Parteigeschichte uns zugute kommt. Aber nicht vom lokalpatriotischen Standpunkt, sondern von dem großen allgemeinen Gesichtspunkt aus gesprochen. So entledge ich mich auftragsgemäß der ehren-

vollen Aufgabe, Sie namens der Ortsgruppe Weimar mit diesen wenigen schlichten Worten freundschaftlich zu begrüßen.

Ich darf Sie aber bitten, von unseren weimariischen klassischen Stätten den eigenartigen Hauch mit nach Hause zu nehmen als Erinnerung und vielleicht als Widmung. Und wenn Sie diesen eigenartigen Geist in der von mir gekennzeichneten Weise ergänzen, so werden Sie, glaube ich, das haben, was wir alle erkennen und wünschen. Und nun, Parteigenossen und -genossinnen, gehen Sie an die Arbeit. Sie ist groß, sie ist auch schwer. Aber letzten Endes sind ja Schwierigkeiten dazu da, daß sie überwunden werden. Vielleicht darf ich auch noch sagen: geben Sie der deutschen Arbeiterklasse die notwendige große, einheitliche Parole, die wir für unsere gärende und so überaus bedrohende Zeit brauchen. Dann werden auch die künftigen Geschlechter von diesem Parteitag als dem Parteitag sprechen. Das ist der Wunsch der Weimarer Genossen und Genossinnen für Ihre Tätigkeit, und so rufe ich Ihnen denn noch einmal ein herzliches Willkommen zu. (Beifall.)

**Gerhard Müller:** Genossen und Genossinnen! Im Auftrage des Parteivorstandes begrüße ich den Parteitag. Noch niemals ist ein Parteitag so ohne Feierlichkeit eröffnet worden wie dieser. Aber das entspricht dem Ernst der Zeit, die von uns nichts fordert als Arbeit. In diesem Sinne ist es ein Symbol, daß wir dem Wunsche der Weimarer Genossen entgegen von besonderen Feierlichkeiten abgesehen haben.

Als wir das letztemal in Würzburg beisammen waren, wußten wir alle, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen, und Scheidemann hat das in seinem Meierat deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber keiner von uns hat damals geglaubt, daß wir beim nächsten Parteitag 1½ Jahre später noch immer in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden tagen würden, in einem Zustand, der uns einen so harten Frieden bringen soll, trotzdem wir inzwischen unsere Unterbrüder davongejagt und dem deutschen Volke das freieste Wahlrecht der Welt gegeben haben.

Wir haben in Deutschland die Republik erreicht, das Ziel, nach dem sich Millionen jahrzehntelang sehnten. Wir haben die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller durchgesetzt, und heute steht an der Spitze unserer jungen Republik ein Mann, den Sie alle von früher kennen, unser Oberst, den wir an Bebels Stelle zum Vorsitzenden der Partei gewählt haben und von dessen Wert wir immer überzeugt waren. Er ist heute nicht hier, aber er ist im Geiste bei uns, wie er immer einer der Unseren bleiben wird. Er hat mir heute noch telegraphiert: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schwierigen Aufgaben in schicksalsschwerster Zeit.“ Auch wir denken an ihn und danken ihm für die treuen Dienste, die er der Partei geleistet hat.

Wir haben viel erreicht, aber eine reine Freude an dem, was erreicht ist, will bei uns nicht aufkommen. Das liegt daran, daß wir gezwungen gewesen sind, die Fahne unserer Republik auf einem Schutt- und Trümmerhaufen aufzurichten, und daß die Zeit, in der wir unsere Macht im Staate durchsetzen, zusammenfällt mit einer Zeit tiefer nationaler Schmach. Wir werden uns immer wieder die Frage vorlegen: ob denn alles so kommen mußte. Diese Frage wird nicht ruhen, bis Biederstein zur Rechenschaft gezogen sind, die an diesem maßlosen Unglück des deutschen Volkes die Schuld tragen. (Beifällige Zustimmung.)

In den letzten Wochen sind die Gegensätze unter uns zurechtgetreten. Wir sind ja von einem Frieden bedroht, und in einem Trauerhause soll nach Möglichkeit der Streit schweigen. Aber deswegen vergessen wir nichts. Wir vergessen nicht der Männer der Vaterlandspartei, die mit ihrer Annegions-

politik und ihrer Kampfpolitik das deutsche Volk in das Elend gebracht haben, in dem es jetzt steht. (Sehr richtig.) Wir haben um so weniger Ursache, das zu vergessen, als die Herren in der neuesten Zeit wieder an die Oberlässe kommen und jetzt erst wieder in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht haben, in dem sie die Gegenvorschlüsse der deutschen Regierung als unvereinbar mit der Ehre des deutschen Volkes erklären. (Hört, hört!) Wir sagen, daß diese Kreise zu schweigen haben, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist. (Beifällige Zustimmung.)

Wir werden aber auch nicht jene Junker und Junkergenossen vergessen, die bis in die Tage der Revolution hinein die Reformen verhindert haben, insbesondere die preussische Wahlrechtsreform, obwohl wir ihnen in einer Resolution in Würzburg zuriefen: Jeder Tag der Verzögerung gefährdet die Widerstandskraft des deutschen Volkes.

Wir vergessen auch nicht jene unverantwortlichen Militärs, die die Politik des deutschen Volkes verpöcht haben, und die dann, als alles auseinanderging, flehten, damit die Regierung schleunigst den Waffenstillstand abschloß, der der Vorläufer des Gewaltfriedens ist, den wir nun bekommen werden; jene Militärs, die sich zu ihrer Rechtfertigung jetzt die Finger wund schreiben, und die hoffentlich dadurch nur eine nützliche Vorarbeit leisten für den Staatsgerichtshof, der ihrer harren soll. Mit einem Wort, alle jene, die den Siegfrieden gepredigt haben und deren Taten dazu beigetragen haben, daß schließlich doch die Nerven des hungernden Volkes reißen mußten.

Freilich, wir wollen auch nicht vergessen, daß das alles nur geschehen konnte, weil die bürgerlichen Regierungen es nicht verstanden, den Annegionisten, den geschäftig-patriotischen Schreibern den Kampf bis aufs Messer bei Zeiten anzubringen, der notwendig war, wenn Deutschland gerettet werden sollte. Und so kam dann das deutsche Volk dazu, Selbsthilfe zu üben. Es hat das gründlich getan. Und allen liberalen Geschichtslittern zum Trost wollen wir sagen, daß die Novembervote des Jahres 1918 einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes haben wird. (Beifall.) Es verschwanden damals in drei Tagen 22 Dynastien, als ob sie nur Sputzgefallen gewesen und als ob sie nicht jahrhundertlang ein Aergernis für die breiten Massen des deutschen Volkes gewesen wären.

Wenn in unserer Zeit ein Nachfolger Goethes oder Schillers das Drama jener Tage schreiben wollte, so würde es ihm fürstlich schwer fallen, unter den Fürsten Selben dafür zu finden. Keine Gelden und keine Märtyrer. Unser Volk ging gnädig mit seinen Unterbrüdern um. Damals, als unsere Brüder im selbigenen Tod und im Arbeitsmangel überall die Fahne der jungen Republik aufrichteten, verschwanden die Machthaber von gestern in ihren Schlupfwinkeln. Sie blieben in der Hauptsache auch völlig unbehelligt. Wenn sie jetzt allmählich wieder herauskommen, dann müssen wir ihnen sagen: Eure Zeit ist vorbei, das Volk hat sich gewandelt, hütet Euch, es zu reizen. Wir haben genügend ökonomische Nachsmittel, um jede, auch die stärkste Gegenrevolution matt zu setzen. (Zwischenruf: Roste! Heiterkeit.) Ich komme auch noch auf Roste.

Am 9. November ist es dem deutschen Volke zweifellos gelungen, die volle Macht zu erobern. Die Frage ist nur, ob es sie auch genützt hat. Die Geschichte wird fragen, ob der große Moment nicht ein kleines Geschlecht gefunden hat. Unsere Aufgabe ist es nicht, der Geschichtsschreibung ins Handwerk zu pfuschen. Unsere historische Mission war es, der jungen Republik den sozialen Stempel aufzudrücken. Wir versuchten dazu von Anfang an Fühlung mit den Unabhängigen zu gewinnen, um eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Es gelang uns nur mit Mühe, die Unabhängigen dafür zu gewinnen, und es

bedurfte erst des Massengedrängs der sozialistischen Massen, damit in der Reichs-Russ-Verammlung am 10. November 1918 die sozialistische Regierung geboren werden konnte. Sie war eine Art Zwangsverband zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution und zur Begreifung für den Sozialismus. Leider war das nicht von langer Dauer gewesen. Wenn wir dafür nach den Ursachen suchen, so müssen wir zu unserem Behauern feststellen, daß die Unabhängigen nicht als geschlossene Partei aufzutreten vermochten. Zahlreiche Mitglieder in ihren Reihen entfernten sich immer mehr von dem Wege der Demokratie, um einer Diktatur der Minderheit den Weg freizumachen. Sie wollten die Revolution nicht zum Ausgangspunkt eines neuen gesellschaftlichen Aufbaus, sondern sie gleichsam zur Regierungsform machen. (Lebhaftes Hört, hört!) Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden Handgranaten und Maschinengewehre in den Kampf der Geister eingeführt, Terror jener rücksichtslos ihren Zielen zubringenden Minderheit. Es war für jene Kreise damals leicht, Zulauf zu gewinnen; das ist immer leicht, wenn man so radikal wie möglich aufzutreten versteht. (Lebhafter Beifall.) Es war aber besonders leicht, angeführt von der feischen Verschaffenheit unseres durch die lange Kriegszeit bis aufs äußerste gepeinigten Volkes. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir mußten versuchen, auf einem Trümmerfeld ein sozialistisches Gebäude aufzubauen. Selbst wenn die Kommunisten die Mehrheit gehabt hätten, wäre es ihnen schwer gefallen, unter den gegebenen Verhältnissen die sozialistische Gesellschaft auszubauen.

Die verhängnisvollste Wirkung der Tätigkeit der Unabhängigen war die Verschleppung der Wahlen zur Nationalversammlung. Erst der erste Märzangriff mußte ihnen in den Arm fallen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Damals war leider eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung nicht mehr zu erreichen, die unmittelbar nach dem Beginn der Revolution außer Frage stand. Diejenigen, die die Wahl zur Nationalversammlung zu einem früheren Tage verhindert haben, sie allein tragen die Schuld daran, daß die Dinge sich so wenig nach unserm Willen entwickelt haben. Sie haben deshalb kein Recht, uns vorzuwerfen, daß wir zu wenig für den Sozialismus getan hätten. Sie selbst haben das verhindert. Sie tragen die Schuld. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Es kam die kritische Januarwoche. In jenen Tagen drohte das Schicksal, das in Rußland Kerenski, Beretelli, Tschcheidt getroffen hat, der sozialistischen Regierung. Dieses Schicksal wurde vermieden, weil wir die Nerven befestigten. In jener kritischen Zeit waren die Parteigenossen sehr damit einverstanden, daß die Regierung sich eine Schutztruppe schuf. (Sehr richtig!) Mit ihren Leibern haben sie die Regierung geschützt, bis eine militärische Truppe geschaffen war. Die Freiwilligenkorps werden zweifellos Gegenstand der Erörterung des Parteitagess sein. Wir verurteilen mit Ihnen alle Ausschreitungen und verlangen, daß, wo solche vorkommen, entschieden Racheur geschaffen wird. Wie man sich auch immer zu den Regierungstruppen stellen mag: bei der Beurteilung der Sache darf man nicht den Gesichtspunkt aus den Augen verlieren, daß keine Regierung ohne militärische Macht auskommen kann, wenn sie nicht zum Spielball verantwortungsloser bewaffneter Haufen werden will.

Freilich, es wird gesagt, es sei Pflicht der sozialistischen Regierung, sich eine sozialistische Armee zu schaffen, sich von einer roten Garde bedienen zu lassen. Das ist leicht gesagt, aber schwer ausgeführt. (Sehr richtig!) Es sind in Deutschland drei sozialistische Parteien vorhanden. (Sehr wahr!) — wenn man die kommunistische Partei überhaupt noch als sozialistische Partei rechnen kann. Da ist es denn vor wenigen Monaten in unserer Republik

gekommen, daß in schwierigsten Momenten Truppenteile diskutiert haben und sich schließlich neutral erklärt haben.

Wir vom Parteivorstand verstehen vollkommen das heiße Drängen, das in der Arbeiterklasse nach Einigung vorhanden ist. Aber es kann nur eine Einigung geben auf dem Boden sozialistischer Grundsätze. (Lebhaftes Zustimmung.) Außerhalb des Bodens der Demokratie können wir eine Einigung nicht mitmachen. (Bravo!) Deswegen muß dem Sammlungseifer gegenüber mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß eine Einigung mit den Kommunisten für uns ganz unmöglich ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Uebrigens sind wir darüber ja mit den Kommunisten einig. Viele Arbeiter empfinden es schmerzhaft, daß die Einigung nicht vorhanden ist, daß nicht alle Arbeiter eine einzige geschlossene Front bilden. Aber auch hier soll man nicht vergessen, daß überall dort, wo eine Partei gezwungen ist, die Regierung zu übernehmen, ganz naturgemäß neben dieser Regierungspartei eine Partei der Opposition sich bildet, die Forderungen stellt, die über die Forderungen hinausgehen, die die Regierung bewilligen kann. Um so mehr ist das in einer Zeit der Fall, in der wir soviel Forderungen nicht bewilligen können, obwohl wir ihre Berechtigung anerkennen können, weil wir einfach auf Grund der Lage unseres Landes nicht die Mittel dazu haben. Man kann im Augenblick, wo man die Verantwortung in der Regierung teilt, die Regierungsgeschäfte nicht nach den Grundsätzen einer Agitationsbrochure leiten. (Sehr richtig!) Das müssen wir im Auge behalten, wenn auch viele unserer Parteigenossen auf diesen neuen Zustand, in dem sie zu arbeiten haben, noch nicht geistig eingestellt sind. Unter den Anträgen, die uns vorliegen, sind auch eine ganze Reihe, die die Wiedereinrichtung einer Parteischule verlangen. Wenn wir, was ich hoffe, in absehbarer Zeit dazu kommen sollten, dann werden wir auch das Fach der politischen Pädagogik einführen haben. (Sehr richtig!) Dann werden wir die Erziehung zur Verantwortung zu pflegen haben. (Lebhaftes Zustimmung.) Denn die Verantwortlichkeit ist eine Tugend, deren Pflege wir etwas vernachlässigt haben (Sehr wahr!), als wir eine agitierende, kritisierende, organisierende Partei gewesen sind. Diese Tugend brauchen wir mehr denn je, wenn wir am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mitarbeiten sollen.

Genossen und Genossinnen, wir wissen, daß uns ein Gewaltfriede droht, weil die Imperialisten auf der Gegenseite gestiegen haben. Aber das Maß dieses Gewaltfriedens sollen wir erst Erbe dieser oder vielleicht erst in nächster Woche kennen lernen. Wir wissen, daß bei diesem Gewaltfrieden, den die französischen und englischen Rubendorffs und Tirpitz diktieren, die deutsche Arbeiterklasse der Hauptleidtragende sein wird. Aber wir wissen auch, daß wir in dieser schweren Zeit für Deutschland eine große historische Mission zu erfüllen haben. Die Geschichtskennntnisse der Imperialisten auf der Gegenseite sind eben so mangelhaft wie die unserer Imperialisten gewesen sind. Sie verwechseln auch die Oberfläche mit dem Wesen der Dinge und glauben, daß im Jahre 1871 das Deutsche Reich in der Hauptsache geschaffen wurde durch die Blut- und Eigentum Bismarcks. Wir wissen, daß es nicht die deutschen Siege gewesen sind, daß es auch nicht der deutsche Schulmeister gewesen ist, der mit dem Bündnabelgewehr auf dem Buckel nach Königgrätz und nach Sedawa ging, sondern daß es die großen ökonomischen Triebkräfte gewesen sind, die Deutschland zusammengezwängt haben, und daß der Zollverein die Grundlage gewesen ist für das neue Deutschland von 1866 bis 1870. Dies Deutschland, das 50 Jahre lang zusammengehört hat, kann ebenso wenig wieder geschichtlich rückwärts revidiert werden, als es unseren Generalen, dem Rubendorff und dem Hoffmann, gelungen ist, Rußland und die Ukraine auseinanderzubringen bei dem Friedensschluß, den sie ihnen aufgezwungen haben.

(Sehr richtig!) Freilich, die Zeiten haben sich geändert. In den 80er Jahren war es die deutsche Bourgeoisie, zusammengeschlossen im Rationalismus, die die deutsche Einigung propagierte. Aber neben ihr waren die Lassalles und die Marxs und Engels und Bebel und Liebknecht und Schweitzer, die für die deutsche Einigung eingetreten sind, die auch an das große Deutschland glaubten, das wir vielleicht jetzt erst bekommen werden, nachdem unsere überreizten Wülder, die ich in dem gemeinsamen Leid grüße, denselben Gewaltdrieben zu erwarten haben, der auch uns droht. Wir haben uns in der jetzigen historischen Situation unserer Väter und unserer Großväter, die damals für die Einigung eingetreten sind, würdig zu zeigen, wir haben das um so mehr, als das deutsche Kapital in das neutrale Ausland flieht. In dieser Zeit haben wir zu zeigen, daß sich Deutschland auf seine Arbeiterklasse verlassen kann und daß das, was wir erlebt haben, in Speyer, in Ludwigshafen, in Wiesbaden und in Mainz zeigt, daß die deutschen Arbeiter sich in jeder Weise auch dem fremden Großerer gegenüber ihrer Pflicht bewußt sind und auch ihrer Pflicht bewußt bleiben werden. (Bravo!) Wenn es nicht gelungen ist, in 150 Jahren den politischen Volkstörper zu löten, so wird es auch nicht gelingen, den deutschen Volkstörper zu zerstückeln, wenn die deutschen Arbeiter das nicht wollen. (Sehr wahr!) Und die deutschen Arbeiter, die sich in 50jähriger gemeinsamer Partei- und Gewerkschaftsarbeit eine Massenkultur geschaffen haben, wie sie in keinem anderen Lande die Arbeiterklasse hat, die wird auch diese Massenkultur zu verteidigen wissen (Sehr wahr!), bis einst der siegreiche Sozialismus alle Völker von jeglichem Joch befreit wird. (Bravo!) Wir wissen, daß unsere Volksgenossen im Arbeiterlittel in den bedrohten Gebieten das jederzeit beherrigen werden. Gewiß, das deutsche Volk hat Zukunft ist düster, aber sie wird sich desto mehr erhellen, je mehr die deutschen Arbeiter sich ihrer Pflicht gegenüber ihrer Klasse und ihrem Volk bewußt bleiben. Deutschland ist ja nicht zum ersten Male vom schwersten Schicksal bedroht. Wir brauchen nur zu erinnern an die Zeit vor etwas mehr als 100 Jahren, als die Goethe und Schiller, die Kant und Fichte mit ihren Werken Welttriumph warben für den deutschen Namen. Auch damals waren weite Teile des deutschen Landes vom Feinde besetzt, und der Rest war in der schmachvollsten Zerrissenheit, in die uns die imperialistischen Kreise der Entente jetzt wieder führen wollen. Aber wir brauchen deshalb nicht zu verzweifeln. Nur das Volk, das sich selbst aufgibt, wird ausgestrichen werden im Buch der Geschichte. (Sehr wahr!) Und ein Volk mit einer Arbeiterklasse wie der deutschen, die 50 Jahre gemeinsamen Klassenkampfes hinter sich hat, ein solches Volk kann und wird nicht untergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist es unsere erste Pflicht, uns treu zu bleiben. Ich rufe Ihnen deshalb hier an dieser klassischen Stätte das Schillerwort aus dem Tell zu: „Was da auch werde, steh zu Deinem Volk, es ist dein angeborener Platz.“ Das mögen sich die Arbeiter an der Saar und an der Mosel, am Rhein und an der Oder merken, so allein werden sie ihrer Pflicht gegenüber ihren Enkeln und ihrer Zukunft gerecht werden. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich.

Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten werden gewählt Heinrich Schulz und Böbe-Breslau.

Heinrich Schulz: Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Genossen Böbe für das Vertrauen und die Ehre, die Sie uns durch die Wahl zu Vorstehenden dieses Parteitages erwiesen haben. Wir werden beide bemüht sein, durch geordnete und sachliche Geschäftsführung das Vertrauen zu verdienen. Wir richten aber auch an den Parteitag die Bitte, uns bei diesem Vertrauen zu unterstützen. Wir müssen gerade an diesen Parteitag die Bitte richten, denn

der Parteitag des Jahres 1919 tagt unter besonders ernsten, schwierigen Umständen. Ich brauche über den Ernst der politischen Lage nach den klaren Darlegungen des Genossen Müller nichts mehr zu sagen. Nur eine Schlussfolgerung für die Geschäftsführung möchte ich daraus ableiten. Inmitten der ernsten und folgenreicheren Entscheidungen, in denen der Parteitag tagt, ist die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und damit das Verhalten und die Entscheidung dieses Parteitages von größter Wichtigkeit. Jedes Wort, das gesprochen wird, kann von großer Bedeutung sein, und jeder Delegierte sollte sich deshalb jedes Wort, das er spricht reiflich und ernst überlegen, wie der Parteitag selber sich auch jede Entscheidung, die er treffen will, dreimal überlegen muß. Diese Selbstsucht ist gewiß nicht leicht in einer Zeit wie der gegenwärtigen. Das politische Denken und Fühlen ist aufgewühlt wie nie zuvor, die Meinungen gehen ineinander, durcheinander, gegeneinander. Das wird sich auch auf diesem Parteitag zeigen. Das muß sein, es wäre ein schlechtes Zeichen für das innere Leben der deutschen Sozialdemokratie, wenn sie nicht auf dem ersten Parteitag nach der Revolution mit sich selber um die Wahrheit ringen würde. Aber ich spreche die Bitte aus im Namen der Geschäftsführung, daß jeder Delegierte bei seinen Ausführungen das Bestreben habe, den anderen zu verstehen, daß ein jeder nicht redet, um zu reden, sondern um uns einander in unseren Entscheidungen zu helfen, und damit eine einheitliche Beschlussfassung des Parteitages zu erleichtern. (Bravo!) Möge der Geist echter Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit unsere Verhandlungen vom ersten Tage bis zum letzten erwärmen und durchleuchten. (Lebhafte Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Andersch-Königsberg, Andreä-Gannover, Ritter-Berlin, Eng-Barmen, Fellisch-Chemnitz, Frau Hoppe-Berlin, Schönfelder-Hamburg, Schönwälder-Oberlangendoblen, Rnieri-München.

In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert: Peine-Bremen, Weiskamp-Brandenburg, Michelsen-Mensburg, Brückner-Berlin, Ritter-Breslau, Ruggaber-Ulm, Mehrhorn-Frankfurt a. M., Paulus-Dresden, Frau Blase-Mannheim.

Da nur eine Beschwerde vorliegt, wird diese gleichfalls der Mandatsprüfungskommission zur Erledigung überwiesen.

Die Geschäftsordnung wird in der bisher auf den Parteitagungen üblichen Form angenommen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Parteivorstandes.
  - a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Weis.
  - b) Masse. Berichterstatter: Fr. Partels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Organisationskommission. Berichterstatter: Max König.
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten. Berichterstatter: Adolf Schulz.
5. Bericht der Kommission der verfassungsgebenden Nationalversammlung. Berichterstatter: Paul Böbe.
6. Die Aufgaben der Partei in der Republik. Berichterstatter: Philipp Scheidemann.



7. Räteystem und Reichsverfassung. Berichterstatter: Hugo Singer und Max Cohen.

8. Anträge.

9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Hierzu gehören die Anträge 1—8.

**Seuteritz-Hamburg:** Ich möchte beantragen, daß wir die Tagesordnung nicht erweitern. Ueber die auswärtige Politik auf dem Parteitag zu reden, wo wir noch gar nicht wissen, wie der Friedensvertrag aussieht, was die nächsten Tage bringen werden, ist unmöglich. (Sehr richtig!) Die Frage der Sozialisierung wird zweifellos in der großen allgemeinen politischen Aussprache von allen Diskussionsrednern berührt werden. Zum Militärwesen sind auch sogleich Anträge gestellt, daß es in der allgemeinen Debatte eine große Rolle spielen wird, also nicht in einem besonderen Punkt behandelt zu werden braucht. Zu all diesen Punkten liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die zweifellos von der Geschäftsleitung zusammengefaßt werden, so daß über jede besondere Gruppe eine Debatte eröffnet werden wird. Das trifft auch zu für die Frage der Jugendbewegung, die außerdem vor kurzem erst auf einem Kongreß von Vertretern der Jugendorganisation behandelt worden ist. Ich beantrage weiter, Punkt 1, 2, 4 und 5 der Tagesordnung zusammenzufassen, erst die Berichte nacheinander zu hören und dann darüber in eine Generalausprache einzutreten. (Unruhe.) 1 und 2 sind auf allen Parteitagen zusammen behandelt worden, Punkt 4 wird vor allem Winke geben über die Presseangelegenheiten, die Gründung von Zeitungen, das betrifft also im wesentlichen die Agitation. Auch dabei wird die politische Lage usw. hineingeflochten werden, und erst recht bei dem Bericht der Fraktion der Nationalversammlung. Es kann also dann in eine Generalausprache über unsere Politik eingetreten werden. Wollten wir die Punkte einzeln behandeln, so würden wir eine dreifache Auflage derselben Aussprache haben.

**Edward Bernstein:** In Vertretung des Antrages Teltow-Deeslow (N. 8) bitte ich Sie, den Punkt: Auswärtige Politik doch auf die Tagesordnung zu setzen. Ein französisches Sprichwort sagt: Qui trop embrasse, mal etreint; wer zu viel zusammenfaßt, prägt schlecht auf. Wenn wir die wichtigen Fragen, die zu erörtern sind, zusammenwerfen in eine große Debatte, dann tritt ein Gegenstand den andern tot. (Sehr wahr!) Dann wird nicht das erreicht, was wir wünschen, die gegenseitige Klärung. Der Korredner meinte im Hinblick auf die großen Entscheidungen in der Frage der Friedensbedingungen könnten wir jetzt nicht über die auswärtige Politik sprechen. Aber ich glaube, wie die Entscheidung auch fallen wird, an unserer grundsätzlichen Stellung kann sie gar nichts ändern. (Sehr wahr!) Es liegen aber auch in enger Verbindung mit der auswärtigen Politik eine ganze Anzahl anderer Fragen vor, an denen wir das allergrößte Interesse haben und in bezug auf die sich klar zu äußern gerade auf diesem Parteitag großes Bedürfnis ist. Der Genosse Müller hat, als er von den Entente-Ländern sprach, immer von deren Imperialisten gesprochen. Aber es gibt drüben auch eine Demokratie, auch eine Arbeiterklasse, auch Parteien des Volkes, die von anderen Auffassungen getragen sind. Deutschland ist nicht nur in der unglücklichen Lage des Geschlagenen, Deutschland ist auch in der unglücklichen Lage des außerordentlich ungünstig Beurteilten. Zeitweise infolge von Irrtümern, zu einem Teil vielleicht nicht ganz unberechtigterweise. Indem wir die Fragen der auswärtigen Beziehungen behandeln, werden wir auch einiges darüber zu sagen haben. Es handelt sich aber nicht allein um Deutschland in der Republik der Nationen, es handelt

sich auch um die Stellung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Internationale der Arbeiter. Diese Stellung ist bekanntlich nicht die, die wir wünschen müssen. Aus der Partei, auf die die Arbeiter aller Völker mit Stolz und Liebe blickten, ist heute eine Partei geworden, auf die man in weiten Kreisen mit Mißtrauen blickt, und das ist keine gleichgültige Sache gerade in dieser wichtigen Zeit der großen Entscheidungen. Darüber ist sehr viel zu sagen. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist heute Regierungspartei. Das ist unabweislich in dieser politischen Situation. Nun fragt es sich, wie weit ist sie als Regierungspartei verantwortlich für die Politik einer Koalitionsregierung, und welche Mission hat sie in der Zeit einer Koalitionsregierung als sozialdemokratische Partei, gerade in bezug auf die Fragen der auswärtigen Politik. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat im Ausland eine äußerst ungünstige Beurteilung, nicht nur bei der bürgerlichen, sondern auch bei der sozialistischen Presse. Alle Vorurteile hier sind außerordentlich ungünstig für diese Partei beurteilt worden, und es liegt gerade auch im Interesse der Partei, darüber Klärung zu schaffen. Im Februar fand in Bern die internationale Sozialistenkonferenz statt, einberufen von den schweizerischen und holländischen Genossen, auf der auch diese Partei vertreten war, und die außerordentlich bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt hat, die sich auf die Internationale, auf die Außenpolitik der sozialdemokratischen Parteien, auf die Bildung des Völkerbundes und eine Reihe anderer Fragen beziehen. Zu diesen Fragen müssen wir auch auf dem Parteitag Stellung nehmen. Ich will gar nicht davon reden, daß in der Partei heute für eine bestimmte auswärtige Politik Propaganda gemacht wird, und wenn sie auch nicht bedeutsam ist nach der Zahl ihrer Anhänger, so wird sie doch vertreten von Persönlichkeiten, die in Deutschland und im Ausland bekannt sind als hervorragende Vertreter der deutschen Sozialdemokratie. Ich will damit andeuten die Agitation für die sogenannte Kontinentalpolitik, die im Gegensatz steht zu der internationalen Politik der Sozialdemokratie. In weiten Kreisen der Sozialdemokratie ist in bezug auf die auswärtige Politik starke Mißstimmung vorhanden. Das muß ausgesprochen werden, die Kritik muß erörtert werden, und wir müssen auch da, wenn möglich, zu gemeinsamen Beschlüssen kommen. Daher bitte ich dringend, die Sache in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen, gerade im Hinblick auf die Friedensbedingungen, die Deutschland diktiert werden sollen, und auf das, was hinterher eventuell, wenn das Nein ertönt, geschehen wird. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie dringend, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, und ich möchte beinahe eine Warnung hinzufügen, die Zeichen der Zeit, die deutlich genug sprechen, nicht unbeachtet zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß dieser wichtige Punkt auf diesem Parteitag gebührend erörtert wird.

**Hoch:** Der erste Teil des Antrages Seuteritz, nämlich daß die Berichte gleich nacheinander erörtert werden und dann erst mit der Aussprache darüber begonnen werde, ist mir sehr einleuchtend. Ich habe nur zu beanstanden, daß nicht auch der zweite Punkt dazu genommen wird.

Wir haben für unsere Aussprache zwei große Gruppen von Fragen, die unter keinen Umständen zusammengeworfen werden dürfen: einmal die Fragen der Organisation und dann die Fragen unseres politischen Lebens. Wenn Sie beide Gruppen jetzt in eine Aussprache zusammenwerfen, dann bringen Sie Fragen durcheinander, die nicht zusammengehören. Es müßte also eine Entscheidung vorgenommen werden . . .

**Korff Heinrich Schulz:** Der Antrag Seuteritz will ja den Punkt 9 nicht mit in diese allgemeine Debatte hineingezogen haben, sondern nur den Punkt 4, weil er glaubt, daß die Presseangelegenheit beim Bericht des Parteivorstandes eine Rolle spielt.

**Frage (fortfahrend):** Es handelt sich darum: sollen alle politischen Fragen in einer Aussprache behandelt werden? Genosse Deuterich hat das Gegenteil von dem bewiesen, was er nachweisen wollte. Er sagte, es sei selbstverständlich nicht möglich, alle politischen Fragen gemeinsam zu behandeln; es lägen Vorschläge zu den verschiedenen Fragen vor, die die Leitung zu einzelnen Gruppen zusammenstellen werde. Wenn man das tut, hat man schon gesonderte Verhandlungen. Die Frage der Sozialisierung, die Heeresfrage und auch die Fragen der auswärtigen Politik können wir nicht gemeinsam behandeln. Das würde bedeuten, daß jeder Redner nur zehn Minuten über alle diese Fragen zusammen sprechen darf. Dabei möchte ich den Vorstand darauf aufmerksam machen, daß in der Geschäftsordnung vergessen ist, die Redezeit auf zehn Minuten festzusetzen. Es wird das nachgeholt sein. Dann aber haben die einzelnen Genossen in nur zehn Minuten über alle wichtigen Fragen zu sprechen. Das geht nicht. Sollen wir uns, auf dem Parteitag diesen Weg zu beschreiten. Der Parteitag muß dazu da sein, daß die Genossen aus dem Lande sich gründlich ausdrücken können. (Zustimmung.) Ganz besonders ist es das Recht des Parteitags, zur Auslandspolitik Stellung zu nehmen. Auch da hat Genosse Deuterich seinen Antrag in einer Weise begründet, die für das Gegenteil sprach. Die Friedensfrage ist noch nicht entschieden. Gerade deshalb müssen wir jetzt, vor der Entscheidung, dazu sprechen. (Beifällige Zustimmung.) Wir müssen Stellung zu der Friedensfrage nehmen und von dem Parteitag hören, wie er meint, daß wir zu entscheiden haben. Nehmen Sie den Antrag ab. Berichte kann man zusammenfassen. Die Hauptsache ist, daß über die einzelnen wichtigeren Fragen besonders verhandelt wird.

**Otto Braun:** Ich verstehe die Erregung des Genossen noch nicht. Es hat niemand daran gedacht, den Parteigenossen aus dem Lande zu verwehren, über ihre Meinung über die Politik der Partei in weitgehendem Maße zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir aber mit den Arbeiten des Parteitages in gemessener Zeit fertig werden wollen, müssen wir ein gewisses Maß von Selbstbeschränkung üben, wie es immer üblich gewesen ist. Wir sind nicht nur zusammengekommen, um zu reden, sondern auch, um zu Entschlüssen zu kommen und danach zu handeln. Es ist erklärlich, daß es in der jetzigen Situation eine Menge politischer Fragen gibt, über die sich die Parteigenossen ausgiebig ausdrücken möchten. Soll das Wirklichkeit werden, so würden wir mehrere Wochen brauchen. Wir müssen uns daher auf das Notwendigste und Wichtigste konzentrieren.

**Was ist nun vorgeschlagen?** Die Jugendfrage besonders zu behandeln, die Militärfrage besonders zu behandeln. Das sind Angelegenheiten, die bei dem Bericht des Parteivorstandes ausgiebig besprochen werden und besprochen werden müssen. Dasselbe gilt auch für die Frage der Kriegsbeschädigten, die bei dem Bericht der Fraktion mitbesprochen werden kann. Es bleibt die Frage der Auslandspolitik. Diese Frage muß besprochen werden, wobei ich indes nicht verhehlen kann, daß ich für eine eingehende Besprechung mit keinem ungeeigneteren Zeitpunkt denken kann als den jetzigen, wo wir kurz vor dem Friedensabluß stehen. Außerdem wird diese Frage naturgemäß bei Punkt 6 im Referat Scheidemanns besprochen werden. Es erübrigt sich auch da, noch einen neuen Punkt der Tagesordnung zu schaffen.

Die vier Punkte dem Antrag Deuterich entsprechend zusammenzufassen, ist ein durchaus praktischer Vorschlag; wir können dadurch in der Debatte Wiederholungen vermeiden. Deswegen bitte ich, die Tagesordnung so zu belassen, wie sie ist und die vier Punkte in der Debatte zusammen zu behandeln. Das schließt nicht aus, daß parteigeschäftliche und parteipolitische Dinge in der Debatte gesondert behandelt werden.

**Entscheidung:** Es geht nicht an, den Bericht des Parteivorstandes und den Fraktionsbericht zusammenzulegen. Dadurch würde keine Zeit gewonnen. Zeitersparnis würde nur durch Abkürzung der Aussprache erzielt werden; wenn die Debatte zusammengebrängt werden soll, ist das kein Vorteil. Der Antrag Deuterich kann nur so gemeint sein, daß der einzelne Redner nur einmal zu beiden Punkten zum Wort kommen soll. (Sehr richtig!) Dagegen wende ich mich; wegen des vielerlei, das zu behandeln wäre, würden wir kein klares Bild gewinnen. Ich stelle den Antrag, die Punkte 1, 2 und 4 zusammenzugeben. Die dazu vorliegenden Anträge müssen gruppenweise behandelt werden. Auch dann dürfen wir nicht zu viel auf einmal nehmen, damit die Klarheit der Aussprache nicht leidet. Unter keinen Umständen dürfen wir zuvor zurücktreten, daß auch einmal etwas doppelt gesagt wird. Legen Sie die Punkte 1, 2 und 4 zusammen. Allenfalls lassen sich auch noch die Punkte 5 und 6 zusammen behandeln, denn sie bilden auch eine einheitliche Materie.

**Vors. Heinrich Schulz:** Ich bitte in diesem Hause nicht zu rauchen. Die hauspolizeilichen Vorschriften sind durch die Revolution nicht außer Kraft gesetzt worden. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

**Bretthorn-Wied:** Wir sind nicht hierhergekommen, um Beschlüsse ohne eingehende Aussprache zu fassen. Wir dürfen uns nicht dem Verdacht aussetzen, als wollten wir den Parteitag möglichst schnell zu Ende kommen lassen. Gelegentlich eines Spazierganges hörte ich schon am Montag, daß der Parteitag höchstens zwei oder drei Tage zusammenbleiben sollte. (Große Unruhe. Rufe: Wer hat das gesagt!) Vielleicht ist das übertrieben. Jedenfalls muß vermieden werden, daß die Auffassung entsteht, der Parteitag würde abgewürgt. Wir haben draußen einen schweren Stand und wollen uns nicht den Vorwurf machen lassen, der so gern gemacht wird, den ich aber ausdrücklich nicht teile: die Drahtzieher der Partei haben Euch eingeklinkt. Lassen wir die Tagesordnung so, wie sie ist.

**Vors. Heinrich Schulz:** Lassen Sie uns Gerüchte nicht zum Gegenstand der Verhandlung machen. Daß Beschlüsse zur schnellen Beendigung des Parteitages gefaßt sein sollen, erkläre ich für unbegründet. (Zurufe: Es steht doch aber im „Vorwärts“!) Davon ist gar nicht die Rede gewesen. Die Begrenzung des Parteitages ergibt sich aus der politischen Situation, nicht aus etwa bereits getroffenen Abmachungen. — Zur Geschäftsordnung sind noch fünf Redner vorgemerkt. (Schlußrufe.) Soeben erhalte ich einen Antrag auf Schluß der Debatte.

**Weinheber-Gamburg:** Ich spreche für den Schluß, da die Angelegenheit genügend geklärt ist.

Gegen den Schluß meldet sich niemand zum Wort. Er wird mit großer Mehrheit angenommen.

**Vors. Heinrich Schulz:** Wir schreiten zur Abstimmung. Genossen, die nicht Mitglieder des Parteitages sind, dürfen sich in dem unteren Raum nicht aufhalten. Wir mußten auch Abgeordnete im ersten Rang unterbringen, weil der Raum nicht ausreicht. Heute konnten wir leider noch keine genaue Kontrolle ausüben. Ich bitte, daß sich im ersten Rang an der Abstimmung nur die dort sitzenden Delegierten beteiligen.

Der Antrag auf Annahme der vorliegenden Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Anträge 1 und 8 werden angenommen. Das Abstimmungsergebnis war zunächst zweifelhaft. Deshalb ordnet der Vorsitzende Auszählung an. Dafür traten 212, dagegen 168 Delegierte ein.

Vors. Heinrich Schulz: Ich schlage vor, den Punkt Auslandspolitik mit dem Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung zu verbinden. Ich stelle fest, daß sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Durch den Antrag Teltow-Weeslow wird Genosse Bernstein als Referent, infolge des soeben gefaßten Beschlusses also als Korreferent vorgeschlagen. Ich bitte um weitere Vorschläge. (Zurufe: David!) Genosse David ist als Korreferent vorgeschlagen. Weitere Vorschläge höre ich nicht; wir stimmen ab.

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für Bernstein als Korreferent.

Die übrigen Anträge zur Tagesordnung 2 und 4 bis 8 werden mit starker Mehrheit abgelehnt. Ebenso wird der Antrag Lauteritz abgelehnt. Der Antrag Emmel auf Zusammensetzung der Punkte 1, 2 und 4 der provisorischen Tagesordnung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vors. Heinrich Schulz: Damit wäre die Aufgabe der Versammlung erledigt. Ich schlage vor, daß wir trotzdem noch nicht auseinandergehen. Wir sind noch nicht so stark in Anspruch genommen, daß der Parteitag nicht mehr weiterarbeiten könnte. Ich höre keinen Widerspruch. Wir tagen also weiter. Als Tagungszeiten schlage ich von morgen ab die Zeit von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr vor. Auch damit ist der Parteitag einverstanden. (Zurufe: Redezeit!) Die Redezeit bitte ich, wie bisher, auf zehn Minuten festzusetzen. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Der Parteitag hat so beschlossen. Das Wort erhält jetzt der Berichterstatter für den Bericht des Parteivorstandes.

Wels: Seit Wochen befinden wir uns in der schwersten Zeit unserer Geschichte. Dunkel und schwer lastet die Vergangenheit auf uns, und noch schwarzer droht die Zukunft. Unsere Geschichte werden nicht mehr von uns selbst bestimmt, sie liegen in der Hand des siegreichen Imperialismus der Weltmächte. Er führt den Kampf gegen das deutsche Volk fort, weil unser Kampf für einen besseren Frieden gleichzeitig der Kampf gegen jeglichen Imperialismus und für den Sozialismus ist. — Unsere Gegner sind auf uns deshalb so erbittert, weil Deutschland dasjenige Land ist, in dem der Sozialismus seinen Idealen entgegengeführt werden soll. Wir rechnen auf die Unterstützung unserer Gesinnungsgenossen in den gegnerischen Ländern. Sie müssen sich auf unsere Seite stellen, weil unser Kampf für den Frieden zugleich der Kampf für den internationalen Sozialismus ist. Unser Volk hat durch den Wirtschaftskrieg furchtbar gelitten. Nach Jahrzehnten werden noch die Wirkungen der Hungerblockade zu spüren sein. Wenn wir jetzt auch Wehl, Brot, Speck, Rohstoffe, Gülfenfrüchte einführen, werden wir die Unterernährten der Kriegszeit, die Kinder, die niemals satt geworden sind, noch nach Generationen geschwächt infolge der langen Unterernährung vor uns sehen. Dabei hat unsere Arbeiterschaft den härtesten Konkurrenzkampf auszuweichen mit einer Arbeiterschaft, die nicht so wie wir durch den Krieg gegen Kinder und Frauen in ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit von vornherein so geschwächt ist wie die deutsche Arbeiterschaft. Volkseichen, die wir schon so überwinden im Begriff waren, wirken weiter und schlimmer als vorher. Die Erfolge des Kampfes gegen die Tuberkulose, den wir 50 Jahre hindurch mit wachsenden Erfolgen geführt haben, sind völlig verwischt. Wir machen jetzt die schwere Krise der „englischen Krankheit“ durch, das Ergebnis der Kriegsführung gegen unsere Frauen und Kinder.

Der Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches zeigt, wie recht Karl Marx hatte, als er in den 60er Jahren sagte: das ist die eine erhebende Seite des Krieges, er stellt eine Nation auf die Probe. Wie Mumien augenblicklich zerfallen, wenn man sie der Atmosphäre aussetzt, so fällt der Krieg sein Todesurteil über alle Einrichtungen, die keine Lebenskraft mehr besitzen.

Die Elend macht die alte Herrschaft zusammen. Die Kronen stollen in den Staub. Wenn heute bei uns im Lande die Reaktionäre versuchen, Mittel zu erheben, Mittel mit dem Manne dort drüben in Holland, dann denkt man in Holland anders darüber. So wenig würdevoll, wie der letzte Träger der Hohenzollernkrone seine Lage vollbringt, so wenig angepaßt der Trug des Geschickes, so wenig infam hat sich, glaube ich, niemals ein gekürzter Herrscher der Aufgabe gezeigt, im Unglück noch Größe zu zeigen. Napoleon der Dritte, aus viel minderem Geschlecht, überreichte noch seinen Degen, weil es ihm nicht möglich war, an der Spitze seiner Truppen zu sterben. Wilhelm der Zweite fand andere Wege. Im Schloß Amerongen geht es lustig zu, tagaus, tagein, als wäre das Unglück über das deutsche Volk nicht gekommen.

In jenen Tagen des Zusammenbruches hatte das deutsche Volk nur eine Hoffnung: die deutsche Sozialdemokratie. Unsere Kriegspolitik war von Anfang an eine Friedenspolitik, sie hat uns das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes errungen, weit über die Kreise und Schichten hinaus, die der Sozialdemokratie während des Krieges aus politischer Ueberzeugung Gefolgschaft geleistet hatten. Deshalb ist es unverständlich, wenn heute an den Parteitag Anträge kommen, wie der aus Jena unter Nr. 183. Das Vertrauen, das das deutsche Volk der Sozialdemokratie ausgesprochen hat, auch bei den Wahlen am 19. Januar, beweist die Richtigkeit unserer Kriegspolitik. Und wenn jemand kommen wollte, um heute noch die Richtigkeit zu bezweifeln, braucht er, um von der Richtigkeit seiner Auffassung überzeugt zu werden, nur den Blick in die Vergangenheit selbst zu werfen.

Es gab nur zwei Gruppen in Deutschland, die an einen Eroberungsfrieden durch Deutschland glaubten, das waren unsere alldeutschen Reaktionäre, die Sippe derer, die den deutschen Arbeiter nur als Sklavenhalter zu gebrauchen gedachte, um sich selbst in ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zu erhöhen, und auf der anderen Seite die Unabhängigen, die überzeugt waren, daß die militärischen Kräfte des deutschen Volkes ausreichen könnten, mit der Spitze des Schweres den Feinden den Frieden zu diktieren. Wir Sozialdemokraten haben niemals den Glauben gehabt, daß es möglich wäre, den Frieden mit Waffengewalt herbeizuführen. Und als Amerika in das Lager unserer Feinde hinüberlief, war es klar, daß wir den Gegner niemals mit der Schärfe des Schweres zur Annahme von Deutschland diktierten Bedingungen zwingen könnten. Die Tatsache, daß wir es waren, die die gegen-einanderwirkenden Kräfte richtig eingeschätzt haben, daß wir von Anfang an an die Bedrohung Deutschlands und an den nun wirklich erfolgten Ausgang des Krieges glaubten und danach unsere Politik richtig eingestellt haben, liegt vor aller Augen. Deshalb ist dieser Antrag von Jena so bar jedes Verständnisses für die tatsächlich politische Lage, daß auf diesem Parteitag sich nur eine Stimme erheben wird, daß dieser Antrag in der Versenkung verschwindet.

Überall im öffentlichen Leben macht sich der starke Einfluß unserer Partei mehr und mehr geltend. Und doch ertönen jetzt aus den Kreisen unserer Anhängerschaft immer lautere Klagen über die inneren Zerfetzungserscheinungen in unserer Partei. Es sind Klagen über die Unsicherheit und den Mangel über die Möglichkeit, sich zurechtzufinden. Es heißt hier und da: die Partei zerbröckele, sie gebe landespolitischen und lokalen Strömungen nach. Wir vom Parteivorstand sind die Letzten, die nicht sehen, daß die Partei in ihrer Pflanze sich wesentlich zu verändern beginnt, daß die Partei eine andere Zusammensetzung erhalten hat, als wir sie auf früheren Parteitagen fanden.

Der gewaltige Zulauf, den wir mit dem Waffenstillstand, mit der Revolution bekommen haben, hat unsere Partei erweitert, aber die innere Geschlossenheit nicht so gestärkt, als es notwendig war, um den inneren Kontakt

und die Sicherheit des Aufstiegs herbeizuführen, die wir früher gewohnt waren. Die Tatsache, daß ein großer Teil der an der Führung der Partei tätigen Personen aus ihrem bisherigen Arbeitsfeld herausgerissen wurden, in Regierungsämter und sonstige Geschäftsstellen, als Minister, als Staatsräte, als Oberbürgermeister, als Landräte, Regierungspräsidenten usw. berufen wurden, die Tatsache, daß die Organisationen zum Teil ihrer besten Kräfte beraubt waren, erhöhte das Gefühl der Unsicherheit. Dazu kam, daß auf der anderen Seite die Unabhängigen und Kommunisten von derartigen Belastungen nicht betroffen waren und bei ihren Angriffen auf etwas erlahmteren Widerstand stießen.

Der Zustrom zu der Partei von Leuten, die während des Krieges im konservativen, liberalen und alldeutschen Lager gestanden haben, ist eine Erscheinung, die wir auch kritisch beobachten. In vielen Fällen sehen wir, daß besonders literarisch tätige Personen mit einem kühnen Wurzelbaum ihrer politischen Überzeugung von den Alldeutschen zu uns, ja bis zu den Unabhängigen und Kommunisten sich entwickelt haben. Wir sehen bei diesen Parteigenossen, die seit der Revolution zu uns gekommen sind, einen Drang, sich in dem neuen Gefüge zu betätigen. Bei unseren alten Parteigenossen hört man aber diese Genossen oft das Wort von den Novembersozialisten, die alles besser wissen wollen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich diesem Wort kein Heimatsrecht in unserer Partei einräumen möchte. Ich nehme die erste Gelegenheit wahr, um hier zu erklären, daß in unserer Partei jeder Heimatsrecht hat, der sich zu den Grundfragen unserer Partei bekennt, der ein fühlendes Herz mit den Notleidenden hat und eine Gesellschaft mit aufbauen will, aus der Not und Elend verschwindet; der die Gebote der Disziplin und Demokratie anerkennt. Einmal kommt jeder zur Partei, und wenn eine so gewaltige Umwälzung, wie unser Volk sie erlebt hat, uns Mitglieder treibt, dürfen wir sie nicht von uns stoßen. Vergessen Sie nicht, es sind die besten unter ihnen, die durch eine derartige Bezeichnung verletzt werden.

Je nachdem nun die Empfindungen der einzelnen Parteigenossen der Partei gegenüber sind, äußern sich ihre Wünsche und Ansichten, die Partei zu reformieren und den Gehel nach Besserung anzusehen, in den verschiedenen Anträgen.

Da kommen u. a. aus dem Lande Anträge wie der aus Göttingen, der ein ganz neues Aktionsprogramm darstellt und dabei als wichtigste Aktion aufzählt: Demission der sozialdemokratischen Minister, Einigung der sozialdemokratischen Partei auf eine Ministerliste, Ausscheidung von Kossel, Scheidemann und Wissell usw. Der Antrag enthält, wie die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ gönnerhaft sagt, zweifellos den guten Willen des Verfassers, aber doch noch manche Unklarheit und falsche Voraussetzungen. Das glaube ich auch. Die Forderungen nach einem Aktionsprogramm, einem Kommunalprogramm, einem Agrarprogramm, ändern nichts an der Tatsache, daß auch die besten Programme an dem Zustand der Verwirrung in der Partei nichts ändern würden, wenn wir uns nicht darüber klar werden, welche Ursachen diese Verwirrung hat.

Wir waren 50 Jahre lang eine Oppositions- und Agitationspartei, nur darauf eingestellt, parlamentarisch-politischen Einfluß zu erlangen. Wir haben viel weniger darauf Wert gelegt, wirkliche Aufklärung bei unseren Wählern in bezug auf die Entwicklung des Sozialismus zu verbreiten, als auf die Erfüllung der Bedürfnisse des Tages. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß wir aus der Tätigkeit der bloßen Agitation und aus dem bloßen Nachgehen der Stimmung der Massen herauskommen und uns darauf einrichten,

daß die Politik von heute auf die Wirkung von morgen eingestellt wird. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir, die wir bisher Agitatoren und Theoretiker für den Sozialismus waren, jetzt besser Praktiker werden. Es ist dringend notwendig, uns jetzt auf diesem Parteitag vor Augen zu führen, was wir alles dem Volk versprochen haben, und ob unsere Versprechungen bei dem Volk nicht Hoffnungen erweckt haben, die sich jetzt nicht erfüllen lassen.

Ich glaube nicht, daß wir zuviel versprochen haben, wo wir als Partei verantwortlich auftraten. Wir haben auf dem Würzburger Parteitag von dem Genossen Scheidemann über die nächsten Aufgaben der Partei das Referat halten lassen, in dem die vier schriftlichen Referate, die einem Aktionsprogramm zugrundegelegt werden sollten, behandelt wurden. In diesem Referat hat Scheidemann ausführlich geschildert, daß, so hoch wie wir auch die Macht unserer Ideen einschätzen, unsere Ideen nicht imstande wären, die Menschheit aus der selbstgeschaffenen Hölle und Vertiefung in das ertümmerte Paradies des Sozialismus zu bringen. Er schildert die Möglichkeit, daß die Partei nach dem Frieden zur politischen Macht gelangen könnte. Ich führe aus seiner Rede von damals die programmatischen Sätze an, um Ihnen zu zeigen, daß wir nicht zu viel versprochen haben.

„Wir werden nicht vergessen dürfen — so sagte er —, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich ist, sondern nur ein Mittel zum Zweck, ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht jede Maßregel nur darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch ist, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen, wenn die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkstörpers nur ganz allmählich vor sich geht. Da könnte es dem Sozialismus wohl ergehen wie dem gewissenhaften Arzt, dem der ungebildige Patient untreu wird um sich dem ersten besten Kuchensucher anzuvertrauen. Rämen wir also nach dem Kriege zur Macht, so werden wir auch mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen müssen.“

Parteigenossen, diese Worte Scheidemanns haben viele vergessen. Sie wissen, wie auf dem Parteitag in Würzburg Michaelis der Kampf angefangen wurde. Sie wissen, wie Michaelis fiel, weil er die Friedensresolution des Reichstages auslegen wollte, wie er sie aufsaßte. Sie kennen die Arbeit des Grafen Hertling und ihre Erfolge. Die Entwicklung ging den Gang, den Scheidemann andeutete. Im Oktober des vorigen Jahres wurden wir vor das Problem gestellt, das uns früher nur theoretisch beschäftigt hatte, das Problem des Ministerialismus. Alle Parteigenossen erinnern sich wohl der Kämpfe die um diese Frage geführt wurden, ob ein Sozialist im Ministerium. Damals sprach man von Millerandismus, anknüpfend an den früheren französischen Genossen Millerand, dem jetzigen Gouverneur von Gisors, der ziemlich genau vor zwanzig Jahren geholfen hatte, in dem radikalen Kabinett Waldeck-Rousseau den Augustinfall der Dreyfusaffäre zu säubern. Dem Kabinett gehörte als Kriegsminister auch Gallifet an, der 1870 die Pariser Kommune niedergeworfen hatte. Sie können sich vorstellen, welche Unruhe der Fall Millerands in der sozialistischen Welt hervorrief, und man kann sagen, daß der Millerandismus am schärfsten in den Kreisen der Internationale verurteilt wurde, die praktisch am weitesten davon entfernt waren. Dazu gehörte auch die deutsche Sozialdemokratie. Bei uns im alten Deutschland konnte ein Sozialist ja bisher nicht einmal Nachwächter werden, geschweige denn Minister. Die Sache wurde erst anders, als im Herbst des

1916. Die Schatten der drohenden Katastrophe (1916). Ein Ministerium sollte gebildet werden, das die Aufgabe hatte, den Krieg zu beenden, und es war von vornherein klar, daß ein solches Ministerium nicht gebildet werden konnte ohne sozialdemokratische Hilfe. Es mußte schnell gebildet werden, und Mag von Boden, der der deutsche Friedenskanzler werden sollte, erklärte, daß er von einer Kabinettsbildung zurücktreten würde, wenn die Sozialdemokratie sich an ihr nicht beteiligen wollte. So sagten wir denn den schweren verantwortungsvollen Entschluß, in das Kabinett einzutreten. Das Kabinett sollte den Frieden machen und konnte es nicht ohne unsere Hilfe. Wir, die die Friedenspartei waren, konnten dem Kabinett zur Erlangung des Friedens unsere Hilfe nicht versagen und wollten es nicht. Die Bedingungen, die wir stellten und die von der Mehrheit des Reichstages angenommen wurden, sicherten eine Korrektur des Friedens von Drest-Bitowal und Zulfarest. Alles Gerede jener Tage von Regierungsozialisten, alles Gerede, daß wir Grundzüge über den Haufen geworfen hätten, daß wir uns an dem Internationalismus versündigt hätten, fällt angesichts der Bedingungen, unter denen wir in die Regierung eintraten, von vornherein unter den Tisch.

Aber erst als unser grundsätzlicher Entschluß gefaßt war, jedoch noch ehe Scheidemann und Bauer in die Regierung eingetreten waren, erfuhren wir den ganzen furchtbaren Ernst der Lage. Wir erfuhren, daß Ludendorff nach Waffenstillstand und Frieden geradzu geschrien hatte, weil er mit jedem Tage den Zusammenbruch näher kommen sah. Noch einmal drängte sich da bei uns in Fraktion und Parteileitung die Erwägung auf, ob wir nicht unter so entsetzlichen Umständen, für die ganze Welt sichtbar, die ganze ungeteilte Verantwortung für das Kommen der Träger des alten Systems überlassen sollten. Aber wir hatten eben noch die Hoffnung, daß durch unsere Mitarbeit die Härte des Krieges gemildert werden könnte. So blieben wir bei unserem Entschluß, und Scheidemann trat auf Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in die Regierung des Bringen Mag von Boden ein.

Daran wollte ich Sie, Parteigenossen, hier erinnern, um Ihnen zu zeigen, daß uns nicht die Sucht nach Kernen, sondern die furchtbare Notwendigkeit in die Regierung geführt hat, in der wir nun immer unter dem Druck derselben Notwendigkeit, unter denselben schwierigen Umständen verbleiben sind. Seitdem ist in der Partei die Frage oft erörtert worden, wie weit die Partei als solche für die Handlungen ihrer Mitglieder in der Regierung und für die Tätigkeit der gesamten Regierung, in der sich unsere Genossen befinden, verantwortlich zu machen ist. Dazu möchte ich folgendes sagen: Als Partei bleiben wir selbstverständlich dieselben, die wir immer gewesen sind. Unveränderlich bleibt unser Bekenntnis zur Demokratie und unser sozialistisches Ziel. Wir haben aber Erfahrungen gesammelt, um zu wissen, daß nicht alles auf einmal zu erreichen ist. Wir können an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß wir noch nicht imstande waren, mit den Mitteln der Demokratie, die wir für die alleinberechtigten halten, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erringen, daß wir heute mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten gezwungen sind. Schließlich sind wir auch gezwungen, anzuerkennen, unter welcher ungeheuren Schwierigkeit unsere Genossen in der Regierung zu arbeiten haben. Bedenken Sie, daß wir gezwungen sind, die Demokratie mehr gegen links als nach rechts zu verteidigen. Denken Sie an den Druck der äußeren Verhältnisse und der sich immer wiederholenden Erschütterungen im Innern, die jede systematische Arbeit immer wieder durchkreuzten. Gewiß, es ist vieles geschehen, an das wir nicht denken können, ohne daß uns das Herz schwer wird. Gewiß, es gibt vieles zu kritisieren; aber das möchte ich als Überzeugung aussprechen: wir haben keinen Grund, von den Genossen der Re-

gierung abzurufen, wir können keinen der Genossen fallen lassen, ohne das schlimmste Unrecht an ihm zu verüben. Wir dürfen es nicht machen wie die Phariseer, die da sagen: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene. Denn diejenigen unter uns, die am ungünstigsten sind, würden uns vielleicht noch weit härtere Rüsse zu knaden geben, wenn sie sich an der Stelle der Genossen befänden, die jetzt an der Regierung sind. Von einem Personenwechsel erhoffe ich deshalb nichts, wenigstens nichts Gutes. Ein Systemwechsel aber wird sich kaum vollziehen lassen, wenigstens so lange nicht, wie die Partei nicht bereit ist, auf ihre demokratischen Grundsätze zu verzichten. Unsere Aufgabe gegenüber den Genossen in der Regierung ist, daß wir in diesen bösen Tagen als gute Freunde zu ihnen stehen, ihnen offen unsere Meinung sagen, wo wir der Überzeugung sind, daß sie etwas falsch gemacht haben. Und da haben wir die Überzeugung, daß vieles und manches falsch gemacht worden ist, daß vieles versäumt worden ist, und ich betone: in noch stärkerem Maße als im Reich ist dies in den einzelnen Bundesstaaten und besonders in Preußen der Fall. (Sehr richtig!)

Die Demokratisierung der Verwaltung, die wir immer als ebenso notwendig betont haben wie die Demokratisierung unserer Verfassung, ist unserer Überzeugung nach nicht in der Weise vorwärts getrieben, wie wir es gewünscht hätten. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand ist mit den Genossen im Lande darin einig, daß es unmöglich ist, daß eine Regierung, die in der Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, eine sozialdemokratische Politik treiben kann, wenn die alten Reaktionskräfte draußen im Lande noch die Verwaltung in der Hand haben, wenn nicht der Sturm die Landratsstühle aufreißt und die dumpfe, muffige Luft hinausjagt. Wir sagen unseren Freunden in der Regierung, was wir zu sagen haben, mit aller Deutlichkeit; nicht um ihnen das Leben schwer zu machen, sondern um sie zu ermahnen, daß sie auch als die Sachwalter der Partei in der Regierung des Volkes wirken. Wir sagen es ihnen, um ihnen durch unsere Kritik gegen die Bürgerlichen den Rücken zu stärken. Das ist die einzig richtige Haltung, die wir unseren Genossen in der Regierung gegenüber einnehmen können.

Auf dem Parteitag in Würzburg haben wir den Auftrag übernommen, nach den vier schriftlichen Referaten ein Aktionsprogramm herzustellen zu lassen. Die Ereignisse überstürzten sich; sie wirbelten laienhaftkopartig an unseren Augen vorüber. Wir waren nicht imstande, den Auftrag zu erfüllen. Wären wir daran gegangen, wir hätten die Leute nicht gefunden, die die Fähigkeit und Möglichkeit gehabt hätten, ein Aktionsprogramm herzustellen. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit, die Dinge in ihrer Entwicklung wenigstens einigermaßen zu übersehen. Aber welches Aktionsprogramm hätte uns in jenen Tagen sagen sollen, wie wir uns im Lande einrichten sollten? Nein, wir haben tausendmal gesagt: stärkt eure Organisation, schließt die Reihen, bereit sein ist alles! Ich glaube, man wird es bekräftigen, daß die Parteileitung bereit gewesen ist und aufmerksamen Auges die ganze Entwicklung der Dinge verfolgt und mitbeeinflusst hat. Welcher Aktionsentwurf hätte wohl Gnade gefunden vor den Augen derer, die kritisch in der Partei stehen? Rautsky hat ein Aktionsprogramm zur allgemeinen Diskussion gestellt. Wir im Parteivorstand würden ihm ohne besondere Einschränkungen unsere Zustimmung gegeben haben. Aber auch dies Programm findet keine Gnade, weder bei den Rabiaten, noch bei den Kreisen der „sozialistischen Monatshefte“. Da wird das Rautskysche Programm bezeichnet als ein Programm, das sich auch nur in alten Gleisen bewege, das von den geistigen Kriechkräften für die Zukunft kein Wort sage. Diesem Programm fehle der revolutionäre Schwung und der utopistische Zauber.



Wir sind der Meinung, daß unser Parteiprogramm sich den Erkenntnissen und Bedürfnissen der Zeit anpassen muß. Aber wir haben die Ueberzeugung, daß die Partei zu einem neuen Programm gegenwärtig kaum kommen wird. Ich persönlich sehe nicht an zu erklären, daß das, was an Einigungsbedürfnissen in der Partei so stark zum Ausdruck kommt, vielleicht die stärkste Unterstützung darin findet, daß die unabhängige Sozialdemokratie und unsere sozialdemokratische Partei beide erklären, daß sie sich zu den Grundfäden des Erfurter Programms bekennen. Wir haben auf dem Lübecker Parteitag bereits erklärt, daß unser Programm reformbedürftig sei, aber die eine Tatsache, daß es zwischen den Unabhängigen und uns etwas Gemeinsames gibt, — wenn auch der Vorwurf, daß wir Verräter des Programms seien, das mindeste ist, was gegen uns behauptet wird, wofür die Unabhängigen andererseits von den Spartakisten nicht viel glimpflicher behandelt werden — ist immerhin ein Alibi und die Basis für die Möglichkeit von Einigungsverhandlungen. Allerdings haben sich die Unabhängigen auf ihrem letzten Parteitag ein Programm gegeben, das ein Faustschlag in das Gesicht des Erfurter Programms ist. Trotzdem wollen wir nicht die Hoffnung sinken lassen, daß eine Brücke zu einer Vereinigung mit dem Teil der Unabhängigen, die für eine Einigung Sinn und Verstand haben und sich auf den Boden der Demokratie nach den Grundfäden des Erfurter Programms stellen, gebaut werden kann.

Lassen Sie mich damit auf die Anträge eingehen, die in der Einigungsangelegenheit an den Parteitag gelangt sind. Sie variieren im einzelnen, aber ich kann zu allem erklären, daß der Parteivorstand der Einigungsfrage so freundlich gegenübersteht und die Einigung so sehnüchlich erwartet, wie nur irgendwem der Parteigenossen, der im Lande die Perzeiung der Arbeiterklasse befragt, wie sie jeder befragt, der mitgearbeitet hat an dem Aufbau der Parteiorganisation. Aber wenn gesagt wird, die Einigung solle mit allen Mitteln erzwungen werden, so muß ich mir gestatten zu fragen, was das ist, wenn gesagt wird: über die Köpfe der Führer hinweg. Geht das, daß wir einseitig nach dem Diktat der Unabhängigen erklären, daß die alten Führer in der Partei beseitigt und wir uns den Grundfäden, die die Unabhängigen für richtig halten, bedingungslos unterwerfen? Dann muß ich erklären, daß die Einigung für uns als Demokraten unmöglich ist, weil wir als Sozialdemokraten bleiben müssen was wir sind, oder wir geben uns auf. Ein Opfer der Ueberzeugung zu bringen, ist zu viel dessen, was man einem Sozialdemokraten zumuten kann. Da schreibt mir das Bild Karl Marx' vor, der die erste Internationale durch die Verlegung ihres Sitzes nach Amerika lieber in die Luft sprengte, ehe er die Zeitung derselben als ein Organ gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse in die Hände der Anarchisten gleiten ließ. So stehen die Dinge nicht. Ich habe die Ueberzeugung, daß der demokratische Gedanke und die sozialistische Idee, die Idee, von der Demokratie zum Sozialismus zu gelangen, die alte Werkkraft im Volk auslösen wird, wenn die Fiebererscheinungen, unter denen unser Volk leidet, sich erst gelegt haben werden, und wenn wieder Klarheit in die Köpfe kommt und die Unabhängigen sich zum Teil wieder zu unserer Partei gefunden haben. Ein Opfer des Prinzipals und der Ueberzeugung können wir nicht bringen. Wir würden auch in Widerspruch kommen mit der gesamten Internationale. Auf dem internationalen Kongress in Bern sind die Grundfäden über Demokratie und Diktatur einmütig zur Annahme gelangt, die ein neues Bekenntnis zur Demokratie ablegen und die betonen, daß mit dem Bekenntnis zur Demokratie die gesamte Internationale steht und fällt, daß die Marxisten der Demokratie untrennbar verbunden sein müssen, und besonders in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für alle, und in der Schaffung demokratischer Einrichtungen in Reich, Staat

und Gemeinden ihren Ausdruck finden müssen. Im Gegensatz zur Internationale ständen wir, wenn wir diese Grundfäden aufgeben würden. Wir wären verwaist denn je, und wir hätten ohne Not ein Banner beschmußt und herabgerissen, daß den Sieg der deutschen Sozialdemokratie von all den Männern vorangetragen ist, zu denen wir mit Verehrung emporgefahren haben.

Ich sagte, wer die Parteispaltung bedauert, der wünscht die Einigung der Partei herbei. Diejenigen, die als Mitglieder der Reichstagsfraktion im Jahre 1917 die Erklärung Haase's miterlebten, die Genossen, die Baustein auf Baustein mitgefügt haben zum Bau unserer Organisation, die werden jenen Tag niemals vergessen. Ich sehe heute noch die Tränen in den Augen vieler braver Parteigenossen, die da sagten: Nun ist alles vorbei, jetzt bricht die Partei, die geeinte Front auseinander, und unabsehbar ist, wohin wir treiben. Das, was sich als ein Unglück für die Partei in jenen Tagen etnem jeden aufdrängte, ist zum Unglück für das deutsche Volk in diesen Tagen geworden und kann zum Unglück und zum Unheil für das gesamte internationale Proletariat werden, wenn wir nicht festhalten an dem Programm der Demokratie und des Sozialismus, wie es die Internationale erst kürzlich wieder in Bern aufgespiant hat. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen haben erst kürzlich wieder betont, daß nicht grundsätzliche Streitigkeiten uns von ihnen trennen. In einem Schriftsatz, den sie in einem Prozeß eingereicht haben, heißt es ausdrücklich: Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei erfolgte überhaupt nicht wegen grundsätzlicher Streitfragen, sondern wegen eines Streits über taktische Fragen. . . . Die Spaltung erfolgte schließlich aus Anlaß eines persönlichen Streites. Das ist ein von den Unabhängigen dem Gericht eingereichtes Dokument! Die bisherigen Einigungsverhandlungen haben aber gezeigt, daß die Unabhängigen diesen Boden der Erkenntnis über die wirklichen Ursachen der Parteispaltung immer mehr verlassen haben. Diejenigen, die die Einigungsverhandlungen wünschen wie wir, sollten sich auch vergegenwärtigen, wie diese Einigungsverhandlungen bisher getätigt worden sind. Mit dem Ausbruch der Revolution waren es im Zentralrat der Republik die revolutionären Obleute, die vorstellig wurden, und unser jetziger Parteivorstand Müller hat als Vorsitzender des Zentralrats in zahlreichen Verhandlungen teilgenommen, in denen die Frage der Einigung ventiliert worden ist. In Berlin bildete sich eine Kommission von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes aus Unabhängigen und Angehörigen der Partei, die sowohl die Parteileitung der Unabhängigen wie auch uns zu Sitzungen einlud, zu denen wir auch erschienen. Immer trennten sich unsere Auffassungen, immer wieder erwies sich die Möglichkeit der Einigung als nicht vorhanden, weil grundsätzliche Gegensätze sich entgegenstanden. Wer die Diktatur des Proletariats will, die Diktatur der Minorität, setzt an die Stelle der abgeworfenen Diktatur der Minorität von damals eine andere Diktatur und schlägt der Demokratie ins Gesicht. (Sehr wahr!) Wir müssen diese Diktatur ablehnen, wie wir die andere Diktatur bekämpft haben. Wie schwer es ist, mit den Unabhängigen sich zu vereinigen, erkennt man am besten, wenn man die Unabhängigen oder die Spartakisten genauer betrachtet. Es wäre leicht, mit ihnen zusammenzukommen, wenn sie Sozialdemokraten wären. (Sehr richtig!) Aber sie sind es nicht. Sie haben keine einheitliche Anschauung, sondern sie sind ein Konglomerat der verschiedensten Strömungen. (Sehr richtig!) Während die Spartakusgruppe z. B. gegen den Willen von Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Spartakusgründungstage die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte, drohte Wolf Hoffmann, Mitglied der U. S. V., daß die Nationalversammlung für die Liebknecht und Luxemburg wählen lassen wollten, gegebenenfalls mit Waffengewalt auseinandergejagt werden



würde. Rebebour und Däumig lehnen es ab, mit Haase auf einer Stufe zu kandidieren, worüber Haase wieder quitiert, indem er es ablehnt, mit Däumig wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten den Vorsitz in der U. S. P. zu übernehmen. Auf der anderen Seite wieder erklären Kautsky und Ströbel sich gegen die Konzeptionen, die das Aktionsprogramm der U. S. P. an die Sozialisten macht. Sie erklären, daß sie auf dem Boden der Demokratie und der Nationalversammlung stehen. Wenn Ströbel sagt: „Wir glauben an den organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betrachten die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung.“ so befindet er sich in Uebereinstimmung mit den Anschauungen, die der Parteivorstand während der ganzen Kriegszeit und der Spaltung gegenüber betätigt hat. Von einer unermittelten Sozialisierung befürchtet er den sozialen Bankrott, die wirtschaftliche Anarchie und den allgemeinen Hunger. In demselben Sinne äußert sich Kautsky, der betont, daß es traurig wäre, wenn am Tage nach der Revolution, wo zwei Duzend Regierungen mit einem Schlage vom Proletariat beseitigt wurden, eine sozialdemokratische Partei daran verzweifeln wollte, die Mehrheit der Massen für sich zu gewinnen, und Kautsky erhebt Anklage gegen die U. S. P., die im Rat der Volksbeauftragten den Termin der Einberufung der Nationalversammlung nach Möglichkeit hinauszuziehen suchten. Er sagt: „Von unserer Haltung hängt alles ab, die Nationalversammlung ist auf dem Marsch, nichts vermag sie aufzuhalten, die Sozialisten, die sich ihr entgegenstellen, können nur das erreichen: die Verklemmerung der sozialistischen Mehrheit — und es wäre die Schuld dieser Sozialisten, wenn die Nationalversammlung gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit aufwiese. Gerade weil diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, müssen wir um so dringender fordern, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird.“ So sehen wir Kautsky, Ströbel, Haase, Däumig, all die Gruppen gegeneinander. Wir sehen auf dem Parteitag der Unabhängigen letzten noch, wie Herz aus Hamburg betont, daß auf weiten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der Kapitalismus gar nicht entbehrt werden könne, sondern nützliche Funktionen ausübe. Er wendet sich dagegen, daß das Rätesystem als politischer Faktor zur Einführung käme, während Haase wiederum erklärt: „Das Rätesystem marschiert, aber die Arbeiter müssen gewarnt“ werden, als ob sie nun nach seiner Durchführung in den Betrieben unter Begrüßung der Ingenieure und Leiter alles allein machen könnten.“ Däumig erklärt demgegenüber: „Eine Ergänzung der Demokratie kann das Rätesystem nicht sein, es gibt nur das eine oder das andere: Wenn die Anschauungen Haases Geltung erhalten sollen, werden viele der besten Parteigenossen abwandern, weil die U. S. P. nicht die revolutionäre Partei sei, wie sie jetzt notwendig ist.“ Mit den Kommunisten kann es keine Einigung geben, hat Kautsky erklärt, und Däumig ist nicht einmal Kommunist, sondern derjenige, der bei den Unabhängigen den Kommunisten am nächsten steht. Mit Recht gießt Haase die ähndende Lauge seines Spottes über alle diejenigen aus, die als Kurpfuscher, wie Scheidemann sie bezeichnet hat, an der Partei oder am deutschen Volke herumdoßten. Wir, die wir auf dem Boden der Demokratie stehen und in dem Wahlrecht das Mittel zur Revolutionierung der Köpfe erblickt haben, müssen jetzt erleben, wie der zweite Vorsitzende der U. S. P. Vorschläge zum Wählerwahlrecht macht, die darauf hinauslaufen, daß lediglich diejenigen, die die Kommunisten als produktive Arbeiter oder Arbeiterinnen anerkennen und die sich zum Kommunismus oder zum Rätegedanken bekennen, das Stimmrecht erhalten, ebenso die, die sich prostituieren um des Stimmrechts willen, die, um sich das Wahlrecht zu erkaufen, ihren Beitrag an eine

sozialrevolutionäre Partei zahlen. Man kann ein Schurke sein, so hat man als Mitglied der kommunistischen Partei das Wahlrecht, aber gehört man den Ständen an, die nach der Anschauung jener Kreise nicht produktiv sind, gehört man z. B. zu den gebildeten Ständen, so ist man ausgeschlossen. Mit Recht sagt Kautsky in der Zeitschrift „Der Sozialist“ in einem Artikel „Schlamperei und Massenphobie“ gegen diese Art der Vergiftung der Arbeiterschaft mit politischer und sozialer Kurpfuscheri, daß es einfach ein Skandal ist, in welcher Art und Weise die Arbeiterschaft jetzt behandelt wird. Und er betont in einem Artikel, der sich gegen einen gewissen Wille wendet, der sich an Otto Bauer reißt, den glänzendsten und fähigsten Kopf, über den die österreichische Sozialdemokratie zurzeit verfügt, und ihm vorwirft, daß er ein Kapitalsmensch sei, wie er unglücklicher nicht gedacht werden könne, und der Otto Bauer gegenüber seine eigene soziale Theorie vertritt, wonach die Monopolstellung des Kapitals auf das seltenste Vorkommen von Metallgeld zurückzuführen ist, es sei ein Skandal, daß solch Analphabetentum ausgerechnet in der Zeitung „Der Arbeiter“ unter Däumigs Redaktion sich breitmachen könne.

Kautsky führt weiter aus, daß sich jetzt Rosa Luxemburgs Wort bewahrheitet: „Die Unorganisierten erringen bei allen Umwälzungen die Herrschaft über die Organisierten.“ Man sehe jetzt das Volk überausdialen Strömungen nachlaufen, die von Leuten getragen würden, die früher zu den Gelben zählten. Kautsky warnt vor der Selbstgefälligkeit eines geistigen Knotentums. (Sehr richtig!) Und wir können ihm darin durchaus zustimmen.

Eines der vielen Schlagworte, mit denen die Unabhängigen angeblich die Einigkeit des Proletariats zu fördern suchen, sie in Wirklichkeit aber stören, ist das Schlagwort, daß sie die reine sozialistische Regierung anstrebten. Es braucht hier kein Wort darüber verloren zu werden, daß auch unser Glaube, unser Ziel und unsere Hoffnung die reine sozialistische Regierung ist. Wer hier einen Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen aufrichten will und uns etwas neues sagen will, der rennt offene Türen ein. Wie liegen denn die Dinge? Leider haben wir in der Nationalversammlung keine Mehrheit. Während wir bei den Wahlen 12 Millionen Stimmen aufbrachten, entschieden sich für die anderen Parteien 15 Millionen. Diesem Wahlergebnis muß man sich als Demokrat unterwerfen. Was ist weiter geschehen? Zur Herabsetzung des Prozenzfußes der Bürgerlichen in der unvermeidlich gewordenen Koalitionsregierung traten wir an die Unabhängigen heran. Sie haben unsere Aufforderung zum Eintritt in die Regierung abgelehnt. Ihre Schuld allein ist es, wenn der Anteil der Bürgerlichen an der Regierung größer geworden ist, als wir es wünschten. Wir mußten uns dem Wahlergebnis fügen, weil wir zu unserem Bekenntnis zur Demokratie stehen müssen.

Ein neues Schlagwort, das in den Kampf der Meinungen geworfen wird, ist das von der „formalen Demokratie“. Dieses Wort ist jeder möglichen Auslegung fähig. Man will damit das Parlament des allgemeinen Stimmrechts treffen. Wenn von sozialistischer Seite derartige Auslegungsfunktion vollführt werden, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn auch aus unserem Ideal des Sozialismus von der bürgerlichen Seite ein blutleerer und weissenloser Schatten gemacht wird. (Rebhafter Beifall!) Welche Möglichkeiten haben denn überhaupt für eine sozialistische Regierung bestanden? Hatten wir uns bei der Beurteilung dieser Frage an die tatsächlichen Verhältnisse. Es hat eine Zeit gegeben, in der eine sozialistische Regierung möglich war. Das war die Zeit der sechs Volksbeauftragten. Damals war eine grundlegende sozialistische Umgestaltung des Staatsaufbaues möglich. Was ist aber geschehen? Was seit Beginn der Revolution an sozialistischen For-

derungen auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt worden ist, ist herzlich wenig. Das meiste ist erst Vorbereitung auf eine Zeit, wo mehr und besseres zu sozialisieren vorhanden ist. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen und der Regierung der sechs Volksbeauftragten einen Vorwurf daraus machen, daß sie damals so wenig getan hat oder tun konnte. Denn die damalige deutsche Regierung war kein Gebilde der Mehrheit. Wir müssen aber doch fragen, weshalb die Unabhängigen denn damals, als sie diktatorisch wirken konnten, von ihrer Gewalt nicht den Gebrauch gemacht haben, für den sie jetzt immer einreten; reine sozialistische Regierung oder Diktatur ist ja eigentlich dasselbe. (Verzögerter Widerspruch.) Herrschaft der Minderheit gegen die Mehrheit ist doch nichts anderes als Diktatur, denn wir haben ja nicht die Mehrheit.

Die reine sozialistische Regierung wäre als Diktaturprodukt zum Untergang verurteilt, da sie nicht organisch von unten auf gewachsen wäre, sondern ganz künstlich von oben gemacht werden müßte und ebenso aussehen und wirken würde, wie der alte Obrigkeitsstaat. Als Zeugen für die Gefährlichkeit eines solchen Experiments will ich einmal die „Freiheit“ anführen. Die „Freiheit“ hat die Rede Levis als veröffentlicht. Dabei will ich erklären, daß wir die Vollstreckung des Todesurteils an Levis als traurigen Rückfall in die Methoden des alten Regimes betrachten und entschieden verurteilen. (Beifall.) Die „Freiheit“ zieht aus der Rede den Schluß, daß die Tragödie des Münchener Proletariats im wesentlichen dadurch verursacht worden sei, daß die Einigung der Führer erfolgt, trotzdem aber die Einigung des Proletariats unterblieben sei. Die Räterepublik hätte von unten nach oben aufgebaut werden müssen und sei durch die Maßnahmen Levis nur unvollkommen begründet gewesen. Dieser Charakter der Unvollkommenheit habe zu ihrem Mißerfolge geführt.

Wir können uns diese Äußerungen der „Freiheit“ im vollsten Umfange zu eigen machen. Wenn sie ferner Bayern als unselbständige Wirtschaftsgebiete für ungeeignet für die Errichtung einer Räterepublik hält, so gilt es noch mehr für die große sozialistische Republik Deutschland, die innerhalb Europas und innerhalb der ganzen Welt ebenfalls nur ein unselbständiges Wirtschaftsgebiet ist. Das gilt ganz besonders von dem verkeimerten Deutschland, das aus den Friedensverhandlungen in Versailles hervorgehen soll. Selbst das große Rußland hat unter den Trugschlüssen Lenins ungeheuer leiden müssen, der die Entwicklung bergehallte und den Ereignissen vorzugreifen suchte. Dieselben Schäden würden auch die Unabhängigen, falls sie die Regierung in die Hand bekämen und ihr Versprechen der reinen sozialistischen Republik wahrzumachen versuchten, über Deutschland heraufbeschwören. Nicht die Diktatur kann uns vorwärts bringen, sondern allein die Einigung des Proletariats auf marxistischem Boden. Wir müssen versuchen, durch Aufklärung die Mehrheit des Volkes für uns zu gewinnen, dann können wir auf Granit bauen, anders aber bauen wir auf Flugsand. Nichts Wertvolles kann geschaffen werden, wenn die Diktatur, sei es von rechts, sei es von links, sich durchsetzt.

Den Beweis dafür hat nicht nur das kleine Bayern geliefert, sondern auch die große russische Republik. Man hat sich zwar daran gewöhnt, eine proletarische Regierung in Rußland für möglich zu halten wegen seiner vorwiegend agrarischen Struktur. Die Praxis hat aber ergeben, daß jede Räterepublik, vor allem aber die Sowjetrepublik, alles auf die Entwicklung der Industrie setzen muß, da sie keinen Rückhalt in den reinen Bauernteilen hat. Wären die Phantasien der russischen Volkswirtschaft richtig, dann müßte die russische Industrie von ihnen mit einer beispiellosen Arbeitsfreudigkeit

befruchtet worden sein. In den Moskauer Rundsprachen hören wir auch davon. In Wirklichkeit liegt die Sache aber ganz anders. Lenin hat in seinem Buche: Die nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik (Zuruf: Sie ist schon ein Jahr alt.) darüber voll Aufklärung gegeben. Seitdem, das bemerke ich dem Zwischenrufer, ist es noch viel schlimmer geworden. (Beifall.) Lenin hat ausgeführt, daß: den Massen verbergen wollen, daß die bürgerlichen Fachleute unentbehrlich für die Arbeiterrepublik sind, heiße, die Massen betäuben. Ihnen die Notwendigkeit des Schrittes nach rückwärts begreiflich machen, heiße dagegen die Massen erziehen. Man müsse ihnen klarmachen, was es bedeute, den Schritt zurück, der sich vollzogen hat, zu tun. Man müsse ihnen die praktische Seite dieses Schrittes vor Augen führen, ihnen zeigen, wie wenig es bedeute, wenn selbst 1000 Fachleute aus allen Gebieten des Wissens, Sterne erster Größe, mit Gehältern zu 25 000 Rubeln, und selbst das Doppelte, mit ihren Leistungsfähigkeiten gewonnen würden. Wenn für die Heranziehung von Spezialisten wirklich 50 bis 100 Millionen Rubel Unkosten erwachsen würden, sei das wirklich übermäßig viel? Gewiß nicht. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß für die Leistung des Neuaufbaues, zu dem die Fachleute unentbehrlich seien, vielleicht Milliarden aufgewandt werden müßten.

**Wirtschaftliche Demokratie!** Das ist das Schlagwort, mit dem man die formale Demokratie zu bekämpfen sucht, die nur solche Wertlosigkeiten gebracht hat, wie das allgemeine Wahlrecht vom 20. Jahre ab, Koalitionsfreiheit, die Aufhebung der Gewerbeordnung, den Achtstundentag und ähnliches. Und gerade diese wirtschaftliche Demokratie ist es, die von den russischen Volkswissenschaften notgedrungen aufgegeben worden ist. Gerade auf dem Gebiet, auf dem der Sozialismus bereinigt zur Herrschaft gelangen soll, hat Lenin die weitesten Zugeständnisse an Bürgertum und Kapitalismus machen müssen. Gibt das unseren deutschen Volkswissenschaften bis weit in die Reihen der Unabhängigen hinein nicht zu denken? Wenn aber die wirtschaftliche Demokratie heute in den Tagen schlimmsten Verfalles ohne Bürgertum und Kapitalismus nicht auskommen kann, wenn selbst in dem Ideallande der Kommunisten die bürgerlichen Sterne erster Größe mit unerhörten Gehältern herangezogen werden müssen, wenn also Bürgertum und Kapitalismus auf dem einen Gebiete noch so starke und unentbehrliche Kräfte sind, wie will man dann auf dem anderen Gebiet, bei der politischen Demokratie, auf sie verzichten? Wir haben immer grundsätzlich der Auffassung zugestimmt, daß politische Freiheit unmöglich sei bei wirtschaftlicher Unfreiheit.

Aber das Prinzip ist auch in der Umkehrung richtig. Wirtschaftliche Freiheit, wirtschaftlicher Einfluß, wirtschaftliche Beherrschung, also alles das, was Lenin den bürgerlichen Sternen so reichlich zubilligt, ist auch auf kurze Dauer unvereinbar mit politischer Unfreiheit und Entrechtung. Gerade wir Anhänger einer materialistischen Geschichtsauffassung müssen wissen und einsehen, daß eine proletarische Diktatur tatsächlich ein Scheingebilde wäre und zu einem Scheinleben verurteilt sein würde, wenn das Wirtschaftsleben von ganz anderen, von nichtproletarischen Kräften beherrscht wäre. Der Leninische Ausweg führt gerade zu dem, was er das Riveau der bürgerlichen Politiker nennt, nämlich zum Betrüge der Massen. Das läßt sich natürlich agitatorisch wundervoll verwerten, wenn oben nur Arbeitervertreter sitzen, während in den Fabrikfontänen und den Direktorenbüros mit Riesengehältern die Männer tätig und mächtig sind, in denen sich der Kapitalismus verkörpert. Aber es ist und bleibt doch eben ein Betrug, eine Scheinheilung auf Massenwirkung und Massenbeeinflussung berechnet, und selbst diese Scheinheilung müßte nach kurzer Frist abhanden, weil die tatsächlichen Kräfte immer stärker sind als eine künstliche, auf brüchige Gewalt gestützte Konstruktion.

Nein, Parteigenossen, unser Stolz war es immer, die Dinge zu sehen und zu zeigen wie sie sind, einerlei, ob das für uns agitatorisch besonders günstig war oder nicht. Und deshalb müssen wir den Parteigenossen im Lande heute sagen: die Deutsche Republik ist heute noch keine sozialistische Republik, weil sie noch keine sozialistische Mehrheit hat. Es gilt, die Massen zum Sozialismus zu befehlen, damit nicht eine Diktatur, sondern eine auf den Mehrheitswillen gestützte Herrschaft der Proletariat errichtet werden kann.

Wir wollen uns nicht in die Betrachtung der vorrevolutionären Zeit vertiefen und eine Aussprache über angebliche Fehler beginnen, die während des Krieges von uns gemacht worden sein sollen. Wer aus dem Frieden von Versailles nicht lernt, daß es die richtige Politik gewesen ist, die wir getrieben haben, nämlich die Niederlage abzuwenden, dem ist nicht zu helfen. (Beifall.) Was jetzt in Versailles geschieht, das ist ein endgültiger und unantastbarer Beweis für die Richtigkeit der Politik, die wir durch Bewilligung der Kriegskredite getrieben haben.

Wegen dieser Politik ist die Partei von den Unabhängigen zerrissen worden. Was ist alles von ihnen darüber gesagt und versprochen worden. Die Eroberungspolitik sollte nur bei uns, nicht aber von den Feinden getrieben werden! Für jeden Tag der Friedensbereitschaft wurde uns ein anständiger Friede in Aussicht gestellt. Der Krieg sollte angeblich eine Familienangelegenheit der Hohenzollern sein — die Arbeiter sollten angeblich mit dem Ausgang des Krieges nichts zu tun haben, sie sollten durch den Krieg nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren haben. Nur der Kapitalismus fürchtet sich vor dem Ausland und vor der Niederlage. Und wenn man schließlich Opfer von uns verlangen würde, dann würden die englischen und französischen Arbeiter sich erheben und die deutschen Arbeiter von allen Lasten frei machen. Alles hat sich als Phantasie und Lüge erwiesen. Das Gegenteil aller Voraussetzungen der Unabhängigen hat sich als Wahrheit erwiesen. Die Unabhängigen haben das Volk getäuscht. Ihre Gefolgschaft, die ihren Worten Vertrauen geschenkt hat, wird jetzt bald zu der furchtbaren Erkenntnis der Unhaltbarkeit der Versprechungen der Unabhängigen kommen und sich von einer Politik abwenden, die heute dies und morgen das verspricht, die planlos hin und her schwankt. Sollten die Unabhängigen zur Regierung kommen, so würden sie innerhalb vier Wochen dieselbe Unzufriedenheit gegen sich aufgebracht haben, mit der jetzt die gegenwärtige Regierung zu kämpfen hat. Auch bei den Unabhängigen wird nur mit Wasser gekocht. (Lebhafter Beifall. Weiterkeit.)

Wenn uns die Unabhängigen als Reaktionsäre bezeichnet haben, so ist auch hier die geschichtliche Wahrheit auf unserer Seite. Wir können nicht sagen, wir haben die Revolution „gemacht“, aber wir sind nicht ihre Gegner gewesen. Wir sagen sie kommen und beginnen. Wir glauben nicht, daß die geschichtliche Fortsetzung einst von der „Revolution vom 9. November“ sprechen wird. Man wird sie die Revolution des Kapitalismus nennen und ihre Anfänge zumindest in die Zeit von 1914 verlegen. Der Weltkrieg wird als Revolution betrachtet werden, als Revolution des Kapitalismus, dem sein Kleid zu eng geworden ist, und der es mit Gewalt gesprengt hat. Wir müssen aber jetzt aus Ledebours Munde hören, daß es „keine“ Revolution gewesen sei. Wir werden als Hutenießer der Revolution hingestellt, die angeblich von den Früchten der Arbeit anderer Vorteil ziehen. Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht und am wenigsten in Berlin gemacht worden, von Berlin, das nach Kiel, Hamburg und andern Orten in die Revolution eingetreten ist. Trotzdem behauptet Ledebour, er habe in Berlin die Revolution gemacht. Vielleicht hätte er sie gemacht, wenn er die Zeit nicht verschlafen hätte. (Weiterkeit.) Man kann auch Revolutionen verschlafen. Allenmächtig steht fest, daß Tag für Tag wir es gewesen sind, die

der Arbeiterschaft Ziel und Richtung gegeben haben. Das geschah durch die Politik Scheidemanns, die die Politik der Partei in der parlamentarischen Regierung des Prinzen Max war. Unser Ultimatum ist es gewesen, das die Dinge der Entscheidung rasch näher gebracht hat. Wir stellten den Antrag, bis zum 8. November müsse der Rücktritt des Kaisers geschehen sein, oder die Sozialdemokratie trete aus der Regierung aus. Wir waren nachweislich zu allem bereit und zu allem entschlossen, auch zu der entscheidenden Aktion. Ich will Sie nicht langweilen mit der Verlesung eines Protokolls, das schon vom 29. August 1918 datiert ist. Aber mitteilen will ich daraus, daß es eine Sitzung des Parteivorstandes und der Vertreter der Metallarbeiterschaft zum Gegenstand hat. Die Vertreter der revolutionären Gruppen konnten danach feststellen, daß die unabhängige Parteileitung die Überzeugung vertritt habe, nur gemeinsames Wirken mit der S. P. D. verbürge die Wahrscheinlichkeit des Erfolges. (Lebhaftes Hört, hört!) Ja, ein Vertreter der Unabhängigen, der die gemeinsame Zusammenarbeit für so notwendig hielt, rief erst dann zur Aktion, wenn alle parlamentarischen Mittel erschöpft seien. Unser Parteivorstand erklärte sich sofort zum gemeinsamen Vorgehen bereit. Er machte auch keinen Gebrauch von dem Zugeständnis, daß man bereit sei, Persönlichkeiten, die bei uns als Hindernis der Einigung aufgefaßt würden, auszuscheiden. Dabei nannte man unmittelbar Ledebour, Ledebour, der sich jetzt als Nachher der Revolution hinzustellen beliebt. Gerade er wird als Person aufgeführt, die glatt beseitigt werden soll, wenn wir es als Hindernis für die Zusammenarbeit betrachten. Gerade wir haben aber damals unsere Mitarbeit davon abhängig gemacht, daß alles einmütig bei der Durchführung der Revolution, bei den entscheidenden Anschlägen zusammenstehen solle. Wir haben deshalb einer Kalkulation Ledebours nicht zugestimmt. Unsere Parteiführer sind es gewesen, die zuerst in die Kavernen gegangen sind, unser Parteivorstand hat die organisatorischen Maßnahmen getroffen für einheitliches Handeln der Truppen. Scheidemanns Wirken ist der letzte Beschluß des Kabinetts des Prinzen Max aufzuschreiben, daß die Truppen nicht schießen sollten. (Lebhaftes Hört, hört!)

Und die Revolver des Herrn Barth?! Sie hätten wahrlich nicht ausgereicht gegen die Minenwerfer und die Maschinengewehre, die damals noch völlig in Händen der bewaffneten Macht waren. Mit ihnen wäre wenig anzufangen gewesen. Als die Zeit zum Losschlagen gekommen war, als alle Mittel erschöpft waren, am Abend des 8. November, trat der Parteivorstand und ebenso die Arbeiterschaft geschlossen dafür ein, daß das gemeinsame Losschlagen am 9. November nach der Frühstückspause erfolgen sollte. Und nun soll alles mit den Revolvern gemacht sein. Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht, sie mußte kommen, weil der bisherige Staat hohl und morsch geworden war. Die ganze Schwere der Niederlage ließ sie reifen. Für uns handelte es sich in erster Linie darum, einen Versuch zu machen, den Waffentüllstand rasch unter Dach und Fach zu bringen. Wir neigen zu der Auffassung, daß die Revolver des Herrn Barth denn doch vielleicht noch zu einem andern Zweck verwandt werden sollten, als zur Herbeiführung der Revolution. Mir liegt ein Brief Barths vor, wonach er den Waffenlieferanten Regau, der eine erhebliche Summe nicht bezahlt erhalten hat, noch am 23. November zu einem Besuch erwartete, von dem er seinen Kollegen nichts mitgeteilt hat. Unbestreitbar wurde die Bewaffnung auch noch nach der Revolution weiter fortgesetzt. Sollte das etwa noch dazu dienen, die Bewegung durchzuführen? Das war kein ehrliches Spiel. Dieses Verhalten konnte nicht zur Stärkung der Zusammenarbeit beitragen, sondern förderte ohne Zweifel alle Möglichkeiten des Gegenseinanderarbeitens. Wir haben ehrlich die Einigung gewollt,

und wir wünschen sie auch heute noch. Auch heute noch sind wir zur sofortigen Wiedervereinigung bereit, ebenso wie wir schon am 9. November die Einheit durch Bildung einer paritätischen Regierung zu fördern strebten. Ueber die Köpfe unserer Führer hinweg ist die Einigung nicht nötig, denn unsere Führer wünschen nichts sehnlicher, als den Wiederausgleich aller sozialistischen Kräfte. Wir behaupten, daß die Unabhängigen die Einigkeit hintertrieben haben. Auf sie allein fällt die ganze Schuld aus dem Schaden, der daraus der deutschen Arbeiterchaft erwachsen ist. (Zwischenruf: Nur das Einigenbe soll betont werden!) Trotz allem sind wir — das sei dem Zwischenrufer gesagt — noch heute bereit, die Einigung herbeizuführen. Sie kann aber nur geschehen auf der Grundlage der Demokratie. (Lebhafter Beifall.) Wir können in der Nacht nicht verleugnen, was wir seit Jahren gefordert haben. Der Mehrheitswille ist allein für uns ausschlaggebend, dem wollen wir uns fügen, auch wenn er gegen uns entscheidet; dafür verlangen wir aber auch, daß die andern sich beugen. (Lebhafter Beifall.) Am den 9. November stellten die Unabhängigen die kühne Unwahrheit auf, sie allein hätten die Mehrheit. Heute behaupten sie es wieder, obwohl sie mit ihrer damaligen Prophezeiung völlig daneben gewesen haben. Wir werden uns niemals gegen den festgestellten Mehrheitswillen wehren. Innerhalb der Partei können alle Richtungen durchaus nebeneinander bestehen und im weitesten Umfange Kritik üben. Nur verfolge man nicht, daß die Kommunisten schon am 10. Januar den bezeichnenden Ruf ausgestoßen haben: Proletarier, behaltet eure Waffen! Das bedeutet nichts anderes, als daß die Regierung durch Waffengewalt zur Preisgabe ihrer Stellung gezwungen werden sollte, und man kann es ihr nicht verdenken, daß sie dagegen ihrerseits Machtmittel zur Anwendung zu bringen unternahm. (Lebhafter Beifall.)

Wir gesteht heute noch der vielhundertstimmige Ruf in der Wilhelmstraße in den Ohren, als in der Siegesallee Maschinengewehre aufgestellt waren und man mit bewaffneten Kastrautomobilen heran kam — der Schrei von Zehntausenden: Gebt uns Waffen, — als Zehntausende mit ihren bloßen Armen vor dem Reichstanzler-Palais standen, an dem Tage als bewaffnete Unabhängige und Spartakisten die Regierung stürzen wollten, die auf Grund des Volkswillens berufen war. Unsere Parteigenossen in der Regierung hatten kein Recht, von ihrem Posten abzutreten, weil sie als Mandatäre des Volkswillens von der übergroßen Mehrheit des Volkes berufen waren. Sie hatten nicht das Recht, von einer Minderheit, die bewaffnet war, sich verdrängen zu lassen, sondern sie hatten die Pflicht, die Mittel anzuwenden, mit denen allein die Bewegung niedergeschlagen werden konnte. Wer die Argumente der Handgranaten und Maschinengewehre in die politische Diskussion bringt, der darf sich nicht darüber wundern, daß der andere, der die stärkeren „Argumente“ hat, dieselben ebenfalls zur Anwendung bringt. In jenen Stunden wurden die Freiwilligen-Regimenter geboren, und die Tatsache, die heute beklagt wird, daß in den Freiwilligen-Regimentern Leute starken Einfluß haben, die wir am liebsten an der Stelle nicht sähen, diese Tatsache ist zurückzuführen darauf, daß dem vielhundertfachen Schrei nach Waffen nicht sofort der Eintritt der Genossen in die Volkswehr zum Schutz der Demokratie, zum Schutz der Nationalversammlung folgte, weil unsere eigenen Parteigenossen wohl danach schreien, daß die Demokratie gesichert werden sollte, die ganze Fülle der Verantwortung aber auf Scheidemann usw. legten, weil sie von denen Wunderbaren erwarteten, hoffte, daß sie die Fülle reicher Gaben über das beglückte Volk ausgießen würden, während sie nicht einmal die Mittel hatten, um sich gegen die zu wehren, die mit Maschinengewehren das ganze

Netz ausheben wollten, wie sich Liebknecht ausdrückte. Die nichts darin fanden, wenn in Versammlungen der Spartakisten der Ruf ertönte: folgt mir nach, um das Netz auszuheben! An die Laterne mit Scheidemann! An den Galgen mit Ebert! — die es ruhig geschehen ließen, wie Silber mit Scheidemann und Ebert, am Galgen hängend, durch die Straßen getragten wurden als stumme aber bereite Aufforderung zur demokratischen Erziehung etwa? Gewiß zu der Taktik, die wir bisher befolgt haben, zur Aufklärung der Geister? Nein, als Aufforderung zur nackten und brutalen Gewalt, die wir immer bekämpfen müssen, so lange wir leben. (Sehr gut!) Wir haben gegen die Erschießung Levinés protestiert, aber unsere Parteigenossen verhielten sich vielfach stumm, wenn es darauf ankommt, die demagogische Agitationsart der Unabhängigen und Kommunisten zu kennzeichnen. Wir verurteilen die Taten der Militaristen von heute, aber wir erinnern auch daran, daß wir eine reichliche Gegenrechnung aufzumachen haben. Man schweigt bei uns davon, daß die Spartakisten und unabhängigen Parteigänger es gewiesen sind, die unten in Bayern die Nationalversammlung sprengten, die unsere Genossen Auver und andere niederstießen. Ich erinnere weiter an das schreckliche Verbrechen an dem Kriegsrat Genossen Keuring, der mit vollem warmen Herzen für alle die Forderungen derjenigen war, die ihn als Untergebene schutzbedürftig waren. Diese Verbrechen wiegen tausendfach all das auf, was von anderer Seite verübt worden ist. Wir billigen nicht, wir klagen an da, wo anzufragen ist. Uns sind unerklärlich die Vorgänge, die zur Flucht des Leutnants Vogel führen konnten. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Truppe besteht, die die Demokratie zu sichern imstande ist, und da unsere Parteigenossen dem Rufe nicht folgten, so mußte die Regierung die Hilfe daher nehmen, woher sie sie bekam. Gätten wir jene Hilfe nicht bekommen, dann stünde es heute anders um uns. Ebenso notwendig wie für den inneren Schutz waren ja die Freiwilligen für den Grenzschutz, wenn wir nicht Westpreußen und Oberschlesien schon längst so wie Polen an die Fremden hätten verlieren sollen.

Die Auflösung der Freiwilligenverbände hätte ja den sofortigen Sturz der Regierung zur Folge gehabt. Sie hätte das ganze Volk dem Einfluß bewaffneter Haufen ausgeliefert. (Sehr richtig!) Bei jenen Männern bestand der feste Wille, mit bewaffneter Gewalt zur Herrschaft zu gelangen. Ich erinnere nur an das bayerische Beispiel. Ich habe wiederholt mit bayerischen Parteigenossen darüber Rücksprache genommen. Dort unten bestand der feste Wille, unter Verzicht auf jede bewaffnete Gewalt zu regieren. Sie wissen, wie das geendet hat: mit dem tragischen Karnevalsaufl der Räterepublik in München. (Sehr gut!) Die dann in den letzten Stunden zusammengerufenen bayerischen Freiwilligen haben in München so abscheuliche und so viele Mordeaten vollbracht, daß unsere Parteigenossen sich dagegen mit Empörung erhoben haben. Im allgemeinen aber haben mit unsere bayerischen Parteigenossen erklärt, daß im Gegensatz zu den neugebildeten bayerischen Freiwilligen die zur Hilfe gerufenen freiwilligen Reichswehrtruppen sich vollständig einwandfrei und korrekt benommen haben. (Hört, hört!) Daraus ergeben Sie, daß im Augenblick der Gefahr zusammengeholt und schnell gefasste Truppenverbände nicht in der Lage sind, Disziplin und Ordnung zu halten, daß es vielmehr einiger Zeit bedarf, um die ungeeigneten, die gewalttätigen und blutdürstigen Elemente, die unter solchen Truppen sich in Führerschaft und Mannschaft immer zeigen werden, aus dem Freiwilligenkorps zu entfernen. Auch die sog. Rote Garde (Heiterkeit) hat mancherlei Schandtaten früher und in jüngerer Zeit verübt, die niemand strenger verurteilt als wir, aber wir wissen, daß diese Verurteilung nicht nur durch uns erfolgt, sondern daß auch die Regierung selbst diese Taten verurteilt, schon deshalb, weil sie ja der Regierung

selbst am allermeisten schaden. (Sehr wahr!) Ob immer energisch und geschäftig genug eingegriffen ist, das werden Sie zu untersuchen haben. Das eine aber können Sie als richtig hinnehmen: Wir vom Parteivorstand haben es an Mahnungen nicht fehlen lassen, wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß unsere Mahnungen bei der Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Die Regierung ist der gleichen Anschauung wie wir, daß den Ausschreitungen der Reichswehrtruppen vorgebeugt werden muß. Die Forderungen, die auf eine andere Formation der Reichswehrtruppen hingehen, sind für uns nicht erfüllbar. Es ist auch gefordert worden, daß auf Grund unseres Programms wir die Verpflichtung haben sollen, die allgemeine Volkswehr zur Einführung zu bringen. Die Dinge sind härter und stärker als wir. Die Entente wird uns vorerschreiben, wie wir unser Heer in Zukunft aufzustellen haben, und die Tatsache, daß England die allgemeine Wehrpflicht um jeden Preis los werden will, wird dazu führen, daß wir trotz der unerträglichen Kosten, die es mit sich bringt, ein Söldnerheer werden anschaffen müssen, und daß England nicht zur Abrüstung seiner Marine kommt, sondern als stärkste Seemacht auch weiterhin besteht. Aber Moske kann sich auf einen anderen berufen, dem es nicht besser geht. Das große Vorbild der Kommunisten ist ja die Sowjetrepublik. Unausgeseht wird zum Bündnis mit Rußland aufgefordert. Dort aber ist die einzige positive Leistung die Bildung der Roten Armee, und die Rote Armee hat all das, wovon unsere Soldatenräte geträumt haben, wieder abgeschafft. Trotzki hat aus ihr die Soldatenräte entfernt, eine eiserne Disziplin herrscht dort, eine Kommandogewalt, ganz nach zaristischem Muster. Die alten Offiziere der Jarenregimenter herrschen genau so wie früher. Trotzki ist eben der Moskauer Rußlands. Und wundern tut es uns nicht, wenn wir erfahren, daß die zuverlässigsten Truppen der Roten Armee angeworbene chinesische Söldner sind, die den Gedanken des Sozialismus, der im Bolschewismus seine sieghafte Auserkennung feiern soll, dem russischen Volke näher bringen. Parteigenossen, ohne Waffengewalt ist eine Regierung undenkbar, und wenn eine Regierung der Unabhängigen die gegenwärtige ablösen würde, so würde sie auch dazu übergehen müssen, sich den nötigen Schutz zu verschaffen. Die sogenannte rein sozialistische Regierung würde dann zu den merkwürdigsten Erscheinungen führen. Die Kommunisten würden sofort die Forderung der Aufhebung der Freiwilligenverbände stellen, und das würde à tempo die Gefahr nach sich ziehen, daß die Truppenteile, die sich noch in den Händen der Offiziere befinden, in der Tat zu der Gefahr werden könnten, die wir nicht verkennen und gegen die wir uns nur wehren können, wenn wir uns auf die Kraft der gesamten Arbeiterkräfte stützen können. Die Gefahr einer militärischen Konterrevolution würde durch ein derartiges Vorgehen geradezu provoziert werden. Aber vorausgesetzt, es gelänge den Unabhängigen, in der Macht zu bleiben und eine Rote Armee zu schaffen, so wäre doch die Folge, daß die Kommunisten ihre Agitation in den Heeresverbänden zur Fortsetzung brächten, denn die Kommunisten machen ja kein Geheimnis daraus, daß die Unabhängigen nichts anderes sind als ein Abfallprodukt aus Ferkelungserscheinungen der alten großen sozialdemokratischen Partei. Liebknecht hat ja auf dem Gründungstage der Kommunisten ausdrücklich gesagt, daß die Unabhängigen heute schon fast tot seien, und daß der Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinett von damals nichts anderes darstelle als den Versuch, einen halbverwesten Körper noch einmal zu beleben. Ein Gebot der Reinlichkeit sei es, sich von ihnen zu scheiden.

Die sozialistische Frankfurter „Freiheit“ bekämpft die Unabhängigen ebenfalls als Arbeitermörder, als Scheinsozialisten. Es würde also sofort dazu kommen, daß die Unabhängigen von den Kommunisten durch die Rote Garde bekämpft würden, die sie sich zu ihrem Schutz gebildet hätten. —

Die großen Fragen der wirtschaftlichen Erneuerung können erst in Angriff genommen werden, wenn wir Frieden haben. Erst dann kann die Regierung zeigen, was sie zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus in unserem ganzen öffentlichen Leben zu erreichen vermag. Die großen Fragen, die für den Aufbau des Wirtschaftslebens gestellt worden sind, werden dann unbarmherzig zur grundsätzlichen Entscheidung kommen. Deutschland kann sich nicht anders als mit Hilfe einer planmäßig geordneten Wirtschaft wieder erholen. Zum Beweise führe ich nur an, daß das deutsche Volk zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftskörpers notwendig des ausländischen Kredits bedarf. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß das Deutsche Reich ausreichenden Kredit vom Ausland erhält, ebenso unmöglich aber auch, daß der deutsche Einzelunternehmer diesen Kredit bekommt. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, daß wir mit Hilfe privaten Kredits unsere Wirtschaft wieder gesund machen können. Ich bekenne mich ganz offen zu den Plänen, die Wiesel in seiner Vorlage angedeutet hat, wenn sie auch in manchen Punkten der Forderung bedürftig sein mögen. Diese planmäßig zusammengefaßten Selbstverwaltungskörper der Industrie unter sorgfältiger Reichskontrolle werden sich den unentbehrlichen Kredit aus dem Ausland verschaffen können und werden auch vielleicht den Übergang zur Sozialisierung bilden können, denn die Sozialisierung, darüber ist die ganze Partei sich einig, ist unerlässlich zur Wiederinsandsetzung des deutschen Wirtschaftslebens. Aber all das können wir erst, wenn wir Frieden haben. Dieser Friede, den uns die Entente geben will, wird am besten charakterisiert durch den Wahlspruch der Unabhängigen, in dem es heißt: „Durch diesen Frieden wird das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert, das deutsche Proletariat verflaut und der Keim zu neuen künftigen Kriegen gelegt.“ Trotzdem verlangen die Unabhängigen, daß die deutschen Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen, ihren Namen unter einen solchen Frieden setzen. Ja, sie haben noch bevor der Wortlaut des Friedensvertrages bekannt war, schon zwei Tage bevor die erste Uebersetzung in die Hände der Abgeordneten kam, in großen Lettern in der „Freiheit“ verkündet: „Wir müssen unterschreiben“. Freilich haben sie kurz hinterher erklärt: „Wir unterschreiben nicht, die gegenwärtige Regierung muß unterschreiben.“ Als wir uns bereit erklärten, ihnen das Feld zu räumen, wenn sie überzeugt seien, der Friede müsse unterschrieben werden, wehrten sie mit beiden Händen ab und erklärten: „Weil sie nicht, wir werden uns hüten, wir sehen uns sonst der Gefahr aus, daß wir von der nationalistisch erregten Volkswut am nächsten Tage davon gejagt würden.“ Also, man erkennt klar, daß die Unterschrift unter diesen Vertrag in der Form, wie er uns vorgelegt worden ist, eine Unmöglichkeit ist. Im Preussischen Landtag hat ja aber Adolf Hoffmann es fertig bekommen, sich in einer kurzen Erklärung diametral zu widersprechen. Zuerst sagte er, die Regierung muß bereitgestellt werden, sie ist schuld an diesem Friedensvertrag, und gleich darauf sagt er, die Regierung muß bleiben und muß den Vertrag unterschreiben. Die Forderung, den Frieden zu unterschreiben, schon bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hätten, sollte vor allem in keinen Arbeiterkopf hinein. Ich habe jahrelang an der Spitze einer Gewerkschaft gestanden, habe jahrelang den direkten Klassenkampf mitgemacht, das Ringen der Arbeiter mit den Unternehmern drückt an drückt, aber damals hatten die Arbeiter soviel Taktik, daß sie zu Verhandlungen gingen und wenn der Unternehmer mit einem ungenügenden Angebot kam, ihm das Unannehmbar ins Gesicht schleuderten. Ein Arbeiterführer aber, der sich am Tage vor der Verhandlung mit den Unternehmern in öffentlicher Versammlung, wie die Unabhängigen jetzt vor aller Welt, hingestellt und gesagt hätte: „Kollegen, wir gehen morgen zu Verhandlungen, wir fordern das und das, aber wenn die

Unternehmer uns gar nichts geben, dann nehmen wir auch die Arbeit wieder auf", der wäre am gleichen Tage weggejagt worden, (Sehr richtig!) ein Schrei der Empörung würde durch die ganze Versammlung gehen und man würde mit Recht sagen: „Wenn Du Schafstloß das hier vor den Unternehmern sagst, dann werden sie uns bestimmt keine Zugeständnisse machen". (Sehr richtig!) Diesen Erfahrungssatz, tausendfach erprobt im Klassenkampf, von allen Arbeitern tausendfach miterlebt, diese Grundsätze haben die Unabhängigen mit Füßen getreten. Sie erschweren unsere Friedensverhandlungen dadurch, daß sie von vornherein sagen, wir müssen unterschreiben. Die Unabhängigen behaupten, daß wir Mehrheitssozialisten den Kampf der Sozialisten und wenigen Pazifisten in den Entente-Ländern nicht genügend würdigen. — Ich kann mir aber keine schwerere Schädigung der Aktion unserer Parteigenossen in Frankreich und England denken, als die Haltung der Unabhängigen, (Sehr wahr!) die es fertig bekommen, die Spalten der ganzen ausländischen Presse der Entente-Mächte mit ihren Erörterungen und Artikeln zu füllen. (Sehr richtig!) Immer wieder wird im Ausland darauf hingewiesen: die Unabhängigen sagen das, und sie behaupten, sie haben die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, unter diesem Druck wird die deutsche Regierung sich schon beugen, macht den Deutschen nur nicht zu schnell Zugeständnisse. Man läßt die Aktionskraft unserer Delegierten in Versailles und der Pazifisten und Sozialisten in den Entente-Ländern und bricht der Friedensarbeit in jenen Ländern geradezu das Genick. Das ist keine grundsätzliche Politik, das ist Opposition um der Opposition willen. (Sehr wahr!) Hätten wir erklärt, wir müssen unterschreiben, hätten sicher die Unabhängigen gesagt, wir dürfen nicht unterschreiben. (Sehr richtig!) Sie sagen grundsätzlich nein, wenn wir ja sagen, das erfüllt ihre Politik. Da haben die Sozialisten doch schon mehr Grundsätze. Fast alle sozialistischen Organe erklären die Unterschrift unter diesen Frieden der Erpressung für eine Unmöglichkeit für jeden, der es wohl meint mit den Interessen der deutschen Arbeiter. Also auch hier Unabhängige und Sozialisten in schreiendem Gegensatz! Doch wo sind die Grenzlinien zwischen beiden?

Ich will bei dieser Gelegenheit noch kurz auf die Frage der Internationale eingehen. Wir deutschen Sozialisten haben die Pflicht als Mitglied der Internationale so ernst genommen, behaupte ich, wie die Sozialisten irgendeines anderen Landes. Wir deutsche Sozialisten haben nicht nur mit Resolutionen, sondern auch mit Taten unsere internationale Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht. (Sehr richtig!) Wir haben während des ganzen Krieges uns bemüht, die zerrissenen Fäden wiederum zu knüpfen. Ich weiß, daß manche Genossen sehr skeptisch über die Hilfe, die uns von der Internationale kommen kann, denken. Ich gebe zu, der Schein spricht in manchen Dingen stark für diese Auffassung. Wir haben es während des Krieges erlebt, daß wir Deutsche recht wenig Freunde draußen in der Welt hatten, der Feinde um so mehr. Die Tatsache, daß so wichtige zu uns hielten, kann uns aber nicht davon abhalten, das Lösungswort unserer Meister zu betätigen, das Lösungswort, unter dem wir Arbeiter uns sammeln: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Dies Wort war uns Programm und Leitmotiv, und ich behaupte, dies Wort wird und muß uns Programm und Leitmotiv bleiben, denn wir hörten auf Sozialisten zu sein, wollten wir uns von ihm entfernen. (Sehr wahr!) Ich erkläre für meine Person, daß ich dem Gedanken der Internationale anhängen mit der ganzen Inbrunst und der Liebe eines Gläubigen. Der Gedanke der internationalen Menschheitsverbrüderung ist für mich, und ich glaube, für jeden Sozialisten das gewesen, was uns über den Tageskampf hinaushebt, den auch andere Parteien zu führen vermögen. Die Lehre, die die Liebe als allumfassend gestalten will, die aus dem Christentum den Grundsatz: Liebe

Deinen Nächsten wie Dich selbst, herauskält, den Gedanken der Zusammenführung aller, die geknechtet und beladen sind, zu gemeinsamer Arbeit an der Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus. Das ist ein so großer und erhabener Gedanke, daß jede Kritik vor ihm ersterben muß. Wir haben diesen Gedanken betätigt vor dem Kriege und während des Krieges und werden jede Gelegenheit benutzen, um unser Bekenntnis dazu zum Ausdruck zu bringen. Freilich — darüber haben wir keinen Zweifel gelassen und das ist ja nur natürlich: Die Flamme unserer Liebe zur Menschheit entzündet sich zuerst an der Liebe zu unserm eigenen Volke. (Lebhafter Beifall.) Da wir unser eigenes Volk jetzt unglücklich und geschlagen sehen, kann unsere Liebe zu ihm nur wachsen gegenüber der Zeit, wo wir es im Glück und stark sahen, so wie eine Mutter ihr krankes unglückliches Kind mit viel heiserer Liebe umfängt, wie das starke wohlgeratene gesunde Kind. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen zu unserm Volke und zu unserm Lande bis zum letzten, wir wollen unserm Lande dienen im Rahmen der Internationale, und wir wissen, daß wir unsere nationalen Eigenarten und Interessen in der Internationale vertreten können. Wir haben mit den Parteigenossen der anderen Länder heftige Kämpfe durchzuführen gehabt, als wir in Bern zum ersten Male mit ihnen zusammenkamen, die sich drehten um die Schuldfrage am Kriege. Thomas forderte, daß wir Deutsche aus dem internationalen Kongreß gedrängt werden und ausgestoßen werden sollten, als die Mitgläubigen am Kriege. Wir wollen die Schuld am Kriege festgestellt haben auf Grund der Öffnung der Archive aller Welt. Wir haben die Ueberzeugung, daß ein vollkommener Maß von Schuld auf den Schultern der alten Gewalthaber in Deutschland liegt, und nichts soll jene vor ihrem Richter bewahren. Aber niemand wird mir die Ueberzeugung beibringen, daß Deutschland allein der Sündenbock ist, der das Unheil über die Welt gebracht, und daß der Zar ein blutentweißes Unschuldslämmlein ist, daß die russischen Intrigen, die im Suchomlinow-Prozeß bekanntgemacht sind, nie gespielt haben. Niemals werde ich mich dazu bekennen, daß die französischen Rebangeheben keinen Teil an diesem Kriege haben. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur daran, daß Jaurès der französischen Regierung den Rat schlug, den schärfsten Druck auf Rußland auszuüben, weil sonst Rußland Frankreich in den Krieg hineinziehen würde. Schon Marx und Engels haben mit prophetischem Blick die Entwicklung gesehen, daß aus den Folgen des Krieges von 1870/71 heraus das russisch-französische Bündnis geboren werde, das uns diese Katastrophe gebracht hat. Wir Deutsche wollen nicht für eine Politik, die vor 50 Jahren gemacht worden ist, jetzt in Sad und Asche ruhe tun. Nein, auch auf dem internationalen Gebiet erwirbt sich Achtung nicht der, der sich duckt, und der unterwürfig im abgestrauten Büßerkleid dasteht. Kein Franzose, kein Engländer hätte je anerkannt, daß die Schuld allein bei seinem Volke läge, in der Hoffnung, dadurch bessere Friedensbedingungen zu erhalten. (Sehr wahr!) So stark ist der Nationalstolz in jenen Völkern entwickelt, der der Nationalstolz, der die Gefahr des Chauvinismus in sich birgt und doch etwas Großes und Gewaltiges ist. Wir Deutschen müssen lernen, deutsch zu fühlen, und wir können das lernen von Franzosen und Engländern und anderen Nationen. (Lebhafter Beifall.) Ich denke daran, wie sehr doch die Unabhängigen irren in der Schuldfragekommission, wo einige Tage her gekämpft wurde. Ich sehe noch Eisner, dessen tragisches Geschick auch wir alle bedauern, vor mir, als ich mich wehrte, die Schuldfrage anzuerkennen in der Resolution, die dann zur Annahme gelangte, wie er sagte, ich sollte mich doch nicht täuschen: ein harter Waffenstillstand wäre längst noch kein harter Friede; der Friede würde günstiger als wir ahnen, der harte Waffenstillstand sei nur eine Pression, wir sollten das Beste hoffen. Eisner, der daran glaubte, hat unrecht behalten.



wir Pessimisten haben recht behalten. Eisner erklärte, ihm sei mitgeteilt worden, Clemenceau habe gesagt: Ich freue mich, daß Scheidemann zu der Friedenskonferenz geht und nicht der bayerische Ministerpräsident, denn dem gegenüber hätte ich einen viel schwereren Stand.“ Eisner schwärmer, der glaube, daß Clemenceau, der Mann von Blut und Eisen dieses Hochhandels, der Mann, gegen den Bismarck ein schwächlicherer Stümper war, sich dadurch beeinflussen lassen würde, ob der Mann der zur Unterhandlung käme, Eisner hieße oder Scheidemann. (Zuruf: Siehe Oesterreich!) Wir danken es der Internationale, daß sie weit von sich gewiesen hat die Ansichten, die jetzt im Friedensvertrag zum Ausdruck gekommen sind. Einmütig waren wir in Bern schon, daß die Ansprüche auf das Saarrevier, auf das linksrheinische Ufer, auf Posen, Westpreußen, Oberschlesien aufs schärfste zurückgewiesen werden mußten. Die Frage von Elsaß-Lothringen schied aus. Aber einzig waren wir, daß auch da das Recht der freien Abstimmung dem elsass-lothringischen Volke gegeben werden solle, nach welcher Seite es sich orientieren wolle. Wir danken der Internationale, daß sie auf dem Kongreß in Amsterdam, auf dem Müller und ich nicht erscheinen konnten durch ein bis heute noch nicht aufgeklärtes Verhängnis, daß uns die Pässe nicht rechtzeitig erreichen ließ, trotzdem die Resolutionen in der territorialen Frage zur Annahme gebracht hat, die wir schon in Bern überreicht haben und die ihre Ergänzung entsprechend der Entwicklung erfahren hatten.

Ich hoffe, daß der Kampf, der in diesen Ländern geführt wird, von Erfolg sein wird. Ich hoffe auf ihn, nicht weil ich glaube, daß er uns in der gegenwärtigen Situation eine Erleichterung bringen wird. Ich gehöre nicht zu den Gläubigen der Weltrevolution, die binnen kurzem den Friedensvertrag zerreißen werde. Ich sehe nicht die kommende Weltrevolution, sondern ich sehe, daß wir in ihr sind und sehe in dieser Revolution den Kampf des Imperialismus um Tod und Leben, von dem wir nicht wissen, wie er ausläuft und welche Entwicklung dem Imperialismus noch vorbehalten ist. Ich weiß nicht, ob die heutige Gesellschaftsordnung bereits auf dem Stadium angelangt ist, auf dem eine restlose Durchführung des Sozialismus möglich ist. Ich habe die Überzeugung, daß wir gewissermaßen in Deutschland mit Handschellen sozialisieren, mit Ketten am Bein, weil wir umgeben sind von einem Kranz von Ländern, in denen der Imperialismus mächtiger als jemals sein Haupt erhebt. (Sehr richtig!) All diese Fragen sind von uns zu prüfen, aber nicht endgültig zu entscheiden; denn wer sie entscheiden wollte, würde als Prophet auftreten müssen, und wohl niemals ein Prophet stärker Zügen gestraft worden, als in der jetzigen Zeit. (Sehr wahr!)

Der deutschen Sozialdemokratie ist seit dem 9. November die undankbare Aufgabe zugefallen, die jemals einer Partei zugefallen ist. Wir haben uns nicht nur auf ein Trümmersfeld gestellt, sondern wir haben die Macht in Deutschland zu einer Zeit antreten müssen, in der noch jede Möglichkeit fehlte, mit den Aufräumarbeiten und dem allmählichen Aufbau wieder zu beginnen. Das alles kann erst gelöst werden, wenn ein Friede erreicht ist, der nicht völlig unerträglich ist. Gleichviel wer regiert, er könnte nichts gegen die ungeheure Not tun, unter der wir gegenwärtig leiden. Die Partei hat ihr Bestes getan und wird ihre ganze Kraft einsetzen, um das Vertrauen, das ihr vom Lande entgegengebracht worden ist, zu rechtfertigen. Aber die Partei kann nicht zaubern und hegen, ihr wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand. Lieben Sie jetzt Kritik an unsern Handlungen, weisen Sie uns aber vor allem dabei bessere Wege! Mit Kritik um der Kritik willen ist nichts getan. (Sehr richtig!) Lassen Sie bei der Aussprache nicht vermissen, das was die Partei jetzt am allerunverzichtlichsten braucht: Tatsachenerkenntnis, Wirklichkeitsgefühl und

das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl! Die Unabhängigen schließen jetzt häufig ihre Versammlungen mit dem Ruf: Die Entwicklung geht nach links. Ich schließe meine Ausführungen, indem ich sage: Unser Weg geht nicht nach rechts, er geht nicht nach links, unser Weg geht geradeaus durch die Demokratie zum Sozialismus, der Wohlfahrt, Freiheit und Glück für alle verbürgt. (Stürmischer Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Schluß 8½ Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 11. Juni 1919. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Lohse eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 5 Minuten. Es sind eine Reihe Begrüßungstelegramme eingelaufen, die ich nicht alle zur Verlesung bringen möchte. Ich hebe nur hervor, daß wir von dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs folgendes Begrüßungstelegramm erhielten: „Besten Dank für Einladung. Sind leider verhindert. Wünschen besten Erfolg. Parteivorstand Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs. Klarer“. (Beifall.) — Die Diener des Reichstages werden jetzt die Mandate einziehen. Die Teilnehmer mögen einen Zettel mit Namen und der Eigenschaft, in der sie hier sind, versehen. Danach werden Legitimationen angefordert, die von morgen ab allein zum Betreten des Saales berechtigen. Wir mußten noch acht Mitglieder im ersten Rang unterbringen, haben aber den Eindruck, daß im Saal noch Plätze frei sind. (Wird durch Zuruf bestätigt.) Ich bitte die acht Delegierten im ersten Rang, sich in den Saal zu begeben. Nach unserer Tagesordnung stehen noch die Berichte der Genossen Partels, Heinrich Schutz, Brühne und Adolf Schulz aus. Die Redner haben sich aber bereit erklärt, nur die Hälfte der ihnen geschäftsordnungsmäßig zustehenden Redezeit zu benutzen. (Lebhafter Beifall.) Können wir, daß sie sich daran halten.

Das Wort hat nunmehr zum

**Bericht über die Parteikasse**

**Partels:** Die schwere Krise, welche die Partei während des Krieges durchlebte, ist besonders bei der Kasernenverwaltung und der Organisation sichtbar gewesen. Zur Zeit des Würzburger Parteitages hatten wir unseren tiefsten Stand in der Mitgliederzahl erreicht. Damals lastete die Wirkung des Krieges schwer auf uns, so nur ist es zu erklären, daß unsere Mitgliederzahl damals unter 300 000 herabsank. Der größte Teil der männlichen Mitglieder, etwa 75 Prozent, war zum Heere eingezogen. Darunter waren zahlreiche unserer rührigsten und tüchtigsten Agitatoren und Organisatoren. Die Stimmung der Zurückgebliebenen war gedrückt, ihr Eifer und ihre Opferfreudigkeit waren gelähmt. Dazu kamen noch die Wirkungen der Spaltung. Die vorausgegangenen Streitigkeiten haben nicht werdend gewirkt, sondern manchen noch abgestoßen. Das alles zusammen bewirkte, daß wir 1917 nur ein Fünftel der männlichen Mitglieder des letzten Jahres vor dem Kriege hatten, und auch die weibliche Mitgliederziffer um die Hälfte kleiner war.

Nur langsam gelang es uns im darauffolgenden Jahre, eine Besserung zu erzielen. Eine völlige Veränderung der Verhältnisse trat mit der Revolution 1919.

volution und der Demobilisierung ein. In einem nicht dagewesenen Maße erfolgten die Eintritte in die Partei. Bisher politisch völlig indifferenten Kreise kamen zum Erwachen. Kräfte wurden frei, denen es vorher nicht möglich war, sich politisch zu betätigen, wenigstens nicht in einem der früheren Regierung genehmen Sinne. In den entscheidenden Novemberwochen reichten unsere Verwaltungseinrichtungen kaum aus, um den ungeheuren Ansturm zu bewältigen. Er verstärkte sich durch den Wiedereintritt der Wehrdienstentlassenen; auch die Verdrängten lehrten vielfach zurück. Die Mitgliederzahlen der Parteiorganisationen, die Sie als Drucksache erhalten haben, geben leider über das Anwachsen keinen vollständigen Aufschluß. Einige Bezirke fehlen, und aus den Bezirken, die berichtet haben, fehlen wieder einige Kreise. Das ist ein Uebelstand aus der Kriegszeit, der hoffentlich recht bald behoben sein wird. Zum Teil ist das Ausbleiben der Berichte erklärlich; so ist es verständlich, wenn besetzte Gebiete, wie Posen, mit ihren Verichten ausgeblieben sind. Leider aber sind auch Berichte aus Bezirken unvollständig, für die solche Erklärungsgründe nicht geltend gemacht werden können. Abgesehen von Mangel an Berichten, das zurzeit durch die Besetzung und leider auch wohl dauernd von uns abgeschlossen ist, haben 88 Kreise nicht berichtet. Ohne diese beträgt die Mitgliederzahl unserer Partei 1 012 299 gegen 249 411 im Vorjahre. Für die Beurteilung dieses Zuwachses muß beachtet werden, daß auch die vorjährigen Berichte nicht vollständig waren. Der Zuwachs beträgt gegenüber dem Vorjahre 306 Prozent. Das ist selbstverständlich eine anormale Ziffer, die zu Vergleichen nicht geeignet ist. Mit den fehlenden Kreisen und den unvollständig vorliegenden Berichten ist der Stand des Jahres 1914 ungefähr wieder erreicht. Wenn man aber den Zuwachs und den gegenwärtigen Bestand in den einzelnen Bezirken miteinander vergleicht, gewinnt man ein völlig verschiedenes Bild. In den Bezirken, wo die Unabhängigen und Kommunisten über den größten Anhang verfügen, und wo bei der Spaltung die Parteiorganisationen so gut wie vollständig zu ihnen übergegangen sind, bleiben wir trotz des starken Wachstums noch wesentlich hinter 1914 zurück. Ich verweise auf Groß-Berlin, wo wir 1914 121 000 Mitglieder zählten, während wir heute mit über 50 000 Mitgliedern noch nicht einmal die Hälfte des damaligen Bestandes wieder erreicht haben. Ferner verweise ich auf Halle, Erfurt, Braunschweig, Leipzig und ähnliche Bezirke.

In einigen anderen Bezirken dagegen, darunter auch solchen Gebieten mit überwiegend ländlicher und kleinstädtischer Bevölkerung, hat dagegen die Mitgliederbewegung einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen. (Hört, hört!)

Ich verweise auf den Bezirk Ostpreußen, in dem wir eine Mitgliederzahl von 52 581 am 31. März 1919 hatten, gegen 10 488 im letzten Jahre vor dem Kriege. Ähnliche Zahlen haben wir auch aus Pommern zu verzeichnen und aus verschiedenen anderen Bezirken. Eine erfreuliche Steigerung hat auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erfahren. Sie stieg von 70 695 im Vorjahre auf 206 854 in diesem Jahre, was eine Steigerung von 192 Prozent bedeutet. Das ist die größte Zahl an organisierten Genossinnen, die wir je gehabt haben. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der organisierten Genossinnen 174 754. Der letzte Friedensstand ist also heute um etwa 32 000 überschritten. Das ist besonders deshalb erfreulich, weil heute, wo die politische Gleichberechtigung durchgeführt ist, die Zahl der weiblichen Mitglieder wesentlich anders in Betracht zu ziehen ist als früher.

Das Anschwellen der Organisation legt der Partei besondere Verpflichtungen auf für den weiteren Ausbau unserer Parteiorganisation. Die alten Agitationsmethoden und die alten Organisationsrichtungen reichen heute nicht mehr aus. Man muß diese den neuen Verhältnissen entsprechend umformen und ausbauen. Es genügt nicht mehr, wie es früher der Fall war und auch heute noch vereinzelt anzutreffen ist, daß alle vier Wochen ein Jahlabend und alle Vierteljahr eine Mitgliederversammlung abgehalten wird. Es muß mehr auf dem Gebiete der Aufklärung und des Zusammenhalts der Mitglieder geschehen. In dieser Zeit politischer Gärung, wo ein neues Problem das andere jagt, da dürfen wir es nicht fehlen lassen an der gründlichsten und unermüdblichsten Aufklärungsarbeit bei den neu gewonnenen Mitgliedern. Nur so wird es möglich sein, die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln, nur so wird man verhindern, daß sie aller möglichen demagogischen Gegenströmungen unterliegen. Die neuen Mitglieder sind zum großen Teil mit großen Hoffnungen und weitgehendsten Erwartungen zu uns gekommen. Manche von diesen Hoffnungen werden in dieser Zeit des Niederbruchs unrealisierbar sein. Darüber müssen unsere Anhänger aufgeklärt werden. Was aber von diesen Wünschen und Hoffnungen erstrebenswert und durchführbar ist, das werden und müssen wir mit Hilfe unserer Organisation durchzusetzen versuchen. Wir würden unsere neuen Anhänger enttäuschen, wenn wir nicht mit ganzer Kraft in diesem Sinne wirken würden.

Ueber die Grenzen des Durchführbaren gehen aber in unserer bewegten Zeit die Meinungen natürlich oft auseinander; nicht weniger auch über die Taten und Unterlassungen der von uns gestützten Regierung. Dagegen bedarf es einer unausgesetzten Aufklärungsarbeit, wenn wir nicht zulassen wollen, daß ein Abfall größerer Teile unseres Zuwachses eintritt. Die unabhängige Presse liebt es bekanntlich in letzter Zeit, davon zu reden, daß eine Massenflucht aus unserer Partei eingetreten habe. Das ist natürlich ein Agitationsstreich. Es ist richtig, daß bei der herrschenden Gärung und bei dem Zug nach links, der nun einmal vorhanden ist, manche von unseren neuen Anhängern abgefallen sind und zum Teil auch zu den Unabhängigen übergetreten sind. Das ist aber eine Erscheinung, wie sie die unabhängige Partei genau ebenso zu verzeichnen hat. Denn in demselben Grade geben deren Mitglieder nach links zu den Kommunisten. Um Massen handelt es sich aber bei uns durchaus nicht. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Es ist uns von verschiedenen Seiten berichtet worden, daß diese Abgänge durch neue Beitritte ausgeglichen sind.

Hemmend für den Ausbau unserer Organisation ist gegenwärtig, daß viele unserer Organisatoren und Agitatoren durch Mandate und Regierungsämter ihrem bisherigen Wirkungskreis ganz oder teilweise entzogen sind. Bei der gegenwärtigen Stellung unserer Partei ist dies unvermeidlich. Unsere Aufgabe wird es sein, für Ersatz zu sorgen. Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen das Verlangen nach Anstellung neuer Sekretäre stark ist. Wo die Berechtigung dazu vorhanden ist, ist dies geschehen, meistens mit finanzieller Beihilfe des Parteivorstandes.

Damit allein aber ist es nicht getan. Wir müssen unsere neuen Mitglieder erziehen zur Mitarbeit und zu der Opferwilligkeit, die früher in unseren Reihen so stark war und die die Partei groß und unüberwindlich gemacht hat. Daran fehlt es heute vielfach, und da muß der Bebel zur Vorsehung angefochten werden.

Ueber unsere gewaltigen Wahlerfolge ist in dem schriftlichen Bericht des Bebel gesagt. Ich will nur erwähnen, daß neben den Wählern

im Reich und in den einzelnen Freistaaten besonders groß unsere Erfolge bei den Kommunalwahlen waren. Ich muß allerdings auch da leider konstatieren, daß wir ausreichende Berichte nur aus 147 Kreisen, also etwa der Hälfte der in Betracht kommenden Kreise, bekommen haben. Aber trotz dieser mangelhaften Berichterstattung läßt sich feststellen, daß die Zahl der Mandate, die wir jetzt in den kommunalen Körperschaften haben, eine ganz gewaltige Steigerung erfahren hat. Wir hatten im Jahre 1914 in 523 Städten 2821 Stadtverordnete. Jetzt sind in den 147 Kreisen, die berichtet haben, in 945 Städten 7272 Stadtverordnete vorhanden. Bei den Landgemeinden liegt es so, daß wir 1914 in 3082 Gemeinden 9059 Gemeindevertreter hatten; jetzt sind diese Ziffern: 4528 Gemeinden mit 18 569 Vertretern. Magistratsmitglieder hatten wir 1914 in 60 Städten 154, jetzt in 212 Städten 448. Ich erwähne, daß das ein unvollständiger Bericht ist, und daß nur die Hälfte der Kreise berichtet haben. Aber er gibt von der Steigerung unserer kommunalen Mandate einen ungefähren Anhalt. Wir haben vielfach jetzt in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen die Mehrheit der Mandate. Es ist selbstverständlich, daß diese Position uns auch eine größere Verantwortlichkeit auferlegt, als es früher der Fall war, wo wir in der Minderheit waren. Dazu kommt, daß wir auch in den Kreistagen und Provinzialvertretungen stark vertreten sind. Es sind also eine große Zahl von Parteigenossen auf verantwortliche Posten gestellt, und wir müssen gestehen, daß nicht alle die nötige Erfahrung besitzen, die für diese Posten erforderlich ist. Wenn deshalb in verschiedenen Kreisen verlangt wird, daß die Organisationen Vorsoorge treffen für die Schulung dieser neuen Vertreter, so ist das nur erklärlich und findet unsere volle Billigung und Unterstützung.

Es ist selbstverständlich, daß die gesteigerten Aufgaben der Partei sich nicht mit den bisher üblichen niedrigen Beiträgen erfüllen lassen. In dem vorliegenden Organisationsstatutenentwurf finden Sie eine wesentliche Erhöhung des bisherigen Mindestbeitrags. Auch jetzt schon haben Wahlkreise und Bezirke die früheren Beiträge zum großen Teil wesentlich erhöht. Während wir im vorigen Jahr als höchste Beiträge zu verzeichnen hatten bei den Männern in neun Kreisen 50 Pf., und in nur sieben Kreisen 60 Pf. monatlich, steht es gegenwärtig so, daß die Monatsbeiträge in 43 Kreisen 50 Pf., in 60 Kreisen 60 Pf. und darüber hinaus, in drei Kreisen 70 Pf., in acht Kreisen 80 Pf. betragen. An wöchentlichen Beiträgen für die männlichen Mitglieder hatten wir als höchstes im vorigen Jahre in 22 Kreisen 15 Pf., jetzt wird in 92 Kreisen 15 Pf. und darüber hinaus in 23 Kreisen 20 Pf. wöchentlich erhoben. Nehmlich steht es bei den weiblichen Mitgliedern. Im vorigen Jahre hatten wir als höchste Beitragsleistung in 20 Kreisen 30 Pf. und in nur einem Kreise 35 Pf. monatlich. Jetzt haben wir in 61 Kreisen 30 Pf., in einem Kreise 35 Pf., in 15 Kreisen 40 Pf., in einem Kreise 50 Pf. und in zwei Kreisen einen Monatsbeitrag von 55 Pf. Wenn die Parteiorganisationen den an sie gestellten notwendigen Aufgaben sich gewachsen zeigen sollen, dann ist es dringend nötig, daß der neu vorgeschlagene Mindestbeitrag beschloffen wird.

Ueber den Stand und den Ausbau unserer Parteipresse, worüber früher in der Regel beim Kassenbericht mitberichtet wurde, werden Sie einen besonderen Bericht hören. Ich habe deshalb nicht nötig, darüber viel Worte zu machen. Ich will nur ein paar allgemeine Sätze dazu sagen. Wir hatten schon im letzten Kriegsjahre eine erfreuliche Aufwärtsbewegung

in der Leserschaft unserer Presse. Die Revolution brachte auch hier einen sprunghaften Aufstieg der Abonnentenziffern. Dieser wäre noch größer gewesen, wenn nicht Demunisse, wie die Papiernot und anderes, die Auflagen künstlich herabgedrückt hätten. Es haben nicht berichtet fünf Parteigeschäfte, und wir haben bei diesen fünf die alte Ziffer des vorigen Jahres eingestellt. Unter dieser Berücksichtigung hatten unsere 74 Zeitungen, die im vorigen Jahre bestanden, am 31. März 1918 eine Abonnentenzahl von 847 881, am 31. März dieses Jahres dagegen eine Abonnentenzahl von 1 706 262. Das ist also eine Steigerung um reichlich 100 Prozent, also Verdoppelung. Bei der Ausdehnung und der politischen Bedeutung unserer Partei ist es erklärlich, daß an vielen Orten das Verlangen nach eigenen Pressorganen jetzt laut wird. Das ist begreiflich und in vielen Fällen auch berechtigt. Sobald die Grundlagen dafür nur einigermaßen vorhanden waren, ist der Parteivorstand auch stets bereit gewesen, finanziell und auch sonst helfend einzugreifen.

Nun noch einige Ausführungen zu unseren Kassenverhältnissen. Ich bin leider nicht in der Lage, viel Erfreuliches darüber sagen zu können. Wichtig ist, daß in letzter Zeit eine Besserung zu verspüren ist. Aber das hilft uns über die Tatsache nicht hinweg, daß unsere Finanzen durch den Krieg sehr gelitten haben. Wie unsere Abschlüsse zeigen, arbeiten wir seit sechs Jahren mit erheblichem Defizit. Auch schon im letzten Jahre vor dem Kriege schlossen wir mit einem Manko ab. Wir haben in diesen sechs Jahren dem Parteivermögen etwa  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark entnehmen müssen. Wenn für den letzten Abfluß in Betracht gezogen wird, daß wir im letzten Jahre erhebliche Wahlkosten hatten, dann haben wir noch einen verhältnismäßig günstigen Abfluß. Stark gesunken sind erklärlicherweise in den Kriegsjahren die Beiträge der Organisationen. Während wir im Jahre 1913/14 die respektable Summe von 786 567,28 Mk. verzeichnen konnten, war dieser Betrag im Vorjahre gesunken auf 134 656 Mk., und er beträgt im letzten Geschäftsjahre 298 546,13 Mk., wobei ich bemerken will, daß diese Steigerung in der Hauptsache auf das letzte Quartal des Geschäftsjahres entfällt. Während wir vor dem Kriege verzeichnen konnten, daß verschiedene größere Organisationen wesentlich mehr als die 20 Prozent, zu denen sie verpflichtet waren, an die Hauptkasse abführten, ist das während des Krieges völlig unterblieben. In Wegfall sind auch die Ueberflüsse von Geschäften gekommen, die früher mit größeren Beträgen in unseren Einnahmen erschienen. Durch diese beiden Tatsachen sind natürlich unsere Einnahmen stark herabgedrückt. Gesteigert hat sich im letzten Jahre die Einnahme aus den Darlehensrückzahlungen, ein Beweis von zunehmenden finanziellen Kräftigung mancher unserer Geschäfte. Ferner hat sich auch der Posten „sonstige Einnahmen“ gesteigert. Es ist das auf Sammlungen und auf Wahlbeiträge zurückzuführen, die von Parteigeschäften und auch von Parteifreunden geleistet wurden.

Wir haben während des Krieges die Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten einschränken müssen. Ich erwähne da die Bildungsarbeit, das frühere Rheinisch-westfälische Bureau, das Pressebureau, die Parteikorrespondenz und anderes.

Jetzt aber wird erforderlich sein, daß wir auch für diesen Zweck wieder größere Aufwendungen machen. Mit Rücksicht auf die Teuerung haben wir selbstverständlich auch die Gehälter unserer Angestellten steigen müssen. Wir zahlen jetzt eine Teuerungszulage zu den Grundgehältern in Höhe von 45 Prozent für Verheiratete, 30 Prozent für die Ledigen und für die Angestellten, die ein Grundgehalt von über 4000 Mk. im Jahre beziehen.

Außerdem haben wir die Grundgehälter um 20 Prozent erhöht, haben weiter die 1914 gemachten Abzüge zurückgezahlt und zweimal eine Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehalts gegeben. Trotzdem bleiben die Gehälter unserer Angestellten vielfach unter dem Einkommen weiterer Arbeiterschaften zurück. (Sehr wahr!) Es ist deshalb der Wunsch nach weiterer Aufbesserung vorhanden. Der Parteivorstand verhält sich dazu auch keineswegs ablehnend. Wir werden uns dieser Notwendigkeit schon für die nächsten Zeit nicht entziehen können. — An Wahlaufschüssen sind bis zum Abschluß des Geschäftsjahres gegeben 328 723 M. Es sind aber im neuen Geschäftsjahr noch verschiedene größere Summen bewilligt, und es werden auch jetzt noch zur Deckung von Wahlschulden in den einzelnen Bezirken Beträge bewilligt, die aber erst im nächsten Abschluß in die Erschließung treten. Inwieweit sind mit Einschluß dieser nachträglich noch bewilligten Beträge die Wahlaufwendungen der Hauptklasse erheblich unter den Aufwendungen von 1912 geblieben. Damals waren die Wahlaufschüsse ungewöhnlich hoch, sie betrugen 910 000 M. Diesmal, glaube ich, werden wir mit der Hälfte auskommen. Wir haben schon vor dem Eintritt in die Wahlagitiation unsere Bezirke Mitteilung gemacht von dem Stand der Hauptklasse und haben ihnen gesagt, daß sie in dem Maße wie 1912 auf Beihilfe nicht rechnen könnten. Ich nehme an, daß dadurch die Ansprüche geringer geworden sind, und die Bezirke meistens versucht haben, sich aus eigener Kraft zu helfen. — Eine neue Einnahmequelle schlagen wir im Entwurf unseres Organisationsstatuts vor, indem wir beantragen, daß 20 Prozent der Ueberschüsse unserer Parteigeschäfte der Hauptklasse zugeführt werden sollen. Wir haben bereits im vorigen Jahre in einer Geschäftsführerkonferenz die Notwendigkeit dieser Neueinrichtung gründlich erörtert, und die fast einstimmige Zustimmung der Geschäftsführer gefunden. Das Verlangen selbst rechtfertigt sich ohne weiteres. Das Institut unserer Parteirevisorien, das neben den allgemeinen Interessen, vor allem den Interessen unserer Parteigeschäfte dient und von diesen stark in Anspruch genommen wird, erfordert erhebliche Aufwendungen der Parteikasse. Schon dies allein würde eine Gegenleistung rechtfertigen. Dazu kommt, daß ein großer Teil unserer Geschäfte durch finanzielle Beihilfen unserer Parteikasse groß geworden ist. Auch dies rechtfertigt, daß sie in ihren besseren Tagen verpflichtet sind, auch etwas an die Parteikasse zu denken. Wir hoffen daher, daß diese Neuerung auch die Zustimmung des Parteitages finden wird.

Auf die außerordentlich schwierige Lage der Partei in der gegenwärtigen Zeit wies schon hingewiesen. Die Partei hat während des Krieges das Verlorene, was die deutsche Sozialdemokratie früher vor anderen auszeichnete, die Einigkeit der Partei. Die deutsche Arbeiterbewegung ist jetzt in drei Teile gespalten, und der Kampf gegen die Partei wird von links nicht weniger scharf geführt wie von rechts. In der Art ihrer Kampfmittel sind unsere ehemaligen Genossen auf der linken Seite beinahe nicht wählbar. Das hierin in absehbarer Zeit eine Veränderung eintritt, ist kaum anzunehmen. Das immer weitere Abwanden unserer linksstehenden Klassengenossen vom Boden der Demokratie erleichtert ein Näherkommen nicht, es macht ein solches mit den am weitesten linksstehenden Elementen zur glatten Unmöglichkeit. Die Lage der Partei ist aber auch deshalb schwierig, weil die Zukunft unseres Landes und Völkers dunkel und trübe ist. Das Schicksal unseres Landes, das sich in diesen Tagen entscheiden soll, wird auf die weitere Entwicklung unserer Partei nicht ohne Einfluß sein. Wie immer aber sich die Zukunft gestalten wird, nicht entbehren können wir eine starke, leistungsfähige Parteiorganisation.

Sie ist unter den veränderten politischen Verhältnissen nicht weniger nötig als früher. Im Gegenteil: sie hat heute als der Unterbau unserer politischen Machtstellung eine größere Bedeutung als je. Darüber dürfte es unter uns kaum Meinungsverschiedenheiten geben. Sorgen Sie deshalb dafür, daß in Ihrem Wirkungskreis noch mehr als bisher in tätiger Weise an dem Ausbau unserer Organisationen und an der Stärkung unserer Parteifinanzen gearbeitet wird. Sie helfen damit den Weg ebnen, der uns zum vollen und endgültigen Sieg des Sozialismus führen wird. (Beifälliger Beifall.)

Den

#### Bericht über die kulturpolitischen Aufgaben der Partei

erstattet Heinrich Schulz: Als der Parteivorstand am 28. März gemeinsam mit der Kontrollkommission, der Fraktion der Nationalversammlung und dem Parteiausschuß versammelt war, um sich über die Lage der Partei Rechenschaft zu geben und die nächsten Aufgaben der Partei zu besprechen, war man sich sehr bald einig über die Notwendigkeit, wieder mehr als in letzter Zeit für unsere kulturpolitischen Aufgaben tun zu müssen. Sie waren durch den Krieg in arge Bedrängnis geraten. Unsere Bildungsbewegung war im Kriege zum Stillstand, teilweise zum völligen Zusammenbruch gekommen. Die Lehrer und Hörer unserer Bildungsarbeit wurden gleich zu Beginn des Krieges in Massen einberufen. Mit der Länge des Krieges steigerten sich die Einberufenen, die Zurückbleibenden fanden in der Fron des Hindenburgprogramms weder Zeit noch Stimmung zur Tätigkeit an sich selbst, zur Bildungsarbeit. Ganz ähnlich ging es der Zentrale in Berlin, dem Zentralbildungsausschuß, der auch allmählich von seinen gesamten männlichen Kräften entlehrt wurde, so daß er schließlich seine Tätigkeit einstellen mußte.

Nicht ganz so schlimm war es mit der Jugendbewegung. Sie hatte vor der Bildungsbewegung voraus, daß ihr von unten her immer die neuen Generationen von Jugendlichen zufließen. Zwar wurden auch der Jugendbewegung zahlreiche Funktionäre genommen, aber wir behielten doch immer einen gewissen Stamm von Mitarbeitern, so daß wir das organisatorische Leben der Jugendbewegung aufrechterhalten konnten.

Durch die Revolution wurde eine neue Lage geschaffen. Es strömten uns über Nacht Hunderttausende, vielleicht Millionen neuer Anhänger zu, aber zumeist nur gefühlsmäßig und unter dem Zwang unmittelbarer äußerer und innerer Erlebnisse. Für diese große Masse neuer Anhänger war eine umfassende Bildungs- und Aufklärungsarbeit sehr dringend notwendig, aber es fand sich dazu in den ersten Monaten der Revolution weder die Zeit noch die Möglichkeit. Die revolutionären Ereignisse überstürzten sich. Die parteiliche Bewegung führte immer wieder das Bestreben der Partei, die revolutionären Errungenschaften zu konsolidieren. Dazu kam, daß alle verfügbaren Männer der Partei vom Parteivorstand bis zum letzten Funktionär in einem entfernten Dorf, in irgendeinem wichtigen Amt, sei es des Reichs, des Staats, der Gemeinden, der Verwaltung, der Arbeiterräte oder sonstwo tätig waren. Mit dieser Lage beschäftigte sich die Fraktion der Nationalversammlung mehrfach, nachdem in den ersten Wochen ihres Zusammenseins eine ordnungsmäßige Regierung eingesetzt, eine Notverfassung geschaffen und dadurch eine gewisse Bürgschaft für eine verhältnismäßig ruhige und geordnete Entwicklung der politischen Verhältnisse geschaffen worden war.

Die erwähnte gemeinsame Sitzung vom 23. März ergänzte den Parteivorstand und entsandte auch mich hinein mit dem besonderen Auftrag, eine Art kulturpolitisches Ressort im Parteivorstand zu schaffen und dadurch die Wiederaufrichtung des Bildungswesens und die Wiederbelebung unserer kulturpolitischen Arbeiten in die Wege zu leiten. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Parteivorstand durch die Anstellung sachlich geschulter Hilfskräfte beweglicher und leistungsfähiger gemacht werden solle. Das ist geschehen, und wir haben seitdem auf dieser Grundlage gearbeitet. Auch in der Bildungsarbeit. Wir haben zunächst ein Mitteilungsblatt herausgegeben, das an alle uns erreichbaren Adressen geschickt worden und auf Grund einer Mitteilung von uns in der Parteipresse auch sonst reichlich verlangt worden ist. In diesem Mitteilungsblatt ist unter Anknüpfung an das Frühere dargelegt worden, nach welcher neuen Methoden unsere Bildungsarbeit jetzt in die Hand genommen werden muß.

Unter anderem führten wir darin aus: Wenn die Bildungsarbeit jemals in der Partei notwendig gewesen ist, so jetzt, wo uns ungezählte Massen neuer Bekenner des Sozialismus zufließen, die aber größtenteils vorläufig mehr Hörer als Täter des Wortes sind und sein können, die also erst innerlich für den Sozialismus gewonnen und gefestigt werden müssen. Unter diesen vielen neuen in unsere Reihen eingetretenen Kennern des Sozialismus gibt es erfreulicherweise zahlreiche Intellektuelle, die besonders starkes Interesse für die geistige Seite unserer Parteibewegung haben und auch mancherlei Voraussetzungen mitbringen, die sie sehr schnell in den Stand setzen, nun ihrerseits wieder tätige Mitarbeiter in der Bildungsarbeit zu sein. Gerade für diese besonderen Kreise in der Partei müssen möglichst schnell Einrichtungen geschaffen werden, durch die sie in die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus eingeführt werden. Wir haben die Absicht, für diesen Zweck besondere Parteischulen auch innerhalb der Bezirke zu schaffen und schriftliche Einführungen in den wissenschaftlichen Sozialismus. Eine eindringliche Bildungsarbeit ist ferner notwendig, weil durch die Neuordnung unseres öffentlichen Lebens im Zeichen der Demokratisierung und der Sozialisierung viele neue Aufgaben für die Partei erwachsen sind, für die nicht nur die neuen Parteiangehörigen, sondern auch die alten sich erst geistig neu einstellen müssen. Es kommt noch hinzu, daß die Zerstückelung der Sozialisten in drei Parteien es für die Anhänger der einzelnen Parteien, jedenfalls für unsere Partei, zur Pflicht macht, sich mit den Grundlagen und Richtlinien des Sozialismus ganz besonders vertraut zu machen. Je mehr das geschieht, um so mehr wird zwar einerseits auch von uns eingestehen sein, daß mancherlei Korrektur und Ergänzung unserer bisherigen theoretischen Orientierung notwendig ist; aber andererseits können wir, glaube ich, vom Standpunkt unserer Partei, je mehr wir unsere theoretischen Grundlagen daraufhin prüfen, ruhig erklären, daß unsere Partei seit dem Kriegsausbruch im wesentlichen durchaus auf dem richtigen Wege gewesen ist und sich dabei im Einklang mit den geistigen Wegebereitern des Sozialismus, mit Marx und Engels, befunden hat. (Sehr richtig!) Nur durch die Politik unserer Partei ist eine Sicherung der revolutionären Errungenschaften und die innere und äußere Erneuerung des deutschen Volkes und damit auch die Wiederaufrichtung der Aktionsfähigkeit der Internationale zu erwarten.

Zahlreiche Anträge zur Bildungsfrage zeugen von dem regen Interesse der Parteigenossen für die Neuorganisation unseres Bildungswesens. Am besten scheint mir der Antrag Dittmer und Genossen als das, was in

den andern Anträgen vereinzelt zum Ausdruck kommt, zusammenzufassen. Wir empfehlen Ihnen deshalb in erster Linie diesen Antrag.

Auch in der Jugendbewegung zeigte sich in den letzten Monaten frisches Leben. Die zentrale Leitung litt in den ersten Revolutionsmonaten dadurch, daß der langjährige Vorsitzende unserer Jugendbewegung, Ebert, an eine andere Stelle berufen worden war und seine Aufmerksamkeit der Jugendbewegung nicht mehr in dem früheren Umfange widmen konnte. Bei der Neuorganisation am 23. März bin ich als sein Nachfolger gewählt worden. Wir haben versucht, das in der Roten Zeit Versäumte wieder in Bewegung zu bringen. Wir haben eine Reihe Sitzungen der Zentralkasse für die arbeitende Jugend veranstaltet und auch eine Reichskonferenz der Bezirksleiter der Jugendbewegung abgehalten, die u. a. auch neue Richtlinien für die Jugendbewegung ausgearbeitet hat. Ich nehme an, daß diese Richtlinien sich bereits in Ihren Händen befinden. Es ist meine Pflicht, Ihnen als Leiter der Zentralkasse für die arbeitende Jugend diese Richtlinien, die auch die Billigung des Parteivorstandes und des Reorganisationsausschusses gefunden haben, in erster Linie zu empfehlen.

Ein kurzes Wort über die Beweggründe, die uns bei Aufstellung der Richtlinien geleitet haben. Durch die Revolution sind alle äußeren Hemmnisse für eine ersprießliche Jugendarbeit gefallen, Verbote über Verhinderung der Jugendorganisationen gibt es nicht mehr. Wo noch beherrschliche Verfolgungen stattfinden, sind sie nur möglich infolge mangelnder Wachsamkeit unserer Parteigenossen. Eine Unterdrückung der Politisierung der Jugendlichen ist heute nicht mehr denkbar. Obwohl wir nunmehr frei sind und tun und lassen könnten, was wir für notwendig halten, obwohl wir jetzt so arbeiten könnten, wie es uns von unseren Gegnern immer unterstellt worden ist: daß wir gleich mit der Politisierung derierzehnjährigen begännen und sie zu Parteirekruten machen wollten, so wenig Anlaß haben wir, das zu tun. An der Bielebung für unsere Jugendarbeit haben wir grundsätzlich nichts zu ändern. Unsere Jugendbewegung ist nach wie vor eine Angelegenheit der Erziehung; natürlich Erziehung nicht im Sinne kleinlicher Schulmeisteri. Der leitende Grundgedanke für unsere Arbeit muß sein, daß der Jugendliche bis zum 20. Jahre noch ein werdender ist und der Erziehung bedarf. Aber Erziehung und Erziehung ist nicht immer das gleiche. Die neue Erziehung geht im Gegensatz zur alten, in der der Erwachsene die Jugendlichen von seinem Standpunkte aus gängelte, vom Kinde aus, und gestaltet von ihm aus die Erziehungsmaßnahmen. Die Selbsterziehung ist von vornherein einzuschalten und hat immer mehr zum entscheidenden Prinzip zu werden. Unsere Jugendorganisationen dürfen gewissermaßen nur der äußere Rahmen für die Selbsterziehung unserer Jugendlichen sein. Selbstverständlich soll der Einfluß der Erwachsenen nicht ausgeschaltet sein. Die Jugendlichen brauchen ihre Mithilfe, ihre Erfahrungen und ihre finanzielle Unterstützung. Die Arbeit der Erwachsenen soll aber lediglich um der Jugend willen geschehen. Die Erwachsenen dürfen nicht mitwirken, um Dank von den Jugendlichen zu ernten, sie müssen alle selbstständigen Regungen zurückstellen. Die Sache, für die wir die Jugendlichen erziehen wollen, ist der Sozialismus. Wir wollen in ihnen ferner die Fähigkeit und die Kraft zu selbständiger politischer Betätigung heranzubilden. Die alte Organisation unserer Jugendbewegung ist überholt. Unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse muß die Jugend überall zu Vereinen zusammengefaßt werden, die sich untereinander wieder zum Verbands der deutschen Arbeiter-Jugendvereine ver-



einen. Innerhalb des Jugendvereins selbst muß aber eine Teilung eintreten. Wir bemühen uns um die Jugendlichen von der Schulentlassung oder richtiger vom 14. Lebensjahre an, da die Jugendvereine ja auch Jugendliche der höheren Lehranstalten umschließen werden und wir auch den Schlußluß in der heutigen Schule vom 14. auf das 18. Lebensjahr verschieben wollen. Unsere Jugendarbeit umfaßt die Jugendlichen vom 14. Jahr an bis zu den Zwanzigjährigen. Das bedeutet eine Erweiterung, da wir bisher nur die Jugendlichen vom 14. bis zum 18. Lebensjahre in der Jugendbewegung zusammenfaßten. Da das wahlfähige Alter auf das zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt ist, erfordern verschiedene Rücksichten, unsere Jugendorganisationen in diesem Sinne auszudehnen. In dem Zeitraum von 14 bis 20 Jahren macht aber der jugendliche Mensch große Wandlungen durch. Nicht alle Altersklassen dürfen daher in einen Topf geworfen werden. Wir müssen eine Jugendabteilung in engerem Sinne bilden für die 14- bis 17jährigen und eine Altersabteilung für die 17- bis 20jährigen. Bis zum 17. Lebensjahre hängt der jugendliche Mensch noch immer mit der Kindheit zusammen. Er ist allerdings im Begriff, sie zu verlassen, aber er kann sich doch nicht ganz von ihr befreien. Aus physiologischen Gründen ist seine ganze Natur mehr auf das Körperliche eingestellt, er befindet sich im Pubertätsalter, in dem große Veränderungen mit ihm vorgehen, alles quillt und wächst innerlich in ihm. Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren dagegen sind vorwärts gerichtet; sie wollen den Erwachsenen gleich werden, sie suchen eine Weltanschauung, sie wollen bestimmte politische Grundsätze gewinnen. Aus diesen Gründen ist eine Gliederung unserer Jugendbewegung nötig. Dabei halten wir es für durchaus angebracht und wünschenswert, daß die 18jährigen männlichen und weiblichen Jugendlichen sich bereits den Gewerkschaften anschließen und auch in die Partei eintreten. Der Eintritt in die Partei muß aber aus freiem Willen erfolgen. Wir werden die auf Grund eines freien Entschlusses in die Partei eintretenden jugendlichen Menschen freudig begrüßen. Der Eintritt darf aber nicht mit doppelten Beiträgen für die Jugendlichen verbunden sein. Deshalb bringen wir in Vorschlag, daß sie der Partei mit ermäßigten Beiträgen angehören können. Wenn wir wie bisher unsere Jugendarbeit mit dem 18. Jahre abschließen wollten, so würde eine verhängnisvolle Lücke entstehen. Erst mit 20 Jahren würde dann für die Jugendlichen der moralische Zwang bestehen, sich politisch zu orientieren. Wenn sie aber auch wirklich schon vom 18. Jahre der Partei angehören würden, so würden sie sich dort als Jugendliche doch ziemlich hilflos und verlassen vorfinden und erdrückt fühlen durch das Übergewicht der Erwachsenen. (Beifällige Zustimmung.) Es würde in ihnen keine rechte Freude an der Partei entstehen können. Darum müssen wir die Jugendlichen bis zum 20. Jahre noch in der Jugendbewegung zusammenhalten. Die Bildungsaußschüsse haben die Pflicht, besondere Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen zur Aufklärung der Jugendlichen zu schaffen. Innerhalb der Jugendvereine muß aber der Grundgedanke der Selbstverwaltung durchgeführt werden. Die Erwachsenen sollen immer nur da eingreifen, wo es unbedingt nötig ist, um besten nur dann, wenn die Jugendlichen sie selber darum bitten. (Sehr richtig!) Andererseits ist es Aufgabe der Erwachsenen, in ihren eigenen Reihen Aufklärung über die hohe Bedeutung der Jugendbewegung zu schaffen. Der Jugend gehört die Zukunft. Sie sieht für Deutschland wenig hoffnungsvoll aus. Aber sie braucht nicht hoffnungslos zu sein; sie willenskräftiger und geistig stärker wird die Jugend machen, desto weniger haben wir uns auch vor der Zukunft zu fürchten. Der Krieg

hat die Jugendlichen körperlich heruntergebracht und sittlich verwöhrt. Um so mehr ist es unsere Pflicht, unser bestes Wollen und unsere besten Kräfte für sie einzusetzen.

Für diese Aufgabe und einige andere erhoffen wir besondere Hilfe durch die sozialdemokratischen Lehrer zu erhalten; sie sind über das ganze Land verteilt und können uns wertvolle Dienste leisten. Ihre Tätigkeit kam bisher nur den bürgerlichen Parteien zugute. Bis zur Revolution konnten sie, obwohl sie nach Herkunft und Neigung stets stark oppositionell gerichtet waren, nur für die bürgerlichen Parteien wirken, ihre aufgestaute revolutionäre Energie kam fast ausschließlich den liberalen Kreisen zugute. Die Revolution hat die Ketten gesprengt. Wir begrüßen es, daß die Lehrer in hellen Scharen zu uns gekommen sind. Leider war es in den ersten Monaten der Revolution der Partei, die dringendere Pflichten hatte, nicht möglich, die aufstrebenden Lehrer zweckmäßig zu organisieren. Diese sind auf eigene Faust dazu geschritten, Vereinigungen zu bilden. Im Laufe der Zeit entstanden dadurch Organisationen auf partitistischer Grundlage aller drei sozialistischen Parteien. Die Lehrer gingen dabei vom ideologischen Gesichtspunkt aus, daß es in der Kulturpolitik keine Gegensätze geben könne, daß für dieses Gebiet die Zusammenarbeit erforderlich sei und von hier aus sogar die Einigung der Parteien erfolgen könne. Diese Meinung ist ideal, aber leider wirkungslos. Die Lehrer begehen da einen ähnlichen Trugschluß, wie der bekannte Kathedersozialist Schmoller, der die soziale Frage durch die Lösung der Bildungsfrage beseitigen wollte. Er ging von der falschen Erwägung aus, daß bei Beseitigung der Bildungsgegensätze auch die sozialen Gegensätze fallen würden. Diese Argumentation ist grundfalsch. Wir Sozialdemokraten verlangen umgekehrt, daß erst die soziale Frage gelöst wird, dann werden die Bildungsgegensätze ganz von selbst verschwinden. Die Revolution hat uns Recht gegeben. Die Revolution hat den Klassengegensatz zum großen Teil beseitigt, sie hat eine neue soziale Lage geschaffen, und dadurch ist auch die Bahn frei geworden für die Beseitigung der Bildungsgegensätze.

Genauso so steht es mit der Lehrerbewegung. Die Lehrer glauben, sie könnten als Ideologen die Parteigegegensätze überbrücken, und in der Schulpolitik gebe es überhaupt keine Gegensätze. Das ist eine irtümliche Auffassung. Sobald irgendeine kulturpolitische Idee aus dem Reich der Idee heruntergeholt wird und zur politischen Wirklichkeit, zu einem politischen Geschehnisse gestaltet werden soll, werden auch sofort die politischen Gegensätze auftauchen. Die Unabhängigen leben so gewissermaßen davon, daß sie grundsätzlich alle Handlungen unserer Partei negieren und bei jeder Handlung unserer Partei erklären: so muß es nicht sein, sondern anders. Indem sie nachweisen wollen, daß jeder Schritt, den wir getan haben, falsch ist, wollen sie die Berechtigung ihrer Partei erweisen. Und glauben Sie etwas, wenn wir eine kulturpolitische Frage in die konkrete Form eines Gesetzes bringen würden, die Unabhängigen würden sagen: so ist es gut? Sie würden im Gegenteil sofort nachzuweisen suchen, daß wir keine Sozialisten, sondern traurige Rückwärtler sind. Als alte Politiker glauben wir voraussetzen zu können, daß die schönen idealen Bemühungen, die Kulturpolitiker auf einer partitistischen Basis zusammenzufassen, in der Partei Schiffbruch leiden werden. Im übrigen glauben wir auch, daß die parteiigenösslichen Lehrer, die zu unserer Partei, der Mehrheitssozialdemokratie, gehören, uns als Parteigenossen nur nützen können, wenn sie sich schlicht und recht mit ihrer Arbeitskraft in den Dienst unserer Parteiaufgaben stellen. (Sehr richtig!)



Zu diesem Zweck haben wir die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen gegründet. Nicht als eine Sonderorganisation, nicht als eine Partei in der Partei, nicht als den Anfang einer berufständischen Gliederung unserer Parteigenossen. Das lehnt die Parteileitung entschieden ab. Wir wünschen nicht, daß innerhalb der Partei Berufsorganisationen entstehen. Wir haben mit den Lehrern nur eine Ausnahme gemacht, weil sich die Lehrer durch ihre berufliche Ausbildung für besondere bestimmte Parteiaufgaben in besonderem Maße eignen. Das ist bei der Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft zu Osnabrück auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, und noch bestimmter in der ersten Sitzung des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft am Dinnelstags-Tag in Berlin.

In den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Mitglied kann nur werden, wer sich zum Programm unserer Partei bekennt, und Mitglied der Parteiorganisation seines Wohnortes ist.“ Man muß also ein offener und rückhaltloser Bekenner zum Programm unserer Partei sein, und man muß selbstverständlich an seinem Wohnorte auch seiner Partei angehören. Ferner haben wir in der Satzung die Bestimmung: „Alle Organe der Arbeitsgemeinschaft sind ihrerseits an die Entscheidungen der sozialdemokratischen Parteitage gebunden“, mit anderen Worten: Wir unterstellen uns respektlos den Beschlüssen unserer Parteitage, der höchsten Parteinstanz; was, eine paritätische Organisation selbstverständlich nicht kann, so daß unsere Genossen darin sehr oft in Gewissenskonflikte kommen werden. Als Haupttätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sehen wir an: die Beratung der Parteigenossen in schulpolitischen Angelegenheiten, also unserer Schuldeputationen und sonstigen Einrichtungen und Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde; ferner die Verbreitung von erzieherischen Kenntnissen und Fähigkeiten in den Kreisen der Arbeiter, dann die Mithilfe der Lehrer in der parteigenössischen Bildungs- und Jugendarbeit und ihre Mitarbeit bei Fassung populärer Schriften über unsere Theorie und Praxis.

Wir glauben, daß die Arbeitsgemeinschaft besonders wichtig ist für die Lehrer auf dem Lande. Sie neigen zum großen Teil zur Sozialdemokratie. Sie kamen im November begeistert zu uns. Aber die Begeisterung ist schon merklich abgeklungen, teils weil ihnen die ganze Entwicklung nicht schnell genug ging, teils weil sie fühlen, daß die örtlichen Autoritäten schon wieder übermächtig zu werden beginnen (sehr richtig!) und daß sie von den Kultusministerien nicht immer in genügender Weise gestützt werden. (Sehr richtig!) Da kann unsere Arbeitsgemeinschaft viel nützen. Sie kann den Landlehrern den Rücken stärken gegen ihre örtlichen Autoritäten. Wenn der Landlehrer diese parteigenössische Berufsvereinigung hinter sich fühlt, wenn er weiß, eine Beschwerde von ihm wird durch diese Organisation an die richtige Stelle geführt, dann wird er sich seinen örtlichen Autoritäten gegenüber doch etwas fester und fester fühlen. Die Arbeitsgemeinschaft kann die Interessen der Lehrer auf dem Lande bis zum Kultusministerium mit dem nötigen Nachdruck führen, wie das übrigens in mehreren Fällen, besonders in einem ganz krassen Fall bereits geschehen ist, wo es unserem Eingreifen auch gelang, dem Lehrer zu dem ihm zustehenden Recht zu verhelfen und damit die Position der Partei zu stärken. Wir glauben, wenn der Lehrer auf dem Lande fühlt, daß die Partei, zunächst in der Form seiner parteigenössischen Kollegen, hinter ihm steht, er dadurch für die Partei erhalten wird. Wir stärken die Landlehrer dadurch in ihrem Eintreten für die Sozialdemokratie, und das ist doch für die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande von größter Wichtigkeit. Wir wollen

den Lehrern bei ihrer Arbeit zu Hilfe kommen durch eine wöchentlich erscheinende Zeitung „Der freie Lehrer“, die alle die von mir gekennzeichneten Aufgaben den Lehrern unterbreiten soll.

Die Lehrerbewegung ist noch ganz jung. Sie wird Forderungen mancher Art noch durchzumachen haben. Wir wollen keineswegs unseren Lehrgenossen verwehren, Mitglieder anderer Lehrerorganisationen zu werden. Wir halten es sogar für ihre Pflicht, Mitglied des alten deutschen Lehrervereins zu sein, weil wir ihn für die neutrale, mehr gewerkschaftliche Organisation der deutschen Lehrer halten. Die Tätigkeit unserer Genossen darin kann höchstens darin bestehen, darauf hinzuwirken, daß er auch gewerkschaftliche Formen annimmt und der Generalkommission beiträgt. Aber wir haben auch nichts dagegen, daß die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft anderen Lehrervereinigungen, auch den sozialistisch-paritätischen, beitreten. Wir glauben aber, daß der Parteitag den parteigenössischen Lehrern, die Veranlagung und Neigung zu besonderer Mitarbeit innerhalb der Partei haben, den Wunsch nahelegen sollte, in erster Linie unserer Arbeitsgemeinschaft beizutreten, damit sie eine wertvolle und leistungsfähige Mitarbeiterin bei der Erfüllung der wichtigen kulturpolitischen Aufgaben der Partei werde.

Nun noch ein kurzes Wort. Es gibt noch eine Reihe zahlreicher anderer Aufgaben der Kulturpolitik, die die Partei zu erfüllen hätte. Wir müßten zahlreiche wissenschaftliche Literatur neu schaffen. Wir müssen wertvolle alte Literatur neu herausgeben. Wir müssen bemüht sein, neue Mittel und Wege zu finden, um die Literatur in die breiten Massen, auch besonders derjenigen, die für wissenschaftliche Literatur interessiert sind, heranzubringen. Es ist in einem Antrag die Anregung gegeben, eine Zentral-Anstalt einzurichten. Das ist ein Gedanke, der erwägenswert ist. Einrichtungen wie Wanderbibliotheken und andere Aufgaben muß der Zentral-Bildungsausschuß in der nächsten Zeit seine Aufmerksamkeit widmen müssen. Es kann natürlich nicht alles mit einemmal geschehen. Wir müssen erst abwarten, wie sich die politische Zukunft Deutschlands, und damit auch die Zukunft unserer Partei gestalten wird. Aber, Parteigenossen, darin sind wir ja wohl einig: wenn Deutschland sich jemals wieder aus dem gegenwärtigen Tiefstand herausarbeiten soll, so ist das nur möglich durch den Sozialismus als wirtschaftliches und durch die Demokratie als politisches Prinzip, ferner durch Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Kultur. Durch kulturelle Taten ist Deutschland schon früher in der Welt vorangeschritten. Damals, als Deutschland tief gebeugt am Boden lag und politisch keine Bedeutung hatte, in jener Zeit konnte Goethe zu seinem Vertrauten Eckermann sagen:

„Wählen Sie Weimar zu Ihrem Wohnort, es gehen von dort die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt.“ Möge Weimar auch jetzt das Zukunftssymbol für die neue Zeit werden. Möge unser Weimarer Parteitag den Sozialismus und die deutsche Sozialdemokratie stärken, damit sie Deutschland wieder stark, frei und arbeitsfähig machen, damit durch sie, durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Sozialismus, Deutschland wieder ein freudig begrüßter Mitarbeiter an der Weltkultur werde. Möge in diesem Sinne von unserm Weimar aus, zu dem wir hier versammelt sind, wieder die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt gehen. (Lebhafter Beifall.)

#### Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Hr. Brühne: Genossen und Genossinnen! Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen einen sehr kurzen Bericht zu geben. Seit dem Parteitag in Würzburg sind bei der Kontrollkommission zwei Beschwerden

eingegangen. Die eine Beschwerde war von Angestellten des Berliner Parteigeschäftes und verlangte die Rückzahlung der von dem Genossen Bartels schon erwähnten Abzüge, die 1914 an den Gehältern der Parteibeamten gemacht wurden, sowie 20 Prozent Gehaltssteigerung. Diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand im Sinne der Beschwerdeführer erledigt. Die Kontrollkommission brauchte keine Entscheidung zu treffen. Die zweite Beschwerde war von dem Genossen Fischer in Greiz und verlangte einen Zuschuß zu dem neu gegründeten Parteiblatt von 4000 M. Auch diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand erledigt. Auch hier brauchte die Kontrollkommission keine Stellung zu nehmen.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Würzburg die Parteigeschäfte in Berlin kontrolliert: Vorwärts, Parteikasse und Buchhandlung und Nebentassen, und zwar vierteljährlich. Leider war es uns im letzten Jahre nicht möglich, immer die vierteljährliche Revision einzuhalten; einmal deswegen nicht, weil die Eisenbahn nach Berlin gestört war, wir mußten die Sitzung abbestellen und das zweitemal war es nicht mehr möglich, weil die Unruhen in Berlin waren. Wir haben dann zum letztenmal die Revision von mehreren Quartalen vornehmen müssen. In der Kontrollkommission war es auch mehreremal nicht möglich, alle Mitglieder nach Berlin zu bekommen. Genosse Gradnauer ist, wie Sie wissen, ins sächsische Ministerium berufen, auch Genosse Timm hat in Bayern eine Beilage dem Ministerium angehört, so daß wir bei der letzten Revision nur sechs Mitglieder anwesend waren. Wir haben die Kasse geprüft und alles in Ordnung befunden.

Das Parteigeschäft in Stuttgart wurde in jedem Jahre durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert, und es wurde alles für richtig befunden. Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, daß unser Parteigeschäft auch in Stuttgart im letzten Jahre keine guten Geschäfte gemacht hat. An die Parteikasse sind von Stuttgart im letzten Jahre keine Ueberschüsse abgeliefert worden. Wir wollen hoffen, daß es in Zukunft wieder besser wird. Ähnlich ging es mit der Parteibuchhandlung in Berlin und mit dem „Vorwärts“, der im letzten Jahre wieder Ueberschüsse abgeliefert hat.

Im übrigen wurde, wie gesagt, alles in vollster Ordnung befunden, und ich beauftrage namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

#### Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Berichterstatter Adolf Schulz: Parteigenossinnen und Genossen! Die Verhandlungen über die Presse haben auf fast allen Parteitagungen einen breiten Raum eingenommen, um so mehr muß es der Fall sein in einem Augenblick, wo uns die Revolution vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat. Schon aus dem Vorstandsbericht haben Sie entnehmen können, daß wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Presse zu verzeichnen haben. Wir haben heute 95 Tageszeitungen und wir haben seit der Revolution 24 neue Zeitungen gegründet. Einschließlich dieser neuen Blätter werden wir heute ungefähr 2 Millionen Abonnenten mustern können. Das ist ungefähr eine Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Kriege von etwa 100 Prozent, gegenüber dem Vorjahr von 125 Prozent. Das erfreulichste Moment bei dieser Aufwärtsentwicklung ist aber zweifellos, daß unsere Parteipresse erheblichen Einfluß und Eingang dort gefunden hat, wo sie wenig oder gar nicht gelesen wurde, ich meine auf dem ländlichen Lande und in Gegenden mit vorwiegend agrarischen Verhältnissen. Trotzdem aber darf uns diese an und für sich erfreuliche Aufwärtsentwicklung

nicht reiflos betriebligen angesichts der Tatsache, daß wir bei den Nationalwahlen dieses Jahres im Januar 11¼ Millionen Stimmen auf unsere Partei vereinigten, also 89 Prozent, und angesichts der weiteren Tatsache, daß wir heute 713 Vertreter in den Landtagen sitzen haben, daß Tausend und Abertausend unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften sitzen, und daß in einer ganzen Reihe von städtischen und dörflichen Parlamenten unsere Partei die überwiegende Mehrheit bildet.

Angesichts der weiteren Tatsache, daß im Verhältnis zu den Tageszeitungen in Deutschland überhaupt die sozialdemokratische Presse nur etwa 8 Prozent hat gegenüber den Tausenden bürgerlicher Zeitungen, liegt uns die Verpflichtung ob, nach Wegen und Mitteln zu suchen, mehr als bisher an die breiten Massen der Volksgenossen heranzukommen. Aber ein anderer Gesichtspunkt legt uns weiter diese Verpflichtung auf. Wir wissen alle: Unter dem Einfluß der ersten Revolutionstage hat eine ganze Anzahl von bürgerlichen Blättern, namentlich in der Provinz, eine freundliche Haltung gegenüber unserer Presse und unserer Partei eingenommen. Nach dem sich diese Blätter jetzt aber quasi vom ersten Schreden erholt haben, werden sie wieder aggressiver. Der alte reaktionäre Landratsgeist, dieser Spiritus rector der Kreisblattpresse, treibt wieder in vermehrtem Maße sein Unwesen. (Sehr richtig!) Deshalb liegt uns in größerem Maße die Pflicht ob, diese Spekulation auf die politische Indifferenz der Massen zu durchkreuzen und die Millionen von Volksgenossen in unserem sozialistischen Sinn aufzuklären.

Die wichtigste Frage, die uns hierbei beschäftigt, wenn wir uns über den Ausbau der Presse unterhalten, muß deshalb dahin lauten: Wie können wir am wirksamsten ihre Entwicklung fördern, wie kommen wir besser und wirksamer an die breite Masse heran. Diese Frage müssen wir zu lösen versuchen, wenn wir unsere politische Position im Lande nicht nur erhalten, sondern erweitern wollen, trotz aller Schwierigkeiten, mit denen heute das Zeitungsgewerbe zu kämpfen hat.

Son diesen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten macht sich jemand, der nicht mitten drin im Zeitungswesen steht, kaum eine Vorstellung. Die wahnsinnig und sprunghaft gestiegenen Preise für Maschinen und Schriften, für alles Rohmaterial, für Papier, die durch die ebenso phantastisch gestiegenen Schleißhandelspreise für alle Lebensmittel bedingte Erhöhung der Löhne und Gehälter, absorbieren in vollem Maße die gesteigerten Einnahmen durch die Vermehrung der Abonnements und der Inserate, so sie zwingen die Geschäftsleitungen, immer wieder die Einnahmen zu steigern. Eine Verringerung dieses Zustandes ist in absehbarer Zeit nicht abzusehen. Im Gegenteil, wir haben bereits wieder mit einer neuen Steigerung ab 1. Juli dieses Jahres für alles Rohmaterial, für Maschinen und Papier zu rechnen. Eine Schraube ohne Ende! Gebrauchte Rotationsmaschinen — eine Rotationsmaschine ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Zeitungsbrederei — sind zu einem hervorragenden Spekulationsobjekt geworden infolge der geringen Produktion neuer Maschinen wegen des fehlenden Rohmaterials. Die Lieferungsfristen für neue Maschinen sind ungeheuer weit gestreckt und durchaus unverbündlich. Gebrauchte Cep- und Rotationsmaschinen sind aber heute durch die Spekulationswut geschäftsgewandter Händler und Agenten so gut wie vom Erdboden verschwunden, und dazu kommt, daß die Angst vor einer allgemeinen Vermögensabgabe eine Anzahl bürgerlicher Druckereibesitzer bestimmt, sich so schnell und reich wie möglich mit Maschinen einzudecken. Eine gebrauchte 16seitige Rotations-

maschine z. B., die man früher für ein Butterbrot haben konnte, aber mit Recht nicht wollte, kostet heute 55- bis 60 000 M. Eine neue Maschine, die vor dem Kriege mit kompletter Ausrüstung für 25- bis 29 000 M. zu haben war, kostet heute ungefähr 90 000 M. und wird nach dem 1. Juli vielleicht 100 000 M. und darüber kosten.

Das dunkelste und traurigste Kapitel aber, mit dem man heute im Zeitungsgewerbe zu rechnen hat, ist zweifellos die Papierfrage (sehr richtig!), die sich für das Zeitungsgewerbe geradezu zu einer Katastrophe ausweicht. (Sehr wahr!) Abgesehen von den auch hier fortgesetzt steigenden Preisen — vom 1. Juli ab werden die Preise wieder um 24 M. pro 100 Kilogramm steigen —, ist über eine gänzlich unzureichende Versorgung und eine durch nichts gerechtfertigte Verteilung des Papiers zu klagen. (Sehr wahr!) Hierin liegt ein großes Hemmnis für die Entwicklung gerade unserer Parteipresse. (Sehr richtig!) Würde sie über genügend große Mengen Papier verfügen, so könnten wir Ihnen in unserm Vorstandsbericht mit einigen Hunderttausenden Abonnenten mehr aufwarten. (Zuruf: Sozialisierung der Papierfabriken!) So aber sehen sich die einzelnen Geschäftsleitungen gezwungen, im täglichen aufreibenden Kampf um jedes Gramm Papier den Umfang des Blattes auf das äußerste Maß einzuschränken und zahlreiche Neubestellungen von Abonnements und Inserate abzuweisen. Einzelne größere Blätter haben sechs bis zehn Anzeigenseiten pro Woche zurückweisen müssen. Dieser Zustand wirkt ruinös auf die Entwicklung der Presse, und wir müssen die Frage aufwerfen, ob wir einen solchen Zustand im Selbstverhaltensinteresse uns noch länger gefallen lassen dürfen. (Sehr wahr!) Wir haben uns fortgesetzt bemüht, auf eine bessere Belieferung unserer Zeitungen bei den amtlichen Stellen hinzuwirken. Wenn man uns auch in der ersten Zeit soweit wie möglich entgegengekommen ist, seitens der Beamten, so ist das in letzter Zeit immer schwieriger geworden. (Hört! hört!) Wurde mir doch neulich in der Kriegswirtschaftsstelle erklärt, wir sind nicht mehr in der Lage, für irgendwelche neue Zeitung auch nur noch ein Gramm Papier freizugeben und möchten Sie dringend bitten, von Neugründung von Zeitungen abzuraten. (Rufe: Die Unabhängigen haben Papier!) Natürlich müssen wir eine solche Zumutung ablehnen. Aus welchen Quellen die Unabhängigen ihr Papier haben, darauf komme ich vielleicht noch. Nach unserer Meinung, die wir doch auch etwas von den Dingen verstehen, haben die amtlichen Stellen noch längst nicht alle Wege erschöpft, um eine bessere Verteilung des vorhandenen Papiers und eine wirksamere Erfassung der Produktion zu erzielen, und darauf kommt es doch an.

Gegen das Prinzip der Rationierung ist von unserm Standpunkt aus kein Wort zu sagen, wohl aber gegen die Handhabung dieses Prinzips. Noch heute wird der gesamten Papierkontingentierung das Stichtag 1915 zugrunde gelegt, obwohl sich namentlich seit dem Ausbruch der Revolution die Dinge völlig verschoben haben. 1915 hatte unsere Presse einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen. Die damals künstlich entfachte nationalitätsschawinskische Strömung und die zahlreichen Einberufungen, unter denen gerade unsere Leserschaft zu leiden hatte, wirkten lähmend auf die Entwicklung unserer Presse. Heute aber, wo die Schranken der politischen Hörigkeit gefallen sind, wo sich die Kriegspolitik der früher herrschenden Kreise, die von der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Presse verteidigt wurde, so unheilvoll in ihren Folgen bemerkbar macht, erleben wir, daß die Leser sich in Haufen der bürgerlichen Presse ab- und unserer Presse zuwenden

möchten. Dem trägt die Beibehaltung des Stichtages 1915 in keiner Weise Rechnung. Wir haben, um eine bessere Verteilung des Papiers zu erzielen, vom Vorstand aus eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gemacht mit bestimmten Vorschlägen. Wir haben eine Abänderung des Stichtages verlangt und haben vorge schlagen, abermals eine Rätzung des allgemeinen Kontingents für alle Zeitungen vorzunehmen, und das dadurch ersparte Papier vor allem der parteipolitischen Presse, die nachweislich eine Steigerung ihrer Auflagen zu verzeichnen hat, zuzuwenden. Beide Vorschläge sind abgelehnt worden. (Hört! hört!) Der erste mit der Begründung, daß so wie so die Anhebung der Kontingentierung erwogen werde. Dieser Standpunkt ist aber vom Reichswirtschaftsamt inzwischen wieder verlassen, und wir haben noch längere Zeit mit der Aufrechterhaltung der Kontingentierung zu rechnen. Wir wollen auch durchaus nicht verkennen, daß die Kontingentierung immerhin eine wilde Spekulation und Preissteigerung verhindert hat. Der zweite Vorschlag ist zurückgewiesen mit der Begründung, eine Verfüzung des Kontingents der bürgerlichen Zeitungen würde Arbeiterentlassungen hervorrufen. Das Argument ist zweifellos sozial gemeint, aber es trifft im gegenwärtigen Fall nicht zu, ganz abgesehen davon, daß man uns durch die nicht genügende Abgabe von Papier hindert, neue Zeitungen ins Leben zu rufen und damit neue Arbeitsmöglichkeit für das Buchdruckgewerbe zu schaffen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es mit der Papierknappheit so eine eigene Sache. Einer unserer Geschäftsführer, der die Dinge genau kennt, behauptet, es gibt eine Papiernot überhaupt nicht. Es fehlt nur an der richtigen Verteilung. Und wenn man sich die oftmals unerbetenen Haufen an Propagandaschriften von mehr aber weniger zweifelhaftem Wert, die in unsern Bureaus herumliegen, vergegenwärtigt, kommt man auf derartige Gedanken. (Sehr wahr!) Pfaffen doch heute die Späßen von den Dächern, daß man nicht nur Eier und Butter im Schleichhandel bekommen kann, sondern auch Papier, wenn man nur über den genügend großen Geldbeutel verfügt. Unsere Leute draußen verstehen es einfach nicht, daß unsere Preise ihren Umfang in kaum noch möglicher Weise einschränken und Abonnenten und Anzeigen zurückweisen muß, während namentlich die Generalanzeigerpresse fortgesetzt prahlt mit ihrem großen Papierbestand und betont, daß sie noch weit größere Inserate aufnehmen könne. Demgegenüber hört für unsere Parteipresse jede Konkurrenzmöglichkeit auf. Wir haben die amtlichen Stellen auf den Schleichhandel hingewiesen, dem man leider anfangs nicht die genügende Bedeutung beigemessen hat. Heute bemühen sich allerdings die amtlichen Stellen, dem Schleichhandel die Kanäle zu verstopfen. Mit Staatsanwalt und Polizei geht man ihnen energisch zuleibe, und nach meiner Information sind schon eine ganze Reihe von Beschlagnahmen erfolgt. Aber abgesehen davon, daß das gegenwärtige System geradezu den Anreiz bietet, das Gesetz zu übertreten, kommen auch diese Maßnahmen viel zu spät. Die kapitalträchtigen bürgerlichen Verleger haben ihren Bedarf auf lange Zeit hinaus gedeckt. Man spottet ja darüber, daß die großen Böse oft nicht groß genug sind, um die vielen Rotationsrollen zu bergen. Andererseits scheinen uns die Wege der Kontrolle durchaus noch nicht erschöpft. Man gibt ja amtlicherseits zu, daß der große Umfang der bürgerlichen Presse zum Teil daher kommt, weil, obwohl ihre Auflage gesunken ist, sie doch das alte Kontingent noch fordert. Da hat man vor kurzem in Baden interessante Feststellungen gemacht. Es wurden an einem beliebigen Tage ganz unvermutet Beamte der Regierung in die Druckereien geschickt, und

sie mußten am Hand der Zähler der Rotationsmaschinen feststellen, ob Auflage und Kontingent mit den Angaben übereinstimmten. Man soll dabei in einer ganzen Reihe von Fällen gefunden haben, daß die Auflage weit unter dem geforderten Kontingent geblieben war. Vielleicht prohibiert man das auch einmal im übrigen Reich. Wenn es nicht hilft, dann schadet es ja auch nichts. Dann aber muß es möglich sein, den Schleißhandel auch auf andere Weise durch eine wirksame Kontrolle der Papierfabriken zu unterbinden und mehr Papier auf reguläre Weise zu gewinnen. Bei den paar Duzend Fabriken müßte es doch selbst zu gehen, wenn man sie nicht in entsprechender Weise erfassen könnte. Man muß auch hier an der richtigen Stelle einsetzen und nicht den Konsumenten allein strafen, sondern beim Produzenten einlegen. Wir müssen eine durchgreifende Forderung fordern. Es handelt sich für uns um eine Lebensfrage. Der jetzige Zustand ist eine schreiende Ungerechtigkeit und eine ungerechtfertigte Bevorzugung der bürgerlichen großkapitalistischen Presse zu Ungunsten der Parteipresse. (Sehr richtig!) Es ist unvereinbar mit der Tatsache, daß wir uns heute bis zu einem gewissen Grade im Besitze der politischen Macht befinden.

Das Stichjahr muß also geändert werden. Entweder in der Richtung des Antrags Hamburg Nr. 128, daß der Papierverteilung das Stimmverhältnis der Wahlen zur Nationalversammlung zugrunde gelegt wird, oder daß das Stichjahr von Jahr zu Jahr oder mindestens in kürzerer Frist abgeändert wird. Vor allen Dingen müssen, wenn die Papierknappheit wirklich vorhanden und eine größere Förderung der Kohlenproduktion fürs erste nicht zu erwarten ist, die parteipolitischen Zeitungen in erster Linie berücksichtigt werden und dann erst die farblose Generalanzeigerpresse.

Angesichts dieser ungeheuren Schwierigkeiten in unserem Zeitungswesen haben wir in all den Fällen, wo Neugründungen von Zeitungen durch unsere Genossen gefordert wurden, auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. So wünschenswert es ist, aus politischen und agitatorischen Gesichtspunkten auf dem platten Lande Parteiorgane ins Leben zu rufen, so sehr müssen wir davor warnen, leichtfertige Projekte ins Leben zu rufen, die der Partei mehr schaden als nützen. Diese Warnung möchte ich noch einmal von dieser Stelle aus entschieden unterstreichen. Vor allem dürfen bei Neugründungen von Zeitungen nur sachliche Gesichtspunkte und nicht persönliche Eifersüchteleien maßgebend sein. Selbstverständlich muß man sich aber vorher rechtzeitig mit den maßgebenden Instanzen ins Einvernehmen setzen, damit keine Mißverständnisse eintreten.

Das Bedürfnis nach einer besseren lokalen Presse ist heute im Lande vorhanden. (Sehr richtig!) Und wenn irgendwie die Voraussetzungen vorhanden sind, gebietet es die politische Notwendigkeit und Klugheit, dieses Bedürfnis nach Kräften zu fördern. Es ist Tatsache, daß heute die Bezirkspresse nicht mehr in der Lage ist, der lokalen Presse in ausreichendem Maße den lokalen Bedürfnissen entsprechend in genügendem Maße entgegenzukommen. Der steigende Einfluß unsererseits in der kommunalen Gesetzgebung, die Fäufung der Lebensmittelanzeigen, die vielerlei gekauften lokalen Vorgänge, die unvollkommenen Bahnverbindungen, mit denen wir auf lange hinaus zu rechnen haben, bringen es, mit sich, daß man mit der bisher gebotenen Bezirkspresse mehr und mehr unzufrieden ist und nach Mitteln und Wegen sucht, durch Gründung lokaler Blätter Abhilfe zu schaffen. Wir müssen versuchen, eine sog. Partei-Kreisblattpresse ins Leben zu rufen. Die in dieser Richtung stehenden Anträge Nr. 122, 124 und 127 treffen daher m. E. durchaus ins Schwarze.

Wir sind nun seit der Revolution bereits eine Reihe von Wegen gegangen, um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, und ich will einige Wege zeigen. In vielen Fällen ist von uns verlangt worden, den Genossen draußen eine Druckerei für und fertig hinzustellen. Das ist heute, wie ich oben bergelegt, unmöglich, und das kann sich nur der noch leisten, der über genügend große Geldmittel verfügt. Dieser Weg ist für uns in den meisten Fällen also ungangbar. Wir müssen da bessere Zeiten abwarten. Auch der Lohnbruch, der hin und wieder bei der Neugründung beliebt worden ist, ist keineswegs ideal und kann nur als Notbehelf in Frage kommen. Bei den heutigen Schwierigkeiten im Zeitungsgewerbe ist er vollständig unrentabel, und wir müssen ihn soviel wie möglich vermeiden. Es gibt bessere Wege. Am besten wird man die Frage der Neugründung von Parteiblättern lösen, entweder durch Übernahme bürgerlicher Druckereien (sehr richtig!), oder durch die Übertragung des Druckes in eigene Regie auf bürgerliche Drucker, oder durch Umwandlung des meist parteilosen Blattes in ein sozialdemokratisches Organ ohne Veränderung des Besitztitels. Ich meine nicht etwa die gewaltsame Unterdrückung des bürgerlichen Betriebs, sondern nur die friedliche Verhandlung und Vereinbarung. (Weiterkeit.) Zu einer Reihe von Fällen, wo wir den letzteren Weg gegangen sind, haben wir gute Resultate erzielt, und beide Teile sind auf ihre Rechnung gekommen. Es liegen uns im Parteivorstand eine ganze Reihe Offerten vor, worin uns bürgerliche Druckereien angeboten werden. Die Leute sehen infolge der veränderten politischen Verhältnisse ihre Abonnenten schwinden, sehen sich in ihrer Existenz bedroht, andererseits sagen sie sich, daß früher oder später die Partei doch am Orte ein eigenes Organ ins Leben rufen werde. Deshalb wählen sie das kleinere Uebel und bieten sich uns an aus geschäftlichem Kalkül.

Ein weiterer gangbarer Weg ist die Herausgabe von Kopfbüchern. Davon will man heute nicht viel wissen. Erschwerend sind dabei die schlechten Bahnverbindungen. Man glaubt dabei auch nicht die genügende Selbstständigkeit in der Bearbeitung des Organs zu haben. Man muß aber kein anfangen, um nicht notwendig zu haben, groß aufzuhören. Wir haben immer mit unseren Parteiblättern vorsichtig und kein angefangen und sorgfältig aufgebaut. So muß es bleiben. Man mag gegen die Kopfbücher sagen, was man will, sie bieten zweifellos den besten Ausweg, um eine Lösung herbeizuführen. Vor allem hat man bei der Gründung von Kopfbüchern mit dem geringsten Risiko zu rechnen. Dabei ist ein weiteres möglich. Man kann den politischen Teil in Form von Matern oder fertigen Blättern von seinem Mutterblatt beziehen. Man kommt dadurch in die angenehme Lage, eine halbwegs gute politische Redaktion zu haben, die man sich mit den beschriebenen Mitteln auf dem platten Lande aus Eigenem im Anfang nicht leisten kann. Im übrigen ist man durchaus selbständig auf dem Gebiete des lokalen Teils, und wir wissen, daß es mehr als bisher notwendig ist, ganz speziellen Wert auf die Ausgestaltung des lokalen Teils zu legen. (Sehr richtig!) Das ist mit ein Geheimnis unseres Erfolges auf dem Gebiete der Entwicklung der Parteipresse.

Damit sind die Mittel und Wege, die lokale Presse zu fördern, keineswegs erschöpft. Es ist selbstverständlich, daß unsere Parteipresse in erster Linie politisches Kampf- und Aufklärungsmittel bleiben muß. Sie ist nicht dazu da, ein ordinäres Sensationsbedürfnis zu fördern und zu befriedigen. Ihre vornehmste Aufgabe muß sein, die Schulung und Vereinigung der Massen im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. (Bravo!)

Aber darüber hinaus muß sich unsere Parteipresse mehr als bisher betätigen, in größerer Nähe Nachrichtenorgan zu sein. Sie muß den Ereignissen des Tages auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Unterhaltung, Politik, größere Beachtung schenken als bisher. Aber es kommt nicht nur auf eine Mannigfaltigkeit der Nachrichtenvermittlung an, sondern darauf, in welcher Form das am besten und zweckmäßigsten geschieht. Auf diesem Gebiete liegt es nach unseren Erfahrungen bei unserer Presse noch sehr im argen. Allein die redaktionelle und technische Aufmachung läßt noch sehr zu wünschen übrig. Man werfe nur einmal einen Blick auf die großen bürgerlichen Tageszeitungen. Der sehr geschickten Wahl und Anwendung ihrer sog. Schlagzeilen verdanken sie einen wesentlichen Teil ihres Erfolgs und der Verbreitung, und wir müssen das Gute da nehmen, wo wir es finden. Eine geschickte Aufmachung ist noch längst nicht eine Förderung des Sensationsbedürfnisses.

Weiter steht unsere Presse auch inhaltlich noch hinter der bürgerlichen Presse oftmals zurück. (Sehr richtig!) Es fehlt nicht nur an einer guten, sondern auch an einer schnellen Nachrichtenvermittlung. Wir haben uns bereits in der Kommission und im Parteivorstand speziell mit dieser Frage beschäftigt. Wir wissen ja, daß das frühere Pressebureau nicht immer in dieser Richtung befriedigt hat, und es ist deshalb vorgeschlagen worden, die Nachrichtenvermittlung gewissermaßen zu dezentralisieren in der Weise, daß man in einigen größeren Orten, im Osten, Süden, Westen und Norden, Pressebureaus einrichtet, die etwa von einer Berliner Zentrale gespeist werden, die aber andererseits die speziellen Nachrichten für die für ihren Bezirk in Frage kommende Presse weitergeben. Dadurch wird eine Schematisierung der Nachrichten vermieden und nur das gebracht, was für den speziellen Bezirk besonders gebraucht wird. Also diese Anregung ist durchaus wertvoll, und wir werden zweifellos diesen Weg gehen müssen.

Aber es muß nach meinem Dafürhalten auch ein größerer Wert auf die feuilletonistische Ausgestaltung der Parteipresse gelegt werden. Es ist bereits die Schaffung einer Feuilletonzentrale erwogen worden. Die Anträge 120 und 123 bewegen sich ebenfalls in dieser Richtung. Es muß möglich sein, hier einem tiefgefühlten Bedürfnis zu entsprechen. In etwas wird man diesem Bedürfnis entsprechen durch Herausgabe der illustrierten Wochenschrift „Volk und Zeit“, die heute von dem Sozialwissenschaftlichen Verlag geplant und vorbereitet wird, und die am 1. Juli einer Reihe von Blättern beigelegt werden soll. Der kleinen Parteipresse muß ein gutes und billiges Feuilletonmaterial zur Verfügung gestellt werden. Ein Material, das frei von aller Gelehrtheit, flott, flüssig und gemeinverständlich gehalten ist, und das vor allem den Weg zu den Herzen und Seelen der Frauen und der Jugend findet. Die „Gleichheit“ wird von jetzt ab auch mit einer Wochenbeilage „Die Frau und ihr Haus“ herauskommen. Die Probenummer hat auf uns, wie ich zu meiner Freude feststellen kann, einen sehr guten Eindruck gemacht. Wir hoffen, daß die „Gleichheit“ dadurch für unsere Frauen ansprechender und eifriger gelesen werden wird. Es gibt auch noch andere Wege zur Förderung dieser Art der Parteiarbeit. Für Fachleute ist es kein Geheimnis mehr, daß eine große Anzahl kleinerer Buchdruckereien trotz der Schwierigkeiten infolge der Kriegsteuerung ihren Betrieb aufrechterhalten durch Zuhilfenahme der Maternokorrespondenzen. Wir müssen uns die Frage vorlegen, wenn es bei den bürgerlichen möglich ist, auf diese Weise durchzukommen, weshalb beschreiten wir dann nicht denselben Weg? Das Bedürfnis nach einer lokalen Presse muß gestillt

werden. Durch die Verwendung von Matern ist eine Uniformierung nicht zu befürchten. Den unbestreitbaren Nachteilen stehen wesentliche Vorteile entgegen. Der politische Teil würde zweifellos gewinnen. Dazu käme die Verringerung der Herstellungskosten.

Die unbedingte Voraussetzung für das Gelingen unserer Parteizeitungsunternehmungen ist aber die Schreibweise. Es ist der Ton, der die Russt macht. Unsere Redaktionen sind noch zu wenig auf Massenpsychie eingestellt, der einzelne schreibt immer noch viel zu viel für sich selbst und viel zu wenig für die Leser. Der Antrag 127 fordert mit einem gewissen Recht die Vermeidung der Fremdwörter. Wenn wir uns auch vor Sprachereien zu hüten haben, so kann nicht bestritten werden, daß Fremdwörter unbedingt zu vermeiden sind, die kein Heimatsrecht in der deutschen Sprache haben; die anderen soll man möglichst vermeiden. Das ist auch ein Weg, um die Bildungsaufgaben der Presse durchzuführen. Vor allem mögen unsere Redakteure an das Wort denken: in der Beschränkung zeigt sich der Meister. Man vermeide die „Bandwürmer“, die doch kein Mensch liest. Die Beiträge unserer Parteipresse müssen knapp, kurz und gemeinverständlich gehalten sein. Der Redakteur beachte, daß auch für den Zeitungsleser das Wort gilt: Zeit ist Geld.

Man könnten Sie sagen: wir danken Ihnen für all die schönen Ratschläge, aber wie sind sie praktisch durchzuführen, zumal sie doch nicht neu sind, worauf ich auch keinen Anspruch mache. Aber wir müssen es hier mit Laßalle halten: das, was nötig ist, immer wieder zu sagen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Partei keinen Ueberfluß an brauchbaren Redakteuren hat. Weiter wissen wir, daß die Parteiredaktionen noch unvollkommen besetzt und die Redakteure oft zum Raubbau mit ihrer Arbeitskraft gezwungen waren, speziell während der Kriegszeit. Das ist eine Finanzfrage, die aber gelöst werden muß. Gute Redaktionen und gute Geschäftsleitungen sind die Voraussetzung für den Erfolg. Wie ist nun dem Mangel abzuhelfen? Der Parteivorstand hat eine Rundfrage an die Zeitungsverlage gerichtet, wie sie über die Einstellung von Volontären denken, und welche Möglichkeiten für ihre Einstellung bestehen. Die Frage ist leichter gestellt, als beantwortet. Auch hier haben wir uns Beschränkungen aufzuerlegen, die für die bürgerliche Presse nicht in Frage kommen. Besonders haben wir uns zu hüten vor einer Lehrlingsgücherei.

Ein Teil der Parteizeitungen hat sich zu der Einstellung von Volontären bereit erklärt. Es ist nicht unbekannt, daß unter den neuen Parteigenossen zahlreiche geeignete Kräfte sind. Zur Fruchtbarmachung ihrer Arbeitskraft ist es notwendig, daß wir uns von dem Schlagwort: „Novembersozialist“ etwas emanzipieren. Gewiß muß Vorsicht geübt werden, und gewiß ist eine Prüfung von Fall zu Fall notwendig. Für die Einstellung von Volontären sind den einzelnen Geschäften von dem Parteivorstand namhafte Zuschüsse in Aussicht gestellt. Hoffen wir, daß sich die Hoffnungen auf diesem Gebiete erfüllen. Noch ein Wort über die Spezialpresse. Ich trete mit besonderem Nachdruck für die weitere Ausgestaltung der „Kommunalen Praxis“ ein, denn angesichts der gewaltigen Aufgaben, die unseren Genossen seit Eintritt der Revolution in die Kommunalverwaltung auferlegt worden sind, müssen wir für eine gebiegene Kommunal-literatur sorgen, um sie in der Lösung ihrer Aufgaben zweckmäßig zu unterstützen. Ueber die „Arbeiter-Jugend“ hat bereits Genosse Schulz gesprochen. Ebenso habe ich schon gesagt, daß die „Gleichheit“ nicht nur volkstümlicher, sondern auch



vielfachhaltiger werden soll. Sie haben eine Reihe Richtlinien für den besseren Ausbau unserer Parteipresse gehört. Als gute Sozialisten und gute Demokraten halten wir es für einen selbstverständlichen Grundsatz, daß der Kampf um die Weltanschauung nur mit geistigen Waffen geführt werden darf. (Lebhafter Beifall.) Die Parteipresse ist eine unserer wichtigsten Bewaffnungen, die wir so scharf und schnell wie möglich ausbilden müssen. Getreu den Worten unseres Sozialistenbundes; daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfen; nicht mit Schwert und Speer, sondern daß unser Kampf mit dem Schwert des Geistes und dem Panzer des Rechts geführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe dem Parteitag einige Mitteilungen zu machen. Von einem Genossen aus Berlin liegt ein Antrag ohne Unterschrift vor. Der Genosse möge die Unterschrift nachholen. Die Genossen Linbiger und Passauer lassen wegen der Wahlen, die in ihren Bezirken stattfinden, ihr Fehlen auf dem Parteitage entschuldigen. Genosse Rudolph, Staatsrat in Sachsen-Weimar, hat mitgeteilt, daß die Legitimationskarten der Delegierten zur freien Besichtigung der Weimarschen Sehenswürdigkeiten berechtigen, soweit sie dem Staat unterstehen. (Beifall.) Der Bayerische Laubhummel-Delegiertentag hat uns ein Begrüßungsstelegramm geschickt. Es liegt noch ein Geschäftsordnungsantrag Paser (München) vor. Er lautet: „Angesichts der Tatsache, daß der Parteitag infolge des Zusammentritts der Nationalversammlung im gleichen Lokal seine Tagesordnung nicht ordnungsmäßig erledigen kann, eine Durchpfeilung der Tagesordnung aber die Partei auf das allerschwerste schädigt, wird der Parteivorstand ersucht, für die Beschaffung eines andern Sitzungsortes rechtzeitig Sorge zu tragen. Ist dieses nicht möglich, so wird der Parteitag auf kurze Zeit vertagt, bis ein geeignetes Lokal hier oder auch in den Nachbarstädten, z. B. Jena, zur Verfügung steht.“

Dazu muß ich bemerken, daß der Antrag von der vollständig falschen Voraussetzung ausgeht, wir könnten die Tagesordnung nicht in der uns zur Verfügung stehenden Zeit hier erledigen. Das steht noch keineswegs fest. Möglichenfalls könnten wir in diesem Räume am Sonntag weiter tagen. Selbstverständlich hat es der Parteitag allein in der Hand, die Erledigung der Geschäfte zu bestimmen. Aber selbst wenn Schwierigkeiten außerpolitischer Art auftauchen (Zuruf: Dann bleiben wir hier!), dann werden selbstverständlich die nötigen Schritte vom Parteivorstand getan, um einen Ersatz für dieses Lokal zu schaffen. Für die Erledigung der Aussprache über die bisher geleisteten Berichte, in die wir nunmehr eintreten, empfehle ich, daß wir eine Teilung nach folgenden Grundfragen vornehmen: Erst eine Aussprache allgemeinen politischen Inhalts, also über die Fragen, die im Bericht des Parteivorstandes durch den Genossen Weiss aufgeworfen worden sind; über die Stellung zur Regierung, über Schulfrage, Freiwilligenkorps usw., da alle diese Punkte innerlich in Verbindung miteinander stehen. Sollte es sich im Verlauf der Debatte herausstellen, daß es zweckmäßig ist, irgendeinen Punkt herauszuheben, so kann immer noch eine besondere Debatte eingerichtet werden. In zweiter Linie lassen Sie uns dann alle Fragen behandeln, die Gegenstände der Berichte im engeren Sinne gewesen sind, also Agitation, Organisation, Bildungsarbeit, Pressearbeit. Ich bitte um Annahme dieser Zweiteilung, zumal dadurch die Debatte in keiner Weise beeinträchtigt wird. Ich höre keinen Widerspruch. Wir schreiten nun zur Feststellung der Anträge, die bei der politischen Debatte behandelt werden sollen.

Ich habe diese Anträge nach Materien, nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit, gruppiert und möchte sie Ihnen in dieser Reihenfolge vorlesen. Zunächst die Anträge, die sich auf die Einigung der Partei beziehen. Das sind folgende: Nr. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Eine zweite Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Reform der Verwaltung, der Demokratisierung der Verwaltung, der Beseitigung reaktionärer Beamter. Hierzu gehören: Nr. 12, 25, 60, 96, 117, 181, 208.

Dann kommt eine Gruppe von Anträgen, die sich auf die Freiwilligenkorps beziehen. Das sind: Nr. 68, 74, 89, 166, 167, 168, 169, 175, 185, 186, Absatz 8, 193, 194, 208.

Ich schlage vor, daß wir diese Anträge insgesamt als genügend unterstützt betrachten. Es ist dann aber natürlich völlig unmöglich, daß wir jedem Antragsteller dieser toleranterweise als genügend unterstützt angesehenen Anträge eine Redezeit von 20 Minuten einräumen. Wir können höchstens zulassen, daß von jeder Gruppe Anträge je ein Genosse die verlängerte Redezeit bekommt.

Wir treten nunmehr in die Aussprache ein.

Groger (Frankfurt): Die Wahlen zur Nationalversammlung und der Geschäftsbericht haben uns den Aufschwung der Partei in recht erfreulicher Weise demonstriert. Aber die Dinge, die nach den Wahlen sich ereignen haben, müssen uns zur strengsten Selbstkritik führen. Der Stimmentgang bei den späteren Wahlen, die Unzufriedenheit, die zweifellos in den Reihen der Parteigenossen vorhanden ist, zwingt uns, uns die Frage vorzulegen, welches die Ursachen dieser Erscheinung sein mögen. Es wurde bereits mit Recht betont, daß nicht alle die, die jetzt zu uns gehören, den sozialdemokratischen und sozialistischen Gedanken in sich aufgenommen haben. Sie zu Sozialisten und Sozialdemokraten zu machen, wird vorwiegend unsere Aufgabe sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch Fehler bei uns gemacht worden sind, vor denen wir die Augen nicht verschließen dürfen. Schulz sagte, die Debatten legten zu wenig Gewicht auf die Massenfrage. Das trifft auch auf eine Reihe anderer Funktionäre zu, nicht nur der Partei, sondern auch auf Genossen, die in anderen Kreisen sitzen, die sie im Auftrag der Partei verwalten. (Sehr richtig!) Ich hebe nur einige Punkte hervor. Nach der Revolution sollte sicher ein großer Teil unserer Parteigenossen, daß es uns gelingen würde, eine einheitliche deutsche Republik zustande zu bringen. Statt dessen sahen wir, daß überall der Kantonalgeist aufblühte, daß es unmöglich war, mit der Kleinstaaterei so aufzuräumen, wie es unser aller sehnlichster Wunsch war. Dieser Kantonalgeist hat uns unendlich viel geschadet; das sehen wir am deutlichsten, wenn wir die Politik der Einzelstaaten verfolgen. Da möchte ich mich zunächst mit Preußen befassen. Die unglaubliche Politik, die seitens des Ministeriums des Innern in Preußen verfolgt worden ist, sie hat uns die Genossen in hellen Haufen davon gelaßt. (Sehr wahr!) Es ist unverantwortlich und laun zu verstehen, wie der Gedanke der Demokratisierung in dieser Weise durch das Ministerium des Innern verunstaltet werden konnte. (Sehr wahr!) Wir brauchen uns nur die Tatsache vor Augen zu führen, wie unmittelbar nach der Revolution und nach den Wahlen an die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen herangegangen wurde. Die Gemeindevorstellungen wurden aufgelöst und Neuwahlen vorgenommen. Unsere Genossen hofften,



daß es ihnen gelingen werde, die Mehrheit zu bekommen, die Bürgermeister zu beseitigen und den Geist der Demokratie und des Sozialismus in die Gemeindeverwaltungen hineinzupflanzen zu können. Wir haben in unendlich vielen Gemeinden die Mehrheit bekommen, zu sagen haben wir trotzdem herzlich wenig. (Sehr wahr!) Die Schöffen und Bürgermeister sind geblieben, und sie kommandieren heute die Mehrheit der Gemeindevertretung. (Zuruf: Sie sind bestätigt worden vom Ministerium!) Welches Maß von Ingrimm ist damit unter unseren Leuten erzeugt worden, wie hoffnungslos sind sie geworden! Der Glaube, daß an die Demokratisierung endlich herangegangen werden kann, ist geschwunden, man hat den Eindruck, daß die ganze Demokratisierung nichts anderes ist, als eine Scheindemokratie, in der die Genossen zur Einflußlosigkeit verurteilt sind. (Zuruf.) Damit ist der Gedanke des Rätesystems weiter gefördert worden. Dann ist man an die Demokratisierung der Kreistage herangegangen; es sind auf Grund dieser Zusammensetzung der Gemeindevertretung die Wahlen zu den Kreistagen vorgenommen. Aber auch dort, wo wir bei den Wahlen zur Landesversammlung die übergroße Mehrheit bekommen haben, sind wir bei den Kreistagswahlen zur Untätigkeit verurteilt gewesen. Wels hat mit Recht betont, daß die Einigkeit der Partei sich nur auf der Grundlage der Demokratie vollziehen kann. Dann sollten aber auch unsere Genossen an verantwortlicher Stelle es sich angelegen sein lassen, diesen Geist der Demokratie in der Verwaltung überall voll zur Durchführung zu bringen. Bis heute haben Sie eine Karikatur der Demokratie, und dagegen macht sich selbstverständlich überall eine Empörung im Lande geltend und das Vertrauen ist geschwunden. Die alte Landrats Herrschaft ist geblieben, die Landräte versuchen geradezu, den Sozialismus und die Demokratie dadurch zu kompromittieren, daß sie alle ihre niederträchtigen reaktionären Streiche auf das Konto der demokratischen und sozialistischen Regierung zu setzen versuchen. (Sehr wahr!) Wenn dagegen nicht von der Regierung aus der notwendige Riegel vorgeschoben wird und diese Gesellschaft so schnell zum Teufel gejagt wird, wie sie es verdient, dann wird von dieser Stelle aus in unverantwortlicher Weise gesündigt. (Sehr wahr!) Ich wünsche nur, daß die Genossen, die an dieser Stelle sitzen, endlich mit dem Zustande aufräumen wollen. Dazu kommt noch ein anderes. Wir sehen die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage, im Schleichhandel. Auch hier sind wieder die maßgebenden Persönlichkeiten, die darauf achten sollen, daß wir zu geordneten Verhältnissen kommen, die Landräte! (Sehr wahr!) Sie müssen also, wenn wir überhaupt zu geordneten politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnissen gelangen sollen, auf das allerflehnigste beistellt werden. Heute ist es so: die Leute gehen und als Vertreter kommt irgendein feindaler oder großindustrieller Herr, der als erster Kreisdeputierter die Tätigkeit des Landrats ausübt, selbstherrlich nach dem alten System. Also hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Wenn schon manche Schwierigkeiten, die wir nicht verkennen wollen, auf das Konto der Tatsache gesetzt werden müssen, daß wir nun einmal eine Koalitionsregierung haben, dann müssen wir aber auch die Tatsache nicht vergessen, daß zweifellos die Genossen, die bisher das Amt des Ministers des Innern innehatten, nicht von der genügenden Entschlossenheit durchdrungen waren, hier gründlich den Wandel zur völligen Demokratisierung herbeizuführen. Wir müssen ihnen sagen, daß, wenn sie glauben, die Demokratisierung nicht in der Weise durchzuführen zu können, wie wir dies für notwendig erachten, sie gehen mögen, und wollen sie das nicht, dann müssen sie gehen. (Sehr richtig!) Und weil es schließlich Genossen gibt, die glauben, daß sie als

Regierungsmitglieder nicht der Partei verantwortlich sind, sondern nur ihrer Regierung, so bitte ich Sie, heute gemäß dem Antrag 207 zu beschließen, daß der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. (Sehr gut!) Dann haben wir die Möglichkeit, diejenigen, die da glauben, sich im hohen Olymp zu befinden, daß sie die Menschenkinder kaum noch sehen, zur geeigneten Zeit abzuernsten, und es wird dann hoffentlich gelingen, die Demokratisierung in dem Tempo durchzuführen, wie es den berechtigten Anforderungen der Parteigenossen im Lande entspricht. (Beifall!)

Krell (Vob): Das zentrale Problem der gegenwärtigen parteipolitischen Situation ist nach meinem Dafürhalten die Stellung unserer Partei und ihrer Vertreter in der Regierung zum Sozialismus, nicht in dem Sinne, ob wir ihn überhaupt wollen, sondern, ob wir ihn jetzt haben wollen und wollen müssen.

Der eine Teil unserer Parteigenossen erklärt:

1. der Sozialismus als praktische Wirklichkeit könne nur aus überquellendem Reichtum geboren werden. Deutschlands Wirtschaft sei aber total verarmt und zerrüttet. Deshalb sei die Sozialisierung seiner Produktionskräfte unmöglich.

2. Es sei ein Unsin, Selbstmord eines Volkes, allein inmitten einer privatkapitalistisch produzierenden Welt den Sozialismus verwirklichen zu wollen. Deutschland könne konkurrenzfähig, seine Wirtschaft nur rentabel sein bei privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Diese Ueberlegung ist mangelhaft und einseitig, sie bleibt in einigen wirtschaftlichen Betrachtungen stecken und bringt nicht bis zur psychologischen Tiefe des Problems vor.

Gewiß ist es angenehmer und wirtschaftlich leichter, den Sozialismus durchzuführen, wenn nicht Not und Mangel, sondern Ueberschuß herrschen. Aber auch im Zustande des Ueberschusses würde nicht dieser, sondern nur der Druck, die Untrüglichkeit gewisser Verhältnisse, eine gewisse Not, die Not sozialer Ungerechtigkeit es sein, die zum Sozialismus treiben. Wenn dieser Druck, diese Untrüglichkeit, diese Not so schreie geworden sind, daß ihre Stimme nicht mehr überhört werden kann, dann ist die Notwendigkeit des Uebergangs zum Sozialismus eingetreten. Dieser psychologische Moment ist jetzt eingetreten, wie zu keiner Zeit, und wird auch nie mehr so eintreten. Der Krieg hat uns diese Notwendigkeit ins Ohr gebrüllt. Er hat uns das Medusenantlitz des Kapitalismus in seiner ganzen Schrecklichkeit gezeigt. Er hat uns gezeigt, wie dieser, sich mit dem Schimmer nationaler Romantik befehdend, im Schafpelz des Patriotismus auftretend, seiner unersättlichen Machtgier Hetzatomben von Menschenleben opferte, wie er, einerseits die Menschen zur letzten rasenden Anstrengung des Kampfes aufreizend, andererseits die Widerstandskraft des Volkes zernagte, oder wie er korrumpierend in alle Verhältnisse staatlicher Organisation drang, sie mit dem Gift selbstfüchtiger Interessenwirtschaft verseuchend. Durch den Krieg ist er sich selbst zum Verderber geworden und hat das ganze Volk in seinen Ruin mit hineingezogen.

Und nun soll den Arbeitern, dem Volke zugemutet werden, daß es sich selbst seinen Verderber wiederaufrichtet? Um, wenn er wieder erkrankt ist, den Kampf gegen ihn, das mühsame Werk seiner Zerstörung, von neuem zu beginnen. Welcher Widerinn! Man wird darauf erwidern: wenn der Privatkapitalismus jetzt wieder ausgerichtet werde, werde man ihm schon Fesseln anlegen, so daß er so schrankenloses Unheil nicht mehr anrichten könne. (Unruhe.)

Vorsitzender Oskar Schult: Ich möchte den Parteitag bitten, mehr Ruhe zu bewahren. (Rufe: Nicht vorlesen!) In anderer Geschäftsordnung steht nicht, was in der Geschäftsordnung des Reichstags steht, daß man nicht auch Neben vorlesen darf. Sie haben also kein Recht, dem Redner einen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich wesentliche Notizen für sein Referat gemacht hat. (Rufe:) Ich höre aber aus den Zwischenrufen, daß der Redner nicht verstanden wird und möchte darum an ihn die Bitte richten, lauter und langsamer zu sprechen.

Krell (Dd., fortsetzend): Der Kapitalismus des privaten Unternehmers ist ein Vortaus; verschließt bu ihm diese Tür, findet er zehn andere Ausgänge, willst du ihn in dieser Gestalt fangen, verwandelt er sich in zehn andere. Gewiß, Kriege wird er bei uns nicht mehr entfachen. Aber nie wird es gelingen, ihn mit seiner ganzen Leistung reiflos in den Dienst am Allgemeinwohl einzuspannen. Er wird dem Allgemeinwohl stets nur widerwillig opfern. Der einzelne wird danach trachten, der Leistung für das Ganze sich soweit wie möglich zu entziehen, möglichst an einer Stelle immer den anderen die Lasten tragen zu lassen. Die Kapitalflucht ins Ausland, die Verschlebung und Verdeckung von Vermögen, die Verschönerungsbestrebungen vom Reich und das Vorgehen mit dem Anschluß an Länder der Alliierten kennzeichnen am besten, was man von diesem Geist des privaten Kapitalismus für die Aufopferungsfähigkeit zur Tilgung der unermesslichen Lasten zu erwarten hat. Da soll die Arbeiterschaft zum Kapitalismus und zum kapitalistischen Unternehmer das Vertrauen haben, daß er sich seinen gerechten Anteil an der Mittragung dieses Riesendebüts, mit dem der Krieg für uns abschließt, und an der Tilgung dieses ungeheuren Solidarschatzes auf der Passivseite unseres Wirtschaftskontos nicht entziehen wird? Das Vertrauen hat der Kapitalismus, dieser Großschieber und Staatsbetrüger, reiflos eingebüßt.

Seien diese Ausführungen, wie schon subjektiv das Verharren bei der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise eine Unmöglichkeit ist, so ergibt sich diese Unmöglichkeit auch objektiv; die Notwendigkeit des Sozialismus im Zustande des Ueberflusses folgt aus der Notwendigkeit einer sozialen, gerechten Verteilung der durch diesen Ueberfluß zugänglichen Vorteile. Die Notwendigkeit des Sozialismus im Zustande des Mangels und der Not wird durch die Notwendigkeit einer sozial gerechten Verteilung dieses Mangels und der Not gefordert. Dieses letztere Bedürfnis wird sich stets mit noch elementarer Gewalt Geltung zu verschaffen suchen, als das nach gerechter Verteilung der mit dem Ueberfluß verbundenen Vorteile möglich ist. Denn in Zeiten der Not und des Mangels wirkt soziale Ungerechtigkeit immer viel aufsteigender. Das haben wir im Kriege gesehen. Der Versuch einer sozial gerechten Verteilung der Kriegsnote muß schmachvoll scheitern an dem Privatkapitalismus. Nur der Sozialismus gewährleistet die soziale Gerechtigkeit.

8. Der Krieg schließt für uns ab mit der Notwendigkeit der Arbeitung einer uns alle belastenden Solidarschuld. Diese Arbeit muß daher auch eine solche solidarischer Gemeinamkeit sein. Diese Solidarität der Arbeit ist aber nur denkbar im Sozialismus. Nur die sozialistische Arbeitsmethode, nicht die privatkapitalistische ist zu solcher Arbeitsgemeinschaft tauglich. Das Arbeiten für die eigene Tasche, das es im übrigen dem Staat überläßt, selbst anzusehen, was er aus diesen Taschen herausholen will, wie er für seine Bedürfnisse sorgt, ist keine dafür brauchbare Methode. Der Privatkapitalismus macht zwischen sich und dem Staat eine Scherung, sieht im Staat sogar seinen Feind, der ihm das „Seine“ nehmen

will, jetzt aber brauchen wir ein Arbeiten, das sich unmittelbar in den Dienst des Staatsganges stellt. Das ist beim Privatkapitalismus undenkbar.

Die Notwendigkeit des Sozialismus ist danach zwingend. Es bleibt die Frage, ob seine Verwirklichung scheitern muß an der wirtschaftlichen Unmöglichkeit seiner Durchführung. Wichtig ist, daß bei einem Vergleich zwischen der praktisch erprobten und eingespielten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und der noch ungetroffenen und erst aufzubauenen sozialistischen Wirtschaftsweise dieser Vergleich, was Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit anlangt, an sich zu Ungunsten der sozialistischen Wirtschaftsweise ausfällt. Bei diesem Vergleich legt man aber eine normal funktionierende und intakte kapitalistische Wirtschaft zugrunde. Dieses Ergebnis ändert sich aber sofort, wenn man berücksichtigt, daß diese Wirtschaft aus dem nicht mehr zu beseitigenden Drange der Arbeiterschaft nach Sozialismus ständig durch Arbeitsverlust, Streiks, Unruhen usw. beeinträchtigt und erschüttert sein wird. Eine ständig bedrängte leidende kapitalistische Wirtschaftsweise wird noch schlechter arbeiten, als eine sozialistische; letztere wird, wenn ihr Aufbau vorsichtig und in kluger Anpassung an die aufmerksam zu beachtenden praktischen Erfahrungen erfolgt, zweifellos immer noch rentabler und wettbewerbsfähiger sein, als eine ruinierte privatkapitalistische Wirtschaft, die von revolutionären Anstrengungen der Arbeiterschaft fortgesetzt erschüttert wird. Auch wird der sozialistische Arbeiter unter dem Zwang der Not streben, wettbewerbsfähiger zu werden. Die Entbehrungen und Einschränkungen, die er sich selbst auferlegen wird, um sich im Wettbewerb zu behaupten, wird er leichter ertragen als die, die ihm ein privatkapitalistischer Unternehmer — sei es auch notgedrungen — auferlegt.

Wir kommen also, wenn wir unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen wollen, mit zwingender Notwendigkeit zu sozialistischer Arbeits- und Wirtschaftsweise. Der Zwang der Not wird unser Zuchtmittel zum Sozialismus sein. Die Arbeit wird stehen das sein, was uns retten kann. Sie ist unser einziges Kapital, unser einziges Attribut. Die Arbeitskraft ist unser Wertvollstes und Wichtigstes, das wir besitzen. Da ist es natürlich selbstverständlich, wenn die Bedeutung der Arbeit ihren sinnfälligen und geistlichen Ausdruck erhält durch die Schaffung eines Parlamentes der Arbeit, eines Wirtschaftsparlamentes, zu dem im Prinzip auch alles, was arbeitet, ohne eigener Unternehmer zu sein, Wahlrecht hat, und in dem der Aufbau der Arbeit zur Wiederaufrichtung deutscher Wirtschaft, der Aufbau des sozialistischen Staates beraten und beschlossen wird.

Redner muß, da die Nebzeit abgelaufen war, auf weitere Ausführungen verzichten.

Seueritz (Bamburg): Parteigenossen und Parteigenossen! Die Deutsche Revolution litt vom ersten Tage her an dem unheilvollen Schicksal des Bruderkrieges. Wir Jungen, die wir nach vier Jahren aus dem Kriege zurückkamen, fanden, daß in Deutschland der Bruderkampf nicht wie es früher Sitte war, mit geistigen Mitteln ausgetragen wurde, sondern durch Anwendung von Mitteln der Gewalt. Da eine Gruppe versuchte die andere mit Gewalt von der Regierung abzuhalten, sie mit Gewalt um ihre Presse und um ihre Organisationseinrichtungen zu bringen. In diesem Bruderkampf hat die demokratisch organisierte und geknüpfte Arbeiterschaft inständig das getan, was ihre geschichtliche Aufgabe war. Ich sage inständig. Die Dinge lagen so, daß vielerorts und im ganzen Reich eigentlich gar keine Führung vorhanden war. Der Parteivorstand, unsere Genossen an der Spitze, hatten in vielen Fällen anderes zu tun, als sich

um die Föhrung zu bestimmen. Trotzdem aber sind unsere Genossen im Lande instinktmäßig den richtigen Weg gegangen. Sie haben zunächst die selbstverständlichen Freiheiten eines freien Landes geschüßt, die Pressefreiheit n/vo. Dann haben sie mit allen Mitteln einen Kampf geführt für das gleiche Recht aller und gegen die Diktatur. Wir in Hamburg sind am ersten Tage der Revolution schon vergewaltigt worden. Man nahm uns unsere Zeitung weg. Den Gewerkschaften wurde verboten, irgendwie aktiv tätig zu sein. Das war am 6. und 7. November. Am 9. Januar war der zweite Tag der Vergewaltigung. Man verbot seitens des Arbeiterrats, der von kommunistischen Diktatoren beherrscht wurde, das „Hamburger Echo“, und am 9. Januar versiegelte man den Gewerkschaften ihre Kassen und wollte sie so aus der Welt schaffen. (Hört, hört!) Ohne daß die Arbeiter von irgendeiner Seite dazu gerufen wurden, haben sie auch da rein instinktmäßig die Betriebe verlassen, sind vor das Rathaus gezogen und haben gefordert, daß alles wieder freigegeben wird, und die Buchdrucker der unabhängigen Zeitung kamen zu uns und erklärten: Wir machen nicht mit, es wird auch keine andere Zeitung gedruckt, wenn das sozialdemokratische Organ nicht gedruckt werden darf. (Bravo!) Das war der Weg, den wir gehen mußten. Das war unsere historische Aufgabe, die Deutsche Revolution vor der Selbstvernichtung zu schützen, (sehr richtig!), vor der Selbstvernichtung durch den Radikalismus. (Sehr richtig!) Inwiefern ist der Sieg, der der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in diesem Kampfe zugefallen ist, der Sieg des Willens zur Gleichberechtigung gegenüber dem Willen zur Diktatur, und entsprechend diesem Siege und diesem Willen, der sich als der stärkere durchgesetzt hat, sollte auch dieser Parteitag ein unzweideutiges und entschlossenes Bekenntnis zur Demokratie ablegen. (Sehr richtig!) So weit stimme ich auch dem Genossen Wels zu, der das gleichfalls in seinem Referat sagte. Aber was uns jetzt mangelt, ist, daß wir nunmehr innerhalb der Demokratie auch mit dem richtigen Draufgängergeist an das gehen, was wir unbedingt noch als Vollziehung der Revolution ansehen müssen. (Sehr richtig!) Als erstes ist hier die Demokratisierung der Verwaltung genannt worden, mit Recht. Ich habe gehört, daß die Zentrumsparlei immerfort mit allen Mitteln sich stützend auf die Demokratie Beamtenstellen verlangt, Regierungspräsidenten, Landräte, daß sie sagt: in dieser Gegend haben wir die Mehrheit, hier müssen wir die Beamten stellen. Andere bürgerliche Parteien machen das genau so. Nun wohl, auch wir müssen das tun, und müssen es ganz besonders tun, gestützt auf das Ergebnis der Willenskundgebung der Wahlen im ganzen Reich. Wir müssen sagen: Wir haben 42 und mehr Prozent aller Stimmen erhalten, also müssen wir auch so und soviel Stimmen in der obersten Verwaltung haben, und das müßte besonders den Genossen in der Regierung Grundlage und Leifzug sein, die die Zentner zu vergeben haben. Natürlich kann nicht nach dieser Methode in der Weise verfahren werden, daß, wenn das Zentrum in einer Provinz die Mehrheit hat, es dann unbedingt die Beamtenstellen haben muß. So ist Demokratie nicht aufzufassen. Dann bekommen wir Zentrumsprovinzen, konservative Provinzen. (Zurufe: Haben wir bereits!) — Gewiß, die haben wir, aber dagegen muß eben vorgegangen werden. Ich halte es gerade für zweckmäßig, daß in Zentrumsprovinzen sozialistische Regierungspräsidenten sitzen, während Zentrumsregierungsräte in sozialdemokratischen Provinzen sicher kein Unheil anrichten können. Die Demokratie schließt die gegenseitige Durchbringung aller Volksteile nicht aus, vor allem darf sie nicht der gegenseitigen Abgrenzung dienen.

Wenn unsere Genossen infolge der Koalition zu Maßnahmen gezwungen werden sollen, die ihrem Gewissen als Sozialisten widerstreben, dann verlangen wir, daß sie rund heraus erklären, wir machen nicht mehr mit. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das Bürgertum bedient sich ja des selben Mittels. Beispielsweise haben wir in Hamburg die Mehrheit, und es ist selbstverständlich unsere Pflicht, für den Sozialismus herauszuholen, was herauszuholen ist. Da kommen aber die bürgerlichen Parteien und sagen, wir machen nicht mehr mit (Zuruf: Sollen sie tun.) Ich bin der gleichen Meinung, wie der Zwischenrufer. Wir dürfen solchen Drohungen ruhig ins Auge sehen, nicht ängstlich werden. Denn das Bürgertum wird nicht so leicht den Machtbereich, den es nun einmal innehat, preisgeben. Aber unsere Regierungsvertreter sollen in Fällen, wo man ihnen zumutet, gegen ihr Gewissen zu handeln, mit dem Verzicht drohen. Sie sollen den Bürgertümern erklären, versucht, Deutschland ohne uns zu regieren, dann werdet ihr erkennen, daß ihr ohne uns nicht fertig werden könnt. (Lebhafter Beifall.)

Zur Einigungsfrage trete ich der Auffassung bei, daß das Bekenntnis zur Demokratie die beste Grundlage für die Einigung ist. Dem Einigungsrundmel, man kann leider davon sprechen, muß mit absoluter Klarheit begegnet werden. Sagen wir unseren Gegnern, wir sind bereit, auch die Hand zu reichen, wenn ihr fest auf dem Boden der Demokratie stehen wollt. Innerhalb der Sozialdemokratie verlangen wir dann freies Draufgängerium, damit wir den Kampf für die Arbeiterschaft, für den Sozialismus und Internationalismus mit aller Entschiedenheit durchführen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Das Wort erhält nunmehr Genosse Adolf Braun zur Begründung des Antrages 202. Er hat nach der Geschäftsordnung das Recht auf eine Redezeit von 20 Minuten.

Adolf Braun: Für die Fortdauer der Spaltung innerhalb des Sozialismus gibt es keine Entschuldigung mehr. Ich halte es allerdings für einen Fehler, unsere Kriegspolitik als durch die Ergebnisse gerechtfertigt hinzustellen, wie es Genosse Wels getan hat. Es ist durchaus nicht mehr notwendig, daß wir uns über den 4. August 1914 unterhalten, denn in den Novembertagen 1918 ist die neue Grundlage für die Arbeit der Partei gefunden. Die Berufung auf das Jahr 1914 können wir uns nicht mehr leisten, denn die entscheidenden Tage für unsere Partei, in denen sie ihre Stärke zeigen muß, liegen nicht im Jahre 1914.

Ich freue mich der nationalen Töne, die Genosse Wels angeschlagen hat. Wir müssen mit aller Entschiedenheit kraftvoll den nationalen Standpunkt betreten, der in unserer internationalen Auffassung verankert ist. Die nationale Welle aus dem wilhelminischen Zeitalter, der Nationalismus der alldutschen und nationalliberalen Imperialisten und Kapitalisten soll an unserem Nationalismus zerschellen. Unser Nationalismus steht nicht im Widerspruch mit dem Internationalismus. Ihr Zusammenhang muß gerade an dem wahrscheinlichen Vorabend des Friedensdiktates betont werden. Sitten wir uns, vom 4. August 1914 mit Beziehung auf den Frieden von Versailles zu sprechen. Wer das sagt, der gesteht zu, daß der Friede von Brest-Litowsk die Mobilisierung der russischen Streitmacht im Sommer 1914 als berechtigt erwiesen habe. Der müßte auch die Revandepolitik Clemenceaus als berechtigt ansehen dank der sinnlosen Forderung des kaiserlichen Deutschlands, als Gewähr für die Neutralität Frankreichs die Festungen Toul und Verdun durch deutsche Truppen be-

legen zu lassen. Neben wir nicht mehr über die Ursachen des Krieges von 1914, diese Erörterungen stärken nicht die Partei und erleichtern nicht die gewünschte Einigungssaktion. Was wir getan haben, ist von der Geschichte und nicht von den Politikern von heute zu werten; wir sollten nicht mehr darauf zurückkommen. (Lebhafte Sehr richtig!)

Bei unseren Einigungswünschen lassen Sie uns nur über das sprechen, was tatsächlich ist. Stellen wir die berechnete Bitternis, die wir über die Angriffe der Unabhängigen empfinden können, zurück und geben wir unseren Miskommungen keinen Ausdruck. Wir wollen die Einigung, lassen Sie uns alles aus dem Wege räumen, was sie hindern könnte. Es ist Ihnen bekannt, daß ich von Anfang an für den Wiederaufschluß der Partei eingetreten bin. Ich sehe aber jetzt den Einigungshoffnungen sehr kühl gegenüber. Verstandesmäßig betrachtet, erscheint sie jetzt kaum erreichbar angesichts der Tatsache, daß die Unabhängigen erst in jüngster Zeit die Bescheidung der Einigungskonferenz abgelehnt haben. Die Unabhängigen sagen ferner, die Einigung wäre nur auf dem Boden der Unabhängigen möglich. Was ist aber der Standpunkt der U.S.P.D.? Kein Mensch weiß das. (Lebhafte Beifall.) Aus diesem Grunde halte ich den Antrag Jena, der die Einigung aller drei Parteien verlangt, für praktisch undurchführbar. (Zuruf: Neue Partei. — Seiterkeit und Unruhe.) Ja, gründen wir neue Parteien von Leuten, die während des Krieges ausgetreten sind (Beifall), die während des Krieges zu feige zur Durchführung politischer Ziele gewesen sind. (Lebhafte Beifall.) (Auf: Akademische Neulinge.)

Ich bin kein akademischer Neuling. (Zuruf: Der Zwischenrufer ist gemeint.) Man darf wohl erwarten, daß hier, wo jeder allerdings seine Meinung sagen darf, ein gewisser Takt der Bescheidenheit gewahrt bleibt. (Lebhafte Beifall; im oberen Teil des Saales entwickelt sich lebhafter Unruhe infolge eines erregten Wortwechsels zwischen dem Zwischenrufer und dem Delegierten, die nach dem oberen Teil des Saales streben. Rufe: Raus!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte die Delegierten, ruhig ihre Plätze einzunehmen und ferner durch Zwischenrufe den Parteitag nicht zu behindern. Wer sich hier im Saal nicht wohl fühlt, mag ihn verlassen. (Lebhafte Beifall.)

Adolf Braun (fortfahrend): Begreifen können wir schließlich die Spaltung, aber wir können es nicht lassen, daß die Leute, die sie fördern oder aufrechterhalten wollen, glauben können, sie nützen damit der Arbeiterkass. Ohne unsere Partei gäbe es trotz allen Geredes doch keine Republik, kein Frauenwahlrecht, kein gleiches Wahlrecht in Preußen, und ohne uns wäre der Weg zum Sozialismus nicht geöffnet worden. An diesen Tatsachen müssen alle Vorurteile abfallen. Ohne uns wären die Unabhängigen in Schutzhaft. Sie würden dann allerdings nicht so großmäutig sein, wie sie sich jetzt geben. (Lebhafte Beifall.) Das Unheil der Spaltung hat sich bitter gerächt an den Versplitterern. Sie sind die Heloten der R.P.D. geworden. Sie können sich keinen festen Standpunkt leisten, denn sie haben keinen Willen. (Lebhafte Beifall.) Die R.P.D., auf die sie so weitgehende Rücksichten nehmen, ist wieder nur ein Konglomerat von verschiedenen Gruppen. Gibt es doch beispielsweise in der kommunistischen Partei Milienbergs vier Gruppen, die gegeneinander wirken. Der Antrag Jena sieht völlig von der Tatsache ab, daß sich in jenen Parteien Anarchisten und Syndikalisten zusammengefunden haben und ihre Sonderbestre-

kungen verfolgen. Es gibt nur ein negatives Moment, das sie eint. Aber auf negative Momente allein läßt sich keine Partei aufbauen. Unsere Gegner werden geeint durch den Haß gegen uns. Der Haß ist aber kein parteibildendes Moment. Sie predigen ja jeden Tag: hängt Scheidemann, Hert und Kossle auf, und alles ist im besten Gluck. Diese Leute nennen sich Marxisten. Diese Leute, die die traurigsten Verwirrungen unter der Arbeiterkass verursacht haben, wollen uns sagen, wie man für die Sozialdemokratie zu arbeiten hat. (Zuruf: Ich denke, Sie sprechen für die Einigung!) Ich spreche für die Einigung aller derer, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. (Beifall.) Ich spreche aber gegen die Einigung mit Leuten, die uns nachsagen, daß wir das Erfurter Programm verraten haben, die aber den wichtigsten ersten Punkt desselben mit Füßen treten. (Sehr richtig!) Ich bin für die Einigung mit den Unabhängigen, aber unbedingt gegen die Einigung mit Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten. (Sehr wahr!) Ich leugne nicht, daß unter den Kommunisten Leute mit edler Ueberzeugung und Opfermut sind. Aber an die Kommunisten schließen sich Elemente an, die nicht aus dem Klassenbewußten Proletariat hervorgegangen sind; der ganze Schwanz des Lumpenproletariats, mit dem wir nichts gemein haben und gemein haben dürfen. (Beifall.) Es gibt einzelne Kommunisten, die gewagt haben, gegen die lumpenproletarische Tätigkeit in ihrer Partei Einspruch zu erheben, aber sie sind zur Seite gedrängt worden. Die Solidarität mit dem Lumpenproletariat haben die Kommunisten nicht weit von sich gewiesen. Solange das der Fall ist, können wir mit den Kommunisten nicht zusammengehen. Wir können nur bei den Arbeiterschichten wirken, die auf dem Boden des Erfurter Programms und des modernen Sozialismus stehen, von dem die Unabhängigen bisher theoretisch noch nicht abgewichen sind.

Wir sind nicht für eine allgemeine Einigung, weil sie nicht möglich ist, und wir sind auch nicht dafür, wie es in dem Antrag von Oberfeld-Darmen heißt, mit allen Mitteln die Einigung zu erzielen. Das ist sofort zu erreichen, indem wir uns Mitgliedsbücher der U.S.P. kaufen. Wir sind nicht für eine Einigung mit allen Mitteln. Wir sind für Einigung mit allem Willen und aller Freudigkeit, wir wollen aber unsere Geschichte und Tradition ebenso wenig wie unsere Grundsätze ausgeben. Das einzige Volk, von dem Schiller spricht, ist eine Ideologie. Das haben wir in diesen Tagen gesehen, wo uns trotz der unerhörten Friedensbedingungen die Deutschnationalen die größten Schwierigkeiten machen. Ebenso ist diese volle Einigung undenkbar mit der kommunistischen Partei Deutschlands. Es ist nur eine Einigung mit der U.S.P. möglich. Aber sie hat ihre großen Schwierigkeiten, weil die U.S.P. selbst in sich nicht einig ist; das weiß jeder, der sich mit diesen Dingen beschäftigt. Auch bei uns gibt es sehr verschiedenartige Meinungen. Aber wir sind doch, wenn wir mit anderen Parteien verhandeln, eine Geschlossenheit und Einheit. Das ist bei der U.S.P. nicht der Fall. Ein großer Teil der U.S.P. steht auf dem Prinzip der Diktatur, der Herrschaft der Minorität, während wir die Herrschaft einer Minorität, ob sie von Wilhelm II. oder von Mümmig geführt wird, in gleicher Weise verurteilen. Wir sind überzeugt, daß es eine große Reihe von Unabhängigen gibt, die voll Sehnsucht nach Einigung mit uns erfüllt sind. Aber leider ist das nur ein kleiner Flügel, und wenn er zu uns kommt, wird wahrscheinlich ein anderer Teil zu den Kommunisten gehen. Die U.S.P. ist in harter Befestigung begriffen, während wir uns zusammenfassen und immer geschlossener aufzutreten in der Lage sind. (Widerspruch.) Deswegen wird es sehr schwierig sein, zu einer

Einigung mit der U.S.P. zu kommen. Wenn uns auch verständemäßig vieles die Einigung erschwert, so ist doch bei uns allen das Gefühl und der Wunsch lebendig, die Einigung des klassenbewußten Proletariats zu erleben. Deswegen wollen wir alles daransetzen, soweit die Möglichkeit vorhanden ist, zur Einigung zu gelangen. Aus diesem Grunde habe ich mir im Einverständnis mit vielen Parteigenossen aus allen Landesteilen erlaubt, Ihnen den Antrag 202 vorzulegen. Wir wissen von unserem Parteivorstand, daß er die gute Gelegenheit zur Einigung des Proletariats gern ergreifen wird, während wir dies von dem Parteivorstand der Unabhängigen leider nicht erwarten können. (Beifall.)

**Doerschmann:** Wenn wir so weiter Politik treiben müssen, wie wir es bisher getan haben, verlieren wir immer mehr den Boden unter den Füßen, verlieren immer mehr die Errungenschaften der Revolution und fangen an, das Grab zu schaufeln für den Sozialismus. Die beiden Bänke hier im Saal — mögen sie uns von neuem entflammen, in Begeisterung für die hohen, idealen Ziele des Sozialismus zu kämpfen, denn ein Kampf ist es immer noch, ein erster, schwerer Kampf; wir dürfen nicht erlahmen in diesem Kampf, sonst wird das Ideal der Menschheit wieder in nebelhafte Ferne gerückt.

Widen wir umher, so sehen wir überall Unzufriedenheit, Unsicherheit, Ziellosigkeit, Angst vor der Zukunft, trassen Egoismus; gefährliches Nachlassen des Solidaritätsgefühls herrscht überall. Niemand scheint mehr Achtung vor den Gesetzen des Staates zu haben, mögen sie die alten oder die neuen sein, und das Verantwortlichkeitsgefühl ist in weiten Kreisen in unmoralischem Sumpf verschwunden. Mit solchen Menschen auf solchem sittlichen Niveau soll nun eine Staatsform gebildet werden, unter dem Banner des Sozialismus, die besser sein soll, als die frühere, die verbindend auf die Volksgenossen und auf die ganze Menschheit wirken soll — fürwahr, auf den ersten Blick eine unerfüllbare Aufgabe, aber sie läßt sich lösen und wird gelöst werden eben unter dem Banner des Sozialismus. Eine Art Rührung scheint die führenden Geister Deutschlands, auch die sozialistischen, ergriffen zu haben, ein gewisser Grad von Fatalismus macht sich bemerkbar. Woher kommt das? Wir befinden uns unter dem imperialistischen Druck unserer Feinde, die mit ihren unerhörten Friedensbedingungen auch den Sozialismus vernichten wollen. Das Erfurter Programm war nicht eingestellt auf eine revolutionäre Entwicklung, man konnte den Weltkrieg und die Revolution nicht voraussehen, und soweit waren auch die Arbeit und die Aufgaben der Partei vor der Revolution andere als heute. Auf Grund der äußeren Sorge, auf Grund des Druckes der Feinde konnte deshalb auch die Politik der Genossen in der Regierung nichts anderes sein, als eine Politik von heute auf morgen, und damit verbundene sich das hellschimmernde Ziel, das Ziel des Sozialismus. Unendlich schwer ist es, in Zeiten, in denen Imperialismus und Kapitalismus, durch besondere Verhältnisse zur höchsten Blüte und zur höchsten Macht entwickelt, dem Sozialismus den Todesstoß zu versetzen drohen, die sozialistische Idee am Leben zu erhalten und zu fördern. Vor allem ist es sehr schwer, auch nur dafür zu sorgen, daß der sozialistische Gedanke nicht untergeht in Kleinlichkeiten, egoistischen Überlegungen, in der leicht verständlichen Angst vor der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und vor geistiger Knebelung. Unsere Genossen in der Regierung haben in ehrlicher Ueberzeugung versucht, für den Sozialismus zu retten, was zu retten ist. Dafür müssen wir ihnen Dank wissen.

Um nun aber weiterzukommen, ist es doch jetzt notwendig, die sozialistische Sonne von dem Rebellfranz zu befreien, sich wieder einmal das Ziel klarzumachen, nach dem wir streben. Wir wollen wirtschaftliche Zufriedenstellung und freie geistige Entwicklung für das ganze deutsche Volk, Sicherung seiner Stellung und seiner Aufgaben im Völkerbunde im Sinne der Entwicklung der Menschheit überhaupt. Dieses Ziel müssen wir jetzt fest ins Auge fassen und unentwegt darauf zusteuern, trotz des Druckes der imperialistisch regierten Feinde, trotz aller Gegenströmungen unter unseren Volksgenossen im reaktionären oder im zu aktivistischen Sinne. Daraus ergibt sich ohne weiteres unser politisches Verhalten. Vor allem heißt es: „Sich lösen vom Feinde.“ Ich möchte nicht sagen: „Koste es, was es kostet“; wir haben verhandelt und wollen verhandeln, aber wir brauchen das Fundament, auf dem wir aufbauen können, sobald als möglich, und sei es noch so klein. Die Verhältnisse liegen so, daß wir berechtigt sind, anzunehmen: dieses Fundament wird sich ganz von selbst durch die internationale sozialistische Bewegung vergrößern und beseitigen, wir müssen nur den Mut haben, endlich einmal einen großen Punkt hinter der Vergangenheit zu machen und den starken Willen zeigen, in sozialistischem Sinne unsere Arbeit weiterzuführen. Nur dadurch gewinnen wir die Sympathie unserer Genossen in den feindlichen Ländern und bereiten den letzten Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, die Weltrevolution, vor. Heute sind die Sympathien der Genossen in den Ententeländern auf Seiten der Völker, welche sich reiflos der sozialistischen Idee opferten, der Russen und Ungarn. Ich will hier nicht sprechen für ein reiflos durchgeführtes Rätesystem. Wir könnten es auch anders machen, aber wir müssen die Genossen der Entente auf die eine oder die andere Art von unserer Ehrlichkeit überzeugen; wir müssen sie davon überzeugen, daß wir ernsthaft gewillt sind, mitzuarbeiten, um das große Ziel des Sozialismus zu erreichen. Wir brauchen nicht alles erst zu zerstören, zu vernichten, aber wir können doch ganz bestimmt, zielbewußt und energisch endlich einmal den notwendigen Reinigungsprozeß vornehmen und alles das beseitigen, was der Entwicklung der sozialistischen Idee hemmend entgegensteht: imperialistische, kapitalistische Formen im Wirtschaftsleben, in der Gesetzgebung, im Rechtsleben, imperialistische, kapitalistische Formen in der Wissenschaft, in der Technik und auf ethischem Gebiet; wir müssen aber auch die Personen entfernen, welche der sozialistischen Entwicklung nicht Rechnung tragen können.

Einen Fehler begehen wir heute, und dieser setzt uns leicht dem Vorwurf der Ziellosigkeit aus. Wir betonen zu sehr das Prinzip der Demokratie und vergessen ganz, daß Demokratie für den Sozialismus nur Mittel zum Zweck sein kann, und daß individuelle, persönliche Demokratie in vollem Umfange angewandt, letzten Endes zur Anarchie führt. Nur in Verbindung mit dem Sozialismus ist für uns die Demokratie in einem Atem zu nennen. Diese Unterlassungssünde gibt auch gerade den unabhängigen Sozialdemokraten den besten Angriffspunkt, sie betrachten die Mehrheitssozialisten nicht mehr als Sozialisten, sie sagen: die Mehrheitssozialisten sind bereits im Fahrwasser der Reaktion. Es ist für uns ein weiterer Fehler, daß wir in fast fatalistischer Weise auf die Entwicklung an sich bauen und uns nicht, wie es unsere Aufgabe ist, in dem Räuberwerk der Entwicklung der Völker in der uns vorgezeichneten und von vornherein von uns in Aussicht genommenen Form betätigen. Wir müssen also aktivistischer sein, wenn wir nicht ins Hintertreffen kommen und den Zusammenhalt in der Internationale verlieren wollen.



Aus diesen Gründen schon empfiehlt sich eine Verständigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, abgesehen davon, daß die eigentlich zu leistende Arbeit, der Kampf gegen die Vergewaltigung durch den Imperialismus und Kapitalismus bei vollständiger Einheitsfront sämtlicher sozialistischer Parteien, womöglich der ganzen Welt, viel leichter zu führen ist und einen baldigen siegreichen Abschluß finden dürfte.

Und so rufen wir den Genossen in der Regierung zu: Wir brauchen freie Bahn für den Sozialismus, bereitet diese Bahn vor; das ist eure Aufgabe! Wir wollen eine mehr sozialistische als demokratische Politik. Wir wollen einen möglichst baldigen Abschluß der jetzigen labilen, aufreibenden Verhältnisse, welche die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des deutschen Volkes gänzlich zu vernichten drohen, durch einen baldigen Frieden, der, sei er ist, den ausgepeitschten, fast erledigten Nerven unserer Volksgenossen wieder Ruhe verschafft und die Vorbedingung bringt, für die Genesung unseres Volkes an Leib und Seele. Wir erstreben eine politische Verständigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum mindesten aber ein gemeinsames Vorgehen bei dem Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, sowie bei der Ausgestaltung der auf dieser Weltanschauung aufgebauten Prinzipien, Organisationen und der sie leitenden Persönlichkeiten.

Parteigenossen! Begeistert sind am 9. November Millionen von Volksgenossen unter die Fahnen des Sozialismus geeilt. Es befeelte sie der Idealismus, welcher die alten Kämpfer der Sozialdemokratie, von denen heute noch eine stattliche Anzahl hier anwesend ist, in erstem, schwerem Ringen ihren Zielen entgegenführte. Genossen, erhaltet diesen Idealismus, erhaltet euch die neuen Genossen, erhaltet euch namentlich die intelligenten, intellektuellen Kräfte unter ihnen und laßt sie mitarbeiten bei den hohen Aufgaben, die euch gestellt sind. Ihre Begeisterung für die heilige Sache ist echt und wahr, legt ihrem Temperament keine Fägel an; es sind frische Truppen im Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus, und frische Truppen kann die Partei brauchen.

Brüht sie kurz auf Herz und Nieren, sind sie tatsächlich Idealisten und frei von egoistischen Motiven, dann laßt sie wirken und gebt ihnen Arbeit. Keine Zeit war günstiger für die Entwicklung der sozialistischen Idee, wie die heutige, und es wird niemals eine günstigere kommen. Also ruft ich der Partei zu: „Carpe diem!“ Nutze den Tag!

Der Sozialist strebt nach Recht und Gerechtigkeit, er strebt nach Wahrheit. Die Wahrheit geht immer langsamer wie die Lüge. Es ist so viel gelogen worden vor dem Kriege und auch nach dem Kriege, jetzt ist die Zeit der Wahrheit gekommen. Seien wir wahr gegen uns, wahr gegen unsere Volksgenossen, gegen die ganze Menschheit. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen! (Beifall.)

Dittmer-Berlin: Es ist zweifellos starke Unzufriedenheit und Unruhe in den Reihen der Parteigenossen vorhanden, und der Parteitag soll das Ventil sein, um dafür zu sorgen, daß wir wieder eine planmäßige, gesunde Entwicklung des Parteikörpers bekommen, die wir gegenwärtig nicht haben. Wir wollen deshalb heute lieber mit verstärkter Kritik anrücken, anstatt daß wir näher dem härtesten Unmut im Lande ausgesetzt sind und unsere Partei weiter abbrockt, wie in den letzten Wochen und Monaten. Von dem Gesichtspunkt aus sind ja die Ausführungen des Genossen Wels über die verfloßene Berichtsperiode auch zu bewerten. Wir müssen uns nur darüber werden, nachdem die große Masse zu uns herüberkam, war es unsere Aufgabe, alles zu tun, um das, was berechtigt an ihren

Wünschen war, berechtigt im Sinne unseres Parteiprogramms und im Sinne der möglichen Realitäten, zur Durchführung zu bringen. Aber nach der ersten Zeit verlebte sich allmählich der Wille derjenigen, die dazu berufen waren, den Gedanken des Sozialismus durchzuführen. Darunter haben wir besonders in dem ersten Vierteljahr der Revolution zu leiden gehabt, daß die ganze Organisation keinen rechten Kopf mehr hatte, daß wir besonders in Berlin nicht ein noch aus wußten. Aus diesem Chaos, das in den Organisationen entstanden war, erklärt sich zum Teil auch die politische Situation im Zentrum des politischen Lebens, in Berlin. Wenn die Genossen der Provinz mitunter verleiht die Köpfe geschüttelt haben über manche Beschlüsse der Arbeiterräte usw., so werden Sie das verstehen können, wenn Sie die Schwierigkeiten erkennen, die in der Großstadt gegeben sind, besonders durch den unerhörten, ungeheuerlichen Terrorismus, der von anderer Seite ausgeübt worden ist. Darin hatte allerdings Wels vollkommen recht: Nach der Richtung hin sind die Unabhängigen, sind weite Kreise unserer früheren Arbeiterbrüder so über das Ziel hinausgeschossen, daß es schwer fällt, ihren Auffassungen gerecht zu werden. (Sehr wahr!) Bei alledem muß ich aber sagen: wie ein roter Faden hat sich durch die Ausführungen von Wels die Polemik gegen die Unabhängigen gezogen. Ob das unbedingt notwendig war (vielsache Ausrufe: Jawohl!), erscheint mir zweifelhaft, wo er doch weiß, daß wir in allen größeren Städten die Einigungsbestrebungen haben, und wo wir doch wirklich daran gehen müssen, uns eines Tages wieder mit ihnen zu verständigen, um aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, in der wir stehen. Ich sehe in diesen furchtbar schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur einen Ausweg, das ist das Wiederaufheben der Verantwortlichkeit auf jener Seite. (Sehr wahr!) Das müssen wir versuchen, zu erzielen. Wir haben auch in Berlin im Roten Hauje alles daran gesetzt, um zu diesem Ziel zu kommen, ohne uns etwas zu vergebem. Und ich muß sagen, nachdem nun eine ungeheure Verteuerung der Nahrungsmittel eine Notwendigkeit sein wird, um die 20–30 Millionen für Beamtengehältererhöhungen, sowie für die Hilfskräfte herauszuholen, da dämmert es selbst den Unabhängigen, wie unverantwortlich sie gehandelt haben, und sie sind auf dem Wege zur Umkehr. Ob sie vorhält, weiß ich nicht.

Wir müssen sagen: Die Regierung hat in früherer Zeit oft recht spät eingegriffen. Es ist wie in einer Art Fatalismus in der Ernährungsfrage dahin gekommen, daß man überhaupt nicht mehr glaubt, es könne überhaupt etwas geändert werden, auch bei unseren Parteigenossen. (Sehr richtig!) Daraus erklärt es sich, daß die Kontrolle, anstatt allmählich besser, immer schlechter wird. Dagegen müssen wir uns auch vom Parteistandpunkt aus wenden. Wir haben in Berlin ja so viel unerfreuliche Ereignisse, auch unter dem neuen Polizeipräsidenten, bis in die neueste Zeit, diese furchtbaren Dinge in der Münzstraße mit ihrer erschrecklichen Demoralisation weiter Massen — dem kann man kein anderes Ende machen, als daß man fest zupackt. Und das ist erst sehr spät geschehen. Das hemmt zweifellos die Agitationskraft unserer Partei. Was soll man aber sagen, wenn Dinge, die doch eigentlich auch vom sozialistischen Gesichtspunkt aus zu betrachten sind, so behandelt werden, wie beispielsweise der Belagerungszustand. Hunderte von Berliner Funktionären haben einstimmig beschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Wir waren mit einer Deputation bei Noske und Helldorf und haben in mehrstündiger Auseinandersetzung ihnen den Standpunkt erklärt, den

die Berliner Parteigenossen einnehmen, daß nach Möglichkeit vermieden werden muß, in der heutigen Zeit mit dem Belagerungszustand zu regieren. Es ist uns eine wenig erfreuliche Antwort geworden. Man hat uns die Schwierigkeiten erklärt, die wir auch kennen, aber man hat uns nicht klarmachen können, daß, nachdem, wochenlang nichts Besonderes geschehen ist, kein Anlaß vorliegt, den Regierungstruppen, die doch nachweislich noch immer unzulässige Uebergriffe vornehmen, wenigstens eine Beschränkung dadurch aufzuerlegen, daß man ihnen nicht noch die besondere Handhabe des Belagerungszustandes bietet. Wenn wir auch dafür sind, daß in dem Moment zugegriffen wird, wo die Gewalt von links hereinbricht, so brauchen wir doch nicht dauernd mit der Gewalt zu prunken, möchte ich sagen. (Sehr richtig!) Nach dieser Richtung hin sollte der Wille des Parteitags zum Ausdruck kommen. Das ist auch richtig vom Standpunkt des Sozialismus aus, wie wir ihn früher stets vertreten haben.

Auch in bezug auf die geistigen Leistungen unserer Partei haben wir keinerlei Veranlassung, auf die Unabhängigen herabzublicken. Wir müssen feststellen, daß unsere Parteiministerien, wie z. B. die „Vorwärts“-Redaktion, sehr viel, wenn nicht alles, zu wünschen übrig lassen. Da haben sich Privatinitiativen aufgemacht, die einen großen Verschleiß mit sozialistischen Schriften treiben. Es ist eigentümlich, warum sie bestehen können, und es bei uns an diesem Unternehmungsgeist fehlt. Während der ganzen Revolutionszeit haben wir wenig zu sehen bekommen von Aufklärungsliteratur der neueren Zeit. Man begnügt sich mit der Wiedergabe von älteren Werken, die ja auch wertvoll sind, aber der Jetztzeit nicht genügend entsprechen.

Beim „Vorwärts“ ist auch vieles unzulänglich. Gewiß sind die Redaktionsfragen auch Personenfragen. Aber nach der Richtung haben wir uns oft genug selber die Schuld zuzuschreiben, daß die Dinge nicht so sind, wie sie sein sollen.

Ich möchte Ihnen kurz den Antrag 181 begründen. Ich war vier Monate (ehrenamtlich) in der Post tätig, darunter sechs Wochen als Beigeordneter im Postministerium, und kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß unsere Bureaucratie wahrhaftig noch alle Köpfe beibehalten hat. (Sehr wahr!) Die Beschwerden gehen ihren weiten Weg, ehe sie irgendwelches Ziel erreichen, die dann natürlich oftmals schon hinfällig geworden sind. Der Genosse Heine sollte sich die Dinge, die in den vielen Anträgen beklagt werden, doch einmal ernstlicher durch den Kopf gehen lassen, ob denn wirklich die Verwaltungsreform in dem Sinne gemeint ist, daß sie auf den Sanft Nimmerleinstag verschoben wird. Oder ob man nicht doch daran gehen kann, die Dinge schneller umzugestalten. Man sollte sich auch nicht so kräuben gegen Forderungen, wie das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Anstellungen, Beförderungen und Entlassungen in Reichsbetrieben. (Sehr richtig!) Gerade das erhöht das Verantwortlichkeitsgefühl. Da bekommen wir viel besser die Arbeitslust wieder, die uns jetzt allgemein fehlt. Vor allem müssen die reaktionären Elemente möglichst entfernt werden. All diese Leute müssen ersetzt werden, wenn man auch zehnmal sagt: Wir haben in den Reihen der Partei nicht genügend geeignete Personen.

Im übrigen ist zu sagen, daß wir besser für die Bildungseinrichtungen sorgen müssen. Die Fortbildungsschulpflicht kann bis zum 18. Jahre durchgeführt werden. Wir haben bereits in der Erwerbslosenfürsorge in Berlin solche Einrichtungen mit gutem Erfolge getroffen,

und es muß die Verpflichtung zur Fortbildungsschule allgemein festgesetzt werden. Auch scheint es mir notwendig, daß der Parteitag den Genossen in der Regierung ans Herz legt, daß die hohen Gehälter und Pensionen der Staatsbeamten, Generale usw. einer Revision unterzogen werden. (Heftige Zustimmung.) Viele dieser Herren haben eine Stellung in der Privatindustrie angenommen und beziehen doppeltes Gehalt. In einer Zeit, wo Sparamkeit am Plage ist, sollte man nach dieser Richtung hin anfangen zu sparen. Gerade das ist ein Punkt, der Wasser auf die Mühlen der Unabhängigen liefert.

Auch den Symbolen hätte man in dieser revolutionären Zeit etwas mehr Beachtung schenken sollen. Orden und Medaille sind zwar so weit abgeschafft, daß kein besonderes Privilegium mehr mit ihnen verbunden ist, aber auch das äußerliche Merkmal sollte beseitigt werden. Das ist eine Forderung unserer Zeit und ist die Empfindung der breiten Volksmasse. Titel sollten lediglich zur Bezeichnung der Amtstätigkeit dienen, aber sie sollten nicht beliebig verliehen werden, wie Sie das selbst noch in unseren Zeitungen finden. Deswegen muß der Parteitag den Willen bekunden, daß eine Verwaltungsreform in der Weise eintreife, daß eine Verminderung der vielen Zwischenstationen im Beamtenkörper eintritt, und daß der Arbeitsprozeß kaufmännisch gestaltet wird. Alles das läßt sich bei systematischer Kontrolle sehr wohl ermöglichen, und doch sehen wir so wenig davon. (Sehr richtig!) Dieser Parteitag soll vor der Geschichte nicht nur dastehen als ein solcher, der Rückblicke gibt, sondern auch, um festzustellen, wie die Dinge vor sich gegangen sind, und um zu zeigen, daß in der Tat nicht die Unabhängigen die Revolutionen gemacht sind, sondern daß wir uns alle Zeit hindurch im besten Sinne bemüht haben, das, was nach einer Fortentwicklung drängt, auch in der Tat vorwärts zu führen. Wir müssen die Dinge so gestalten, daß wir vor der Geschichte bestehen können, daß wir die rückwärtigen Betrachtungen zurückstellen zugunsten einer neuen Aktivität. Das ist das Entscheidende. Ich bin kein Besimist, auch nicht in bezug auf die zukünftige Entwicklung unserer Partei. Ich bin sicher, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft, von dem wir alle die Jahrzehnte hindurch gesprochen haben, wieder erwachen wird, sobald die außenpolitische Lage und die innerpolitische schwierige Ernährungslage sich einigermaßen gebessert haben wird. Darum wollen wir nicht fatalistisch sagen, es geht doch so, wie es geht, sondern wir müssen alles daran setzen, und müssen von unsern Genossen in der Regierung fordern, daß sie uns die Handhabe dafür geben, daß den widerstrebenden bürgerlichen Elementen klar gemacht wird, daß wir dem Abgrund entgegengehen, wenn wir nicht in der Richtung des Sozialismus vorwärts treiben, und daß wir die Verantwortlichkeit des einzelnen nur heben und den Arbeitswillen der Menschen nur stärken können, wenn auch von unserer Seite das Nötige zur Umgestaltung der Verhältnisse geleistet wird. Ich bitte Sie, Genossen, auf diesem Parteitag Ihren Willen in dieser Richtung zu bekunden, und unsere Genossen in der Regierung haben die Pflicht, entsprechend der Auffassung dieses Parteitags ihr Bestes daran zu setzen, um in der Richtung des Sozialismus zu wirken.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich schlage nun vor, die Mittagspause eintreten zu lassen. Ich möchte noch bekanntgeben, daß der Antrag 227 mit zur Debatte steht.

Die Sitzung wird hierauf auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Schluß 1 Uhr 7 Min.

## Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Heinrich Schütz eröffnet die Nachmittagsitzung um 3 Uhr. Das Wort hat

**Das Wilsch:** Die Einigungsfrage ist von den Genossen Braun und Wels als Führerfrage behandelt worden. Das ist falsch. Die Arbeiter selbst sehen diese Frage nicht als Führerfrage an. Nicht eine neue Partei wird von ihnen verlangt, wie ein Zwischenrufer meinte, sondern die alte Partei mit gleichen Rechten und Pflichten für alle, für Genossen und Führer, die Partei, in der allem Programm und Disziplin und die Verantwortung vor dem Parteitag die Richtlinien für Führer und Genossen gegeben haben. Die Arbeiter haben genug an einem 19. Januar. Mit Wangen sehen sie der nächsten Reichstagswahl entgegen. Jawohl stehen jetzt Gewehr bei Fuß, um zu sehen, was bei diesem Parteitag herauskommt. Und danach wollen sie die ihnen geboten erscheinende Richtung einschlagen. (Lebhaftes Zustimmung.) Dieser Lage dürfen wir nicht mit beschränkten Armen gegenüberstehen. Weder haben noch dürfen wir es sich um eine Führerfrage handeln. Führer sterben und manche verderben, und wenn wir schon längst alle vermodert sind, wird die Partei noch nötig sein. Denn die Entwicklung gegen den Kapitalismus vollzieht sich eben sehr langsam. Der Kapitalismus steht überall dazwischen und hat seine Schlupfwinkel selbst noch in unseren Reihen. Ebenso unannehmbar aber, wie ein Diktat der Unabhängigen für die Einigung, ebenso unerträglich ist auch der von Wels vertretene Standpunkt, daß wir nicht einen einzigen Vertrauensmann fallen lassen dürfen. Da müssen wir die Frage aufwerfen: Soll eher die Partei fallen, als daß wir auf den einen oder den andern Vertrauensmann verzichten? Wir haben in den letzten Monaten gerade genug von Kleberei an Aemtern erlebt. Der Partei sind daraus beträchtliche Nachteile erwachsen. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die es angeht. Nur so kann der Antrag Jena, den Wels bekämpft hat, aufgefakt werden, nur so verfehle ich die Wendung „eventuell über die Köpfe der beiderseitigen Führer hinweg“. Wenn es durchaus nicht anders geht, dann ist es besser, daß die Führer fallen, als daß die Partei zugrunde geht. Wenn die Frage z. B. zugestimmt wird, Noke, vor dem ich das zweifelhafteste Vergnügen habe, sprechen zu müssen, oder die Partei, dann ist es besser, daß Noke geht. Blut ist dicker als Wasser. Das hat Winnig kürzlich so ausgedrückt, daß das Blut der Arbeiter in den getrennten Lagern sich rücksichtslos zum Wiederausschlusß seht.

Au dem Erfurter Programm wollen wir festhalten. Verräter sind wir nicht, und haben nicht die Absicht, es zu werden. Der positiven Liste des Erreichens, so verfehle ich den Antrag 197, können die Arbeiter aber die lange Liste des noch nicht Erreichens entgegenstellen, Forderungen, zu deren Erfüllung es leider noch immer nicht gekommen ist. Schweigen wir einmal von dem Heereswesen und beschäftigten wir den Umstand, daß wir uns in einem Übergangsstadium befinden. Aber denken Sie an die Todesstrafe, denken Sie an die weltliche Schule — wo ist Genosse Paenisch? Ich sehe ihn nicht in diesem Saale. In den Zeitungen müssen wir lesen, daß er sich gerade mit der wichtigen Frage des Religionsunterrichts beschäftigt. Denken Sie ferner an die Wahl der Behörden durchs Volk und die Frage der Gastbarkeit, an die Steuerfragen usw. Vor allem aber an das Koalitionsrecht! Dann werden Sie auch begreifen, woher es kommt, daß so viele Arbeiterkreise bedenklich geworden sind.

Immer noch haben wir das Bestätigungswesen. Das Delegationsrecht ist gänzlich den Staatsanwälten ausgeliefert. Denken Sie an das Titelwesen. Es fehlt nur noch eins, ein Ebert-Orden. Denken Sie an das Ausweisungs-, an das Einbürgerungswesen. Bei der Zustimmung der Beamtenhierarchie würde sich allerdings manche Lücke ergeben. Man verzeihe aber nicht, daß die Dinge so gelagert sind, daß der heutige Zustand unerträglich ist als der Zwang, vorübergehend allerlei Lücken im Beamtenkörper in Kauf zu nehmen.

Nun zum Belagerungszustand. Es ist eine sehr kitzliche Sache. Hier befinden wir uns beim Nerv der Dinge. Ich habe vor mir die Nummer 30 des Armerverordnungsblattes vom 4. April 1919. Da heißt es auf Seite 268 in der Gebährnisordnung, Anlage zu den Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Reichswehr, unter Wohnung:

„Untersoffiziere und Mannschaften erhalten eine mobile Wohnung nach Dienstgraden, eine Reichswehrzulage von täglich drei Mark, Wohnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind. Dazu tritt bei den im Grenzschutz tätigen Untersoffizieren und Mannschaften eine tägliche Kampfszulage von 2 Mk. Nun aber weiter: „Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Reiches besonders herangezogenen Untersoffiziere und Mannschaften erhalten für die Zeit ihrer Tätigkeit zu diesem Zweck ebenfalls die Kampfszulage von täglich 2 Mk. Wie lange und für welche Teile der Reichswehr die Zulage zu zahlen ist, bestimmt auf Antrag des Reichswehrbrigadefeldkommandeurs das Kriegsministerium.“ (Lebhaftes Hört! Hört!) Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn Mißtrauen entsteht, wenn die Meinung auskommt, daß es Widerstände gibt gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes, die stärker sind als die härtesten amtlichen Stellen.

Nun zum Kapitel Novembersozialisten. Auch da ist wieder zu sagen: es gibt solche und solche. Wir müssen von den Parteigenossen, die neu in die Partei eintreten, verlangen, daß sie zunächst einmal Rekrutendienst tun. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sagen wir ihnen: Führt euch erst einmal ein in die Partei und strebt nicht von vornherein danach, ältere Genossen von Plätzen zu drängen, auf die sie durch das Vertrauen der Partei gestellt sind. Ich erinnere den Genossen Wels daran, wie er mich betrachtet hat, als ich vor rund 20 Jahren in die Partei aufgenommen wurde. Damals mag Genosse Wels gedacht haben: Das ist auch so einer, der einen Brief wie jenen schreiben kann: Ich bin bereit, in die sozialdemokratische Partei einzutreten und ein Reichstagsmandat zu übernehmen. Neuzugewandelt würde der Brief heute lauten: ... bereit, einen Posten als Regierungspräsident, Oberpräsident oder Minister zu übernehmen. Wenn Beamte, Redatoren, Richter und ähnliche Berufsgruppen sich bis zum 9. November geigelt haben, offen in die Partei einzutreten, dann können wir das verstehen, aber wenn Leute aus den freien Berufen so plötzlich ihre Liebe für die Partei entdeckt haben, Leute, die schon längst in unseren Reihen hätten sein müssen, dann ist schon eine gewisse Vorlist am Platz.

Wels und Braun haben die Frage der Diktatur in die Debatte geworfen. So wie sie die Sache dargestellt haben, war das sehr unvorsichtig. Haben wir nicht im Februar zusammen mit den Unabhängigen die „Diktatur“ ausüben wollen? (Stoche des Präsidenten.) Ich bin leider am Ende meiner Ausführungen. Nur noch ein Wort. Genosse Wels hat gesagt: Nichts wird die Sozialdemokratie trennen von der Arbeiterkraft. Das ist gewiß sehr hübsch. Aber wichtiger ist das Umgekehrte: alles zu

vermeiden, daß die Arbeiterschaft sich etwa trennt von der Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

**Roske:** Genosse Davidsohn sprach davon, es werde an Aemtern geklebt. Ich sage, wir in der Regierung machen die Erfahrung, daß in einem geradezu entsetzlichen Umfang nach Aemtern geklebt wird. (Sehr richtig!) Auf welche Art und von wem, das ist ein Kapitel, über das ich Bücher schreiben ließen. Davidsohn hat in seiner Rede wenigstens kurz meinen Namen erwähnt. Das gibt mir Anlaß, mit einem Wort zu antworten. Ich habe nicht zu denen gehört, die sich in die Reichsregierung zu drängen suchten, sondern mir ist mit allen Mitteln zugeföhrt worden, dieses unerfreuliche Amt zu übernehmen. (Zustimmung des Genossen Müller-Berlin.) Mir ist es auch jetzt kein Vergnügen, meinen anständigen, ehrlichen Namen durch alle Gassen Deutschlands schleifen zu lassen. (Sehr richtig!)

Genosse Dittmer sprach von der Unruhe und dem Unwillen, der innerhalb der Arbeiterschaft besteht. Das ist zu begreifen. Millionen von Arbeitern sind durch den Verlauf und die Resultate der Revolution enttäuscht. Große Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete reifen nicht in vier Wochen, auch nicht in vier Monaten. Vieles ist erreicht, was die deutschen Arbeiter zum Teil vor einem Jahr kaum für die nächsten 25 Jahre zu erträumen wagten. (Sehr richtig!) Aber das freieste Wahlrecht kann nicht alle acht Tage angewandt werden, und für die großen wirtschaftlichen Umgestaltungen brauchen wir Zeit, mehr Zeit, als wir bisher gehabt haben, wo uns alle möglichen Schwierigkeiten und Ungelegenheiten im Innern des Reiches noch das bisherige Arbeitskraft, das uns blieb, weggenommen haben. Unser Unglück ist, daß wir die Regierung oder doch die Verantwortung in der Regierung übernommen haben in einem Zeitpunkt, wo Millionen von Menschen nicht satt zu machen sind. Wir können auch nicht die zum Teil unglaublichen Forderungen bewilligen, die jetzt von allen Seiten an uns herangetragen werden. Es ist ein glattes Ding der Unmöglichkeit, zum Beispiel die Forderungen zu bewilligen, die zum Teil von den Kriegsbeschädigten, nach meiner Ueberzeugung an sich mit Recht, gestellt werden. Aber Deutschland ist bankrott, verfügt nicht über Mittel, wird sich in wenigen Wochen oder Monaten eine weitgehende Kontrolle über seine Finanzen gefallen lassen müssen. Infolgedessen ist derjenige ein Dummkopf oder schamloser Demagoge, der jetzt noch den Mut hat, Forderungen immer weiter und weiter zu treiben und neue Ansprüche wachzurufen. (Zustimmung.) Ich vermiße bei einer großen Zahl von unseren Parteigenossen den Mut, die Dinge beim rechten Namen zu nennen (Sehr richtig!), und bei sehr vielen leider das Verständnis für das, was möglich ist. Wie man nicht reden soll, dafür hat Genosse Dittmer vorhin einen Beweis erbracht. Er mahnt die Regierung, Sorge dafür zu tragen, daß hohe Gehälter gekürzt werden, daß nicht zu hohe Pensionen gezahlt werden. Auch auf dem Gebiete habe ich meine Erfahrungen in den letzten sechs Monaten gemacht. Ich wurde eines Tages im Marinematrattadiert, weil ich einem akademisch gebildeten Beamten mit zwanzigjähriger Dienstzeit und etwa 7200 Mk. Jahresgehalt eine Teuerungszulage von 600 Mk. bewilligen wollte. Das hieß die Träger des alten Regimes stützen. Dieselben Leute, die mich damals attadierten, saßen zu 53 im Marineamt aus revolutionärem Recht und hatten sich aus eigenem Recht ein Jahresgehalt von 14 500 Mk. bewilligt. (Hört, hört!)

Wir sollten die Gehälter heruntersetzen. Ein Beispiel aus der allerletzten Zeit. Die Werftarbeiter haben mir einen Vertreter ins Marineamt geschickt. Dem habe ich 18 Mk. Tagegelber neben seinem vollen Lohn, der zu Hause weiterläuft, bewilligt. Darauf machte er mir klar, daß sei ein Bettelgeld, er sei Vertreter der Massen, er habe andere Ansprache. Als ich ihm klar machte, daß ein Kapitän zur See im Range eines Obersten unter gleichen Verhältnissen mit 12 Mk. Tagegelber jetzt noch auskommen muß, erklärte er, das ginge ihn nichts an, das solle ich dafür sorgen, daß die Leute besser bezahlt werden. Wie sollen wir denn jetzt daran gehen, Gehälter herunterzusetzen? Wie viele Reichs- und Staatsbeamte gibt es denn, die mehr als 7400 Mk. und 8000 Mk. erhalten? Die Werftarbeiter haben in den letzten Tagen eine Konferenz abgehalten und einen Stundenlohn von 3 Mk. gefordert. Das macht bei 300 Arbeitstagen 7200 Mk. Jahresverdienst. Wollen Sie denn, daß wir in unsern Ministerien die Ministerialdirektoren schlechter als die Portiers bezahlen sollen? Wenn man von uns die Bewilligung höherer Löhne fordert — ich rede kein Wort über die Berechtigung oder Nichtberechtigung und die Erfüllungbarkeit oder Nichterfüllbarkeit dieser Forderungen —, dann soll man uns nicht mit solchen Agitationsphrasen kommen, daß wir dafür sorgen müssen, hohe Gehälter und Pensionen herunterzusetzen. Ich bedaure, daß diese Phrase auch in dieser Versammlung Beifall auslösen konnte.

Der Genosse aus Ost und Genosse Boermann haben uns ein paar nette Reden gehalten. Ich habe vor vielen Jahren auf demselben Gebiete, auf dem sie heute tätig sind, in Ostpreußen auch Agitationsreden gehalten. Da sagte ich mir heute, als ich diese beiden sehr gelehrten Reden hörte, was für ein dummes Luder ich damals gewesen sein mußte. Aber ich bin überzeugt, daß damals die ostpreussischen Landarbeiter meine Rede besser verstanden haben. Wenn man so auf die Ostpreußen losgeht, — kommen sie sich vor, als wenn ihnen nicht ein, sondern zwei Mühlräder im Kopfe herumgehen. (Weiterfeit.)

Es ist ein Jammer, daß Proletariat jetzt gegeneinander die Waffen führen und geführt haben. Wenn darüber Betrachtungen angestellt und Vorwürfe erhoben werden, dann ist jedesmal die Tatsache voranzustellen, daß die Versteht, Ledebour und Genossen es waren, die ihre Anhänger bewaffnet auf die Berliner Straßen schickten in den Tagen, als wir nicht einen Mann zu unserer Verfügung hatten. (Sehr richtig!) Das zeitigte dann Belagerungszustand und Blutvergießen. Genosse Dittmer wettert jetzt gegen den Belagerungszustand. Ach, wenn unsere Berliner Parteigenossen sich doch nicht durch den Spektakel der Unabhängigen fortgesetzt ins Vorhorn jagen lassen und lieber Courage zeigen wollten. Wo die Unabhängigen wirtschafteten, gab es nur ihren Willen. In Duzenden von Fällen haben sie den Belagerungszustand verhängt, Geiseln festgesetzt, eine Zeitung nach der anderen ist uns gestohlen worden, in Duzenden von Fällen sind die bürgerlichen Zeitungen unterdrückt worden. Dieselben Leute schlagen einen Mordskärm, wenn es in der Abwehr ihnen einmal irgendwo an den Kragen geht. Unsere Parteigenossen in ihrer Schamlosigkeit häßten immer wieder auf den Beim und besorgen ihre Geschäfte. (Lebhafte Zustimmung.) Berlin mit seiner Massenansammlung von zum Teil verzweifelten, zum Teil ählichen Elementen ist eine dauernde Gefahr in der jetzigen Situation. Ich kann es verstehen, wenn die preussische Regierung, deren Werkzeug bei der Ausübung des Belagerungszustandes ich ja nur bin, Wert darauf legt, an gewissen Vorbeugungsmaßnahmen

festzuhalten. Wenn irgendwo die Fensterseiben eingeschlagen sind, kommen unsere Parteigenossen und machen auch der Regierung Vorwürfe, daß sie nicht besser aufgepaßt und nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen habe. Darüber rede ich nun schon gar nicht, daß Genosse Davidsohn den Belagerungszustand und die Gebührensfrage in einem Atem nennt. In einer ganzen Anzahl von Fällen ist der Belagerungszustand lediglich verhängt worden auf Grund einer Verfügung der Reichsregierung, gegengezeichnet von den Genossen Ebert, Scheidemann und mir. Ich glaube, daß wir über den Verdacht erhaben sind, daß wir uns von gebührensüchtigen Offizieren einwickeln lassen. In den übrigen Fällen, wo der Belagerungszustand verhängt wurde, ist es entweder nach vorheriger Rücksprache mit mir geschehen oder die Sachlage ist schnell nachgeträgt, und wenn es notwendig war, ist Remedur geschaffen worden. (Buruf: Aufhebung.) Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist in jedem Falle erfolgt, wo ich es für erforderlich gehalten habe oder unsere Parteigenossen gekommen sind und erklärt haben, daß die erforderlichen Voraussetzungen dafür gegeben seien. (Lach des Vorsitzenden. — Lebhafter Rufo: Weiter reden!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Parteitag gibt zu erkennen, daß der Genosse Koste weiterreden soll. Ich glaube, diesem Wunsche müssen wir schon deshalb Folge leisten, weil gerade er hier und draußen in der Öffentlichkeit vielleicht der am meisten angegriffene Parteigenosse ist. Er muß Gelegenheit haben, sich ausgiebig verteidigen zu können. Ich frage, ob Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Genossen, fortzufahren.

Koste (fortfahrend): Mir ist gestern gesagt worden, ich würde wahrscheinlich auf dem Parteitag einen besonders schweren Stand haben. Ich habe nicht eine Sekunde das Gefühl gehabt, daß ich hier als Angeklagter zur Verteidigung das Wort zu nehmen habe. Um sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, soll der Parteitag nicht da sein. Aber wenn hier jemand Beschwärze führen will oder darf, so glaube ich ein Recht dazu zu haben, weil mir die eigenen Parteigenossen immer wieder in den Rücken fallen und mir die Arbeit unendlich schwer gemacht haben. (Sehr richtig!) Das ist in keinem Fall, wie ich zugeben muß, aus bösem Willen geschehen, wohl aber oft aus Mangel an Kenntnis der Sachlage und infolge ungenügender Ueberlegung. Es sind namentlich viele Klagen über die Freiwilligen-Truppen erhoben worden. Dabei wird vielfach sehr verallgemeinert. Es sind zahlreiche unerschulichte, in einigen Fällen außerordentlich böse und verurteilungswürdige Dinge vorgekommen. Das verteidigt niemand. Der Wiederholung ist mit allem Nachdruck vorgebeugt. Wer Gelegenheit hatte, die Truppen in den letzten Monaten zu beobachten, muß mir zustimmen, daß sie beinahe von Woche zu Woche besser, disziplinierter, manierter geworden sind. (Sehr wahr!) Mißstände sind zu kritisieren, damit sie beseitigt werden. Aber über der Kritik, die unsere Parteigenossen an den Freiwilligen-Truppen üben, dürfen Sie nicht vergessen, daß die unter meiner verantwortlichen Leitung organisierten Freiwilligen das große Verdienst haben, Deutschland vor dem Chaos bewahrt zu haben. Dafür verdienen die Truppen und dafür verdienen ihre Führer Dank und Anerkennung. (Sehr richtig!) Mancher Mann hat dabei sein Leben lassen müssen. Die Gesamtverluste der Truppen in Bremen, Düsseldorf, Berlin und München sind nicht unbeträchtlich. Noch nicht einem einzigen dieser Orte sind die Truppen gekommen, ohne auf ausdrückliches Verlangen

unserer Parteigenossen, ohne auf den ausdrücklichen Wunsch der dortigen zuständigen Stellen. (Buruf.) Die Truppen haben nicht aus Jena abziehen müssen, sondern auch dort haben unsere Parteigenossen sich von den Unabhängigen an den Karren schirren lassen. Die Truppen sind nach Jena gekommen, weil sie auf dem Marsche nach Leipzig waren. (Unruhe und Buruf.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte den Genossen Dr. Eschimmer, sich zum Wort zu melden und nicht durch fortgesetzte Zwischenrufe zu hören.

Koste (fortfahrend): Ich gebe Ihnen die Zusicherung, daß die Proteste, die aus Jena wegen der Anwesenheit der Truppen kamen, mich nicht bewogen haben, auch nur um eine Sekunde die Truppen früher abmarschieren zu lassen als geplant war. Das sollte noch gerade, wenn die Reichsregierung, so wie es bei Leipzig der Fall war, auf Anforderung der sächsischen Regierung, auf dringendes Verlangen der großen Masse der sächsischen Parteigenossen, dafür Sorge tragen will, daß in einer so wichtigen Stadt Ordnung geschaffen wird, daß dann der Protest einer mehr oder weniger großen Anzahl von mehr oder weniger gut unterrichteten Parteigenossen irgendwo in einer Stadt die Möglichkeit haben soll, eine solche Aktion zu führen. Wenn Sie das unter modernem Sozialismus verstehen, dann gebe ich Ihnen allerdings die Zusicherung, daß mir dafür das Verständnis abgeht (Sehr gut!), und daß ein solches Maß von Amorganisiertheit und Undiszipliniertheit nicht plangreifen wird. (Bravo.)

Die Mißstände! Der lange Krieg, Not, Elend, und auch die Revolution haben alle alten Bande der Ordnung und der Disziplin im Lande gelockert. Die alte Truppe ist im November und Dezember verfallen oder war doch fast gänzlich unbrauchbar geworden. Ich weiß, es hat in einigen Orten Ausnahmen gegeben, aber in Berlin und anderen großen Städten war die Sachlage so, wie ich sie schilderte. Ich hatte mich an Berlin. In den ersten Januar Tagen gab es zwar dort noch Tausende von Soldaten, aber sie spielten neutral, als der „Vorwärts“ besetzt wurde (hört, hört!), und als die Zeitungen der Reihe nach besetzt wurden; sie spielten neutral, während wir in der Reichskanzlei saßen, in der schwersten Zeit das Reich in neue Bahnen lenken sollten, während Tag und Nacht beinahe vor unseren Fenstern Maschinengewehre und Handgranaten knatterten. Die Soldaten waren neutral! (Buruf: In Bezug auf Wöhrung waren sie nicht neutral!) Nein. Damals waren es die Berliner Parteigenossen, die mich fortgesetzt bestürmt und gedrängt haben, rasch und gründlich zuzugreifen. (hört, hört!) Diefelben, die jetzt wieder in Berliner Versammlungen die Töne der Kritik reden, sind es gewesen, die damals zu mir gekommen sind, die zum Teil zum Ausdruck gebracht haben, daß meine Kollegen nicht genügend Courage haben, nicht den rechten Mut hätten, zuzupacken. Mir trauten sie das zu, ich sollte doch endlich einmal ein Ende machen. Was für mich dabei herauskommen würde, habe ich an jenem Montag, den 6. Januar, in der Reichskanzlei, als mir der Zentralrat seine bekannten weitestgehenden Vollmachten erteilte, vollständig klar erkannt. Damals habe ich gesagt: einer muß ja die Geschicke machen, ich bin mir aber darüber klar, daß das für mich bedeutet, daß ich als Bluthund durch die Deutsche Revolution herbeilaufen müssen. (Bewegung.) Dessen war ich mir am ersten Tage bewußt, und nicht aus Vergnügen und nicht aus Despotentum, sondern lediglich aus ernstem Pflichtbewußtsein habe ich mich veranlaßt gesehen, diese Blutarbeit im Interesse des deutschen Volkes zu leisten. (Bravo!) In größter

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Partei Vorstand



Hast sind im Januar die Neuformationen tatsächlich aus dem Boden gestampft worden. Weil in Berlin keine Hand zu rühren war, mußte ich mich außerhalb Berlins hinsetzen. Von der Reichskanzlei, von den Berliner Parteigenossen wurde ich Tag für Tag bestrahlt: Du mußt kommen, mußt rasch helfen, sonst geht alles in Berlin brunter und bräuer. Dann ist geholfen worden. Nach dem Parteimitgliedsbuch der Leute, die damals mit mir nach Berlin einmarschierten, habe ich allerdings nicht fragen können. Ich mußte zufrieden sein, daß sie überhaupt ein Gewehr mitbrachten und sich mir zur Verfügung stellten. Natürlich hat es in Berlin im Januar und noch mehr im März Spähne gegeben, hat es bedauerenswerte Opfer gekostet. Aber wenn ich damals nicht hätte zuschlagen lassen, dann flog die Regierung und dann tagte die Nationalversammlung nicht, dann tagte auch dieser Parteitag heute nicht. (Lebhaftes sehr wahr!) Und nun lamentieren die Berliner und nebenher eine Anzahl Parteigenossen sonst noch am lautesten über die Truppen und über mich. Ich sage: Auf jeden Spektakel der Unabhängigen fallen unsere Leute herein, (sehr wahr!) wenn aber Auer niedergeschossen wird, dann nehmen sie mit Bedauern Kenntnis, aber reden nach zwei Tagen nicht mehr davon. Der Nordsturm läuft noch heute frei herum. (Hört, hört!) Wo sind denn da die Artikel voll flammender Entrüstung über Ungerechtigkeiten und mangelnde Ordnung der Justiz! Drei Tage, nachdem Meuring hingerichtet wurde, war die Parteipresse wieder verstummt. Wenn in einer Stadt nach der anderen Gesängnisse gestürmt wurden, wobei Duzende von Schwerverbrechern wieder auf die Menschheit losgelassen werden, dann gibt es eine kleine Notiz unter „Vermischtes“. (Heiterkeit und sehr wahr!) Daß Vogel und Marlow fliehen konnten, bringt unsere Parteipresse in hellste Entrüstung und läßt die Redaktionen tagelang nicht schlafen. (Sehr gut!) Ich entschuldige diese Vorkommnisse nicht, habe das entschiedenste Vorgehen geordert und durchgeführt. Leider finde ich dabei auch bei denen, die am lautesten klagen, nicht die erforderliche Unterstützung. Das Blatt der Unabhängigen hat halb verhüllt allerlei Andeutungen darüber gemacht, was es in bezug auf die Flucht der Offiziere wisse. Sofort ist der verantwortliche Redakteur von dem Kriegsgerichtsrat vorgeladen und gebeten worden, er möge mit seiner Kenntnis nicht zurückhalten und helfen, der Fluchtigen habhaft zu werden. Die Antwort war, der Redakteur habe die Sachen bloß von der strafrechtlichen Seite anzusehen, er schreibe die Sache nicht, er kenne sie nicht. (Hört, hört!) In aller Form ist daraufhin das Ersuchen gestellt worden, die „Freiheit“-Redakteure möchten doch mit ihren Angaben herauskommen. Das war am Montag. Am Sonnabend hat mir der Kriegsgerichtsrat auf mein Ersuchen Bericht erstattet: bis zum Sonnabend hatte sich kein Redakteur der „Freiheit“ gemeldet, um dem Kriegsgerichtsrat seine Arbeit zu erleichtern. (Hört, hört!) — Zurufe: Das ist kennzeichnend, dann hätte die „Freiheit“ kein Geschäft mehr damit machen können! Draußen im Lande ist, das wissen Sie aus eigener Erfahrung, an vielen Stellen noch allerlei außer Rand und Band. Wie können Sie nur von mir verlangen, daß ich ausgerechnet auf militärischem Gebiet ganz allein Zustände schaffen soll, an denen keinerlei Tadel mehr auszuüben ist, Zustände, die es ermöglichen, Ihnen und mir die Freude zu bereiten, daß keinerlei Kritik mehr an den Freiwilligen-Truppen geübt werden kann. Nach 4½ Jahren Krieg und nach einer Revolution, da macht man nicht in vier Wochen aus dem Soldaten ein Gemisch von einem sozialdemokratischen Parteischüler und einem Engel. (Große Heiterkeit.) Was ich tun konnte, ist geschehen. Es ist ausgedrückt worden, es sind

Offiziere zu Duzenden entlassen worden, es sind Mannschaften zu Hunderten aus den Verbänden Hals über Kopf hinausgeworfen worden, weil sie unedles Gut sich angeeignet, weil sie über die Stränge geschlagen haben. Es ist mit radikaler Entlossenheit durchgegriffen worden. Aber wenn bei einer Gelegenheit wirklich zugefaßt wird, und harte Strafen gegen die Leute, die z. B. plündern oder meutern, ausgesprochen werden, wenn auf eiserne Disziplin in den Freiwilligen-Verbänden gesehen wird, dann schreit die sozialdemokratische Presse Beter und Mordio; das alte militaristische System sei noch da. (Sehr gut!)

Die Truppe soll reaktionär sein. Ich halte engste Fühlung mit der Truppe, soweit es meine Zeit einigermaßen möglich macht. Ich habe in Hunderten von Fällen zu Soldaten gesprochen. Die Leute, die in den Januar Tagen zu mir kamen, haben zum Teil gewußt, um was es sich handelt; eine Anzahl aber auch nicht. An manchen Tagen habe ich mir bis zu sechs Formationen der Reihe nach vorgenommen, um ihnen klar zu machen, was auf dem Spiele stand. In Hunderten von Ansprachen, die ich an Soldaten gehalten habe, habe ich den Leuten gesagt, daß ich als Sozialdemokrat vor ihnen stehe, daß es ihre vornehmste Pflicht sei, Rechte und Pflichten des Volkes unter allen Umständen zu schützen, daß sie mit ihren Leibern für die neue Freiheit in Deutschland sich hinzustellen haben. Das ist die Art, in der ich Tag für Tag die Truppen inspiriert habe und dann kommt, ich weiß nicht welcher Ort, und glaubt, hier den guten Geschmack entwickeln zu dürfen, mich daran zu erinnern, daß ich die Pflicht eines Sozialdemokraten zu erfüllen habe. (Hört, hört!) Das neue Heer wird demokratisch, das läßt sich aber doch heute auf morgen auch nicht machen. Am Tage vor Pfingsten habe ich in Berlin eine ganze Anzahl von Unteroffizieren um mich versammeln können, um ihnen mitzuteilen, daß ich an einem einzigen Tage 75 Unteroffiziere zu Offizieren befördert habe. Dabei ist nicht zu übersehen, daß nicht jeder Offizier aus dem Mannschaftsstande eine zuverlässigere Stütze für uns ist. (Sehr gut!) Besonders eine zuverlässigere Stütze als eine ganze Anzahl von Offizieren, deren hohes Staatsgefühl und Pflichtgefühl ich schätzen und respektieren gelernt habe. Gesehigte Demokraten oder Sozialdemokraten können viele der Soldaten von früher nicht sein. Sie sind Soldaten von Beruf, und sie stellen auch heute die Geldfrage manchmal sehr stark in den Vordergrund. (Sehr richtig.) Ich will nur daran erinnern, daß inaktive Unteroffiziere, die jetzt noch dienen, vor wenigen Tagen von mir Zulagen forderten, von denen sie selber zugeben, daß die Erfüllung einen Kostenaufwand von 2½ Milliarden Mark erfordern würde. Ja, wenn ich das ablehne und ablehnen muß, dann wird natürlich wieder der Spektakel losgehen, daß bei mir nicht das erforderliche Verständnis für die neuzeitlichen Ideen vorhanden ist, daß wir zwar für die Offiziere sorgen, aber für all gebiente Unteroffiziere kein Herz haben. — Die Vorarbeiten für die fast restlose Beseitigung der Militärjustiz sind beendet. Wenn die Nationalversammlung in den nächsten Tagen zusammentritt, wird sie auch dies Problem lösen können. (Bravo!)

Bei aller Kritik sollen unsere Genossen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Eine Menge von Nachfragen, die gebracht werden, sind falsch. Der „Vorwärts“ muß sich auch heute wieder berichtigen, weil er wieder mal eine Notiz über eine angebliche Schieberrei gebracht hat, bei der Freiwillige über die Stränge geschlagen hätten, während es in diesem Falle, wie in andern Fällen, so war, daß die Leute, die doch schließlich kein Schlemmerdasein führen, die ihr Leben einzuweisen haben, wenn die Re-

gierung sie irgendwo hinschickt, bei jeder Gelegenheit, wo sie sich sehen lassen, in der unfähigsten und unmanierlichsten Weise beschimpft oder gar tätlich angegriffen werden. Ja, das kann ich den Leuten nicht beibringen, daß sie, wenn sie über die Straße gehen, sich von jedem Vorübergehenden schimpfen lassen oder Bluthund, daß sie sich den Kopf bespußen lassen sollen und dann wie ein steinerner Gast ruhig ihres Weges gehen. Nein, wenn dann ein solch junger, temperamentvoller Kerl sich umdreht und zuschlägt, dann ist das durchaus menschlich verständlich, und man soll deswegen keinen Spektakel machen, sondern soll die andern dazu erziehen, daß sie die ehrliche Ueberzeugung auch in diesen Leuten respektieren, die jetzt den Soldatenrost anhaben. (Sehr gut!) Eisen, Hamburg und Frankfurt beantragen die Auflösung der Freiwilligenverbände und Schaffung einer Volkswehr gemäß dem Erfurter Programm. Diese Anträge sind wohl beschloffen worden, ehe die Friedensbedingungen bekannt waren, die uns auferlegt werden sollen, sonst könnten doch so gut gekaufte Parteigenossen, wie die dieser Großstädte, nicht mit Anträgen kommen, die absolut undiskutierbar sind, weil sie unerfüllbar sind. Nach dem Frieden, den, ganz gleich, welche Regierung abschließen wird, wird es für Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht, die uns die Anwendung unserer Erfurter Grundsätze auf das Militärwesen ermöglichen, nicht mehr geben. Wir werden wohl oder übel genötigt sein, beim Wehrsystem zu bleiben. Daß dabei eingehendste Rücksicht auf die Allgemeininteressen zu nehmen ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

Zu den Anträgen, die uns sonst noch vorliegen, will ich mich nur mit wenigen Worten äußern. Es wird bemängelt, die angeblich zu reiche Versorgung der Truppen. Die Truppen haben mobile Versorgung. Die Leute, die Dienst tun sollen, müssen jetzt nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geworben werden. Der Lohn ist nicht übermäßig. Was die Leute zieht, ist, daß das Stück Brot etwas reichlicher ist. Aber wenn ich den Leuten in den Grenzbezirken dieses reichlichere Stück Brot nicht gebe, dann kommen die Klagen darüber, daß sie hungern oder mauken, noch zahlreicher als bisher. Also, wird an dieser mobilen Versorgung nichts geändert werden können. Im übrigen wird darauf gesehen, daß die Truppe wirklich im modernen staatsbürgerlichen Sinne erzogen wird. Wenn aber in dem Zusatzantrag 68 gefordert wird, daß die Sozialdemokratische Partei innerhalb der Truppenverbände Aufklärungsarbeit leistet, so möchte ich darauf hinweisen, daß eine Partei allein nicht das Recht hat, Agitationsarbeit zu treiben. Wir haben es unter dem alten konserverativen Regime mit allem Nachdruck bekämpft, daß die herrschende Partei allein die Möglichkeit hatte, an die Leute heranzukommen. Ich meine, es ist gescheiter, jedem Soldaten zu sagen: was du außerhalb deines Dienstes auf parteipolitischen Gebieten machst, ist ausschließlich deine Sache. Jede Partei mag werden, soviel sie will, das ist ihr gutes Recht; aber ich kann mir die Partei nicht zum Agitationsplatz für die verschiedenen Parteien machen lassen. (Sehr richtig!) Wie gefährlich das war, haben uns die letzten Monate gelehrt. In einer freiwilligen, geworbenen Truppe aber den Versuch zu machen, abwechselnd den Parteien Gelegenheit zu geben, diese Truppe für sich einzufangen, hieße den Staat und die Allgemeinheit zum Spielball einer Prätorianerbande machen. (Sehr richtig!) Ich warne auch hier, Argumente, die früher ihre Berechtigung hatten, auf Verhältnisse zu übertragen, die total anders geworden sind.

Daß der Belagerungszustand nur verhängt wird, wenn unsere Parteigenossen gehört worden sind, ist selbstverständlich. In der Regel ist

so verfahren worden, wenn nicht Gefahr im Verzuge war, und ebenso ist jetzt ausnahmslos, wenn Aktionen unternommen worden sind, Wert von mir darauf gelegt worden, daß der eine oder andere unserer führenden Parteigenossen sofort zum Stabe der betreffenden Armeesabteilung geholt ist. Das war war in Bremen so und auch in München, das war in Leipzig, in Halle und in einer ganzen Reihe anderer Orte so.

Wenn unsere Parteigenossen aber bezweifeln wollen, daß sie die Freiwilligen brauchen, dann sollen sie von den Unabhängigen lernen. Auch die prominentesten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie haben inzwischen gelernt, daß man die Freiwilligen haben muß, wenn man regieren will. (Hört, hört!) Während unsere Parteigenossen in den letzten Wochen durch verallgemeinernde Kritik mit der Freiwilligen zu verprellen suchten, bemühten sich namhafteste Führer der Unabhängigen durch die führenden Offiziere die Truppen für ihre politischen Bestrebungen zu gewinnen. (Lebhaftes Hört, hört!) Hier wird heute und morgen über die Einigung diskutiert, die hauptsächlich eines Tages kommen wird. Vorerst aber soll unsere Partei zerstückelt und die jetzige Regierung von den Unabhängigen gestürzt werden. Am Ruder aber wollen sich die Unabhängigen mit Hilfe der Freiwilligen halten. (Hört, hört!) Mit meiner Kenntnis haben Gespräche zwischen Offizieren in leitender Stellung und unabhängigen Führern in den letzten Wochen stattgefunden (lebhaftes Hört, hört!), bei denen der Truppe klar gemacht werden sollte, daß sie eine patriotische Pflicht erfülle, wenn sie mit den Unabhängigen gehen. (Bewegung.) (Lebhafter Aufse: Hört, hört! Zurufe: Namen nennen!) — Natürlich bekommen Sie Namen. Es sind die Führer der Garde-Kavalerie-Schützen-Division in Berlin (lebhaftes Hört, hört!), die von den Unabhängigen geküßert werden sollten. (Heiterkeit.) Herr Barth, der ehemalige Volksbeauftragte, hat zu seinen Pistolen kein rechtes Vertrauen mehr (Heiterkeit), es geküßt ihn jetzt nach meinen Kanonen. (Große Heiterkeit.) Am letzten Sonnabend hat er drei Stunden darauf verwandt, um den General der Garde-Kavalerie-Schützen-Division davon zu überzeugen, daß er mit den Truppen den Unabhängigen dienen müsse, wenn demnächst die jetzige Regierung gestürzt sei. (Große Bewegung.)

Ich ersuche meine Parteigenossen, sich doch an politischer Einsicht nicht gar zu sehr von den Unabhängigen übertreffen zu lassen und ihre Schlussfolgerungen zu ziehen. (Sehr richtig!) Noch sind wir im Amte, nicht, weil es Vergnügen macht. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es mit Hilfe unserer Arbeit gelingen kann, das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen. Deswegen harren wir aus! (Stürmischer anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Stellung-Näbel: Es ist bedauerlich, daß wir heute auf dem Sozialdemokratischen Parteitag, gezwungen durch die Verhältnisse, eine Rede anhören mußten, wie die Rede des Genossen Noske, ich sage gezwungen durch die Verhältnisse. Niemand von uns hat vielleicht vor einer Reihe von Jahren daran gedacht, daß jemals auf einem Parteitag derartige Ausführungen gemacht werden mußten, wie es heute der Fall gewesen ist. Aber auch niemand von uns wird sich nach den Ausführungen Noskes der Einsicht verschließen können, daß das, was uns hier dargelegt worden ist, nach keiner Richtung der Stichhaltigkeit entbehrt. Wir müssen uns alle darüber klar sein, daß trotz aller Mängel, trotz aller Schwierigkeiten, die hier und dort in Erscheinung treten, trotzdem für die Re-

gierung leider kein anderer Weg übrig bleibt, als der, der jetzt beschritten wird und beschritten werden muß. Trotz allem aber muß es die Pflicht der maßgebenden Stellen sein, mit allen Mitteln weiter darauf zu dringen, daß die außerordentlich vielen Unzuträglichkeiten, die sich heute mehr denn je herausstellen, beseitigt werden. Ich denke hier daran, was ja gerade wieder die auch vom Genossen Kosteß zum Teil so sehr verpönten sozialdemokratischen Redakteure wiederholt gesagt haben, daß man sich nie und nimmer allzu sehr auf das militärische System der Freiwilligenkorps stützen dürfe, auf das System, mit dem wir heute nun einmal nach Lage der Sache leider noch rechnen müssen. Wir wissen, daß in der Tat von mancher Seite der Versuch gemacht wird, dieses militärische System mehr oder weniger in das alte Fahrwasser hineinzu ziehen, und wenn ich daran denke, daß gestern morgen, als die Truppe hier abgelöst wurde, zu meinem nicht geringen Erstaunen gespielt wurde: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ (hört, hört!), so steigt mir die Borneßerde ins Gesicht, daß das heute noch möglich ist. (Sehr richtig!) Etwas derartiges muß zu Kosteß Ohren kommen, und es muß versucht werden, daß man mit diesen Zuständen aufräumt. Man soll auch nicht sagen, von jener Seite drohe uns keine Reaktion. Ich bin überzeugt, wenn heute die Freiwilligentruppen Gelegenheit bekämen, einem Ländchen oder vielleicht einem andern, Lettow-Vorbeck, Folge zu leisten, sie werden es tun. Deshalb scheint es mir dringend notwendig, daß immer wieder die Frage geprüft wird, ob nicht irgendein Sicherheitsventil geschaffen werden kann. Ich persönlich traue allen denen, die heute als Stütze der Regierung dienen, nicht, diese Ueberzeugung habe ich auf Grund bestimmter Vorkommnisse, auf Grund von Forderungen erhalten, die gestellt worden sind, und die nach Lage der Sache nicht erfüllt werden konnten. Es gibt Leute, die alles versprechen und damit diese Personen an sich reißen.

Zweifellos hat die Unzufriedenheit, von der wiederholt heute gesprochen worden ist, einen berechtigten Kern. Leider ist man in Deutschland noch nicht so weit, die Todesstrafe zu beseitigen. Es ist bedauerlich, daß in einer sozialistischen Republik ein Todesurteil gefällt und vollzogen werden konnte, wie das gegen Levine. (Sehr richtig!) Ich möchte die Regierung dringend bitten, alles daran zu setzen, daß Toller nicht dasselbe Schicksal erfährt. (Sehr richtig! und Bravo!) Wir würden damit dem Haß den Boden ausschlagen. Bekanntlich hat der Genosse Scheide-mann einen Versuch, die Vollstreckung der Todesstrafe an Levine zu inhibieren, unternommen. (Zuruf.) Ja, jetzt auch bei Toller. Es ist bedauerlich genug, daß, wenn auch Genosse Hoffmann nicht in München anwesend war, doch noch andere Sozialdemokraten in der Regierung von Bayern sitzen, die nicht bewirken konnten, daß die Urteilsvollstreckung inhibiert wurde. (Zuruf: Fragen Sie die Bayern!) — Es haben sich ja Bayern zum Worte gemeldet, und sie werden ja vielleicht ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Jedenfalls besteht bei uns Sozialdemokraten keine Meinungsverschiedenheit, daß wir die Todesstrafe unter allen Umständen verwerfen (lebhaftes Sehr richtig!) und wenn wir das tun, ist ein anderes Urteil der Bayern für mich auch nicht maßgebend.

Nun ist über die Einigung viel gesprochen worden, und ich würde mich auch freuen, wenn recht bald der Tag kommen würde, wo die Einigung vollzogen werden kann. Allerdings sind die Schwierigkeiten im gegenwärtigen Moment außerordentlich groß, und da erscheint mir der vom Genossen Dr. Braun vorgeschlagene Weg der gangbarste. Wir

werden ihn beschreiten müssen. Wir müssen letzten Endes als die Partei, die maßgebend ist, die Hand bieten, und ich hoffe, daß es schließlich doch vom Erfolg gekrönt sein wird. Wenn aber mit Recht gesagt wird, daß die Unzufriedenheit immer weiter um sich greift, dann darf auf der andern Seite nicht vergessen werden, daß recht viele Kreise unserer Bevölkerung und unserer Arbeiter die Revolution als eine große Lohnbewegung betrachten (sehr richtig!), und nicht nur die Arbeiter, auch andere Leute. Ich denke da an das, was die Bankbeamten auf ihrer letzten Tagung in Berlin beschlossen haben. Sie wollen, sagen sie, der Regierung folgen, die ihre Forderungen bewilligt. Jede andere Regierung wird unter allen Umständen von ihnen bekämpft, sei es, welche es ist. (Zurufe.) Gewiß, die Unabhängigen machen sich das zumute, sie sind es, die in Verbindung mit den Kommunisten dadurch, daß sie den unbedingtesten oder heute leider unbedingstbaren Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen, vielfach die große Masse der Leute an sich heranziehen.

Nun wird sich ja die ganze Situation für uns politisch in dem Moment bessern, wo sich die Lebensverhältnisse bessern. Dann wird es auch möglich sein, daß wir uns wieder zusammenfinden, und dann werden auch weite Kreise der Arbeiter wieder zur Vernunft kommen.

Es ist mit Recht betont worden, daß eine Reform der Verwaltung in Preußen und auch anderswo eintreten möchte. Ich möchte mir da eine beschreibende Frage gestatten: Haben wir denn auch Leute, um alle die Posten besetzen zu können? (Sehr richtig!) Wenn wir uns einmal ernstlich prüfen, dann müssen wir die Frage verneinen. Man hat mir, als ich mit einem Genossen darüber sprach, gesagt: Ach, setzen wir doch unsere Leute dorthin, sie werden schon reiten. Ja, vielleicht reiten sie uns dann hinein. Man muß da sehr vorsichtig zu Werke gehen. Uebers Anie brechen können wir das alles nicht.

Inwiefern wir vorwärts gekommen sind oder nicht, darüber wird noch bei andern Punkten der Tagesordnung, z. B. bei dem Bericht über die Nationalversammlung zu sprechen sein. Unsere Aufgabe ist es, draußen im Lande die Massen darüber aufzuklären, was geleistet worden ist, dann wird man auch den Schwierigkeiten, die unseren Parteigenossen in der Regierung entgegenstehen, Verständnis entgegenbringen.

Nur einige Worte zum Antrag auf Ausschluß Kosteß. Wie wir auch immer stehen mögen, eines müssen wir zugeben, daß unsere Genossen in der Regierung bemüht sind, ihre Pflicht zu erfüllen zum Wohle Deutschlands und auch der Partei. Unter keinen Umständen darf man sie aber so behandeln, wie es durch den angeführten Antrag geschehen ist. Als ich diesen Antrag las, da habe ich mich geschämt, einer Partei anzugehören, in der das möglich ist. Im übrigen, meine ich, haben wir keine Ursache zu verzagen. Bestimmen wir uns auf uns selbst. Halten wir an unseren Grundsätzen fest, damit werden wir vorwärts kommen, dann wird es uns auch gelingen, im Kampfe der Parteien untereinander weiterhin den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Hoff: Durchweg haben sämtliche Redner gesagt, daß im Lande über die Maßnahmen der Regierung, der Fraktion und des Parteivorstandes Unzufriedenheit herrscht. Man hat eben viel zu viel erwartet von dem Umsturz. Gerade viele derjenigen, die erst in jüngster Zeit ihr sozialdemokratisches Herz entdeckt haben, befinden sich im Lager der Unzufriedenen, weil sie zuzusagen nicht zu ihrem Rechte gekommen sind, keinen Ministerposten erwischt haben. Ferner ist die Unzufriedenheit eine logische Folge der früheren Politik der Partei. Es gibt eben viele unerfüllte Hoff-

nungen. Manches ist ja anders geworden, viel ist beseitigt, das was früher gedrückt und geknechtet hat. Manches aber ist doch noch nicht anders geworden. Es ist schwer, den Genossen im Lande klarzumachen, daß wir ja noch keine sozialistische Regierung haben. Das erste, was uns darauf gemurmelt wird, ist der Einwand, wir haben doch aber eine so große Zahl von Genossen innerhalb der Regierung. Deshalb sollten wir uns besinnen, den Sozialismus dort einzuführen, wo er am meisten fähig ist, in der Kommune. Durch kommunale Sozialisierungsmaßnahmen, die z. B. das Besatzungsweien, die Apotheken, das Verkehrsweien betreffen, können wir den Genossen im Lande fähig zum Bewußtsein bringen, daß eine andere Zeit angebrochen ist. Den Einwand, daß man zurzeit mit Arbeit überlastet sei, weise ich zurück. Man hat ja selbst Zeit gehabt, über Grababzeichen für die neuen Uniformen nachzudenken. Nebenbei bemerkt, richtet sich ja kein Mensch danach. Die Disziplin sieht man noch immer mit anderen Abzeichen als den jetzt gültigen umherlaufen.

Mit der Einführung der Sozialisierung in der Kommune muß die Demokratisierung der Verwaltung Schritt halten. Wenn behauptet wird, daß wir nicht fähig sein sollen, die Posten der Landräte und Bürgermeister zu besetzen, dann ist das einfach eine Kränkung für die Partei. (Beifall: Sehr richtig!) In jahrelanger Kampfarbeit haben wir doch Führer herangebildet, die unter den schwierigsten Verhältnissen Tüchtiges geleistet haben. Weshalb sollten sie nun nicht für Verwaltungsposten in Frage kommen. Besser, daß einmal ein Verwaltungsfestler gemacht wird, als daß ein reaktionärer Landrat die gutgemeinten Maßnahmen der Regierung durchkreuzt. (Sehr richtig.) Und wenn tatsächlich niemand gefunden werden könnte, dann muß man diejenigen Herren, die alles andere sind, als geeignete Ausführungsorgane für eine sozialistische Regierung, Kontrollorgane zur Seite stellen, die wenigstens darauf achten, daß das durchgeführt wird, was die Regierung will. Diese reaktionären Regierungsorgane üben ganz einfach passiven Widerstand und sind demnach unsere Feinde. Ihnen sage ich hiermit den schärfsten Kampf an. (Beifall.)

Stube-Hamburg: Wir würden Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn wir uns der Tatsache verschließen wollten, daß im Lande unter unseren Genossen eine große Unzufriedenheit herrscht. Im wesentlichen entspringt sie daraus, daß wir das Kriegselend nicht beseitigen können. Viele berechnete Wünsche konnten nicht erfüllt werden. Ich bedaure, daß Wels wieder auf die Kriegspolitik von 1914 zurückgekommen ist. Jeder Streit darüber ist jetzt müßig. Sparen wir uns die Ausbrüche darüber für einen andern Augenblick auf. Heute heißt es in erster Linie die Regierung sichern, damit die Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben. Auch im letzten Aufruf des Parteivorstandes wurde wieder einmal darauf hingewiesen, daß die letzten Ereignisse die Richtigkeit der Kriegspolitik beweisen. Ein großer Teil der Genossen sind darüber anderer Ansicht. In den letzten Monaten haben wir eine große Anzahl neuer Parteigenossen gewonnen, die der Meinung waren, daß jetzt die Sozialisierung beginnen würde. Ihre weitgehenden Hoffnungen wurden noch angepörrt durch Versprechungen in Versammlungen. Man kann es ja verstehen, wenn in Versammlungen weitgehende Versprechungen gemacht werden. Es ist aber doch entscheidend zur Vorsicht zu raten, damit die geweckten Hoffnungen nicht zu schmerzlichen Enttäuschungen führen.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Regierungs- und Verwaltungsstellen zu be-

setzen, die dazu geeigneten Parteigenossen fehlen. Ein gut Teil tragen wir selbst daran die Schuld. Ich erinnere daran, daß wir uns in früheren Jahren oft genug damit begnügt haben, ob unsere Parteigenossen in die Regierung eintreten dürften, als die Bürgerlichen noch die Mehrheit hatten. Ein großer Teil von uns hat dies stets verneint. Sie glaubten, wir müßten solange aus der Regierung fern bleiben, solange wir nicht die Mehrheit in der Volksvertretung hätten. Hätten wir diesen negierenden Standpunkt früher nicht eingenommen, wären wir heute über eine größere Zahl von Genossen verfügen, die in der Lage gewesen wären, nach Ausbruch der Revolution die erforderlichen Stellen in der Regierung zu besetzen. Wenn erklärt wurde, wir hätten genügend Genossen, man möchte sie nur in den Sattel setzen, sie würden dann schon reiten lernen, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir gezwungen waren, den größten Teil unserer Genossen aus den leitenden Stellen in den Parteiorganisationen herauszunehmen. Das dürfte eigentlich nicht geschehen in dem Augenblick, wo die Organisation neu aufgebaut werden mußte.

Wenn Genosse Wels den sozialdemokratischen Mitgliedern in den Freistaaten den Vorwurf machte, daß sie nicht darauf bedacht gewesen wären, die Verfassung der einzelnen Freistaaten in demokratischem Geiste auszubauen, so muß ich diesen Vorwurf zurückweisen. Soweit ich von den Arbeiten der einzelnen Freistaaten unterrichtet bin, ist es bisher nicht möglich gewesen, die Verfassungen auszuarbeiten, weil die Reichsverfassung noch nicht endgültig beschlossen ist. In die Reichsverfassung werden Bestimmungen aufgenommen, wonach sich die einzelnen Freistaaten zu richten haben. Genosse Wels wird die Zeit abwarten müssen, ob die Genossen in den Freistaaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Wir dürfen heute auch nicht bloß Kritik üben. Manches könnte besser sein und würde besser sein, wenn die Parteigenossen ihre Pflicht erfüllen. In erster Linie ist es notwendig, daß die Einigung der Partei wieder hergestellt wird. Im großen und ganzen ist alles geschehen, um die Einigung herbeizuführen, aber die breiten Massen unserer Parteigenossen glauben, daß manches von uns versäumt worden ist, und sie verlangen, daß alles geschieht, um die Partei wieder zusammenzubringen. Die Unabhängigen sind es, die gerade diese Stimmung unserer Parteigenossen verstehen, für sich auszunutzen, die immer wieder die Meinung in den Vordergrund schieben, daß die leitenden Personen in der Partei schuld sind, daß es zu einer Einigung nicht kommt. So liegen in Wirklichkeit die Dinge nicht. Ich wüßte nicht eine einzige Person von den leitenden Parteigenossen, die einer Einigung entgegengefallen hätte. Ich glaube vielmehr, wenn man bei den Unabhängigen und Kommunisten genau Umschau halten würde, könnte man eine ganze Anzahl finden, die sich einer Einigung bisher entgegenstellen haben. Es ist schon darauf hingewiesen worden, welche Anstrengungen in einzelnen Orten gemacht worden sind, um eine Einigung herbeizuführen, die aber immer fehlergeplagt ist, weil Unabhängige und Kommunisten niemals mitmachen wollten. Diejenigen, die seinerzeit die Organisation gehalten haben, und andere, die damit einverstanden gewesen sind, die wollen nicht wieder zu einer Einigung kommen. Es ist geradezu unverständlich, daß man sich nicht in einer Organisation zusammenfinden kann, wo die Unabhängigen genau so wie wir erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen.

Wenn mein Vorredner sagte, wenn die Führer nicht mitmachen wollen, müssen sie abtreten, so möchte ich fragen, ob in dem Augenblick, wo alle Führer abtreten würden, eine Einigung herbeigeführt würde? (Rufe:

Rein!) Ich bezweifle dies sehr. Damit wird die Einigung nicht erzielt. Sie wird nur erreicht werden, wenn wir die Massen unserer Parteigenossen und der Arbeiterschaft davon überzeugen, daß nicht wir die Schuldigen sind, die eine Einigung unmöglich machen. Sorgen wir dafür, daß die Hindernisse beseitigt werden, die bisher der Vereinigung der Parteigenossen entgegenstanden. (Beifall.)

**Krüger (Teltow-Bezirk):** Die Ausführungen Noskes über die Freiwilligentruppen kann ich in allen wesentlichen Punkten Wort für Wort unterschreiben. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich mich mit dieser Stellungnahme in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Berliner Parteigenossen befinde. Es ist ein Irrtum, wenn Noske sagt, daß auch die Berliner Parteigenossen in diese allgemeine Hege gegen ihn und die Freiwilligentruppen einstimmen. Wir sind uns allerdings einig und auch einig mit dem Genossen Noske darin, daß den Uebergriffen der Freiwilligentruppen mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß. Es ist nur eine ganz verschwindende Minderheit von Berliner Parteigenossen, die sich leider immer wieder von den Unabhängigen mißbrauchen lassen. Ich möchte sogar weiter feststellen, daß die Berliner Parteigenossen es gewesen sind, die im Dezember und Januar den schärfsten Druck auf unsere Genossen in der Regierung ausgeübt haben, um sie zu veranlassen, militärische Machtmittel gegen den Gewaltterror anzuwenden. Als im Dezember bei den ersten Unruhen die damaligen Volksbeauftragten von den Führern der Volksmarinedivision gefangen genommen wurden, als Angehörige der aus dem Felde zurückgekehrten Truppen zu Hilfe gerufen wurden, und als sich zeigte, daß diese Truppen nicht imstande waren, die Regierung zu schützen, haben wir in Berlin von der Regierung verlangt, daß sie sich ausreichende Machtmittel zum Schutz der sozialistischen Regierung beschaffen sollte. Unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landsberg haben damals abgelehnt und erklärt, daß man auf dem Wege der Verständigung diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen müsse. Als wir dann daran gingen, durch öffentliche Versammlungen und Straßenumzüge gegen die Unabhängigen-Treibereien zu demonstrieren, wurde uns von unseren Genossen in der Regierung abgeraten, weil man alles vermeiden wollte, was zu gewaltsamen Zusammenstößen führen könnte. Man kann also nicht sagen, daß unsere Parteigenossen in der Regierung irgend etwas getan haben, um die Anwendung von Zwangs- und militärischen Machtmitteln herbeizuführen, sondern daß sie im Gegenteil nach Auffassung der Berliner Parteigenossen allzu lange gezögert haben, diese Mittel anzuwenden.

Wenn wir uns über die Uebergriffe der Freiwilligentruppen beschweren, haben wir ein Recht dazu, nicht aber die Unabhängigen und Kommunisten, die uns in die Zwangslage gebracht haben, derartige Truppen aufzustellen. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Regierung ebenso wenig wie eine rein sozialistische oder rein unabhängige oder kommunistische Regierung bestehen kann, ohne sich auf ausreichende militärische Machtmittel zu stützen, daß jede Regierung in den heutigen aufgeregten Zeiten und bei der außerordentlich starken Parteierkaltung und den Gegensätzen in der Bevölkerung sich nur halten und erhalten kann, wenn sie imstande ist, sich gegenüber Uebergriffen einer Minderheit zu schützen. Es ist eine ganz falsche Schlussfolgerung, wenn von Ledebour und anderen Führern der Unabhängigen die Butische im Januar usw. verglichen werden mit der Revolution am 9. November, und wenn man für sich das Recht in Anspruch nimmt, im Januar oder März genau so Revolu-

tion zu freiben, wie im November. Es ist doch ein kleiner Unterschied, ob eine Revolution vor sich geht, die getragen wird von der überwältigenden Mehrheit des Volkes gegen eine regierende Minderheit, oder ein Butsch, der getragen wird von einer lediglich gut bewaffneten Minderheit gegen eine Regierung, die sich auf die große Volksmehrheit stützen kann.

Wir können auch zurzeit nicht den Anträgen zustimmen, die eine allgemeine demokratische Volkswehr verlangen; denn ich möchte nicht, ob, ganz abgesehen von den Friedensbedingungen, eine Volkswehr, in die man vielleicht sogar auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, heute aus allen Parteierkaltungen aufnehmen würde, unter den heutigen Verhältnissen irgendwelchen praktischen Wert hätte.

Deshalb begrüße ich es, daß in dem Antrag 203 die ausdrückliche Aufforderung an die Arbeiterschaft ergeht, sich in größerem Maße den Freiwilligentruppen zur Verfügung zu stellen. Wenn man sich heute über den mangelnden sozialistischen Geist der Freiwilligentruppen beschwert, möchte ich auch hier feststellen, daß, als wir im Januar in Berlin von Seiten der Parteioorganisation den Aufruf erließen zur Bildung einer republikanischen Schutztruppe, die nur aus Parteigenossen bestehen sollte, sich genügend Parteigenossen fanden, um ausreichende Truppenmassen aufzustellen, und daß auch unsere Parteigenossen damals der Meinung waren, daß man in dieser Situation nehmen müsse, was man kriegen kann, auch bürgerliche Elemente, wenn man nur die Ueberzeugung haben kann, daß sie ehrlich auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen. Deshalb glaube ich, daß man eine andere Gestaltung der Freiwilligentruppen nur erzielen kann, wenn man ihnen eine andere Zusammensetzung gibt und die Parteigenossen sich freiwillig zur Verfügung stellen.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, welcher unerhörter Schwindel bei den Klagen und Beschwerden über die Freiwilligentruppen von den Zeitungen der Unabhängigen getrieben wird. Wir haben die schlimmsten Erfahrungen nach dieser Richtung mit der Berliner „Freiheit“ gemacht, die jedesmal, wenn sie besondere Mittel zur Aufpeitschung braucht, mit solchem Schwindel heraussüßt. Das war Anfang April der Fall, als die „Freiheit“ an ihrer Spitze die Nachricht brachte, daß einer der Führer der Freiwilligentruppen, der Major Stodhausen, eine Rede an die versammelten Offiziere gehalten hätte, daß sie sich nur freuen könnten, wenn immer wieder Unruhen entständen, dadurch bekämen sie Gelegenheit, tüchtig zuzufassen und auf dem Boden der Unruhen würde der Weizen der Reaktionäre blühen. Diese Rede wurde sehr schnell als ein Schwindel entpuppt. Die „Freiheit“ ist dann mit verlegenem Schweigen darüber hinweggegangen. Aber in den Tagen damals hat die Schwindelnachricht gewirkt. Genau so war es am 1. Mai, als man die Nachricht brachte, daß Offiziere der Freiwilligentruppen sich in Zivil verkleidet unter die Matfeiernden gemischt hätten, um da provozierend zu wirken.

Auch diese Nachricht konnte mit keinem Beweis belegt werden. Sie wurde dementiert, hat aber natürlich am 1. Mai den willkommenen Anlaß zur Aufpeitschung der Berliner Arbeiterschaft gegen die Freiwilligentruppen geliefert. In der heute hier verteilten Nummer des „Vorwärts“ ist ein ähnlicher Schwindel wieder aufgedeckt, wo man zunächst freiwillige Truppen beschuldigt hat, aus einem Zug auf Bahnarbeiter geschossen zu haben, während nun festgestellt ist, daß es sich ziemlich umgekehrt verhalten hat. Wenn Sie dazu nehmen, was Noske über das Verhältnis von Führern der Unabhängigen zu den Freiwilligentruppen gesagt hat, so kann man diese ganze Beschwerde nur als elende Deuscherei betrachten.



Es ist ja auch klar, daß die Freiwilligentruppen nicht deshalb bekämpft werden, weil sie sich Übergriffe zuschulden kommen lassen, sondern auch jeder ausländische und nur aus Mehrheitssozialisten bestehende Truppe würde genau so bekämpft werden, weil sie eben die gegenwärtige Regierung stützt und die Unabhängigen daran hindert, zur Herrschaft zu kommen. (Sehr wahr!) Noske hat mit Recht betont, daß die Leute, die heute noch den Attentäter Auerk frei herumlaufen lassen und ebenso den früheren Völkerei-Präsidenten Eichhorn, der zum großen Teil die Opfer der Januarunruhen auf dem Gewissen hat, sich nicht darüber beschweren dürfen, wenn auch andere Kreise daran gehen, Verbrecher aus den Gefängnissen zu befreien. Wir müssen all diesen Beschwerden auf den Grund gehen und soweit sie berechtigt sind, für Abstellung sorgen, müssen aber auch verhindern, daß unsere Parteigenossen mit helfen, den Akt abzulegen, auf dem unsere Herrschaft gegenwärtig noch sitzt, daß sie gedankenlos in die Schimpfereien der Unabhängigen und Kommunisten einstimmen, die lediglich deren Parteinteressen dienen. Ich bitte deshalb, dem Antrag 203 zuzustimmen, weil er mir als die einzig mögliche Stellungnahme der Partei zu den Freiwilligentruppen erscheint.

Noch ein Wort zur Frage der Einigung. Es sind hier Zwischenrufe gefallen: Ich denke, Sie wollen für die Einigung sprechen. Zunächst einmal wollen wir aber doch alle erst einmal über die Einigung sprechen, um uns ein Bild darüber zu machen, ob wir für die Einigung im gegenwärtigen Moment eintreten können. Es handelt sich auch nicht darum, daß der Parteitag unbedingt ein Bekenntnis zur Einigung um jeden Preis abzugeben hat. Ich würde mich jedenfalls dagegen wehren; sondern es kann sich nur darum handeln, daß wir uns darüber klar werden, welche Voraussetzungen für die Einigung vorhanden sind und ob sie heute möglich ist. Da glaube ich, können wir für die Führer unserer Partei in Anspruch nehmen, daß wir jederzeit für die Einigung eingetreten sind. Aber ich unterschreibe alles, was Müller und Weis über die Voraussetzungen der Vereinigung gesagt haben, daß wir zunächst verlangen müssen, daß die Unabhängigen, von den Kommunisten ganz zu schweigen, den Standpunkt der Demokratie anerkennen, daß wir uns nicht darauf einlassen können, den Standpunkt einer gewalttätigen Diktatur der Minderheit zu vertreten. Auch die Führer, die man noch als gemäßigt bei den Unabhängigen ansieht, vertreten diesen Standpunkt. Ich verweise darauf, daß Dr. Oscar Cohn im Januar dieses Jahres, als in Berlin von den revolutionären Obleuten gelegentlich der Unruhen Einigungsverhandlungen eingeleitet wurden, als Vorbedingung dafür die Forderung aufstellte, daß die damalige Regierung Ebert-Scheidemann zurücktreten müsse. Er begründete das damit, daß es nicht genüge, daß eine Regierung die Mehrheit des Volkes hinter sich habe, sondern, daß eine Regierung eventuell auch dann schon zurücktreten müsse, wenn sie nur eine erhebliche Minderheit gegen sich habe. Er vertrat dabei den für einen Sozialdemokraten grandiosen Grundgedanke, daß man die Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen müsse, daß es nicht nur darauf ankomme, festzustellen, wieviel Leute die Regierung hinter sich hat, sondern auch, was das für Leute sind, welche wirtschaftlichen Werte sie schaffen, um danach ihren Wert für die gesamte Volkswirtschaft zu beurteilen. Das sind Grundbegriffe, die man früher nur bei Herbeibrand und ähnlichen Leuten vertreten finden konnte. Damit wird allerdings eine Verständigung über eine gemeinsame Arbeitsgrundlage außerordentlich erleichtert. Wenn hier gesagt wurde, daß zwar ein Teil der Führer der Unabhängigen die Einigung nicht wolle, daß aber

die Masse bei den Unabhängigen die Einigung wolle, so sage ich, das ist nicht wahr. Setzt doch nach den Hochburgen der Unabhängigen, nach Berlin, Leipzig usw. Ist denn da der Wille zur Einigung zu sehen, wenn man aus den Gewerkschaften bewährte Leute, gegen die man sonst nichts sagen kann, nur deshalb hinauswirft, weil sie Mehrheitssozialisten sind? Wenn man in die Sportvereine hineingeht und beinahe den letzten Raucherklub zu spalten verliert, indem man Mehrheitssozialisten für unwürdig erklärt, irgendwelche Ehrenämter in den Vereinen zu bekleiden? Die Massen sind von den Unabhängigen, die ja anders ihre Existenzberechtigung nicht beweisen konnten, so aufgepeitscht und aufgehetzt, daß es nach meiner Überzeugung heute gar nicht möglich ist, ein Zusammenarbeiten auf gemeinsamer Grundlage herbeizuführen. Wenn man die Notwendigkeit der Einigung damit begründet hat, daß man dem Zug nach links innerhalb der Arbeiterschaft Rechnung tragen müsse, so frage ich, worin besteht denn dieser Zug nach links? Ist das etwa ein Zug grundsätzlich links gerichteter Politik, ein Zug nach links, der grundsätzlich andere Wege gehen will? Ach, nein, Parteigenossen, diejenigen, die uns verlassen, um zu den Unabhängigen zu gehen oder auch gleich zu den Kommunisten, das sind Leute, die größtenteils aus augenblicklicher Unzufriedenheit mit irgendwelchen Dingen den Abmarsch nach links vollziehen. Weil jemand aus seiner Arbeitsstelle entlassen wird und nicht die nötige Unterstützung bei irgendeiner amtlichen oder Parteistelle findet, wird er Unabhängiger. Weil er mit irgendeiner Behörde eine Differenz hat, und die sozialdemokratische Regierung noch immer nicht den Vandalen oder Bürgermeister entsetzt hat, wird er Unabhängiger. (Sehr richtig!) Weil die sozialdemokratische Regierung es noch immer nicht fertig gebracht hat, bessere Ernährungsverhältnisse zu schaffen, wird er Unabhängiger. Das sind doch zum großen Teil die Dinge, die maßgebend sind für den Abmarsch nach links, ganz abgesehen von der großen Zahl von Leuten unter den Eisenbahnern und ähnlichen Kategorien, die sich überhaupt erst seit dem 9. November in den Reihen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft befinden und die nun zum Teil allzu leicht in ihrer politischen Unauferklärtheit den Reben der Kommunisten und Unabhängigen auf den Seim gehen. Dieser Stimmung zum Abmarsch nach links sollen wir nicht Rechnung tragen, sondern ihr entgegenzutreten. Wir sollen den Mut haben, unsere Parteigenossen auf die Schwierigkeiten, die in all diesen Fragen bestehen, aufmerksam zu machen, und ihnen klar machen, daß in all diesen Fragen die Unabhängigen da, wo sie die Möglichkeit haben, auch nicht den leisesten Beweis geliefert haben, daß sie es besser machen können als wir, und daß die Unabhängigen auch nicht im geringsten ein Programm bisher entwickelt haben, aus dem hervorgeht, daß sie imstande sind, es besser zu machen, als wir es bisher gemacht haben. Wir müssen den Unabhängigen trotz aller Bereitwilligkeit zur Einigung, solange die gegenwärtigen Gegensätze bestehen, immer wieder vor Augen halten, daß ihre ganze Politik nichts weiter ist, als die Spekulation auf die Unzufriedenheit, auf die augenblickliche Mißstimmung — weiter Volkskreise. Glaubt denn ein Mensch, daß die heutige Friedenspolitik der Unabhängigen von grundsätzlichen Erwägungen getragen ist? Ich bin überzeugt, daß, wenn wir uns auf den Standpunkt gestellt hätten, den heute die Unabhängigen einnehmen, daß der Friedensvertrag unter allen Umständen unterschrieben werden muß, die Unabhängigen dann in höchster Entrüstung erklärt würden, niemals darf dieser Gewaltfrieden von uns unterschrieben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb dürfen wir bei aller Bereit-

willigkeit zur Einigung doch nicht vergessen, den Unterschied zwischen unserer von den Grundfragen des alten Programms getragenen Politik und der Politik der Unabhängigen, die lediglich spekulieren auf die augenblickliche Missstimmung und Unzufriedenheit, hervorzuheben. Wir werden den Abmarsch nach links nicht dadurch aufhalten, daß wir diesen Gegensatz verschleiern, weil wir dadurch lediglich unsere Parteigenossen verwirren und irre machen an der eigenen Partei. (Zustimmung.)

**Franz Waldenburg:** Mehr oder weniger temperamentvoll ist bereits von jedem Redner auf das Unglück hingewiesen worden, das durch die Spaltung entstanden ist. Wir alle hatten wohl von der Revolution etwas anderes erwartet. Wels hat mit guten Worten betont, daß wir die Wege finden möchten, um die Einigung herbeizuführen. Das ist unser aller Wunsch. Aber bis jetzt sind Wege nicht gezeigt worden, die auch nur einigermaßen in kurzer Zeit zu einer Einigung führen könnten. Dadurch, daß der eine oder andere Führer abtritt, wird die Einigung nie und nimmer erreicht werden. Nur, wenn auf beiden Seiten andere Taten gezeigt werden, werden wir die Einigung herbeiführen können. Was ist denn von Taten bisher viel zu sehen gewesen? Wir wollen durchaus anerkennen, daß uns die Revolution so manches Gute gebracht hat, was wir uns vor dem Kriege nicht im entferntesten erträumt haben. Aber es sind auch bis in die letzte Zeit hin immerhin noch von unsern leitenden Männern ziemliche Böde geschossen worden. Das zu verhindern muß unsere Aufgabe sein. Bekommen wir das fertig, dann graben wir am allerbesten den Zersplitterern das Wasser ab, dann werden die, die sich jetzt von uns getrennt haben, wieder zu uns kommen. Ich bin überzeugt, wenn unsere Mitglieder in Massen von uns weglaufen, sie würden in ganz kurzer Zeit einsehen, daß, wenn sie erst einmal bei einer anderen Partei zur Mehrheit gelangt sind, sie es nicht ein Jota anders machen könnten, daß sie genau so viel Fehler in der Regierung machen würden und vielleicht noch mehr als sie jetzt gemacht werden. Aber sollen wir erst warten, bis die Massen zu der Erkenntnis gekommen sind, daß unser Weg doch der richtige war? Darüber würde zu viel kostbare Zeit vergehen, Zeit, in der die Reaktion eventuell Gelegenheit finden würde, uns ganz um die Errungenschaften der Revolution zu bringen.

Das dürfen wir nicht wollen. Deshalb möchte ich unsere führenden Genossen bitten, alles zu unterlassen, was auch nur als ein leiser Fehler draußen aufgefaßt werden könnte. Angelegenheiten, wie die Flucht Vogels, die Erschießung Levins usw. werden von vielen draußen nicht verstanden. Es ist öfter hier gesagt worden, daß wir uns nur auf dem Boden der Demokratie wieder vereinigen können, nur auf dem Boden unseres Programms. Mit derselben Konsequenz müßten wir sagen, daß Leute, die in unsern Reihen sind und sich nicht reiflos auf unser Programm stellen, nicht mehr zu uns gehören. Wenn wir seit 50 Jahren die Abschaffung der Todesstrafe gefordert haben und jetzt Sozialdemokraten innerhalb der Regierung ein Todesurteil vollstrecken lassen, so verstößt das gegen das Programm — und auch diese Leute gehörten nicht mehr zu uns. Die Unabhängigen wie die Kommunisten leben heute nur von den Fehlern, die in unsern Reihen gemacht werden. (Sehr richtig.)

Ein Redner hat ausgesprochen, wir hätten zu wenig Taten gesehen, die dem Proletariat beweisen, daß wir jetzt die Macht in Händen haben. Wenn wir uns z. B. die Ernährungsfrage betrachten, so stehen wir hier vor einem Bankrott. Wir haben nichts getan, was wir hätten tun müssen. Ich will einige Fingerzeige geben, die unbedingt hätten befolgt

werden können. Es ist der agrarischen Kommission, die im Ministerium war, u. a. gesagt worden, daß von den 21 Millionen Tonnen Kartoffeln nur 10 Millionen Tonnen erfaßt werden konnten, die anderen 11 Millionen seien im Schleichhandel verschwunden. Warum sagt man das nicht zu? Das wäre eine revolutionäre Tat, die uns Abertausende neue Anhänger gebracht hätte. Derartige Taten sind leider sehr wenig zu verzeichnen. (Zuruf: Vorschläge!) — Die kommen gleich. Wenn solche Experimente nicht schon praktisch durchgeführt worden wären, könnte man sagen, sie seien undurchführbar. Wenn Sie aber in den von uns besetzt gewesenem belgischen oder französischen Gebieten gewesen sind, werden Sie gesehen haben, wie sich diese Projekte wundervoll durchführen lassen. Einen Bauern, der seine Eier nicht regelmäßig abgeliefert hat, dem wurden die Eihner weggenommen, und so ging es weiter. (Zurufe.) Dort ist zugegriffen worden, und so muß man auch bei uns zugreifen.

Wir reden hier andauernd davon, daß uns nur Belehrung über die schweren Zeiten hinweghelfen wird. Es kommen zahllose Schriften heraus. Lesen Sie diese Schriften und lesen Sie unsere Zeitungen durch, Sie werden finden, daß alle die guten Ratschläge immer nur den Arbeitern gegeben werden. (Sehr gut!) Warum gibt man solche guten Ratschläge nicht auch an die Intelligenz? Da liegt es im argen. Da soll man den Nebel einsehen und der Intelligenz zeigen, daß ein sozialdemokratisches Staatswesen bestehen kann. Leider ist in dieser Beziehung zu wenig geschehen. Es wird auch durch Belehrungen allein nicht möglich sein, die Intelligenz auf unsere Seite zu bringen. Es wird notwendig sein, daß ab und zu etwas fest zugegriffen wird. Ich möchte den Genossen Roste bitten, seine Allgewalt auch dort etwas spielen zu lassen. (Sehr richtig!) Es ist unerhört, wenn man sieht, wie im Laufe des Krieges Millionäre wie Pilze aus der Erde gewachsen sind, wie Bücherer und Schleichhändler groß geworden sind, wie man es nie gehabt hätte. Diese Leute sind es gewesen, die der Allgemeinheit die Nahrungsmittel entzogen haben, die unser Unglück mit verschuldet haben. Von dieser Intelligenz verlangen wir heute, daß sie dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht erfüllt, und daß sie die Nahrungsmittel reiflos abgeliefert. Der Schleichhandel blüht heute mehr als je, ohne daß dagegen mit der nötigen Schärfe eingeschritten wird. Wir müssen auf diesem Gebiete zeigen, daß wir eine sozialistische Regierung haben, dann wird das Volk wieder Vertrauen zu uns gewinnen, und die Unabhängigen mögen Agitation treiben, soviel sie wollen, sie werden dem Volke nicht zeigen können, daß es sich bei ihnen besser stehen würde. Es wurde mehrmals gesagt, wir müssen die Regierung schützen. Die Regierung hat soviel Machtmittel in der Hand, daß sie sich selbst schützen kann. Die Regierung soll dafür sorgen, daß wirklich Taten geschehen, die das Proletariat versteht. Das ist für sie der beste Schutz, dann kommen die Massen zu uns, dann werden wir siegen. (Bravo!)

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Ich möchte die nachfolgenden Redner bitten, nicht auf das Thema Schleichhandel und Ernährungsfrage einzugehen. Das steht beim Punkt: „Parlamentarisches“ zur Erörterung.

**Schiller-Damburg:** Wir klagen in der alten Partei sehr viel darüber, daß es die Unzulänglichkeit bei den Unabhängigen ist, die eine Ausbauge, eine Verbindung hindert. Aber ich habe in den letzten Wochen das Gefühl gehabt, daß diese Unzulänglichkeit auch in der alten Partei wieder gegen die Genossen zu erwachen beginnt, die nach den Lehren vom 6. Februar nicht mehr alles reiflos unterschreiben können, was von Weimar aus geschieht. (Bravo!) Wir kommen so langsam dahin, daß man uns, die

wir beginnen Kritik zu üben, sagt, wir neigen dazu, der Masse nach dem Mund zu reden. Genossen, das ist sehr billig, und ich will hier erklären, daß ich zu den Genossen gehöre, die die Arbeit unserer Vertrauensleute in der Regierung anerkennen. Ich weiß, daß diese Arbeit das ist, was man menschenmöglich überhaupt nur leisten kann; aber ich weiß auch, daß in dem Rate unserer Vertrauensmänner in der Regierung auch Ansichten vertreten sind, die sich nicht allzu stark von den Parteienansichten unterscheiden, die man beim radikalen Bürgertum findet. Es sind dabei Parteienansichten vertreten, die wir früher als revisionistische Ansichten bezeichneten, und diese Ansichten treiben dahin, daß die Initiation, Angriffslust, auch bei den besten der Partei, vor deren Leistung wir am meisten Hochachtung haben, geschwächt werden.

Was ist denn der Sinn unserer Kritik? Der Sinn ist der, die Partei und ein sozialistisches Ergebnis der Revolution in irgendeiner Form zu retten. Wir haben das Gefühl, als ob wir, je länger wir in der Revolution stehen, das Elementarste nicht mehr retten können. Genosse Kautsky hat in seinem Vorschlag über die soziale Revolution einmal gesagt, daß das Verlagen der revolutionären Schicht dann durchaus wahrscheinlich ist, wenn ein verlorener Krieg das Proletariat, die revolutionäre Klasse, vor Aufgaben stellt, der sie nicht ganz gewachsen ist, oder für die sie durch den Krieg geschwächt worden ist. Wenn Kautsky jemals eine richtige Prophezeiung gemacht hat, dann ist es diese. Die Revolution war im Anfang entstanden aus Verzweiflung, aus Hunger, aus Haß gegen den Militarismus. (Sehr richtig!) Es hat ihr aber der große leidenschaftliche Sinn für den Sozialismus gefehlt. (Sehr richtig!) Und nun sind wir jetzt im siebenten Monat daran, diesen leidenschaftlichen Sinn für den Sozialismus zu bekommen. Genossen, er ist enthalten in dem Worte: Sozialisierung. Das Wort Sozialisierung ist kein Schlagwort, sondern ist der Ausdruck der leidenschaftlichen, heimlichen Sehnsucht der Millionen Proletarier, die, wenn sie seit November erst zu uns gekommen sind, doch das Gefühl haben, es müsse für sie eine andere Zukunft, ein anderes Leben beginnen, und das drückt sich aus in der Forderung nach Sozialisierung. Angesichts dieses dunklen Dranges der Massen nach diesem großen Ziel muß aus der Führerschaft eine stärkere Resonanz kommen. Hier hätte die Führerschaft zum Teil nicht verlagern dürfen. Eine Befestigung für diese Befahrung ist die Anklage Wissell an seine Kollegen im Kabinett (sehr gut!), die ja eigentlich einen vertraulichen Charakter hatte, die aber durch die Schandenfreude der bürgerlichen Demokratie als Tageslicht gekommen ist. In dieser Anklage sagt Wissell an einer Stelle:

„Aber ebenso gewiß läßt sich auch sagen, daß das Volk zu der Klage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, um das jeweils Erreichbare im Staate durchzuführen.“

Und an einer andern Stelle sagt er:

„Hinter den Kompetenzen stehen vielmehr grundsätzliche Divergenzen in der wirtschaftspolitischen Auffassung der einzelnen Ressorts und ihrer Leiter.“

Das ist eine Anklage, die nicht nur gegen die bürgerlich-kapitalistische Auffassung geht, sondern auch gegen die sozialistisch-reformerische Auffassung im Wirtschaftsleben in der Frage der Sozialisierung, und wenn der Genosse Wissell, dessen schwere Arbeit ich rückhaltlos anerkenne, keinen andern Rat weiß, als diesen Rotzfrei auszustößen, dann beweist das,

daß sehr vieles in der Regierung nicht stimmt. Dann muß es aber auch uns nicht verwehrt sein, diese Klagen in die Form der Kritik zu kleiden.

Die Behandlung der Sozialisierungsfrage hat nach außen hin nicht nur Kopfschütteln erregt, sondern auch Verwirrung und Unzufriedenheit hervorgerufen. Als beim Kohlengesetz die Entschädigungsfrage zur Debatte stand, haben wir wegen des unglückseligen Umstandes, daß eine Reihe von unseren Leuten bei der Abstimmung nicht da war (Mise: Leider!) die Entschädigungsfrage im bürgerlichen Sinne schließen müssen. Trotzdem war aber noch nicht alles verloren. Gerade in dieser Entschädigungsfrage hätten wir von unseren Vertrauensleuten in der Regierung ein klares und leidenschaftliches Bekenntnis zu den elementarsten Grundsätzen der sozialistischen Auffassung erhalten müssen. (Sehr wahr!) Und dieses Bekenntnis hätte dahin lauten müssen: nur ohne Entschädigung der Großindustrie können wir auf dem Wege der Sozialisierung weiter arbeiten. (Sehr wahr!) Denn wo es sich um das Urmaterial aller Rohstoffe in unserer Wirtschaft handelt, darf man nicht gleich am Anfang die erste unheilvolle Konzession machen. In dem Augenblick, wo der bürgerliche Antrag geschluckt werden mußte, hätten unsere Vertrauensleute im Kabinett sagen müssen: jetzt machen wir nicht mehr mit. (Sehr richtig!) Sie hätten die Kabinettsfrage stellen müssen (sehr richtig!) und hätten dann an das gesamte sozialistische Proletariat appellieren müssen. (Sehr richtig! und Bravo!) Glauben Sie nicht, daß die bürgerliche Welt diese Kabinettsfrage bis zum äußersten getrieben hätte. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Welt ist nicht stark genug, den Karren allein aus dem Dreck zu fahren. Da wäre die erste Möglichkeit gewesen, dem Proletariat zu zeigen, wie leidenschaftlich und stark und gut unser sozialistischer Wille ist, und das wäre ein Akt gewesen, der der Einigungsfrage außerordentlich gute Dienste geleistet hätte. (Zurufe: Weiter reden! Abstimmen!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir haben vorhin im Falle des Genossen Kautsky eine Ausnahme der Beschränkung der Redezeit gemacht, weil besondere Gründe dafür vorlagen. Zu dem gleichen Vorgehen dürfen wir uns aber nicht veranlaßt fühlen, nur weil ein Redner besonders interessant spricht. Ich empfehle daher keine Verlängerung der Redezeit, zumal Genosse Schiller aber Punkte spricht, die eigentlich zum Bericht über die Tätigkeit der Fraktionen in der Nationalversammlung gehören. Er hat ja später Gelegenheit, die Ausführungen, die er jetzt vor hat, an der richtigen Stelle zu machen.

Schiller-Hamburg (fortfahrend): Ich will als guter Demokrat nicht wider den Stachel löden und mich der Geschäftsordnung fügen. Aber gehalten Sie mir noch eine Bemerkung. Wenn Genosse Wolff Schulz vorhin über den Mangel an Zeitungspapier geklagt hat, so hätte ich nur gewünscht, daß er sich umgedreht und die Regierung gefragt hätte, wo ist denn euer Einfluß geblieben, der diesen Skandal für uns hätte beseitigen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun noch ein letztes Wort: Es ist hier mehrfach von der Geheimratswirtschaft geredet worden, die wir uns vorläufig noch gefallen lassen müssen. Wir Hamburger haben einen besonders trassen Fall erlebt. Man hat nach Versailles als Mitglied der Wirtschaftskommission einen Vertreter des Großhandels geschickt, von dem man wohllich nicht verlangen kann, daß er für die Neuordnung des Wirtschaftslebens in unserem Sinne eintritt. Dieser Mann wurde nach Versailles geschickt, obwohl das „Hamburger Echo“ 14 Tage vorher Enthüllungen über die standalöse Wirt-

schaft des Kesserkönigs Witthöft brachte, der es verstanden hat, von der alten Regierung ein Kessermönopol zu erhalten, das ihm einen Gewinn von 200 Millionen einbringt. Man hat allerdings keine Verdienstmöglichkeit jetzt erheblich beschmitten; aber er wird immerhin noch einige Duzend Millionen zu verdienen verstehen. Diese Enthüllungen sind doch vermutlich der Regierung auch nicht unbekannt geblieben. Trotzdem hat man den Mann nach Versailles geschickt. So etwas darf nicht vorkommen.

Der Einigungsantrag Braun ist in der vorliegenden Fassung nicht ganz glücklich. Neben den zentralen Einigungsmöglichkeiten muß auch etwas zur Stützung der Einigung von unten herauf geschehen. Das ist möglich innerhalb der Betriebsräte, der Urzelle, in der der Arbeiter lernt, mit tiefstem Ernst für sich und die Gemeinschaft zu arbeiten und zu wirken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Gummel-Holba:** Die Entschliebung Adolf Braun sagt uns in der vorliegenden Form nicht zu. Im Einverständnis mit den Vertretern Groß-Thüringens habe ich vorzuschlagen, daß die Entschliebung durch Streichung des dritten Absatzes geändert werde. Die dort aufgestellten Behauptungen sind zweifellos richtig. Unsere Absicht ist es nicht, sie zu bestreiten. Wenn wir sie aber in den Vordergrund schieben, dann dienen wir nicht dem Einigungszwang. Sie können ohne Not fallen. Ihre Annahme würde eher den Unabhängigen einen formalen Grund zur Ablehnung unserer Einigungsvorschläge bieten. Also nochmals: wir halten die dort angeführten Tatsachen nicht für falsch, glauben aber, daß sie nicht besonders hervorgehoben werden sollten. Es ist ein Fehler, wenn wir in der Einigungsfrage Dinge sagen, die nicht unbedingt angeführt werden müssen. Ferner halten wir es nicht für ratsam, daß der Vorstand selber die Verhandlungen führt. Das bedeutet nicht Mißtrauen in dem Parteivorstand. Wir wünschen eine besondere Kommission zur Führung der Einigungsverhandlungen, um auch dadurch wieder allen formalen Ablehnungsgründen aus dem Weg zu gehen. Auch das ist notwendig im Interesse der Einigkeit. Nachdem wir deshalb die Entschliebung in der von mir angegebenen Weise. Krügers Standpunkt über die Zusammenarbeit der einzelnen Personen teile ich nicht. Es muß auch mit der Masse zusammen gearbeitet werden. Bemerkenswerte Zusammenarbeit geschieht ja jetzt schon in den Gemeinderäten und Arbeiterräten. Wenn von allen Seiten guter Wille gezeigt wird, dann ist die Zusammenarbeit auch durchaus möglich.

Die Frage Groß-Thüringens beschäftigt uns natürlich ganz besonders. Wir haben in dieser Sache kürzlich bei Verhandlungen in Erfurt einen eigenartigen Eindruck von dem Parteigenossen Dirsch, dem Preussischen Ministerpräsidenten, bekommen. Er hat dort die Frage aufgeworfen: was bietet ihr Thüringer für die Abtretung in Thüringen hinsbringender Teile als Ausgleich? Ist es menschenmöglich, eine derartige Forderung aufzustellen, ist es menschenmöglich, daß ein Sozialist sich ängstlich an die Grenzen klammert, die aus dynastischen Gründen entstanden sind, für die gar keine vernünftigen Erwägungen vorgelegen haben. Wenn die durchaus vernünftige Forderung erhoben wird, solche Uebelstände zu beseitigen, sollte man es da für möglich halten, daß noch die Frage nach Gegenleistungen aufgeworfen wird? Ich habe mich bei der Nachricht über diesen Vorgang an die Stirn gefaßt und mich gefragt, wird denn ein Sozialdemokrat in dem Augenblick, in dem er Minister wird, völlig verwandelt? Muß er alle Untugenden der früheren Inhaber seines Amtes mit übernehmen? Nein, ein Sozialdemokrat muß sich von anderen Gesichtspunkten leiten lassen.

(Lebhafte Zustimmung.) Er darf keinen Menschen- und Völkerverkehr betreiben. Nur wirtschaftliche Gründe dürfen für ihn maßgebend sein. Wir erheben deshalb gegen das bezeichnete Auftreten des Genossen Dirsch energischen Protest. (Lebhafter Beifall.) Alle schlechten Eigenschaften des Erfurter Regierungspräsidenten von Bädler schienen schon auf ihn abgefärbt zu haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Frage der Behandlung der vertriebenen Elßaß-Lothringer aufwerfen. Beamte, Angestellte usw. müssen bekanntlich ihren jetzigen Aufenthaltsort verlassen und werden nach Deutschland abgehoben. Nun ist allerdings eine Hilfsaktion für sie in die Wege geleitet. Sie entspricht leider in keiner Hinsicht den Bedürfnissen. Die Hauptarbeit hat man dem Roten Kreuz überlassen, das in durchaus unglücklicher Weise in dieser Angelegenheit tätig ist. Weiter hat man den Ausweg beschritten, daß die Einzelstaaten die Beamten und Angestellten, die früher ihre Staatsangehörigen gewesen sind und nun wegen ihrer deutschen Gesinnung aus dem Elßaß vertrieben werden, von diesen Einzelstaaten übernommen werden. Das ist aber völlig unzureichend. Denn auch Mi-Elßässer müssen ihre Heimat verlassen, weil sie sich als Deutsche fühlten und betätigten. Sie befinden sich in einer unhaltbaren, schwierigen Lage. Die Beamten sind ihnen insoweit voraus, als sie wenigstens noch ihre Gehälter fortbezahlt erhalten, aber für die vielen anderen muß doch auch irgend etwas geschehen. Denken wir doch daran, daß sie ihre Möbel, ihren ganzen Besitz bis auf einen geringen Rest zurücklassen mußten und nun völlig hilflos dastehen. Mit den Unterstützungen des Roten Kreuzes werden sie zwar einigermaßen über Wasser gehalten, aber das ist doch keine ausreichende Fürsorge. Hier muß unter allen Umständen schnellst eingegriffen werden, damit eine Besserung der Angelegenheit herbeigeführt wird. (Stimmenzeichen des Vorsitzenden.) Ich muß noch eine andere Frage ansprechen, das ist ja nur das erste Stimmenzeichen. (Weiterkeit.)

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Ja, Sie haben noch eine Minute.

**Gummel:** Es ist dann über die Reformen in der Verwaltung gesprochen worden. Die Geheimwirtschaft ist sicher ein sehr übles Ding, und ich begreife nicht, daß die Regierung im Reich und in den Bundesstaaten nicht besser mit den Verfassungen aufgeräumt hat. Nach all den Dingen, die in den letzten Monaten passiert sind, muß man zu der Auffassung kommen, daß ein ganzer Teil dieser Geheimräte direkte Sabotage treibt an dem, was die Regierung haben will. (Sehr richtig!) Das trifft zu auf dem Gebiete des Ernährungswezens und auf einer ganzen Reihe anderer Gebiete, nicht nur im Reich, sondern auch in den Bundesstaaten. Ich nehme da Weimar nicht aus. In allen Bundesstaaten sieht man mehr und mehr, daß diese Geheimratscliquen sich ihre Macht neu festigen wollen. Dadurch wird erreicht, daß die Unzufriedenheit mit der Regierung immer größer wird. Die Regierung verkündet öffentlich: das und das wollen wir, und die Geheimräte tun das Gegenteil. Wenn gesagt worden ist, daß man die Leute nicht dazu habe, so sollten diejenigen, die an leitender Stelle stehen, sich vergegenwärtigen, daß sie nicht nur Vertrauen in sich selbst, sondern auch Vertrauen in die Parteigenossen haben dürften, mit denen sie früher Hand in Hand gearbeitet haben. Es ist nicht genug damit, daß die an leitender Stelle stehenden Personen sich auf den Standpunkt stellen: ich bin zu allem fähig, die anderen Parteigenossen sind aber zu nichts fähig. (Einzelnsteter Beifall.)

Groß-Breslau: Das Mißtrauen gegen den Parteivorstand und die neue Regierung im ganzen Lande hat seine tiefen Gründe. Ich weise darauf hin, was uns vor den Wahlen von Seiten der neuen Regierung alles versprochen wurde. Ich weise hin auf die Einverleibung der Gutsbezirke. Noch jetzt sind die Leute der Gutsbezirke minderen Rechts. Bei den Gemeindevorstandswahlen durften diese Leute nicht mitwählen. Wir haben uns deswegen an das Ministerium gewandt. Wir haben keine zufugende Antwort bekommen. Bis jetzt ist noch nichts erfolgt. Ich weise darauf hin, daß endlich einmal die Amtsvorsteher ergänzt werden sollten. Die Amtsvorsteher üben draußen auf dem Lande noch die größte Macht in altem, reaktionärem Geiste aus. Ein Verständnis findet man dafür bei der neuen Regierung nicht. Die Kreistagswahlen haben stattgefunden, aber man hat schnell noch ein Bleigewicht angehängt. Kreis-ausschüsse dürfen ergänzt und neu gewählt werden, dann noch zwei oder drei Kommissionen, aber die wichtigsten Kommissionen, vor allem die Gebäudesteuer- und Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommissionen bleiben im alten Amt. Darin wurzelt das Mißtrauen, das wir bei unseren Mitglieðern fortgesetzt antreffen. Wir sind die Bügelfungen draußen auf dem Dorf. Wir müssen uns gefallen lassen, daß unsere Minister einfach als Reisketreter hingestellt werden. Die Herrschaften haben Angst vor ihrer neuen Courage. Daher haben wir uns auch bemüht geföhlt, den Herren einmal zu sagen, was wir darüber denken. Als die Kreistagswahlen vorbei waren, hatten manche Landräte dem neuen Zeitgeist Rechnung getragen, indem sie die Kreiskommissionen neu wählen ließen. Allgemein ist das nicht geschehen. Bei uns in Schlesien waren es nur zehn Landräte, die einen neuen Geist in die Kommissionen hineingebracht haben. Was sagte dazu Minister Heine?

Er sagte: ja, Ihre Einwendungen sind stichhaltig. Als er aber wieder nach Berlin kam, stand er wieder unter dem Einfluß der alten reaktionären Ministerialdirektoren und Unterstaatssekretäre. Denn in Berlin gab er eine Verfügung heraus, wonach die alten Kreiskommissionen und auch die Kreisdeputierten im Amte bleiben sollten. Draußen ist man darüber informiert, daß die meiste Arbeit in den Kommissionen geleistet wird, und der Kreistag nur eine Fagagemaßchine ist. Deswegen verlangten wir, daß endlich einmal tabula rasa gemacht würde. Aber Minister Heine hat dafür kein Verständnis. Wir hatten in Schlesien eine Kreistagskonferenz aller Abgeordneten unserer Partei. Die hatten mich beauftragt, eine andere Stimmwendung des Genossen Heine herbeizuföhren. Ich habe diesen Auftrag ausgeführt, und das Ende vom Liede war Null. Nichts konnte er uns zuwogen. Es bleibt immer noch beim Alten. Erst nachdem ihm von der Fraktion etwas der Boden heiß gemacht worden ist, hat er sich bereit erklärt, etwas in Aussicht zu stellen. Wann das eintreten wird, ist eine andere Frage.

Wenn man glaubt, man hätte nicht genügend Leute, die als Landräte tätig sein können, soll man mindestens Kontrollorgane einsetzen, aber heute läßt man sie auf und sagt: sie sind überflüssig. Da müssen wir endlich einmal den neuen Geist spöhren. Das wird uns Vertrauen auch in den Kreisen bringen. Wie bisher so etwas vorübergehend in unseren Reihen gewesen sind. Wir haben in unserem Kreistag mit überwiegender Mehrheit Beschlüsse geföhlt, die der neuen Zeit Rechnung tragen; aber der alte Landrat beantwortet die Beschlüsse. Und nun verweist uns das Ministerium des Innern auf das Verwaltungsstellenverfahren. (Hört, hört!) In zwei

Jahren ist dann vielleicht dieser Klageweg beendet, und das Ende vom Liede ist eine Abgabe. Beachten Sie: der Bezirksausschuß hat darüber in erster Linie zu entscheiden, und da sitzen die alten reaktionären Junker drin, die vom Provinziallandtag hineingewöhlt sind. Der Provinziallandtag ist auch noch nicht aufgelöst. Wenn man dann glaubt, daß das Oberverwaltungsge-richt einen anderen Geist hineinbringen wird, so hat die Vergangenheit bewiesen, daß auch diese alten Herren von der neuen Zeit nichts wissen wollen. Darum sage ich: wenn nicht Genosse Heine einen neuen Geist hineinbringen kann, soll er abtreten. (Sehr richtig!) Wenn er seinen Einfluß bei seinen Ministerialdirektoren nicht durchsetzen kann, soll er sie zum Teufel jagen. Aber wir wollen von den Leuten sozialdemokratische Politik und nicht diese Hänge- und Wärgopolitik. (Beifall.)

Heine: Ihr Beifall zu der Rede des Genossen Groewig ist für ihn eine ebenso große Freundlichkeit, wie für mich eine Unfreundlichkeit, was mich aber absolut nicht hindern wird, mit Ihnen freundlich, aber deutlich, zu reden. Der Genosse Groewig hat mich heute früh aufgefordert, so schnell wie möglich aus meinem Amte auszuweichen. (Sehr gut!) Ich habe den Genossen Groewig immer für meinen persönlichen Freund gehalten, und ich sehe, er bewährt sich auch darin als solcher; denn nur ein Freund kann mir den Rat geben, dieses dornenvolle Amt aufzugeben. Als ich gezwungen gegen meinen Wunsch und meine bringendste Bitte von der Landesversammlung dieses Amt übernahm, habe ich gewußt, was mir bevorstand, daß jeder mich persönlich als Feind ansehen würde, dem ich entweder ein Amt abschlage oder ein sonstiges Verlangen abschlagen muß.

Genosse Wels hat heute früh gesagt, die Demokratisierung der Verwaltung in Preußen sei noch nicht genug vorgeschritten. Das ist vollkommen meine Ansicht, wenn das als Ziel und Aufgabe hingestellt wird; wenn es aber als Vorwurf gegen die preussische Regierung ausgedreht wird, so ist das von keiner Erkenntnis getrübt. Die preussische Regierung hat ein höchst umfangreiches Programm der Reform, der inneren Verwaltung aufgestellt. Ich habe dieses Programm der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion des Räte-Kongresses vorgetragen. Von beiden ist es gebilligt worden. Ich kann es hier nicht eingehend vortragen, ich kann nur Stichworte anführen: Vereinigung der Gutsbezirke mit den Landgemeinden — demokratisches Landgemeindegewicht — Umbau der Amtsbezirke zu größeren Landgemeinbezirken nach Art der rheinischen Landbärgemeistereien zur Schaffung leistungsfähiger Landgemeinverbände — Umbau der Kreisverwaltung. Der Antrag soll der vom Kreistage auf Zeit erwählte Kommunalbeamte werden. — Ich übergehe die Frage der Oberpräsidenten, weil sie zum Teil von der noch ungewissen Entwicklung des Verfassungswerks abhängt. — Eine weitgehende Selbstverwaltung soll den Provinzen gegeben werden. Die Bezirkspräsidenten müssen dagegen erhalten werden als die einzige Stelle, durch die die Zentralinstanz die Verwaltung leiten kann. Wenn Kreis und Provinz reine Selbstverwaltungskörper sind, muß die Zentralinstanz ein Verwaltungsorgan in der Hand behalten. Der durch das allgemeine Wahlrecht im Parlament verkörperte Wille der Gesamtheit der Nation, der durch die Regierung vollstreckt wird, muß irgendein Organ behalten, um sich in der Verwaltung einheitlich zur Geltung zu bringen. Sonst steht der Einzelkämpfer auf dem Papier. Diese Regierungspräsidenten müssen eine reine Verwaltungsbehörde, rein ausführende Organe sein und sich jeder Regierung zur Verfügung stellen und dauernd bleiben. Man kann



in der Verwaltung nicht jeden Tag, je nachdem der politische Wind weht, andere Leute an so wichtige Plätze setzen.

Das ist das Programm, das gebilligt worden ist von der Fraktion der Landesversammlung sowohl wie von dem Rätekonfress. Ich habe dies Programm auch unzählige Male öffentlich ausgesprochen und nirgends Widerspruch erfahren. Aber ich habe erklärt und erkläre noch, daß ein solches Riesenwerk sich nicht im Sandumdrehen ausführen läßt. Die Schwierigkeiten liegen darin: wir haben die verschiedensten Städteordnungen und Landgemeindevordnungen in Preußen. Diese alle müssen unter einen Hut gebracht werden. Jede gesetzliche Bestimmung wirkt wieder zurück auf sechs oder acht andere, die mit geändert, die angepaßt werden müssen. Ich hatte versprochen, im Juli die Städteordnung vorzulegen, im Herbst die übrigen Gesetze, Kreis- und Landgemeindevordnungen. An all diesen Dingen wird gearbeitet, und jetzt, nachdem ich gerade zwei Monate auf diesem Stuhl sitze, schreibt mich alles an, ich täte nichts. Ich warne die Genossen dringend vor Ueberstürzung, vor halb durchgearbeiteten Gesetzen. Wir haben viele Erfahrungen damit gemacht bei der aufstrotzenden Verordnung über die vorläufigen Gemeinde- und Kreiswahlen im Februar und März. Das war, ehe ich Minister des Innern war. Diese Gesetze sind erlassen worden auf das Drängen des Zentralrats, der verlangte, es müsse sofort irgend etwas geschehen. Ich habe damals erwartet und habe gesagt, man solle dies Gesetz in aller Ruhe durch die Landesversammlung durchberaten lassen, das könne nicht gut gehen. Ich bin dabei aber in der Rimmerheit geblieben, man hat nachgegeben und hat nun im Sandumdrehen die Wahlgesetze geschaffen. Ich gebe jeder Kritik an diesen Gesetzen recht, sie sind in jeder Beziehung unvollkommen. Das ist aber nicht die Folge bösen Willens, sondern lediglich der überhasteten Arbeit. Es sind auch sofort ein paar Nachtragsverordnungen erlassen worden. Trotzdem sind noch eine Menge Dinge nicht ausreichend berücksichtigt, z. B. der Begriff des Bürgerrechts. Als die Wahlen fertig waren, merkten wir zu unserm Schrecken, daß die Frauen zum Magistrat nicht wählbar waren. Dann kommen dazu die altertümlichen Bestimmungen mancher Gemeindeverfassungen. Ferner ein Punkt, den vorher der Genosse Sromig erwähnte. Es gibt verschiedene Arten von Kommissionen bei den Kreistagen. Kommissionen der Kreis-Kommunalverwaltungen, die ohne weiteres von den Neuwahlen erfasst wurden, und Kommissionen der allgemeinen Landesverwaltung, auf die das Gesetz keine Anwendung finden konnte. Das sind schwierige und komplizierte juristische Fragen. Ganz unzulänglich ist die Anpassung des Proportional-Wahlrechts an die Bedürfnisse der Kreiswahlen. Als ich im März 1919 mein Amt übernahm, hatte ich auch zunächst einige Wochen gebraucht, um mich in die ganze Materie und die Berechtigung der Beschwerden einzuarbeiten. Als Sromig mir in Breslau die Frage der verschiedenen Kreis-Kommissionen vortrug, war ich auch im Augenblick nicht im Bilde. Ich habe sofort studiert, ob man das Gesetz nicht so auslegen könnte, wie es Sromig wollte. Aber ich kam zu dem Ergebnis, daß es nicht ginge. Darauf habe ich sofort dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, daß erstens das Wahlrecht der Frauen zu den Magistraten sichert und zweitens die Unebenheit bei den Kommissionen der Kreistage ändert. Das weiß Sromig und trotzdem stellt er sich hierher und bezieht mich, ich täte nichts. (Zuruf.) Ja, Sie haben gesagt, ich hätte erst auf Ihr Drängen nachgegeben. Nein, ich habe die Initiative zu dem Gesetz ergriffen und Sie brauchen mit diesem ganzen Bortwurf nicht

mehr zu kommen, wenn Sie nicht unaufrichtige Demagogie damit treiben wollten. Es ist noch ein anderes Notgesetz in Arbeit. Ich habe es mit der Gemeindef Kommission der Landesversammlung verabschiedet, und es wird in den nächsten Tagen der Landesversammlung zugehen. Das weiß Sromig auch. Das Notgesetz soll noch weitere Unstimmigkeiten schon jetzt beseitigen. Aber das gesamte Reformwerk kann erst in einem Guß geschaffen werden. — Die Genossen sind sich nicht klar über die Grenzen meiner Befugnisse. Sie fordern mich alle Augenblick auf, ich soll dies oder jenes „anordnen“. Die Genossen vergessen, daß das Verordnungsrecht der Regierung mit dem Zusammentritt der Landesversammlung erloschen ist, und daß wir nicht einmal mehr ein gesetzgebender, sondern nur ein beratender und ausführender Faktor sind. Man fragt mich, weshalb ich die Gutsbezirke nicht auflöse usw. Ich will Ihnen mit einer andern Frage antworten. Ich soll ein altes Haus umbauen, soll Stodwerke aufsetzen, einen neuen Dachstuhl herstellen usw. Da fange ich damit an, daß ich die Fundamente unterfahre und verstarke, die äußeren Umfassungsmauern revidiere, den neuen Dachstuhl draufsetze, und dann werde ich mit der Arbeit im Innern beginnen. Aber ich kann mich nicht mitten in der grundlegenden Arbeit damit unterbrechen, daß ich plötzlich eine Wand neu tapeziere, die vielleicht in vier Wochen durchbrochen oder abgebrochen werden muß. So bin ich nicht in der Lage, jetzt mit allen möglichen Einzelreformen herauszukommen, während die ganze große Arbeit noch bevorsteht.

Nun bitte ich aber, mich richtig zu verstehen: ich weiß, daß sehr viel geändert werden muß, bin auch ganz darauf gefaßt, daß im Laufe der Arbeit sich noch vieles als Änderungsbedürftig herausstellt, wovon wir jetzt noch gar nichts wissen. Aber zu solcher Arbeit gehört Sorgfalt und Konzentration. Man kommt nie mit der Arbeit zu Ende, wenn man fortwährend öffentlich angepöbeln wird: „Ihr tut ja nichts!“ Ich habe mich fortwährend dagegen zu verteidigen, habe Briefe zu schreiben, in denen ich den Genossen das alles auseinandersehe. Dem Genossen Sromig habe ich einen ausführlichen Bericht darüber geschrieben. Es hilft nichts, es kommen immer wieder dieselben Beschwerden. Damit vergeube ich meine Zeit und meine Arbeitskraft, anstatt sie zu wirklicher Arbeit verwenden zu können.

Dann noch zu der Personenfrage. Als die auch aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehende erste Regierung die Geschäfte übernahm, ist es ihr nicht eingefallen, das zu tun, was man jetzt von mir verlangt, nämlich sämtliche Landräte und Regierungspräsidenten abzusetzen. Und zwar hat sie das aus sehr guten Gründen unterlassen. Es wäre nämlich damit die ganze Arbeit, die die Verwaltung leistet, vor allem die ganze Lebensmittelversorgung und ihre Organisation in Frage gestellt worden. (Zuruf: Das machen die so wie so nicht!) Ich gebe Ihnen gern zu, es gibt eine Anzahl Landräte, die sich wenig oder nicht genügend um die Lebensmittelversorgung gekümmert haben. Es gibt aber ebenso eine große Zahl von Landräten, die auf diesem Gebiete völlig ihre Schuldigkeit tun. Wo die Lebensmittelversorgung sich am besten vollzieht, da vollzieht sie sich freiwillig, ohne Zwang, in Kreisen, wo der Landrat sich mit den Leuten gut zu stellen weiß und durch persönliche Einwirkung die gütliche Ablieferung zustande bringt. (Zuruf: Die sollen ja auch bleiben.) Also, es muß eine ganze Anzahl bleiben. Es müßte überhaupt zunächst einmal der Apparat bleiben, wir konnten ihn nicht ohne weiteres

zerstörten. Dasselbe gilt von den Regierungspräsidenten, die auch eine Unmenge Arbeit zu leisten haben. Sie sehen nicht die Arbeit, die dort geleistet wird, damit die Verwaltungsarbeit weiter vor sich geht. Ich habe ja die Erfolge erlebt, wo ich so vorging, wie es gewünscht wird. Ich habe als Landratsverweser einen sozialdemokratischen Kaufmann in einem Kreise eingesetzt. Das Ergebnis war, daß am nächsten Tage die Bauern streikten und keine Rahrmittel mehr abliefern wollten. Ich habe in einem andern Kreise einen unmöglichen reaktionären Landrat entfernt. Ergebnis: der Kreis, der bis dahin glänzend geliefert hatte, lieferte nicht mehr eine Kartoffel ab. (Große Unruhe! Rufe: Koste! Kartoffeln holen!) Das ist nun natürlich für mich nicht etwa ein Grund, die Landräte dort zu lassen und keine sozialdemokratischen einzulegen. Aber es ist ein Grund, sich solche Dinge zu überlegen und nicht im Eilzugtempo vorzugehen, sondern mit reiflicher Überlegung. Ich habe eine große Anzahl von Landräten abberufen und auch von Regierungspräsidenten. Ich werde dafür in der konservativen Presse als der jüdische Landratsfächter beschimpft. (Seitens.) Das läßt mich sehr kalt, aber ich wünsche nun nicht, von meinen Parteigenossen als Reaktionär an den Pranger gestellt zu werden, der gar nichts täte. Es sind gegenwärtig von etwa 470 Landratsposten in Preußen rund 100 vakant, nicht fest besetzt, sondern nur vertretungsweise oder durch Kommissare verwaltet. Es werden noch mehr dazu kommen. Es ist an sich nicht gut, so viel Stellen nur vertretungsweise verwalten zu lassen, weil unter der Unsicherheit der Stellung des Vertreters die Arbeitsleistung leidet. Aber es geht doch mit den Landräten so. Ich habe den Grundabg. aufgestellt, daß der neue Landrat vom Kreistag gewählt, von der Regierung nur bestätigt werden soll. Ich habe ihn aufgestellt für die neu gewählten Kreistage. Von den alten Kreistagen habe ich keine Präsentationsvorschlüge angenommen, sondern habe sie, wenn sie kamen, ad acta gelegt. Ich habe die Neuwahlen abgewartet. Sie sind am 4. Mai gewesen. Am 3. Juni sind die meisten Kreistage erst zusammengetreten. Jetzt erwarte ich die Präsentationen der Kreistage. (Zuruf: Davon wissen doch die Kreistagsvertreter nichts.) Aber, mein lieber Genosse, wenn man sich in den Kreistag wählen läßt, so muß man doch das Gesetz über die Neuwahlen zum Kreistag lesen, wo das ausdrücklich drinsteht. (Lebhafte Zustimmung.) (Die Redezeit wird verlängert mit Rücksicht darauf, daß der Redner, ebenso wie Genosse Koste, Gegenstand besonders zahlreicher Angriffe gewesen ist und die preussische Regierung vertritt.) In vielen Kreisen ist eine Mehrheit in dem Kreistag nur zu erreichen, durch das Zusammenwirken der Demokraten und der Sozialdemokraten. Ja, dazu müssen die Genossen die Initiative ergreifen. Ich habe es aber erlebt, daß die Genossen das gar nicht taten, daß ich es ihnen erst sagen mußte. Also, Parteigenossen, ich bitte mir keinen Vorwurf zu machen, wenn bis jetzt noch nicht genug sozialdemokratische Landräte ernannt sind. Es sind hier einige Genossen unter Ihnen, die mit mir in Verhandlungen eingetreten sind. Wo die Kreise von ihrem Recht zur Präsentation Gebrauch gemacht haben, habe ich die betreffenden Genossen als Landratsverweser bestellt, um dann im Herbst, wenn die Kreisversammlung neu geschaffen ist und die neuen Kreistage nach neuen Prinzipien gewählt sind, den Genossen das Recht zu geben, nun endgültig zu wählen. Aber diese Vorschläge muß ich abwarten.

Ich bin nicht der Ansicht, daß ich nun jeden mir zum Landrat präsentierten Herren ernennen müßte. Ich kann nur Beamte brauchen,

die ehrlich mit der Regierung arbeiten wollen, natürlich unbeschadet ihrer persönlichen politischen Überzeugung außer dem Dienste.

Wenn es Landräte gibt, die die Regierung verschonen, die den hilfsuchenden Leuten erklären: „belegt auch bei Seideemann, von dem kommt das Unglück“, oder die der Regierung bemüht unter Mißbrauch ihrer Amts Gewalt entgegenarbeiten, dann werde ich solche Landräte absetzen und solche Kommissare, wenn sie zu Landräten vorge schlagen sind, nicht ernennen. Ich habe bereits in einem solchen Falle von diesem Absetzungsrecht Gebrauch gemacht. Aber ich muß doch die Parteigenossen bitten, mir darüber greifbare Angaben zu machen. Der Genosse Groger sprach davon, „die“ Landräte machten es so. Dieses Lied höre ich schon seit acht Wochen und immer schreibe ich an den betreffenden Genossen: Bitte geben Sie mir an, welcher Beamte sich so gegen die Regierung geäußert, was und wo er es gesagt hat, was für Zeugen dafür da sind. Bis jetzt habe ich noch keine Antwort bekommen. (Hört, hört!)

Genau so geht es mit den Gemeindeversammlungen. Gewiß, es gibt eine ganze Anzahl Gemeindeversammlungen und Kreistage, die in ungeklärter Weise zustande gekommen sind. Ich habe öffentlich in der Landesversammlung und in den Zeitungen erklären lassen, ich würde in solchen Fällen, sobald man es mir nachweise, die Auflösung dieser Versammlungen und Kreistage herbeiführen. Ich habe gebeten, mir Material zuzuschicken. Es ist eine verschwindende Zahl von Fällen, in denen man mir überhaupt derartige Anträge in begründeter Weise unterbreitet hat. Es sind, glaube ich, nicht mehr als acht Fälle. In drei solcher Fälle habe ich bereits die Auflösung der betreffenden Organisation bei der Staatsregierung beantragt. Natürlich kann ich nicht auf bloße Behauptungen hin solche Entscheidung treffen. Aber ich prüfe jede Beschwerde dementsprechend und handle danach.

Hier muß ich nun den Spieß umdrehen und Ihnen sagen: wollen die Genossen, daß das Ministerium demokratische Politik macht, dann müssen Sie selbst dabei mithelfen. Die Genossen sind noch viel zu sehr daran gewöhnt, daß alles von oben geschieht. (Sehr richtig!) Früher wurde von oben gegen sie gehandelt. Jetzt verlangen Sie, daß man von oben für sie handelt. (Sehr richtig!) Man kann aber wohl von oben her unterdrücken, aber man kann nicht von oben her die Freiheit aufziehen, das muß von unten geschehen. (Sehr richtig!)

Es ist nicht wahr, daß nichts erreicht wäre. Dank dem gleichen Wahlrecht sitzen Parteigenossen in allen möglichen kommunalen Körperschaften, in denen zu sitzen sie früher nie denken konnten. Sie nehmen leitende Stellen ein. Jeder hat die Möglichkeit, unmittelbar an die zentrale Stelle, an mich, den Minister, sich zu wenden. Ich prüfe jede Beschwerde sehr genau. Leider aber sind die wenigsten Beschwerden so, daß sie überhaupt Tatsachen enthalten. Der Genosse Scholich hat mir eine Liste von 30 oder 40 Beschwerden aus Schlesien geschickt. Darunter waren solche: In dem Kreise ist ein Amtsvorsteher, der die Arbeiterräte schlecht behandelt. Nicht einmal der Name und Wohnort war genannt. Was kann ich mit solchen Sachen anfangen? Was prüfbar ist, prüfe ich auf der Stelle.

In vielen Kreisen werden die Genossen noch lange nicht zur Mehrheit kommen. Das ist nicht Schuld der Regierung, und auch nicht Schuld der Parteigenossen, sondern es ist die Schuld der ökonomischen und politischen Entwicklung. Die Genossen müssen sich da selber helfen, genau so gut,

wie sich die Partei einer furchtbaren Unterdrückung gegenüber 50 Jahre selber geholfen hat. Sie müssen die Massen zu Sozialdemokraten erziehen, und müssen sich selbst zur Selbstverwaltung erziehen. Das ist natürlich unmöglich, was mir neulich einer schrieb: „die Demokratie ist sehr gut, wenn wir überall die Mehrheit haben“. (Weiterkeit.) Demokratie ist etwas, das auch für die anderen gilt. (Sehr richtig!)

Ich bin weit entfernt davon, den Genossen im Lande aus ihrer Stellung einen Vorwurf zu machen. Ich weiß, sie sind von Gegnern umgeben, werden unterdrückt und schlecht behandelt. Sie wissen sich nicht zu helfen, sie haben nicht die formelle Gewandtheit, stets sofort eine ordentliche, sachlich begründete Beschwerde aufzusetzen. Da gibt es nur ein Mittel: sie müssen ihre Organisation aufbauen. Dabei wird Ihnen der Parteitag helfen. Das tärichte aber wäre, wenn diese Genossen sagten: „wir wollen zu den Unabhängigen laufen“. Damit schafft man nicht Wandel, daß man zu einer andern Partei geht. (Zurufe: Das wollen wir nicht, im Gegenteil!)

Sie wollen es nicht, aber viele der Genossen draußen. Und nun sage ich: draußen im Lande tun auch unsere leitenden Genossen, und namentlich unsere Presse in diesen Dingen vielfach nicht ihre Schuldigkeit. Wenn ein Landrat oder anderer Beamter etwas tut, was sie mißbilligen, so wird, anstatt es bei mir zu melden und sich zu beschweren, zunächst in das betreffende Blatt des Bezirks ein Artikel geschrieben mit der Ueberschrift: „Es bleibt alles beim alten, die Regierung tut nichts“, und aus diesen Zeitungen erfahre ich dann nach Wochen und Monaten, daß da etwas geschehen ist, wo ich hätte eingreifen können, wenn man mir es rechtzeitig unterbreitet hätte. Unter den Genossen aber wird der Glaube erweckt, ich wollte nichts tun, die Regierung täte überhaupt nichts.

Eine solche Taktik, die sich ausschließlich auf Kritik beschränkt, und nicht mitarbeitet, muß jede parlamentarische Regierung tot machen. Wir Minister sind der Landtagsversammlung verantwortlich. Das zu erklären, brauchte ich keine Aufforderung. Das ist selbstverständlich und steht in der Preussischen Verfassung. Aber die Genossen müßten sich sagen, sie sind vor dem Volke und vor der Weltgeschichte mit dafür verantwortlich, daß die demokratische und sozialistische Herrschaft nicht zusammenbricht. Fallen aber die Genossen fortwährend den von ihnen selbst gewählten Ministern in den Rücken, beschuldigen sie sie fortwährend öffentlich, sie täten nichts, dann kann diese Regierung nichts durchführen, dann ist sie untergraben.

Es wird mir eben eine Frage vorgelegt: „wie ist es mit dem Bestätigungsrecht, es dauert ja Monate, bis ein Stadtrat, eventuell ein Landrat von der Regierung bestätigt wird“. Ich bedauere, wenn in einzelnen Fällen es so lange dauert. Ich pflege jedesmal, wenn mir ein Parteigenosse schreibt, daß der um der gewählt worden ist, ich solle dafür sorgen, daß die Bestätigung recht schnell gehe, diese selbst in die Hand zu nehmen. Dann geht sie natürlich von dem Tage an sehr schnell. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß der Weg zum Regierungspräsidenten, und erst von diesem zu mir geht, daß ich nicht wissen kann, wie lange solche Sachen beim Regierungspräsidenten liegen bleiben (Zuruf.) Sie brauchen nicht zu denken, daß das immer Absicht ist. Unsere Behörden sind in einer unerhörten Weise mit Arbeit überlastet. Die Hilfskräfte sind äußerst schwach an Zahl, und durch die Einführung der sechsständigen Arbeitszeit

in den Bureaus wird die Arbeit auch nicht gerade beschleunigt. Was ich tun kann, um diesem Uebelstand und anderem abzuheilen, tue ich. Ich habe meine sechsständige Arbeitszeit, sondern arbeite jede Nacht bis 2 und 3 Uhr. Es ist unmöglich, daß ich eine Verwaltung mit 470 Landräten, 36 Regierungspräsidenten und 12 Oberpräsidenten in ein paar Monaten auch den Personen nach auskenne. Dazu gehört ebenfalls Zeit. Ich denke durchaus nicht, mich auf bloße Informationen meiner Räte zu verlassen, sondern beabsichtige, mich selber zu überzeugen; aber wo in der Welt soll ich in den zwei Monaten in dieser Zeit entscheidender schwerster Probleme, unaufhörlicher Sitzungen und Deputationen die Zeit für dies alles hernehmen?

Ich sage wie Bels: wir müssen die Partei zu dem Gefühl der Verantwortung erziehen. Ich lehne die Verantwortung nicht ab, und bin jeden Augenblick bereit, die Bürde dieses Amtes, das wahrhaftig das unerfreulichste und schwerste ist, das es geben kann, einem anderen abzutreten. Ich habe mich nicht dazu gedrängt, ich habe es jederzeit abgelehnt, die Genossen haben mich, unter Berufung auf meine parteigenössische Pflicht, dazu gezwungen. Aber ich habe nicht Lust, auf mir herumprügeln zu lassen ohne Grund und ohne daß die Betreffenden, die diesen Prügel schwingen, sich die nötige Sachkenntnis angeeignet haben. Es ist nicht wahr, daß nichts geschieht. Es wird gearbeitet in dem schnellsten Tempo, in dem es irgend möglich ist, und ich werde die berechtigten Forderungen der Genossen erfüllen, wenn man mir die Möglichkeit gründlicher Arbeit läßt. Wenn nicht, gut, mögen die Genossen sich einen anderen suchen. (Beifall: Bravo.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Genosse Heine hat in seiner Rede gegen einen seiner Vorredner die Wendung gebraucht, aus der der Vorwurf herauszuheben war, daß der betreffende Genosse sich der Demagogie schuldig gemacht hat. Ich muß diesen Ausdruck zurückweisen. — Ich schlage dem Parteitag vor, für heute diese Debatte nicht fortzusetzen, wohl aber jetzt noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen, von dem mir gesagt worden ist, daß er uns nicht lange aufhalten wird. Zu einer persönlichen Bemerkung hat zuvor noch das Wort Genosse Scholich.

Scholich (zur persönlichen Bemerkung): Ich bin überrascht, einen derartigen Angriff heute von dem Genossen Heine zu hören. Er greift einen Fall heraus, von dem ich jetzt nicht weiß, ob er wirklich darin steht. Ich stelle zunächst fest, daß der Genosse Heine es mit der Wahrheit nicht genau genommen hat; denn ich habe ihm sehr viel Material schon unterbreitet. In dem Schriftstück, das er angezogen hat, sind eine ganze Menge von Fällen enthalten. Er greift einen Fall heraus, ich weiß im Augenblick nicht den genauen Sachverhalt, ich werde die Sache dem Parteitag vielleicht morgen noch unterbreiten und beweisen, daß der Genosse Heine es fertig bringt, hier in aller Öffentlichkeit eine unwahre Behauptung aufzustellen, um Parteigenossen herunterzusetzen. (Sehr gut!)

Heine (persönlich): Es ist ganz so wie ich gesagt habe. Es ist eine sehr lange Liste von Beschwerden des Genossen Scholich, und darunter befinden sich auch solche von dieser Qualität, Angaben, wo nicht der Ort und der Name genannt war, auf die ich gar nichts veranlassen kann. Ich habe dem Genossen Scholich vorher schon zugehört: Auf alles, wo Angaben gemacht sind, lasse ich Ermittlungen anstellen, das wird geprüft. Wenn man mir aber auf einmal einige Hundert solcher Beschwerden

bringt, Dinge, die zum Teil weit zurückliegen, muß ich Ruhe dazu haben. Genosse Scholich, an Ihrem Schreibtisch arbeitet ein Assessor unaufhörlich, zieht die einzelnen greifbaren Punkte heraus und legt sie mir vor. Alles mögliche wird geschehen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Nunmehr hat das Wort Genosse Brückner als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission.

Brückner: Es sind 434 Mandate abgegeben worden. Davon 370 als Delegierte von denen die Mandatsprüfungskommission vorschlägt, alle 370 für gültig zu erklären. Ingheden sind anwesend 48 Mitglieder der Nationalversammlung, sieben Mitglieder des Parteivorstandes, fünf Mitglieder der Kontrollkommission, dann der Vertreter des „Vorwärts“, der Vertreter der „Neuen Zeit“, und ein Vertreter der Organisationskommission. (Zuruf: Wo ist der Zentralrat?) Von den Mitgliedern, die hier anwesend sind, sind 45 weibliche Vertreter. Ein Mandat ist angefochten, und zwar liegen für den Wahlkreis Eichstädt-Weichenburg in Bayern zwei Mandate vor. Der Wahlkreis hat das Recht auf einen Delegierten. Durch Urabstimmung ist bei drei Kandidaten der Genosse Wurzel mit Mehrheit gewählt worden; er ist leider verhindert gewesen, das Mandat auszuüben. An Stelle dessen ist der Genosse getreten, der die nächsthöchste Stimmenzahl hatte, nämlich der Genosse Kiebelbach. Neben diesem ordnungsgemäß von der Kreisvertretung ausgestellten Mandat liegt noch ein Mandat für den Genossen Dr. Löwenfeld aus München vor. Dieses Mandat ist von der Ortsgruppe Eichstädt ohne Nachrichtigung des Parteivorstandes aufgestellt. Nach unserem Organisationsstatut hat aber eine einzelne Ortsgruppe nicht das Recht zur Abernennung eines Vertreters für den Parteitag. Die Ortsgruppe war ja auch schon durch das Mandat des Kreises, das dem Genossen Wurzel und im Falle seiner Verhinderung dem Genossen Kiebelbach zugewiesen war, ordnungsgemäß vertreten. Lediglich das von dem Kreis belegte Mandat ist gültig. Die Mandatsprüfungskommission schlägt deshalb vor, das von der Ortsgruppe aufgestellte Mandat für ungültig zu erklären. Der Antrag der Mandatsprüfungskommission geht also dahin: 370 Mandate für gültig und das Mandat Löwenfeld für ungültig zu erklären. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß zur Vermeidung von Zurückweisungen die nunmehr aufgestellten Legitimationskarten bei mir oben in Empfang genommen werden können. (Unruhe! Sollen verteilt werden!) Und zwar durch die Vorsitzenden der Landmannschaften, die die Karten für ihre Gruppen in Empfang nehmen mögen. Für den nächsten Parteitag möchte ich wünschen, daß die Teilnehmer ihre Mandate möglichst sofort abgeben und Legitimationskarten erhalten, da nach dem Beginn der Tagung die Prüfung immer schwerer möglich ist, wenn die Abgabe verspätet erfolgt.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich stelle den Antrag der Mandatsprüfungskommission, der dahin geht, sämtliche Mandate außer dem von der Ortsgruppe Eichstädt aufgestellten Mandat Dr. Löwenfelds für gültig zu erklären zur Debatte. Es kommen keine Wortmeldungen. Ich bitte die Delegierten, die dem Antrage der Mandatsprüfungskommission zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die große Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Das Wort hat noch einmal

Brückner: Ich werde von dem Genossen Brähne darauf aufmerksam gemacht, daß nicht fünf, sondern sechs Mitglieder der Kontrollkommission anwesend sind. Ich möchte das hierdurch berichtigt haben.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe Ihnen einen Vorschlag für den Fortgang der Verhandlungen zu machen. Genosse Scheidemann ist hier anwesend und hat den bringenden Wunsch, seinen Bericht sobald wie möglich zu erstatten, da er jeden Augenblick mit der Möglichkeit rechnen muß, nach Berlin zurückgerufen zu werden. Ich schlage deshalb vor, daß die Genossen Scheidemann als Referent, und Bernstein als Referent morgen früh zu Beginn der Verhandlungen ihre Referate halten.

Doch (zur Geschäftsordnung): Ich nehme an, daß die Besprechungen über beide Referate getrennt werden sollen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Lieber den Wunsch des Genossen Hoch lassen Sie uns entscheiden, wenn die Referate erstattet sind. Dann läßt sich am besten beurteilen, ob eine Trennung notwendig ist oder nicht. (Zuruf des Genossen Hoch: Damit bin ich einverstanden!) Ich stelle fest, daß niemand Widerspruch dagegen erhebt, daß wir so verfahren. Die morgige Sitzung beginnt also um 9 Uhr pünktlich. (Zahlreiche Delegierte erheben sich zum Verlassen des Saales.)

Wir sind noch nicht fertig. Es treffen fortgesetzt Wortmeldungen ein zu Punkten der Tagesordnung, über die noch gar kein Bericht erstattet worden ist. (Große Heiterkeit. Ruf: Sie wollen sich gern reden hören!) Ich bitte um Aufmerksamkeit, gerade wenn es sich um geschäftsordnungsmäßige Mitteilungen handelt. Es ist unzulässig, daß zu noch nicht zur Verhandlung stehenden Punkten schon Wortmeldungen eingebracht werden. Die Genossen müssen sich gedulden, bis der Referent das Wort genommen hat.

Es ist dann noch ein Telegramm eingegangen, das ich dem Parteitag mitteilen möchte. Es lautet:

Heuten-Oberchlesien. Dem in schwersten Tagen zusammentretenden Parteitag brüderlichen Gruß. Möge Brudergeist den Parteitag befähigen, dem Proletariat und der Partei die neuen Wege zu weisen. Dankend für die bisherige Unterstützung, erwartet das oberchlesische Proletariat die Hilfe der Genossen aller Gauen in Abwehr des Gewaltfriedens und der Verschönerung an ein uns wesenstrenndes Volk; denn nur in engstem Anschluß an eine freie deutsche Republik ist der Ausstieg der oberchlesischen Arbeiterklasse gewährleistet. (Bravoruie, lebhafter Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 6 Uhr 8 Minuten.

## Dritter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 12. Juni 1919. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Heinrich Schulz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Es ist ein schleuniger Antrag eingegangen:

Der Parteitag ersucht den Genossen Scheidemann, vor Erstattung seines Referats über die Aufgaben der Partei und der Republik darüber Bericht zu erstatten oder erstatten zu lassen, daß deutsche Truppen, darunter die eiserne Division, gegen die Esen und Letten im Kampfe stehen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und steht zunächst zur geschäftsordnungsmäßigen Besprechung.

Scheidemann: Parteigenossen! Ich verstehe nicht recht, wie man in dieser Weise überhaupt den Versuch machen kann, eine Frage vor Eintritt in die

Tagesordnung lösen zu wollen, die von so großer Bedeutung ist. Wie stellt sich denn Genosse Davidsohn oder einer der Mitunterzeichner überhaupt die Möglichkeit vor für einen Genossen, der an so verantwortungsvoller Stelle steht, wie ich, in letzter Sekunde, wo ich im Begriff bin, mein Referat zu erstatten, die Frage zu beantworten: was geht in Ostland vor? Als gewissenhafter Mann kann ich darauf nur sagen: ich weiß nicht, was richtig ist von den Behauptungen, die in der Frage aufgestellt werden.

**Davidsohn:** Gerade weil es sich um eine Frage von ungeheurer Tragweite handelt, halte ich es für nötig, daß Genosse Scheidemann entweder in einer kurzen, vorhergehenden Erklärung oder im Laufe seines Referats uns irgendeine Beruhigung über diese Angelegenheit zufließen lassen. (Unruhe und Schlußrufe.) Wir schweben nicht erst seit heute und gestern in Angst und Unruhe um diese Dinge. Vor zwei Monaten, als die Fraktion auseinanderging, hat sie sich mit der Reichsregierung über diese Dinge auseinandergesetzt. Also, von einer letzten Sekunde kann keine Rede sein. Wenn Genosse Scheidemann bei der Fülle von Arbeiten, die ihm aufgeschaltet sind, selber nicht in der Lage ist, uns Beruhigung zu verschaffen, so kann er uns doch, wie es in dem Antrag heißt, Bericht erstatten lassen. Es handelt sich doch nicht um einen Quark, sondern um Dinge, die irgendeiner, sei es der Reichswehrminister oder sonst einer, verfolgt haben muß.

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Wenn es dem Genossen Davidsohn auf eine Beruhigung angekommen wäre, so hätte er die Möglichkeit gehabt, von seiner Anfrage dem Parteivorstand und der Regierung Kenntnis zu geben, damit sie in der Lage waren, sich zu unterrichten und zu gegebener Stunde die Angelegenheit vorzutragen.

**Kasentien:** Als Mitunterzeichner des Antrags halte ich es für notwendig, daß, nachdem die Frage gestellt ist, sie beantwortet wird. Das kann ja im Laufe des Referats geschehen. Die Schlußrufe gegen Davidsohn beweisen, daß zahlreiche Genossen nicht wissen, welche Tragweite diese Sache hat. Sie hat eine große Bedeutung in unserm Verhältnis zu Rußland und zur Internationale. Seit Monaten hat diese Frage große Wellen aufgeworfen. Nachdem nun eine neue Zuspitzung eingetreten ist, müssen wir Aufklärung erhalten.

**Scheidemann:** Sie verkennen die Situation vollkommen, wenn Sie sich einbilden, daß ich im Rahmen meines Referats eine derartige Frage aus dem Handgelenk behandeln soll. Vielleicht ist seit gestern ein Kampf im Gange, von dem ich noch nichts wissen kann. Die anscheinend informierten Genossen mußten mir gestern Abend oder diese Nacht Gelegenheit geben, davon Kenntnis zu nehmen, damit ich nach Berlin telegraphieren konnte, um Auskunft zu bekommen.

**Kräbig:** Ich bin überzeugt, daß Genosse Scheidemann von den Dingen, die da vorgehen, keine Kenntnis haben kann, aber ich bin doch verpflichtet, zu sagen, daß die Regierung, zum mindesten der Reichswehrminister Noske, Kenntnis von den Dingen hat. (Hört, hört!) Ich habe nämlich vorgestern aus Kopenhagen ein Telegramm von dem Vertreter der Regierung Leitlands, Schneider, bekommen, in dem er sehr ausführlich mitteilt, was dort oben vorgeht, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, vorgestern dem Genossen Noske sofort dieses Telegramm zu übergeben. (Hört, hört!) mit der Bitte, sofort einmal nachzugehen, was da vorgeht. Also man ist an der Stelle, die sich darum zu kümmern hat, über die Dinge informiert, und es wäre die Möglichkeit gegeben, zum mindesten in der Debatte darauf zurückzukommen.

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Selbst wenn Genosse Noske vorgestern das Telegramm bekommen hat, so weiß doch Genosse Kräbig nicht, ob nicht Noske seitdem die notwendigen Schritte eingeleitet hat? (Zurufe: Das wollen wir wissen!) Sie wissen ja nicht, ob Noske nicht die Absicht hat, Ihnen das mitzuteilen. Wir wenden uns gegen den Zwang, daß der Parteitag vor dem Referat Scheidemanns in diesem Augenblick einen Bericht darüber entgegennehmen soll. Das halten wir mit den Grundsätzen unserer Geschäftsführung nicht vereinbar. Es läßt sich der Zweck des Antrages auch auf andere Weise erreichen.

Wer für den Antrag Davidsohn ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschwiegen.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

(In einer Ecke des Saales entsteht große Unruhe. Es ertönen gegen einen Genossen lebhafte Rufe: Rauss! — Erst nach andauerndem Klingeln des Vorstehenden wird die Ruhe wieder hergestellt.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Wort erhält zu seinem Referat:

### Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Deutschen Republik

**Scheidemann:** Genossen und Genossinnen! Lassen Sie mich an den Anfang meiner Ausführungen einige Worte stellen, die vielleicht geeignet sind, die Streitigkeiten, die wir untereinander und noch mehr nach außen hin zu führen haben, ein wenig zu entgiften. Was ich hier sage, sage ich, um auszusprechen, was ich für richtig halte, nicht aber, um mich persönlich zu rechtfertigen, oder, um Ihnen zu beweisen, daß es keiner besser machen könnte als ich. In den Märztagen, die weit hinter uns liegen, soll es Minister gegeben haben, die sich an ihr Portefeuille klammerten und an ihren Ministern klebten. Ich sage mir oft, was müssen das für merkwürdige Zeiten gewesen sein, was für ein schönes Leben müssen diese Minister gehabt haben, daß sie sich kein anderes Dasein mehr vorstellen konnten als ein Ministerdasein. Sie trankten da auf den weichen Stühlen der Macht und saßen in jedem, der sie von da herunterstießen wollte, ihren persönlichen Feind. Aus jener Zeit stammt auch die Vorstellung, man müsse Minister, die man loswerden wolle, mit dem Aufgebot aller Mittel zu stürzen suchen, da gutwillig ja keiner seinen Platz verlassen wolle. Diese Psychologie der Ministerstürzerei stammt aus einer Vorstellungswelt, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht, denn ich möchte den Minister sehen, der heutzutage nicht bereit wäre, jederzeit mit einem Iff der Erleichterung seine sieben Sachen zu packen, wenn man ihm kameradschaftlich zu verstehen gibt, daß er überflüssig geworden sei. Darum empfinde ich es als sinnlos, ja geradezu lächerlich, wenn der Kampf gegen die Regierungspolitik in einer Stimmung persönlicher Erbitterung geführt wird, gerade so, als ob der Eigensinn von einzelnen Personen, die durchaus Minister bleiben wollen, an allem Unglück die Schuld trüge. Ach, Parteigenossen, wenn alles Unglück nur davon käme, daß sich die gegenwärtige Regierung am Ruder hält, wie leicht wäre es dann, unser Volk glücklich zu machen. Die Glückseligen aber — das dürfen Sie mir glauben — wären dabei wir Minister selber. Glauben Sie mir also, wir werden den Augenblick, in dem wir gehen dürfen, ohne unsere Pflicht zu verletzen, nicht veräumen, wir fürchten ihn nicht, und es wäre nur menschlich, wenn wir ihn geradezu herbeisehnten. Ganz falsch ist die Vorstellung, die man in linksradikalen Kreisen hat, wir Sozialdemokraten hätten uns mit Gewalt in die Macht gesetzt. Nein, Parteigenossen, solche Eitel sind wir nicht gewesen. Wir haben uns weder mit Gewalt in die